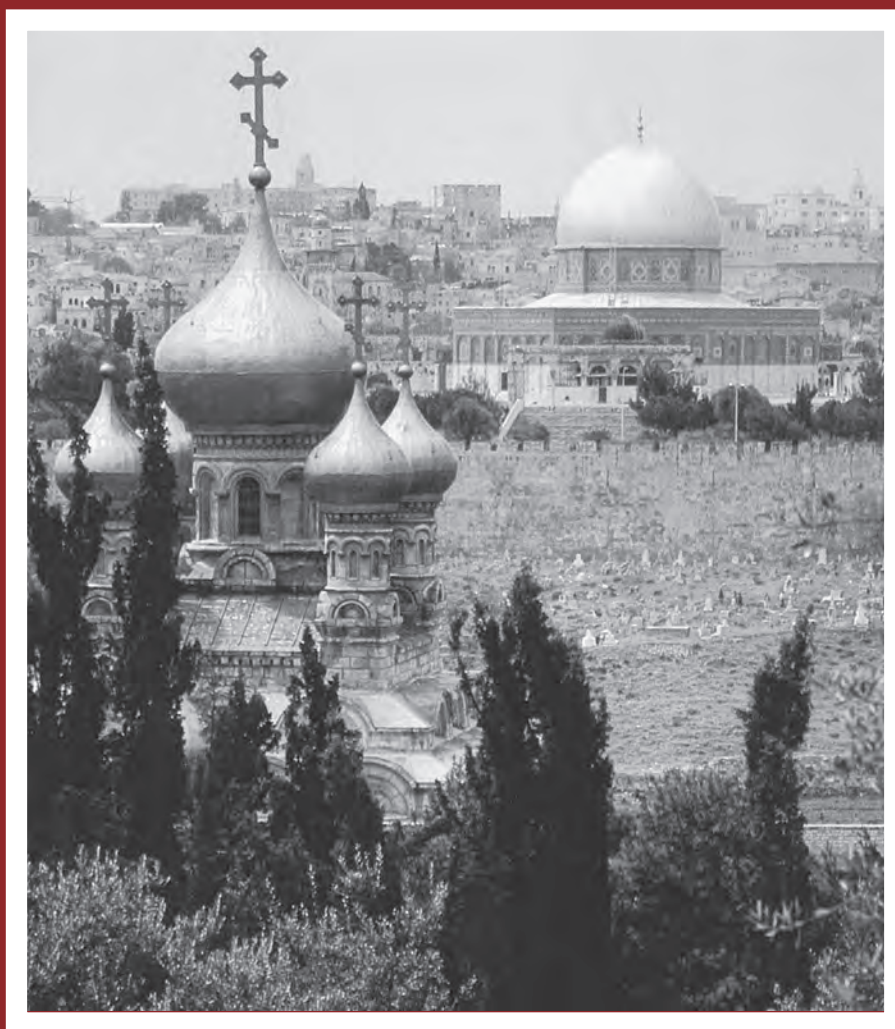


AUFTRAG



HEFT 248 / 2002

42. JAHRGANG



- 42. Woche der Begegnung in Rolduc/NL
- Wiederbewaffnungsdebatte und katholische Kritik
- Islam – Naher Osten – arabische Welt

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

INHALT

editorial 3

42. WOCHEN DER BEGEGNUNG:

»CHRISTEN IN VERANTWORTUNG FÜR EUROPA ZWISCHEN WÄHRUNGSGEMEINSCHAFT UND WERTEGEMEINSCHAFT«

Programm-Auszug	4
Europa zwischen Währungsunion und Wertegemeinschaft (Georg Kestel)	5
Tagungsort Rolduc (Richard Schmitt)	9

ISLAM UND WESTLICHE WELT

Teil 3: Islam und Christentum (Dieter Kilian)	11
Terrorismus im Islam religiös nicht zu rechtfertigen	18

SICHERHEITSPOLITIK UND FRIEDENSETHIK

Drohende Schatten über Mesopotamien (Volker W. Böhler)	20
Erklärung von pax christi: Kein Krieg gegen den Irak!	30
UNOMIG – eine friedenserhaltende Mission in Georgien (Walter Theis)	31
BDKJ-Hauptversammlung – Sicherheitsethische und sicherheitspolitische Beschlüsse: Frieden fördern und gestalten	34
Die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland ist auszusetzen!	40
Inneneinsatz der Streitkräfte: Bundeswehr und Terrorismusbekämpfung (Mattias G. Fischer) .	41
Söldnerfirmen im Aufwind (ds/IAP-Dienst)	43
„Kämpfen für die Menschenrechte“ (bt)	44
Geheime Balkanarmee (bt)	45
Friedensarbeit der Hilfswerke: Chancen und Grenzen (KNA)	46
„Friedensarbeiter“ als Beruf – wenn es denn dem Frieden dient (KNA)	46
Mit Leibwächtern auf den Richterstuhl (Christoph Strack)	47
Forderung nach einer „Humanitären Meldestelle“ bei der DBK (Klaus Liebetanz)	48

ZUM BILD DES SOLDATEN

Die Grenzen einer Wanderdokumentation (Gerhard Arnold)	49
Eine nicht ganz unzeitgemäße Betrachtung – Gemeinschaft Muslimischer Soldaten (GMS)? (Thomas R. Elßner)	51
Philosophie der Menschenführung in militärischen Bereichen (Wolfgang Altendorf)	52
Die Erfolgsstory Gottes (Klaus Liebetanz)	54

BLICK IN DIE GESCHICHTE

DIE WIEDERBEWAFFNUNGSDEBATTE IN DER ADENAUER-ÄRA UND DIE KATHOLISCHE KRITIK

Vorwort (Baldur Hermans)	57
Die Wiederbewaffnungsdebatte – Kritik und Opposition auf katholischer Seite (Arno Klönne)	58
Stellung der katholischen Kirche zum Ost-West-Konflikt – katho. Unterstützung der Wiederbewaffnungspolitik Adenauers (Ernst Josef Nagel)	60
Diskussionsbericht (Vera Bücken)	67
Biographische Daten zum Diskussionsbericht	70

GESELLSCHAFT NAH UND FERN

Der Nahostkonflikt: Das Drama im Heiligen Land (Erich Maria Fink)	73
Versöhnungsarbeit unter der Jugend leisten (bt) ..	76
Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung (bt)	76
Russland: Justizreform (bt)	77
Anti-Katholikenkampagne in Russland stößt auf Widerstand (KNA)	77
Internationaler Strafgerichtshof in Den Haag hat am 1. Juli 2002 Arbeit aufgenommen (DT)	78
Die Aufnahme des Gottesbezugs in die europäische Verfassung (PS/KNA)	78
Freidenker-Vereinigungen	79
Humanisten-Verband: Günstige Prognose (KNA) .	79
Polen: Kritische Sowjetarmee-Ausstellung (Joachim G. Görlich)	80
Polens Postkommunisten prangern Diskriminierung von Katholiken in Russland an (J. G. Görlich) ...	80
Die Legende von der Wehrungerechtigkeit (IAP) .	81
Bundestagswahl: Wenig über Werte (KNA)	83
ZdK-Erklärung zur Bundestagswahl (ZENIT)	84
UN-Bericht: Demokratie in Entwicklungsländern stärker fördern (KNA)	85
„Geht zu allen Völkern“ – Der Auftrag der Kirche in der globalisierten Welt“ (Heinrich Dorndorf)	86
Menschenrechte: Situation der Religionsfreiheit in der Welt etwas verbessert (ZENIT)	88
Ukraine: Christ, Politik und Staatsgewalt. Die neue Ukraine (Reinhard Kloss)	89
Gentechnik: Katholische Männer beklagen männliche Dominanz (KNA)	91
GKMD-Position: Was darf der Mensch?	92

KIRCHE UNTER SOLDATEN

Bereich Ausland: El Paso, Tx, USA	93
---	----

KLMD Kiel – (ehemals WB I):	94
GKS NS/Bremen – (ehemals WB II)	95
Bereich Nordrhein-Westfalen – (ehemals WB III)	96
GKS-Kreis Unna	99
KLMD Koblenz	99
GKS Rhld-Pfalz/Hessen/Saarland – (ehem. WB IV)	100
GKS-Kreis Bad Neuenahr-Ahrweiler	101
Militärbischof Mixa beim Wehrbeauftragten des Bundestages	102
Standort Laupheim	103
GKS Köln	103
Leitender Katholischer Militärdekan Ausland ...	104
Ökumenischer Gottesdienst im Bendlerblock in Berlin	106

Aus dem Bundesvorstand der GKS	106
GKS-Akademie Oberst Helmut Korn – 9. Seminar 2003: »Soldat – Ehe – Familie – Partnerschaft« ..	108
KAS Bonn: Betreuung der Soldaten und ihrer Familien	110
GKS – dokumentiert in Bw-Fachinformation	111

PERSONALIA 53, 81, 110, 112–116

LESERBRIEF 88

BUCHBESPRECHUNG 72, 105, 114, 117

GEFUNDEN 29

KURZ NOTIERT 30

AUTOREN 119

editorial

Liebe Lesergemeinde!

Die Eingaben an den Wehrbeauftragten des deutschen Bundestages, Wilfried Penner, sind im ersten Halbjahr 2002 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 43 Prozent von 2.631 auf 3.750 alarmierend angestiegen. Nach Angaben Penners spiegelte sich in dieser Erhöhung die mangelhafte Planungssicherheit für den Einzelnen durch die eingeleitete Bundeswehrreform sowie die Auslandseinsätze mit ihren Belastungen für die Familien und Lebenspartner wider. So machten „den weitaus größten Teil des Zuwachses Eingaben von Berufs- und Zeitsoldaten (1.102) sowie von Soldaten aus dem Ausland (804) aus“.

Wen wundert's, wenn man bedenkt, dass gerade dieser Personenkreis seit der Wiedervereinigung – innerhalb von 12 Jahren – den dritten Umbau der Bundeswehr erleben muss. Sind diese Reformen doch stets verbunden mit einer erheblichen Reduzierung der Bundeswehr und ihrer Finanzen, Standortschließungen – dies bedingt zusätzliche Versetzungen und Umzüge – und diesmal auch noch eine große Veränderung in der Streitkräfteorganisation. Nach der Bundestagswahl kommt es deswegen darauf an, dass die Bundeswehr ihre eingeleitete Reform schnell zu Ende führt, begleitet von rechtzeitiger Information des Personals über die geplanten Maßnahmen. Außerdem muss der Verteidigungshaushalt erhöht werden, um die Defizite in der Ausbildung sowie Modernisierung und Instandhaltung des Materials beheben zu können.

Ihre Redaktion

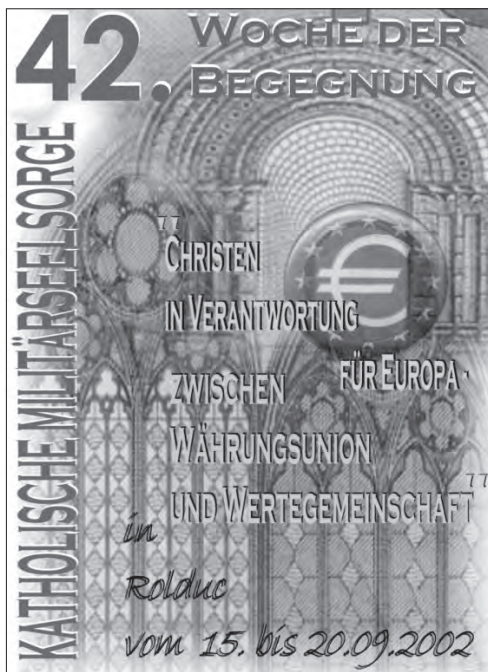
Hinweise für das Einsenden von Fotos

In Heft 243 / April 2001 hatte die Redaktion „Tipps für Presse-Beiträge“ gegeben (S. 103-104). Diese Tipps scheinen bei den meisten Zusendern in Vergessenheit geraten oder unbekannt zu sein. Fotos müssen eine bestimmte Mindestgröße (15 x 10 cm), Qualität (Hochglanzabzug) und bei digitalisierten Bildern auch Auflösung (300 dpi) haben, damit sie für den Druck geeignet sind. Fotos mit „Internet-Qualität“ entsprechen diesen Anforderungen i.d.R. nicht. Ein den Bildschirm füllendes Bild hat oft nur eine Auflösung von 72 dpi und schrumpft beim Übertrag in eine Druckvorlage auf etwa 4,5 x 3 cm Größe. Deshalb bittet die Redaktion gerade bei der Digitalisierung von Bildern darum, dass die erforderlichen Standards eingehalten werden.

Diese sind:

- Mit einer Digitalkamera aufgenommene Fotos unbearbeitet übersenden (per Diskette, CD oder Email).
- Einscannen von Fotos mit 300 dpi-Auflösung, Größe 1:1 (keinesfalls unter 12 x 8 cm). Bei einer Bildschirmauflösung von 72 dpi müsste ein 12 x 8 Foto mit einer Bildgröße von ca. 56 x 42 cm gespeichert werden, damit es für den Druck geeignet ist!
- Eingescannte Bilder als TIF-Datei (ggf. auch JPG-Format in maximaler Qualität) speichern und übersenden.
- Fotos nicht in Textdateien einbetten, sondern als Anhänge/eigene Bild-Dateien übersenden.

Titelbild: Kirche und Moschee in Jerusalem. Im Vordergrund die Zwiebeltürme der russischen Maria-Magdalenen-Kirche in Gethsemane, dahinter der Felsendom, dazwischen die 400 Jahre alte türkische Stadtmauer.



»Christen in Verantwortung für Europa zwischen Währungsunion und Wertegemeinschaft«

42. Woche der Begegnung: Zentrales Treffen der in Räten und Verband organisierten Laien in der Katholischen Militärseelsorge vom 15. bis 20. September 2002 im Kongresszentrum Rolduc / Gemeinde Kerkrade/Provinz Limburg/Niederlande

Programm-Auszug

13.-15. September Vorkonferenz der Vorstände
von Zentraler Versammlung (ZV) und Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)

15.-17. September Zentrale Versammlung (ZV)

Sonntag, 15. September 2002

–16.00 Uhr Anreise und Empfang
der Delegierten und Gäste
17.00 Uhr Eröffnungsgottesdienst in der Kirche
St. Mariä Himmelfahrt, Herzogenrath
19.30 Uhr Begrüßung: Vorsitzender der ZV, Oberst
Franz-Josef Pütz, und Eröffnung der
Beratungen durch Militärgeneralvikar
Prälat Walter Wakenhut
anschl. Treffen der Delegierten aus den Bereichen
der Katholischen Leitenden Militärdekane

Montag, 16. September 2002

08.30 Uhr Morgenlob
08.45 Uhr Vortrag mit Aussprache:
„Christen in Verantwortung für Europa –
zwischen Währungsunion und Werte-
gemeinschaft“, Dr. Thomas Jansen, Brüssel
11.00 Uhr Informationen, Berichte, Wahlen, Beschlüsse
– die Arbeit im ZdK,
– die Nachbarschaftshilfe 2001/2002,
– Vorbereitung der Wahl eines Vertreters
der ZV in das ZdK,
– Einbringen von Beschlussvorlagen
– Ökumenischer Kirchentag 2003 Berlin
– Jahr mit der Bibel 2003
14.45 Uhr Wort des Katholischen Militärbischofs,
Bischof Dr. Walter Mixa
15.45-18.00 Uhr Arbeitsgruppen

1. Trennung/Einsatz: Familie was nun?
 2. Lebenskundlicher Unterricht –
ein Auslaufmodell mit Zukunft?
 3. Der Mensch – göttliches Ebenbild oder
wissenschaftliches Experimentierfeld
 4. Vielfalt der Kath. Militärseelsorge –
das Beispiel Niederlande
- 18.30 Uhr Heilige Messe mit Militärbischof
Dr. Walter Mixa in der Klosterkirche Rolduc
anschl. Abend der Begegnung

Dienstag, 17. September 2002

08.30 Uhr Morgenlob
08.45 Uhr Berichte aus den Bezirken der Kath.
Leitenden Militärdekane mit Aussprache
11.00 Uhr Wahl eines Vertreters der ZV in das ZdK
11.20 Uhr Vorstellung der Arbeitsgruppenergebnisse
vom Vortag
12.00 Uhr Wort des Vertreters des Priesterrates
Militärpfarrer Thomas Stolz, Calw
14.00 Uhr Pressegespräch
15.00 Uhr Bericht des Bundesvorsitzenden der GKS,
Oberst Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein, über
die Verbandsarbeit
15.20 Uhr Bericht des Vorsitzenden der ZV, Oberst
Franz-Josef Pütz, über die Arbeit im Vorstand
15.40 Uhr Verabschiedung von Beschlussvorlagen
16.15 Uhr Wort des Katholischen Militärbischofs
zum Abschluss der ZV
16.30 Uhr Schlusswort des Vorsitzenden der ZV

ZV und Bundeskonferenz der GKS

- 16.00 Uhr Anreise weiterer Teilnehmer und Gäste der GKS zur Bundeskonferenz
- 18.00 Uhr Pontifikalamt mit Militärbischof Dr. Walter Mixa in der Klosterkirche Rolduc
- anschl. Empfang und Gästeabend des Katholischen Militärbischofs aus Anlass der 42. Woche der Begegnung im Congres Centrum Rolduc

Bundeskonferenz der GKS

Mittwoch, 18. September 2002

- 08.30 Uhr Heilige Messe in der Klosterkirche Rolduc
- 10.00 Uhr Eröffnung der Bundeskonferenz
Wort des Militärgeneralvikars
diverse Berichte und Aussprache dazu
- 13.30 bis Mitgliederversammlung des Förderkreises der GKS (FGKS)
- 15.20 Uhr Bericht zum Sachstand „Zukunft der GKS“
- 16.00 bis Sachausschüsse präsentieren sich und ihre aktuelle Arbeit
- 19.30 Uhr Treffen der Bereiche der GKS bei den Kath. Leitenden Militärdekanen

Donnerstag, 19. September 2002

- 08.30 Uhr Heilige Messe in der Klosterkirche Rolduc
Zelebrant MGv Prälat Walter Wakenhut
- 09.45 Uhr Vortrag und Aussprache:
„Europäische Wertestudie“
Prof. DDr. Paul M. Zulehner, Wien
- 14.00-22.00 Uhr Kulturelles Programm EUREGIO
Fahrt zum 3-Länder-Eck Maastricht –Aachen mit abschl. Abendessen in der Offizierheimgesellschaft „Gut Neuhaus“

Freitag, 20. September 2002

- 08.30 Uhr Heilige Messe in der Klosterkirche Rolduc
- 09.15 Uhr Aussprache zur Zukunft der GKS
- 10.30 Uhr Beschlüsse und Verabschiedungen von Erklärungen,
Die Arbeit der GKS im kommenden Jahr
Unser Jahresthema,
Geplante Veranstaltungen und Aktivitäten,
Abschluss der Bundeskonferenz und
Schlusswort des Bundesvorsitzenden
- 12.00 Uhr Mittagessen, anschl. Abreise

Europa zwischen Währungsunion und Wertegemeinschaft

Zum Leitgedanken der Woche der Begegnung 2002

GEORG KESTEL



„**A**sterix und Obelix, das sind im Grunde die wahren Europäer!“ – Der so spricht, muss es wissen. Ist es doch der französische Filmschauspieler Gérard Depardieu, der als Darsteller des schwergewichtigen Obelix zu Beginn des Jahres 2002 seinen zweiten Film vorstellte: „Mission Kleopatra“. Die Comic-Figuren, so der Leinwand-Mime, strahlten gerade auch im Hinblick auf den europäischen Einigungsprozess eine gehörige Portion „Kraft und Humor“ aus.

In der Tat könnten unsere Europapolitiker solche Energien gut gebrauchen, die auch mit Hinkelsteinen federleicht jonglieren sowie jene Riesenkräfte, die von Zaubersprüchen kommen. Denn es ist wahrlich keine leichte Aufgabe, unser Europa auf seinem Weg von der pragmatischen Wirtschafts- und Währungsunion zur wirklich zukunftstragenden Werte-

gemeinschaft voran zu bringen. Das Thema der diesjährigen Woche der Begegnung ist deshalb mehr als ein Wortspiel. Es stellt die ernste Frage nach dem, was Europa wirklich zusammenhält, und wie auf Dauer und mit Erfolg zusammenhält, was da zusammenwächst.

1. Christen bestimmen ihre Position

Ein umfassender und langdauernder Prozess wie die europäische Einigung stellt die Frage nach dem spezifischen Beitrag der Christen in ihrer gleichzeitigen „Doppelrolle“ als Glaubende der einen Kirche und als Bürger der verschiedenen Nationen. Es gibt keinen Grund, dieser Frage auszuweichen, denn von welcher gesellschaftlich-politischen Seite und aus welcher geschichtlichen Perspektive man das vielgestal-

tige europäische Haus auch betrachtet, es ist von seinen Fundamenten bis zum Dach, von seinen Anfängen bis zur Gegenwart durchzogen von den Spuren des christlichen Glaubens. Dies festzustellen heißt nicht, eine zugegebenermaßen manchmal reichlich unreflektierte Redeweise vom „christlichen Abendland“ zu pflegen. Oft wird dieses Prädikat nur einseitig verwendet, um seiner Klage über den vermeintlich totalen Verlust christlicher Prinzipien im ehemals quasi per Naturgesetz vom Glauben geprägten Europa Ausdruck zu geben.

Notwendige Rückbesinnung muss sich verbinden mit dem mutigen Blick nach vorn. Papst Johannes Paul II. wies hier die Richtung, als er sich im Jahr 1988 vor dem Europäischen Parlament klar gegen restaurative Glaubenstendenzen aussprach: „Der religiöse Integralismus, der keine Unterscheidung zwischen der

Sphäre des Glaubens und jener des zivilen Lebens macht und in dieser Gestalt heute noch in anderen Gegenden der Welt praktiziert wird, ist unvereinbar mit dem europäischen Geist, so wie ihn die christliche Botschaft geprägt hat“.

Doch wollen die Kirchen überhaupt noch Teil des „christlichen Abendlandes“ sein? Elisabeth Parmentier, Professorin für Praktische Theologie und Vorsitzende der Leuenberger Kirchengemeinschaft, bedauert für den evangelischen Bereich nicht, dass sich die Kirchen dem Geist der Säkularisierung angepasst haben und nicht mehr über ein einheitliches Modell ihres Auftrages im werdenden Europa verfügen: *„Nein, denn das gehört zu ihrem Wesen. Gerade die nostalgische, allumfassende und einebnende Vision vom 'christlichen Abendland' wäre für sie nicht annehmbar. Aus Überzeugung fordern evangelische Kirchen eher eine Position der bewussten Marginalität, um besser ihre Solidarität mit Menschen in Schwachheit und Unzulänglichkeit zu bezeugen“.*¹⁾ Das Ziel ist demnach nicht die „Verchristlichung der Gesellschaft“, sondern der „zeichenhafte Dienst von Christen in der Gesellschaft“. Gerade die Vielzahl der aus der Reformation erwachsenen kirchlichen Gemeinschaften seien durch die nicht einfachen Prozesse innerevangelischer Einheitsbestrebungen vor idyllischen Visionen für Europa gefeit. Sie brächten aber, so Parmentier, ihre eigenen Erfahrungen aus der Überwindung innerer und äußerer Grenzen als Positivum mit ein. *„Das erst 30 Jahre alte Profil der Leuenberger Kirchen als evangelischer Predigt- und Abendmahlsgemeinschaft könnte gerade als Gemeinschaft in der europäischen Welt ein Zeichen einer möglichen und gelungenen Versöhnung sein, die weit über friedliche Koexistenz oder bloß strukturelle Verbundenheit hinausweist“.*²⁾

Andere können diesem vom Zweckoptimismus sicher nicht freien Charme der Marginalität weniger abgewinnen. Für Bischof Egon Kapellari von Graz fördern die Christen das Projekt einer Erneuerung Europas dadurch am besten, dass sie sich nicht an den Rand der Gesellschaft drängen lassen, sondern am Bauplatz Europa mitbauen, wo immer Gestal-

tungsmöglichkeit besteht. Gelegentlich werde das Prinzip der Laizität auf Kosten der katholischen Kirche wie eine Mumie konserviert, *„während ein selbstbewusster Islam sich anschickt, der Gesellschaft ganz neue und unbequeme Fragen zu stellen“*³⁾.

Der Bischof beurteilt die Situation nüchtern, aber hoffnungsvoll differenziert: Europa sei paradoxerweise ein „Morgenland“ für wissenschaftliche und ökonomische Innovation und zugleich ein demografisches „Abendland“. Gott sei vor vielen Türen ein Fremder, und doch gebe es in Europa Frischzellen in Gesellschaft und Kirche, neue Aufbrüche, die noch viel mehr zusammenfinden müssten. Hier gelte es, Allianzen zu schmieden in den Anliegen wie Menschenrechte, Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Lebensschutz, ökologische Verantwortung und Stärkung der Familie. Vor einer vorauseilenden Resignation wird zu Recht gewarnt: *„Die christlichen Kirchen und Gemeinschaften in Europa haben trotz vieler Erosionen des so genannten katholischen und christlichen Milieus viel größere Ressourcen an Spiritualität, Solidarität und Barmherzigkeit als andere große Gemeinschaften auf diesem Kontinent.“*⁴⁾

Die Päpste, die nationalen Bischofskonferenzen sowie verschiedene Laienorganisationen und Verbände haben seit dem Rundschreiben Pauls VI. „Über die Evangelisierung in der Welt von heute“ (Evangelii Nuntiandi) von 1975 das Thema des politisch zusammenwachsenden Europa sehr stark mit dem Anliegen der Neuevangelisierung in Verbindung gebracht. Durch diese Verklammerung haben sie darauf hingewiesen, dass Europa seine Herkunft, seine Identität und auch seine Zukunft nicht ohne den Bezug zu seinen christlichen Wurzeln verstehen und gestalten kann.

So hat Papst Johannes Paul II. erst am 25. April 2002 bei der Audienz für die Teilnehmer eines vom Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CEE) veranstalteten Symposiums gesagt: *„Europa braucht dringend die Begegnung mit diesem Gott, der die Menschen liebt und in all ihren Prüfungen und Schwierigkeiten gegenwärtig ist. Damit dies geschehen kann, müssen die Gläubigen unbedingt bereit sein, den Glauben mit*

*ihrem Leben zu bezeugen. Dann werden reife kirchliche Gemeinden heranwachsen, die bereit und willens sind, sich mit allen Kräften für die Neuevangelisierung einzusetzen.“*⁵⁾

2. Christliche Bausteine am europäischen Haus

„Welches Europa also sollen wir als katholische Christen nach den Maßstäben des Evangeliums erstreben?“, so fragt Bischof Kapellari und nennt sechs Desiderate⁶⁾:

- Ein befriedetes Europa, das mehr und mehr eine Kraft zum Frieden im gesamteuropäischen Raum bis zum Ural und Kleinasien werden soll. Diese Kraft für eine „Pax Europae“ wird wesentlich von der „Pax Christi“, vom Dienst der Christen Europas an diesem Frieden abhängen.
- Ein Europa als ein Raum sozialer Gerechtigkeit, in dem auch die Kräfte für eine weltweite Solidarität besonders mit Völkern in großer Not stärker werden. Dieser Friede wird immer ein Werk der Gerechtigkeit und eine Frucht der Barmherzigkeit sein.
- Ein Europa als ein Raum der Achtung und Förderung menschlichen Lebens von der Empfängnis bis zum Tod. Hier ist Widerstand zu leisten gegenüber einer Zivilisation des Todes, die sich in Europa bereits vielgestaltig ausgebreitet hat.
- Ein Europa als ein Raum, in dem der Auftrag Gottes ernst genommen wird, die Umwelt als Mitwelt zu verstehen und sorgsam zu pflegen. Es ist zu hoffen, dass die Krise einer übertechnisierten Landwirtschaft ein Umdenken und eine Umkehr hin zu einer ökosozialen Wirtschaft fördert.
- Ein Europa als Raum christlicher Ökumene, die katholische Identität und katholisches Profil nicht aushöhlt oder relativiert, aber offen ist für die geistlichen Reichtümer anderer Kirchen und christlicher Gemeinschaften.
- Ein Europa als Raum befriedeter Beziehungen des Christentums zum Judentum und zum Islam. Allerdings wird ein schwaches, seiner selbst nicht gewisses Christentum von islamischen Kräften gering geachtet.

ZdK-Präsident Hans Joachim Meyer forderte in seiner Eröffnungsrede beim „Europäischen Kolloquium“ Anfang März 2002 in Berlin den Aufbau eines „Netzwerkes“ bzw. eines „Freundeskreises von europäischen Christen“, um aus unseren Erfahrungen und Stärken heraus das eine Europa kulturell, politisch, sozial und religiös konstruktiv mitzugestalten. Der Rückzug aus diesen Debatten sei nichts anderes als ein Zurückweichen vor dem christlichen Weltauftrag, den das II. Vatikanische Konzil formuliert hat, und damit letztlich unchristlich. Wer die EU-Mitgliedschaft den Völkern und Nationen Mittel- und Osteuropas anbiete, müsse unbedingt die Frage nach dem leitenden Ethos beantworten, die Frage also nach der moralischen Grundlage des europäischen Projektes. Wenn es in Zukunft um eine Neuorientierung der Politik im Spannungsdreieck von regionaler, nationaler und europäischer Ebene gehe, so Prof. Meyer, dann müsse das Subsidiaritätsprinzip zur Anwendung kommen, und zwar nicht nur als Leitbegriff in der Präambel der europäischen Verträge, „es muss vielmehr zum Bauprinzip der europäischen Ordnung werden und durchgängig Anwendung finden“⁷⁾.

Thomas Jansen, Kabinettschef des Präsidenten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und ZdK-Mitglied, sieht das Subsidiaritätsprinzips vor allem wirksam bei Fragen und Problemen mit einer grenzüberschreitenden, transnationalen Dimension, und unter diesen besonders bei jenen, die ethische Entscheidungen implizieren⁸⁾:

- Bei den sozialen Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Europäisierung oder Globalisierung der Wirtschaftsbeziehungen und Lebensbedingungen ergeben.
- Bei den Problemen der Wissenschaft und Forschung, sofern sie in neue Bereiche vorstoßen und dabei Risiken eingehen, die Menschenbild und Menschenrechte in Frage stellen (Gentechnologie und Biomedizin).
- Bei der Behandlung von Flüchtlingen (Asylpolitik), der Integration von zugewanderten Ausländern, dem generellen Umgang mit Minoritäten.

- Bei der Befolgung des Gebots der nachhaltigen Entwicklung in allen Bereichen der Politik.

3. Schritte auf dem Weg zur Wertegemeinschaft

Jeder Einsatz für den christlichen Geist in Gesellschaft und Politik muss sich notgedrungen auf ganz bestimmte konkrete Projekte einlassen. Dies bedeutet sowohl, Allianzen zu schmieden als auch Kontroversen auszuhalten; es geht nicht ohne Kompromisse und nicht ohne klare Zielvorstellung. Dabei ist nicht auszuschließen, dass sich die einsatzbereiten Kämpfer für eine bestimmte Idee vor Leuten aus dem eigenen Lager des Vorwurfs der Nachgiebigkeit und des Prinzipienverrats erwehren müssen. Aber so ist es im Leben fast überall: Gerade anspruchsvolle Ziele erfordern die Tugenden der Geduld und des forschenden Zupackens in gleicher Weise. Von drei Projekten und Prozessen soll im Folgenden kurz die Rede sein.

3.1 Die europäische Grundrechte-Diskussion

Im Dezember 2000 wurde in Nizza feierlich die Charta der Grundrechte der Europäischen Union verkündet, die allerdings noch nicht in das Primärrecht der Europäischen Union übernommen worden ist. Obwohl in dem Wortlaut der Bezug auf Gott fehlt, hat Papst Johannes Paul II. den Versuch gewürdigt, hier an der Schwelle des dritten Jahrtausends eine neue Synthese der Grundwerte zu schaffen, an denen sich das Zusammenleben der Völker Europas auszurichten habe⁹⁾. Doch ist die Charta noch weit von der Einsicht in die Bedeutung des Gottesbezugs für die menschliche Existenz entfernt, die der evangelische Theologe Karl Barth vor Jahrzehnten so formulierte: „Würde nennen wir den fallenden Abglanz der Ehre Gottes auf den Menschen“. Auch wird man heute nicht mehr so leicht und so zahlreich Politiker finden, die frei bekennen wie einst Konrad Adenauer: „Ich fühle mich und meine Weltanschauung geprägt von den beiden Komponenten der abendländischen Kultur, dem Christentum und dem Humanismus der griechisch-römischen Antike“.

3.2 Der Europäische Verfassungskonvent

Am 28. Februar 2002 tagte in Brüssel zum ersten Mal der 105-köpfige „Konvent zur Zukunft Europas“, dessen Bedeutung manche noch höher einschätzen als die Einführung des Euro als Gemeinschaftswährung. Nachdem viele das System der EU-Gipfeltreffen ihrer politischen Wirksamkeit nach als gescheitert ansehen, soll jetzt ein unabhängiges Gremium Vorschläge einer Reform unterbreiten, über die dann abschließend die EU-Regierungen entscheiden. Während die einen auf eine Stärkung der Europäischen Union durch einen internationalen Verfassungsvertrag hoffen, haben andere eher die Begrenzung der zentralen Zuständigkeiten durch einen klar definierten Kompetenzkatalog im Blick.

Die Regierungen haben derweil eine Liste von 60 Fragen zusammengestellt, auf die der Konvent eine Antwort finden soll. Zu dieser Herkulesarbeit gehört, den Gedanken Europas der Jugend näher zu bringen. Aber auch, die arg verschachtelten EU-Verträge zu vereinheitlichen und zu vereinfachen. Insgesamt ist nichts weniger geplant als eine Generalrevision von Zuständigkeiten, Institutionen, Vertragssystemen und Entscheidungsverfahren. Erwartet werden Vorschläge, wie die EU auch nach der Aufnahme von bis zu zehn neuen Mitgliedern handlungsfähig bleiben kann. Der deutsche Bundeskanzler wünscht sich auf jeden Fall, dass am Ende der Konventsarbeit „der Entwurf einer europäischen Verfassung steht“. Ein wesentliches Element ist dabei die oben erwähnte Grundrechtecharta, die der erste Konvent unter Roman Herzog erarbeitet hat.

Das Ganze soll schnell gehen: Der Auftrag an den Konvent ist auf ein Jahr beschränkt. Rund zwanzig Mal wird er in diesem Zeitraum im Europaparlament in Brüssel tagen. Im Jahr 2004 wird eine Regierungskonferenz entscheiden, ob der Abschlussbericht des Konvents als fertiger Rechtstext oder lediglich als eine Liste politischer Optionen gewertet wird. Dann werden die endgültigen Reformbeschlüsse gefasst.

Die Mühe wird sich sicher lohnen. Denn ein Verfassungsvertrag

könnte nach dem Euro-Bargeld ein weiterer Baustein für eine langsam wachsende europäische Identität werden. Diese will das in den angestammten Regionen verankerte Heimatgefühl der Bürger nicht verdrängen. Vielmehr könnte eine neue Mischung aus beiden Bezugspunkten gerade für Einwanderer aus nicht-europäischen Kulturkreisen sogar ein überzeugenderer Identifikationshorizont sein als die einzelnen nationalen Identitäten jeweils für sich genommen. Vielleicht wird es ja einmal so etwas geben wie einen europäischen Verfassungspatriotismus!

Die katholische Kirche wird die Arbeit des Konvents konstruktiv begleiten und an der europäischen Verfassungsdiskussion aktiv mitwirken. In einer Erklärung vor dem letzten EU-Gipfel haben die Bischöfe der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE) als Leitlinien für den Konvent schon die Grundsätze der Menschenwürde, Solidarität, Subsidiarität und Transparenz genannt und die Rolle der Kirchen in Bildung, Kultur und Sozialarbeit betont. Die COMECE bereitet derzeit ihre genauere inhaltliche Position zur Arbeit des Konvents vor.

3.3 Das Europäische Kolloquium in Berlin

Auch die katholischen Laien Europas wollen sich durch Veranstaltungen, Gespräche und Erklärungen an der Debatte über Werte und Ziele der Europäischen Union beteiligen. Zu diesem Zweck fand in Berlin Anfang März 2002 auf Initiative des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) und der französischen Partnerorganisation *Semaines sociales de France* ein Treffen von 120 Delegierten aus 20 Ländern statt.



In seinem Eröffnungsreferat unterstrich ZdK-Präsident Hans Joachim Meyer die Rolle, die Christen bei der Gründung der Europäischen Union gespielt haben. Jetzt komme es darauf an, diesem Ursprungsethos, das in den Werten des Evangeliums wurzelt, auch in Zukunft gerecht zu werden.

In ihrer Abschlusserklärung definiert die Versammlung eine doppelte Herausforderung, vor der die EU heute stehe: Die Vertiefung der Gemeinschaft sowie die Offenheit für die Erweiterung. *„Als Christen können wir uns nicht zufrieden geben mit einem vereinten Europa in einer zerrissenen Welt“*, sagen die Delegierten, *„wir wollen dem Risiko entgegenwirken, dass sich unser Kontinent, ermüdet durch die Geschichte, auf sich selbst zurückzieht und sich darin genügt, sich auf den Früchten seines Geistes und den Meriten seiner Geschichte auszuruhen“*.

Weiter heißt es: *„Unser Beitrag zur Erweiterung der Union wird auch darin bestehen, dass wir Begegnungen der auf unserem Kontinent lebendigen katholischen, protestantischen, anglikanischen und orthodoxen Traditionen ermöglichen“*. Europa muss nach Auffassung der katholischen Laienvertreter insgesamt stärker *„Verantwortung übernehmen bei der Mitgestaltung einer menschenfreundlichen Globalisierung durch die Gestaltung einer neuen, von Werten getragenen Welt“*. Wenn auch ein lupenreines „christliches Europa“ illusorisch sei, so könne doch der europäische Bauplan auf die historischen, kulturellen, spirituellen und auch religiösen Fundamente nicht verzichten.

Anmerkungen:

- 1) Elisabeth Parmentier, Nein zum christlichen Abendland, in: Rheinischer Merkur Nr. 8 vom 22.02.2002 (Merkur Spezial, Seite 7).
- 2) Elisabeth Parmentier, a.a.O.
- 3) Egon Kapellari, Allianzen schmieden, in: Rheinischer Merkur Nr. 8 vom 22.02.2002 (Merkur Spezial, Seite 7).
- 4) Egon Kapellari, a.a.O.
- 5) Osservatore Romano (deutsch) Nr. 19 vom 10. Mai 2002, Seite 9.
- 6) Egon Kapellari, a.a.O.
- 7) Hans Joachim Meyer, Das II. Vatikanische Konzil als Basis für den Einsatz katholischer Laien für Europa. Eröffnungsrede beim Europäischen Kolloquium vom 28.02.–02.03.2002 in Berlin.

„Die Solidarität ist das Herzstück der 50-jährigen Erfahrung der Geschichte der Europäischen Einigung“, so die Erklärung, *„sie gründet für uns als Christen in der Nächstenliebe und im universellen Charakter unseres Glaubens“*¹⁰⁾.

Es ist gut, dass Christen sich immer wieder auf ihr Selbstverständnis besinnen und dem darin enthaltenen Anspruch nicht ausweichen. Sie können getrost auch beim Aufbau eines vereinten Europa ihre Stimme erheben. Denn auch bei diesem Vorhaben gilt, was über jedes Glaubensengagement zu sagen ist: Der Geist Gottes ist es, der jedes gute Menschenwerk begleitet und im Letzten erst zu dem Erfolg führt, den Gottes Vorsehung ihm bestimmt hat. Es ist darum sicher nicht die schlechteste Idee, als Christ und Europäer die hier beschriebenen Anliegen und Vorhaben mit in das Gebet zu nehmen. Henri Boulad hat das „Gebet eines Europäers“ formuliert, in dem es heißt:

*„Geist Gottes, bewahre mich vor Falschwahrheiten, die so zahlreich in Umlauf sind, und vor meiner eigenen Blockade, wenn ich mich Selbstzweifeln hingebe und mit ihnen endlos Vergangenes analysiere. Lass mich dir besser helfen, mit allen meinen Herzens- und Geisteskräften, Europa umzugestalten, damit es Jahr um Jahr zuversichtlicher, menschlicher und göttlicher werden kann, denn jeder Einzelne ist vom Absoluten – Gott – gezeichnet, nur kann er es noch nicht glauben. Lass mich die Geistflamme, die in mir brennt, weitergeben, sie speist sich aus dem endlosen Verlangen nach der Vollendung.“*¹¹⁾

- 8) Thomas Jansen, Europa ad intra. Identität, Verfassung, Politik. Beitrag zum Europäischen Kolloquium vom 28.02.–02.03.2002 in Berlin.
- 9) vgl. Peter J. Tettinger, Christliche Werte in der europäischen Grundrechtsdiskussion. Reihe: Kirche und Gesellschaft, Nr. 287, hrsg. von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach, Köln 2002.
- 10) Abschlusserklärung des Europäischen Kolloquiums vom 28.02.–02.03.2002 in Berlin.
- 11) Henri Boulad, Die tausend Gesichter des Geistes, Otto Müller Verlag, Salzburg 2001.

ROLDUC

Tagungsort der 42. Woche der Begegnung

RICHARD SCHMITT

Die Woche der Begegnung wechselt mit ihrem Tagungsort traditionell zwischen den Wehrbereichen und war in den Jahren nach der Wiedervereinigung vielfach in den neuen Bundesländern zu Gast. Höhepunkt dieser Reihe war im letzten Jahr die Ausrichtung in Berlin. Nun ist es an der Zeit auch den „Wehr“-Bereich Ausland in die Liste der Tagungsorte aufzunehmen. Die Zentrale Versammlung und die Bundeskonferenz der GKS finden 2002 erstmals im Ausland statt. Gastgeber ist der für den Bereich Ausland zuständige Militärdekan Prälat Walter Theis, Leiter des Referats V im KMBA. Zuständiger Standortpfarrer vor Ort ist der Deutsche Katholische Militärgeistliche Brunssum, Pater Bernhard Bornefeld SSCC. Das Ziel der diesjährigen Reise zur 42. Woche der Begegnung sind die Niederlande. Tagungsort ist das Kongresszentrum Rolduc.

Wer nun eine ausgedehnte Auslandsreise erwartet dem zeigt ein Blick auf die Landkarte, dass (vorausgesetzt er findet einen Eintrag) davon nicht die Rede sein kann. In der Nähe von Aachen, unmittelbar hinter der deutsch-niederländischen Grenze (aus Herzogenrath kommend) liegt das Congres Centrum Rolduc in der Gemeinde Kerkrade/Provinz Limburg. Es gehört zur Diözese Roermond und liegt in der Euregio Rhein-Maas.

Das Kloster

Die in ihrem mittelalterlichen Bestand gut erhaltene romanische Kirche des ehemaligen Augustinerchorherrenstiftes Klosterrath, das seit Mitte des 18. Jh. auch Rolduc oder Rolduque (nach dem französischen Wort Rode-le-Duc für das benachbarte Herzogenrath) genannt wurde ist der Mittelpunkt des heutigen Kongresszentrums Rolduc.

Die Gründung Klosterraths geht auf den Doorniker Kanoniker Ailbert von Antoinz zurück. Er ließ sich im Jahre 1104 am Rande einer Hochebene über dem Wurmatal nordwestlich von Aachen nieder und baute dort für sich und seine beiden Brüder Theyemo und Walger eine hölzerne Kapelle. Es waren jedoch vor allem die Grafen von Saffenberg, die zunächst das Land für Ailberts eremitische Gründung bereitstellten und den stetig wachsenden Konvent auch weiterhin mit Grundbesitz ausstatteten und damit maßgeblich an der Entstehung und dem Fortbestand der Abtei beteiligt waren.

Mit der Weihe der Krypta 1108 übernahm Graf Adalbert von Saffenberg und sein Sohn Adolf die Vogtei über das Kloster und seine Besitzun-

gen. Bereits drei Jahre später verließ Ailbert infolge verschiedener Auseinandersetzungen Klosterrath. Nach dem Fortgang Ailberts wurde der Kanoniker Richer aus dem bayerischen Chorherrenstift Rottenbuch zum ersten Abt von Klosterrath berufen. In der Folgezeit avancierte Klosterrath zu einem der bedeutendsten Zentren der Kanonikerreform zwischen Rhein und Maas. 1136 ging die Schutzherrschaft an die Limburger Grafen und Herzöge über. Damit verband sich das Schicksal des Klosters mit dem des Herzogtums Limburg, das infolge des Limburgischen Erbfolgekrieges nach der Schlacht von Worringen 1288 zunächst an Brabant, später an Burgund, dann an das Haus Habsburg und somit schließlich an Spanien fiel. Der Westfälische Friede von 1648 bedeutete für die ehemals limburgischen Gebiete eine Aufteilung zwischen der Republik der Vereinigten Niederlande im Norden, der zunächst auch Rolduc angehörte, und den weiterhin spanisch beherrschten südlichen Niederlanden. Erst nach längeren Verhandlungen konnte Rolduc 1662 wieder in die Obhut Spaniens zurückkehren, das den Generalstaaten im Austausch für die Abtei andere Besitzungen zu überlas-



sen hatte. Der Spanische Erbfolgekrieg brachte die südlichen Niederlande 1713/14 in den Besitz Österreichs, das sie nach der Eroberung durch französische Truppen 1801 an Frankreich abtreten musste. Im Königreich der Vereinigten Niederlande, das 1814 nach Abzug der französischen Truppen aus einem Zusammenschluss der nördlichen und südlichen Niederlande entstand, wurde schließlich eine Provinz nach dem längst untergegangenen Herzogtum Limburg benannt, die allerdings neun Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung Belgiens (1830) in eine westlich der Maas gelegene belgische und östlich angrenzende niederländische Provinz Limburg aufgeteilt wurde.

Die Abtei von Klosterrath war im Jahre 1797 bereits säkularisiert und 1894 endgültig aufgelöst worden. Ab 1831 wurden Kirche und Kloster zunächst als Kleinseminar des Bistums Lüttich genutzt. Doch nach der von König Willem I. bewirkten Lösung der niederländischen Provinz Limburg aus dem belgischen Bistum Lüttich diente Rolduc 1843 als Kleinseminar des Apostolischen Vikariats Limburg und späteren Bistums Roermond, aber auch als katholisches Gymnasium mit Internat für die katholische Jugend der Niederlande.

Die ehemalige Augustinerabtei von Klosterrath, die als größte erhaltene Klosteranlage der Niederlande gilt, liegt heute auf dem Gebiet der südlimburgischen Gemeinde Kerkrade in unmittelbarer Nähe der deutsch-niederländischen Staatsgrenze, nur wenige Kilometer nordwestlich von Aachen. Der weitläufige Komplex beherbergt neben privaten Wohnungen in den einstigen Wirtschaftsge-

bäuden der Abtei auch das Städtische Gymnasium von Kerkrade und ein Museum zur Geschichte des Bergbaus sowie ein internationales Kongresszentrum und das Priesterseminar des Bistums Roermond.

Die Euregio Rhein-Maas

Grenzen sind Narben der Geschichte, die vor allem den Grenzregionen zahlreiche Nachteile bringen. In der Tat waren Grenzgebiete oft ein Spielball zwischen den Nationen. Dies gilt auch – oder gerade – für die fünf Partnerregionen in der EUREGIO MAAS-RHEIN, die – gegen ihren Willen – oftmals ihre staatliche Zugehörigkeit wechselten. Historisch unverrückbare Fakten, die der wirtschaftlichen, sozialen und auch kulturellen Entwicklung und Konsolidierung kaum förderlich sein konnten.

Besonders die kriegerisch-mörderischen Auseinandersetzungen der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts in Europa haben bewirkt, dass sich Wirtschaft, Verkehr, Kultur und Besiedlung von den Zentren zu den politischen Grenzen hin abschwächten. Die Grenzlandschaften entwickelten sich von daher nicht selten zu strukturschwachen, unzureichend erschlossenen Gebieten. Ein Trend, der mitunter gar mit einem Identitätsverlust der Bevölkerung einherging.

Heute jedoch haben die Grenzen in Europa ihre nationalstaatliche Sperrwirkung früherer Zeiten weitgehend verloren. Geblieben sind aber dennoch manche wirtschaftliche und soziale Unterschiede, die dank einer Anfang der siebziger Jahre angelauten verstärkten euregionalen Kooperation abgebaut werden können und sollen.

Durch die verbesserte Integration unter euregionalen Partnern können diese Arbeitsgemeinschaften an den Grenzen aus einer drohenden individuellen Isolation ausbrechen und gleichzeitig zu Brückenköpfen und Impulsgebern für eine beschleunigte Einigung Europas werden.

Erste Nutznießer der euregionalen Zusammenarbeit sind die rund 3,7 Millionen Menschen, die das Gebiet der EUREGIO MAAS-RHEIN

besiedeln und die dank der grenzübergreifenden Kooperation zwischen der Regio Aachen, der niederländischen Provinz Limburg, den beiden belgischen Provinzen Limburg und Lüttich sowie der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens verstärkt ihre Ansprüche auf gleichwertige Lebensverhältnisse im neuen Europa der Regionen geltend machen können.

In diesem Sinne streben die politischen Verantwortungsträger der EUREGIO MAAS-RHEIN eine aktive Beteiligung der Bürger wie auch der gesellschaftlichen Gruppierungen an der grenzübergreifenden Arbeit an. Diese Bestrebungen und Beziehungen werden von der gemeinsamen Überzeugung getragen, dass der Dialog zwischen benachbarten Regionen, die allein durch Grenzen getrennt, jedoch vor die gleichen Probleme gestellt sind, zur europäischen Kooperation und Integration beitragen kann und wird.

Die Gemeinde Kerkrade

Die Gemeinde Kerkrade mit ihren 51.000 Einwohnern war in der Vergangenheit geprägt vom Kohlebergbau. Wie im gesamten rheinischen Revier wurde auch hier der Bergbau im Zuge eines umfassenden Strukturwandels vollständig eingestellt, so dass der Schacht „Nulland“ der letzte sichtbare Ausdruck dieser industriellen Vergangenheit ist. Mit einer großen Aktion „Aus Schwarz mach Grün“ wurden die Bergbaugelände rekultiviert und in attraktive Erholungsgebiete umgewandelt. Eines der herausragenden Zukunftsprojekte ist das deutsch-niederländische Projekt eines European Science und Business Parks auf der Grenze zu beiden Ländern.

Das Bistum Roermond

1559 wurde das erste Bistum Roermond als Teil der Kirchenprovinz Mechelen errichtet. 1801 kam der größte Teil zu Lüttich. Die Teilung der Provinz Limburg in einen belgischen und einen niederländischen Teil führte 1839 zur Errichtung eines

apostolischen Vikariates. 1853 wurde im Zuge einer Kirchenreform der Niederlande daraus das Bistum Roermond wieder errichtet.

Der heutige Bischof ist seit 25. September 1993 Monsignore Frans Jozef Marie Wirtz, geboren am 2. Dezember 1942. Das Bistum zählt offiziell 1.082.000 Katholiken, was einem Anteil von ca. 95 % der Bevölkerung der Provinz Limburg entspricht und verfügt über 254 Priester. In Rolduc befindet sich das Priesterseminar des Bistums.

Das Kongresszentrum

Das Rolduc von heute ist ein modernes Kongress- und Veranstaltungszentrum mit historischen Hintergründ. Mehrere Jahre hat die umfangreiche Restaurierung und Renovierung gedauert, die Rolduc zu einem sehenswerten monumentalen Klosterkomplex gemacht haben.

Mit einer Unterbringungskapazität von 400 Gästen in 187 Einzel- und Doppelzimmern, mit Konferenzräumen von 12 bis 200 Personen sowie einem Theatersaal ist das Kongresszentrum Rolduc eine der größten Tagungsstätten der Provinz Limburg.

Prachtvolle Gärten, ein großer Wald mit vier Teichen, Sportplatz, Tennisplatz u.v.a.m. geben Gelegenheit zur Entspannung.

Stimmungsvolle Bars im Keller, gewölbe oder auf einer gemütlichen Terrasse geben den Rahmen zu Gespräch und Begegnung.

Damit sind in Rolduc alle Voraussetzungen gegeben für eine erfolgreiche Woche der Begegnung. □



Islam und westliche Welt

AUFTRAG veröffentlicht einen vierteiligen Beitrag von Oberst a.D. Dieter Kilian, Militärattaché-Verwendungen in islamischen Staaten, zum Thema „Islam und westliche Welt“ (Teil 1 in AUFTRAG Nr. 246/Februar 2002, S. 25 ff. „Annäherung und Konfrontation – die muslimische Welt im 21. Jh.“; Teil 2 in AUFTRAG Nr. 247/April 2002, S. 14 ff. „Religiöse Grundlagen und Rechtssystem“). In diesem Heft befasst sich der Autor mit dem schwierigen Verhältnis von Islam und Christentum zueinander. Die Serie wird fortgesetzt im Heft 249 mit einem vierten Teil „Sicherheitspolitische Aspekte und Ausblick“.

Teil 3: Islam und Christentum

DIETER KILIAN

In dieser Darstellung werden nur einige Aspekte des schwierigen Verhältnisses der beiden Weltreligionen mit ihren Missverständnissen, Enttäuschungen, aber auch Hoffnungen aufgezeigt. Im Alltag, in den Medien und der politischen Auseinandersetzung wird meist von „dem Islam“ und „dem Christentum“ gesprochen. Faktisch entsprechen diese begrifflichen Einheiten den Religionen in keiner Weise und legen vielmehr den Grundstein für stereotype Verflachungen, durch die eine echte Auseinandersetzung unmöglich wird. Die meisten westlichen Länder sind säkular. Die christlichen Kirchen kränkeln, und ihr Einfluss auf die Menschen schwindet. Doch die Migration Millionen von Muslimen hat die Gesellschaften in den westlichen Ländern mit einem vitalen Islam konfrontiert, deren Glaubensbrüder ihre Überzeugung demonstrativ leben und die religiöse Komponente reaktiviert haben. In Deutschland ist der Islam heute die drittgrößte Religionsgemeinschaft. Die Reaktion auf diesen religiösen Pluralismus, der die Trennung von kirchlichem und säkula-rem Bereich durcheinander gebracht hat, ist auf beiden Seiten diffus und schwankt zwischen kühler Abschottung und tastender Annäherung.

Die geschichtliche Bürde

Die Zeit von der Gründung des Islam bis zum 12. Jahrhundert kann man als Periode der Unwissenheit bezeichnen. Obwohl der Islam bereits im 8. Jh. Spanien erobert, bleibt

er für das Christentum eine unbekannte Welt. Die Auseinandersetzung mit der neuen Religion wird lange Zeit allein auf schmaler theologischer Ebene primär von griechischen und syrischen Theologen¹⁾ geführt. Sie betrachten den Islam noch als christliche Sekte, und ihre Anhänger als Häretiker²⁾. Die Gründe für diese geistige Abstinenz sind nicht eindeutig. Ein Grund dürfte aber darin liegen, dass die christliche Welt in dieser Zeit wegen des endlosen machtpolitischen und theologischen Disputs zwischen Westrom und Ostrom keine uneingeschränkte Handlungsfreiheit besitzt.

Mit dem 12. Jahrhundert, der Zeit der Kreuzzüge, beginnt die zweite Periode, die des distanzierten Kennenlernens: Petrus Venerabilis³⁾ lässt den Koran ins Lateinische übersetzen und eröffnet damit zum ersten Mal die Möglichkeit, sich direkt mit dem Islam auseinander zu setzen. Später befassen sich weitere Theologen⁴⁾ mit dem Islam, wobei er erstmals als eigenständige Religion angesehen wird. Papst Innozenz IV.⁵⁾ versucht, den sich ausbreitenden Islam durch ein Bündnis mit den Nachfolgern Dschingis Khans⁶⁾ einzudämmen. Er schickt den Franziskaner Giovanni di Pian del Carpine⁷⁾ im Jahre 1242 auf eine fünfjährige, abenteuerliche Reise, um die Mongolen zu einem Bündnis gegen den Islam zu gewinnen. Es ist nicht überliefert, ob und mit welchem der Söhne Dschingis Khans er zusammengetroffen ist, aber man stelle sich die Reaktion vor, als dessen kleine, un-

bewaffnete Delegation am Hofe des Groß-Khans auftaucht und sich als Verbündeter anbietet. Kein Wunder, dass der Plan scheitert.

Mit der Renaissance beginnt die dritte Periode, die des zaghaften Kontaktes. Nikolaus von Kues⁸⁾ kann als einer der Vorreiter angesehen werden. Dennoch bleiben die Fronten verhärtet. Auch Martin Luther zählt zu den Gegnern des Islam.⁹⁾ Neben der Furcht vor einer Invasion Mitteleuropas misstraut das Christentum dem missionarischen Elan des Islam. Zwar erhält die neue Wissenschaft der Orientalistik Auftrieb, hatte doch bereits 1312 das Konzil von Vienne¹⁰⁾ die Einrichtung von Arabisch-Lehrstühlen gefordert. Doch Jahrhunderte vergehen, geprägt von Kriegen, teilnahmslosem Miteinander, aber auch Polemik und Hetze. Das kulturelle, zum Teil romantisch geprägte Interesse des europäischen 18. und 19. Jh. am Islam¹¹⁾ ist nur ein Strohfeuer, bringt jedoch keinen ernsthaften Dialog mit dem Islam. Mit dem Zerfall des letzten muslimischen Großreiches, dem Osmanischen Reich, am Ende des I. Weltkrieges und der Protektorspolitik der Kolonialmächte versinkt der Islam in Agonie. Dies wird vom Westen als Beweis für die Überle-

Inhalt Teil 3:

Islam und Christentum

Die geschichtliche Bürde

Die religiöse Kluft

Der einseitige Brückenbau

Die muslimische Zurückhaltung

Ein langer Weg

Die neue Chance

Fazit und Ausblick

Anmerkungen

Literatur

genheit der christlichen Religion genommen, und so versanden die letzten Ansätze eines Miteinander. 1925 richtet Papst Pius XI. in Rom zwar einen Lehrstuhl für Islamkunde ein, doch nur zur Unterstützung der Missionstätigkeit in muslimischen Ländern, nicht aber zur Belebung des Dialoges. Der französische Theologe und Islamwissenschaftler Louis Massignon¹²⁾ ist der Erste, der im 20. Jh. für einen Dialog zwischen Christen und Muslimen wirbt und diesen in Frankreich umsetzt.

Die religiöse Kluft

Der Schöpfungsglaube ist allen drei Religionen gemeinsam: Gott¹³⁾ schuf den Menschen. Jedoch glauben Christen und Juden, der Mensch sei als „Bild Gottes“ erschaffen, wohingegen im Islam die Mensch-Gott-Beziehung von einer Dienerschaft¹⁴⁾ des Menschen ausgeht. Es gibt im Islam keine Taufe; entweder man wird hineingeboren¹⁵⁾ oder tritt der „Umma“, der Gemeinschaft der Gläubigen, bei, indem man das muslimische Glaubensbekenntnis¹⁶⁾ ablegt. Der Mensch kann den Willen Gottes er-

kennen und befolgen, allerdings bedarf er der Rechtleitung; diese ist durch Koran und Beispiel (Hadith) des Propheten Mohammed gegeben. Der Muslim lehnt den Gedanken an Sündenfall, Erbsünde und die sich daraus ergebende Erlösungsnotwendigkeit ab.¹⁷⁾ Damit gibt es – trotz oberflächlicher Ähnlichkeit – bereits beim Menschenbild erhebliche Unterschiede, die Konsequenzen für das Gottesbildes haben. Die Ablehnung des Erlösungsgedankens führt zu einem völlig anderen Verständnis der Bedeutung Christi: für den Muslim ist Jesus, dessen Lehre später verfälscht worden sein soll, zwar verehrungswürdig, doch er ist nur einer der Propheten¹⁸⁾, keinesfalls aber Gottes Sohn. Vehement lehnt der Koran an mehreren Stellen die Dreifaltigkeit Gottes ab¹⁹⁾, verweist sie sogar in die Nähe des Polytheismus.

Die Haltung des Islam gegenüber Christentum und Judentum ist zwiespältig: alle drei bilden aus muslimischer Sicht die „Ahl al-Kitab“, die „Familie des Buches.“ Diese geistige Nähe hatte aber bisher weder Auswirkungen auf einen Abbau von Zwistigkeiten, noch auf eine Beschleunigung des Dialoges. Die Begriffe „Ungläube, Ungläubiger, ungläubig“ werden im Koran häufig benutzt²⁰⁾, jedoch ohne Definition und in unterschiedlichem Kontext. Der Terminus „Ungläubiger“ wird dabei bisweilen für Nicht-Muslime generell, manchmal für Atheisten, aber auch für

Polytheisten („Götzendiener“) benutzt, obwohl es für Letztere im Arabischen ein eigenes Wort gibt.²¹⁾ Es gibt z.T. harte Anweisungen im Umgang mit Ungläubigen²²⁾ und die Warnung, Juden und Christen nicht zu Freunden zu nehmen.²³⁾ Andererseits steht geschrieben, dass die Christen den Muslimen am nächsten stehen, vor allem die Priester und Mönche.²⁴⁾ Der Abfall vom Glauben (Apostasie, arabisch: Irtidat) wird im Koran mehrfach als besonders verwerflich erwähnt²⁵⁾, dessen Bestrafung erst im Jenseits erfolge.²⁶⁾

Der Kreuzestod Christi, sowie die Auferstehung und Erlösung spielen eine entscheidende Rolle in der theologischen Auseinandersetzung. Der Koran erwähnt die Kreuzigung nur an einer Stelle.²⁷⁾ Die Formulierung ist aber nicht eindeutig, und so gibt es viele muslimische Theorien zu Kreuzestod und Auferstehung.²⁸⁾ Die These, Jesus habe die Kreuzigung überlebt, war erstmals von deutschen Theologen der rationalen Schule²⁹⁾ aufgestellt und später der Ahmediyya-Sekte Ende des 19. Jh. weiterverbreitet worden.³⁰⁾ Vor allem die Heilswirkung der Kreuzigung wird durch die muslimischen Rechtsgelehrten abgelehnt, da der allmächtige Gott keinen Helfer bei der Umsetzung seines Heilsplanes brauche. Sie sehen in der Kreuzigung die Niederlage der Mission Jesus. Die Vorstellung, Gott lasse sich auf unvorstellbare Weise erniedrigen, um eine Heilswirkung zu erzielen, ist dem Muslim fremd: Allah ist stark, nicht schwach. Die göttlichen Handlungen enden mit dem Jüngsten Tag³¹⁾, dem der Auferstehung. An diesem Tag wird jeder nach seinen Taten gerichtet³²⁾, wobei die „Geretteten“ ins Paradies eingehen, während die „Verdammten“ in die Hölle absteigen. Dabei wird Gott als gnädiger Richter denjenigen vergeben, die es verdienen.

Zu den Gemeinsamkeiten zählt die Marienverehrung, die im muslimischen Volksglauben eine bedeutende Rolle spielt. Eine eigene Sure im Koran³³⁾ trägt ihren Namen. Maria, von Gott ausgewählt und frei von Sünde, ist die Mutter Jesu³⁴⁾, den sie jungfräulich geboren hat – letztes wird mit der Allmacht Allahs begründet –, aber sie ist nicht die Mutter Gottes.



Die treibende Kraft im interreligiösen Dialog – insbesondere auch mit dem Islam – ist Papst Johannes Paul II. Unterstützt wird er dabei vom Präsidenten des Päpstlichen Rates für den Interreligiösen Dialog, des heute 69-jährigen Francis Kardinal Arinze, der 1984 an die Spitze dieses Rates berufen und 1985 von Johannes Paul II. zum Kardinal ernannt wurde.

(Foto Vatican 1985)

Der einseitige Brückenbau

Zweiter Weltkrieg und Holocaust zwingen die christlichen Kirchen zur Aufgabe ihrer bisherigen Distanz. Die Wende in Richtung auf einen Dialog beginnt zunächst mit organisatorischen Ansätzen innerhalb des Protestantismus³⁵⁾, und der Dialog Christentum – Judentum erhält neue Akzente. Im Jahre 1960 richtet Papst Johannes XXIII. das „Sekretariat für die Einheit der Christen“ („Secretariato per l'Unione dei Christiani“)³⁶⁾ ein, das 1988 in „Päpstlichen Rat zur Förderung der Einheit der Christen“ („Pontificio Consiglio per la Promozione dell'Unità dei Christiani“) umbenannt wird. Doch erst das 2. Vatikanische Konzil bringt die Wende im Hinblick auf einen Dialog auch mit nicht-christlichen Religionen. Auch hier werden zuerst organisatorische Grundlagen geschaffen: Papst Paul VI. richtet 1964 das „Sekretariat für die Nicht-Christen“ („Segretariato per i Non Christiani“)³⁷⁾ ein, 1988 in „Päpstlichen Rat für den inter-religiösen Dialog“ („Pontificio Consiglio per il Dialogo Inter-Religioso“) umbenannt.

Die Konzilerklärung „Nostra aetate“³⁸⁾ über das Verhältnis der römischen Kirche zu den nicht-christlichen Religionen wird dann zur Initialzündung für die Eröffnung des Dialoges. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte nimmt die römische Kirche zum Islam als Religion Stellung:

„In unserer Zeit, da sich das Menschengeschlecht von Tag zu Tag enger zusammenschließt und die Beziehungen unter den verschiedenen Völkern sich mehren, erwägt die Kirche mit umso größerer Aufmerksamkeit, in welchem Verhältnis sie zu den nichtchristlichen Religionen steht.“³⁹⁾

Nostra Aetate nennt zwar auch andere Religionen, aber im Zentrum stehen Judentum und Islam. Zu letzterem führt die Erklärung unter Betonung der Gemeinsamkeiten aus:

„Mit Hochachtung betrachtet die Kirche auch die Muslime, die den alleinigen Gott anbeten, den lebendigen und in sich seienden, barmherzigen und allmächtigen, den Schöpfer Himmels und der Erde, der zu den Menschen gesprochen hat. ... Jesus, den sie allerdings nicht als Gott anerkennen,

verehren sie doch als Propheten, und sie ehren seine jungfräuliche Mutter Maria, ... Überdies erwarten sie den Tag des Gerichtes, an dem Gott alle Menschen auferweckt und ihnen vergilt.“

Die Konzilerklärung nimmt weder zum Prophetentum Mohammeds, noch zur Bedeutung des religiösen Rechts, der Scharia, Stellung, weist aber auf den geschichtlichen Ballast zwischen den beiden Religionen hin:

„Da es jedoch im Lauf der Jahrhunderte zu manchen Zwistigkeiten und Feindschaften zwischen Christen und Muslim kam, ermahnt die Heilige Synode alle, das Vergangene beiseite zu lassen, sich aufrichtig um gegenseitiges Verstehen zu bemühen und gemeinsam einzutreten für Schutz und Förderung der sozialen Gerechtigkeit, der sittlichen Güter und nicht zuletzt des Friedens und der Freiheit für alle Menschen.“⁴⁰⁾

In dieser Betrachtung, die Judentum und Islam als Religionen mit einem gemeinsamen Ursprung bezeichnet werden, greift die römische Kirche die muslimische Darstellung der „Familie des Buches“ auf. Sie erklärt ausdrücklich, sie lehne nichts von alledem ab, was in diesen Religionen wahr und heilig ist.⁴¹⁾ Von keiner anderen Weltreligion gibt es bis heute eine solch weitreichende Erklärung. In einem weiteren Bereich nähert sich die Kirche sehr vorsichtig muslimischer Terminologie. Das Konzil benutzt den Ausdruck „Völkergemeinschaft“⁴²⁾. Alle Völker seien „eine einzige Gemeinschaft“, da sie „denselben Ursprung“ und „dasselbe Ziel“ hätten, nämlich Gott selbst. Damit greift sie zumindest vom Denkansatz her den muslimischen Begriff der „Umma“, der Gemeinschaft der Gläubigen, auf.

Die treibende Kraft und der unermüdliche Motor dieser Bewegung ist Papst Johannes Paul II. – kein Kirchenführer hat bisher mehr für den inter-religiösen Dialog getan als er. Seine Reisen in muslimische Länder, so auch jene 96. Auslandsreise, die ihn in Mai 2002 nach Aserbaidschan führte, sind die einzige Möglichkeit, die Annäherung dort öffentlich zu machen, da sie trotz Zensur eine große Medienwirksamkeit haben. Während des Besuches in Nigeria 1982 nennt der Papst den Koran zum ersten Mal ein heiliges Buch

und trifft im März 2000 mit dem König von Jordanien, Abdullah, und dem Groß-Mufti von Jerusalem, Sheikh Akram Sabri, zusammen. 17 Jahre nach dem ersten Synagogenbesuch eines Papstes 1984 schließlich besucht er als erster Papst in der Geschichte am 6. Mai 2001 eine Moschee, die geschichtsträchtige Omayyaden-Moschee in Damaskus. Bei diesem Besuch in Syrien richtet der Papst eine Ansprache an die „muslimischen Freunde“:

„Ich hoffe aufrichtig, dass unser Treffen heute in der Omayyaden-Moschee unsere Entschlossenheit zum Ausdruck bringt, den inter-religiösen Dialog zwischen katholischer Kirche und Islam voranzubringen. ... Es ist von Wichtigkeit, dass Muslime und Christen damit fortfahren, gemeinsam philosophische und theologische Fragen zu erforschen ...“

Papst Johannes Paul II. spricht dabei von der „Menschheitsfamilie“⁴³⁾ und geht damit über den in der Konzilerklärung benutzten Begriff der „Völkergemeinschaft“ hinaus. Auch die Friedensgebete der Religionen von Assisi 1986 und 2002 gehen auf päpstliche Initiative zurück, wenngleich ihr Wert für einen breiten Dialog eher beschränkt sein dürfte.

Ergänzende Elemente des Dialogs sind – wenngleich nur auf die politische Ebene beschränkt – die diplomatischen Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und den muslimischen Ländern. Auch hier ist ein stetiger Ausbau der bilateralen Beziehungen zu beobachten. Waren es 1970 nur wenige⁴⁴⁾, so unterhält der Vatikan heute mit fast allen muslimischen Staaten diplomatische Beziehungen⁴⁵⁾. Sogar die Arabische Liga hat im Jahre 2000 ein Verbindungsbüro beim Heiligen Stuhl eingerichtet.

Zunehmend erkennt auch die Politik, dass die Religionen einen großen Beitrag zu Stabilität und Frieden leisten können und korrigiert ihre bisherige Distanz, spielte doch in der Vergangenheit die religiöse Dimension bei weltpolitischen Prognose-szenarien⁴⁶⁾ kaum eine Rolle. Und so lud der Generalsekretär der UN, Kofi Anan, im Herbst 2000 rund tausend Vertreter aller Weltreligionen erstmalig zu „Jahrhundert-Weltfriedensgipfel religiöser und spiritueller Führer“ ein.

Die muslimische Zurückhaltung

Vergleicht man die geschilderten Vorleistungen⁴⁷⁾ der römischen Kirche und des ÖRK seit dem Ende des II. Weltkrieges in Bezug auf die Dialogansätze mit der Resonanz in der muslimischen Welt, so fällt das eklatante Missverhältnis zu Lasten des Islam auf. Keine der vielen islamischen Gruppierungen hat bisher auch nur annähernd die gleiche Bereitschaft gezeigt, im Gegenteil: die Lage der christlichen Minderheiten in vielen muslimischen Staaten hat sich in den letzten dreißig Jahren zum Teil massiv verschlechtert, selbst in Ländern, in denen vormals ein, wenngleich labiles Zusammenleben herrschte.⁴⁸⁾

In den meisten muslimischen Ländern findet die inter-religiöse Diskussion nur in der abgeschotteten Atmosphäre religiöser Fachkreise statt⁴⁹⁾. Die muslimische Öffentlichkeit jedoch bleibt ausgeschlossen und uninformiert. Die Ansätze von muslimischer Seite gestalten sich wegen des religiösen Absolutheitsanspruches, aber auch wegen der fehlenden zentralen Struktur und des nicht vorhandenen verbindlichen Lehramtes schwierig. In vielen Fällen müssen Muslime, die einem Dialog aufgeschlossen gegenüberstehen, mit massivem Widerstand der eigenen Gläubigen fürchten. Ein Beispiel ist der offizielle Besuch des saudischen Verteidigungsministers, Prinz Sultan Bin Abdul Aziz Al-Saud, bei Papst Johannes Paul II. am 12. September 1997. Der „L'Osservatore Romano“ berichtet darüber in der Rubrik „In Papstaudienz“. In der saudischen Presse hingegen wird dieser Besuch mit keinem Wort erwähnt, wahrscheinlich aus Sorge vor der Reaktion der konservativen Rechtsgelehrten.

Die Anschläge des 11. Septembers 2001 und das Anwachsen des extremistischen Islam mit dem bedingungslosen Kampf bis zum „heiligen Krieg“ stellen eine massive Störung des Dialoges dar. Dies ist bedauerlich, führt es doch zu Ernüchterung und Stagnation. Damit wächst auch bei uns der Widerstand derjenigen, die einem Dialog skeptisch und ablehnend gegenüberstehen. Ein noch schwelender Streitpunkt ist

auch – besonders bei uns – die Frage der politischen Zuverlässigkeit muslimischer Bürger und ihre Absage zu der von extremen Muslimen postulierten Errichtung eines islamischen Gottesstaates.⁵⁰⁾ Ähnliche Vorwürfe gab es allerdings auch gegenüber den Katholiken im 19. Jh. (Ultramontanismus).

Doch es gibt auch positive Signale. Zum einen sind es institutionalisierte Kontakte, wie der Austausch zwischen der islamischen Fakultät Ankara und der päpstlichen Universität Gregoriana, oder jene, die von der Al-Azhar Universität in Kairo und dem jordanischen Königshaus forciert werden. Im September 1998 erklärt der iranische Staatspräsident, Ayatollah Seyed Mohammed Chatami in einem Grundsatzartikel in der FAZ⁵¹⁾, keine Religion könne in Anspruch nehmen, die absolute Wahrheit zu kennen, eine sensationelle Aussage, die an die Grenze dessen geht, was einer der höchsten schiitischen Geistlichen, dem von den Schiiten sogar Unfehlbarkeit zugeordnet wird, aussagen kann.⁵²⁾ Chatami wird 1999 von Papst Johannes Paul II. empfangen, und ein Jahr später, im Juli 2000 besucht er die Goethe-Stadt Weimar und wirbt dort für einen Dialog der Kulturen:

„Wir Muslime haben es leichter, mit Ihnen als Christen zurechtzukommen als Sie mit uns. Das liegt daran, dass wir Jesus Christus als einen Propheten Gottes anerkennen ... Nach unserer Überzeugung haben alle Religionen die gleiche Wurzel; alle abrahamischen Religionen besitzen eine einzige Substanz. So wie wir unseren Propheten respektieren, respektieren wir auch Jesus Christus ...“⁵³⁾

Im Weimar greift Chatami ein weiteres „heißes Eisen“ auf. Auf die Frage nach der kritischen Exegese des Koran, bisher von den meisten muslimischen Theologen als Tabu behandelt, sehen sie doch im Koran den „Originalton Gottes“, der keinerlei Interpretationsspielraum zulässt, äußert sich Chatami wie folgt:

„Ich glaube, man kann neuere Auffassungen vom Koran und von der Religion haben. Wir haben im Laufe der Zeit beobachtet, dass bisweilen mildere, bisweilen auch radikalere Auffassungen und Auslegungen entwickelt wurden.“⁵⁴⁾

Dies sind ermutigende, sensationelle Sätze. Doch leider bleiben auch sie innerhalb der muslimischen Welt ohne Wirkung, fallen wahrscheinlich staatlich-religiöser Zensur zum Opfer. Gleichwohl wirken vor diesem Hintergrund Bezeichnungen wie „Schurkenstaat“ und „Achse des Bösen“ für den Iran als falsch und kontraproduktiv. Ist die Vergabe ethischer Kategorien durch die Politik ohnehin fragwürdig, so drückt sich darin zusätzlich ein, durch nichts legitimiertes, arrogant klingendes politisches Unfehlbarkeitsdenken aus.

Ein langer Weg

Noch nie gab es in Europa und in Deutschland so viel an Zusammenarbeit zwischen Christen und Muslimen.⁵⁵⁾ In vielen westlichen Ländern sind Dialogbreite und -tiefe fortgeschritten, laufen parallel zur offiziellen Ebene und haben die Gemeindeebene bereits erfasst. Am 14. Mai 2001 verlieh die Katholisch-Theologische Fakultät der Universität Tübingen die theologische Ehrendoktorwürde an den jordanischen Prinzen Hassan, bisher einmalig in der Geschichte katholischer Hochschulen. Trotz dieser Fortschritte – hierzu ist u.a. auch die höchstrichterliche Genehmigung des Schächtens von Tieren in diesem Jahr zu zählen – gestaltet sich der Dialog in Deutschland zähflüssig. Zum einen fehlt eine autorisierte muslimische Repräsentanz: der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) vertritt zwar 19 Dachorganisationen, aber nur etwa 20 % der Muslime in Deutschland sind in ihm organisiert. Zum anderen wird die Begegnung auch dadurch gehemmt, dass sich die Masse der muslimischen Mitbürger aus der Arbeiterschaft rekrutiert: Dialogfähigkeit hängt nicht unwesentlich vom Bildungsniveau, sowie dem sozialen und ökonomischen Status ab. Doch auch das Ziel dieses Dialogs ist noch nicht eindeutig bestimmt. Keinesfalls ist damit die Schaffung einer weltumfassenden Mischreligion⁵⁶⁾ gemeint. Im Zeitalter der Globalisierung gibt es gemeinsame Interessen, und der Dialog kann zur Förderung von Weltgerechtigkeit und Weltfriede-

den beitragen, bedeutet er doch Kenntnis, Respekt, Begegnung und praktische Hilfe für das Zusammenleben. Ein Problem wird dabei jedoch ausgeklammert bleiben: das Spannungsverhältnis zwischen Dialog und Missionierung. Auch die Dialogbereitschaft von Kirche und Politik ist nicht widerspruchsfrei. Die Erklärung der Kongregation für die Glaubenslehre vom 6. August 2000 mit dem Titel „Dominus Jesus“ ist zwar ein Hindernis für einen konstruktiven Dialog, sollte aber in ihrer hemmenden Wirkung auch nicht überschätzt werden. Ähnlich verhält es sich mit manchen westlichen Politikern, die zwischen Terror und Islam nicht klar unterscheiden.

Die neue Chance

Die Europäische Union ist gewachsen, hat sich nach Süden und auch nach Osten erweitert. Doch seine Quellen und Traditionen liegen nicht allein im Christentum und dem Humanismus der Antike. Auch Islam und Judentum haben die europäische Identität über Jahrhunderte geprägt. Doch diese Quellen wurden durch Assimilation oder Vernichtung gelöscht, mit der Folge, dass die europäisch-islamische Begegnung negativ geprägt ist. In drei Regionen Europas hatte der Islam Fuß gefasst: in Spanien, auf Sizilien und auf dem Balkan. Die ersten beiden Ansätze scheiterten. Nur auf dem Balkan hatte das Zusammenleben der Religionen, wenn auch mit beträchtlichen Schwierigkeiten⁵⁷⁾, Bestand. Doch es blieb zerbrechlich, wie sich vor zehn Jahren durch den Krieg im ehemaligen Jugoslawien herausstellte. Die Weichen für einen neuen Versuch des Zusammenlebens mit dem Islam sind bereits gestellt, jedoch ist im Gegensatz zur Vergangenheit die Dimension beträchtlich gestiegen: seit Mitte des 20. Jh. leben allein in Deutschland mehr als drei Millionen Muslime, und europaweit sind es mehr als 10 Millionen. Noch niemals zuvor hatten die europäischen Staaten einen so hohen Anteil religiösen Minderheiten. Dialog hat daher auch eine wichtige Funktion für die innerstaatliche Stabilität. Auch für die

Muslime in Europa ist diese Lage einzigartig: zum ersten Mal leben sie, nach Millionen zählend, in der Diaspora, außerhalb des „islamischen Hauses“ („Dar al-Islam“) und sind in einem, nach ihrer eigenen Definition, feindseligen Umfeld, dem „Haus des Krieges“ („Dar al-Harb“). Gelten im Koran Christen und Juden in muslimischen Ländern als „Schutzbefohlene“ mit eingeschränkten Rechten, so fühlen sich die Muslime bei uns nun in dieser Rolle. Sie müssen ihren Glauben in einer Umwelt leben, die von Lebensformen und einem Staatsverständnis geprägt ist, die den ihren teilweise konträr gegenüberstehen und ihnen deshalb bedrohlich scheinen. Langfristig ist es daher notwendig, den Islam ohne Aufgabe fundamentaler Grundsätze mit der westlichen Lebens- und Staatsordnung kompatibel zu machen. Hieran wird sich letztlich auch erweisen, wie reformfähig der Islam ist, hat er sich doch bisher als wenig flexibel erwiesen, den Wettbewerb mit der säkularen Welt aufzunehmen. Jedoch liegt hierin eine große Chance, in Europa einen Islam zu entwickeln, der sich als „Dritter Weg“ zwischen Fundamentalismus und Absorption bewähren könnte. Heute erfahren und erleben Muslime vor allem in Europa zum ersten Mal in großer Zahl, mit welchen Einschränkungen und unter welchen Bedingungen man als religiöse Minderheit in der Diaspora lebt. Davon kann langfristig eine Signalwirkung zu stärkerer Toleranz ausgehen, die sich sogar positiv auf islamische Kernländer auswirken könnte.

Fazit und Ausblick

1. Gemeinsamkeiten des Glaubens erleichtern den Beginn des Dialogs. Wenn aber dieser Weg beibehalten wird, führt er schnell in eine Sackgasse und damit zu Enttäuschung und Stagnation. Jede Religion muss wie ein Mosaik in ihrer Ganzheit betrachtet werden. Ein Heraustrennen und Interpretieren einzelner Texte ist wenig hilfreich. Christen und Muslime werden nur dann glaubwürdige Dialogpartner, wenn sie sich auf ihren Glauben berufen und Trennendes nicht überspielen.

2. Die Muslime müssen erkennen, dass sie Kompromisse schließen müssen. In vielen muslimischen Staaten herrscht noch Unversöhnlichkeit und Reziprozität ist noch nicht einmal ansatzweise zu erkennen; hier besteht großer Nachholbedarf. Für uns bedeutet dies, trotz noch unterentwickelter Dialogbereitschaft das Zusammenleben mit den muslimischen Mitbürgern in all seinen Facetten⁵⁸⁾ zu praktizieren. Allerdings sollten wir – unter Hinweis auf unser Entgegenkommen – die Gegenseitigkeit stärker einfordern.

3. Trotz Schnecken tempos und vieler Rückschläge sollten wir nicht vergessen, wie steinig der Dialog innerhalb der christlichen Welt war und ist. Geduld und Denken in langfristigen Kategorien ist gefordert. Dialog vermeidet den Kampf der Kulturen⁵⁹⁾, und garantiert auch künftigen Generationen ein friedvolles Miteinander; daher ist er auch innenpolitisch ein Muss. Wir sollten uns an den pragmatischen Spruch Friedrichs des Großen erinnern: *„Wenn die Türken nach Berlin kommen, muss man ihnen Moscheen bauen!“*⁶⁰⁾ Dialog ist Friedensarbeit und muss in den Völkern verwurzelt werden, um erfolgreich und lebensfähig zu bleiben.

4. Sehr hilfreich wären auch Fortschritte der verfahrenen Lage im Nahen Osten. Arabische Christen stehen – religionsübergreifend – unisono auf Seiten ihrer palästinensischen muslimischen Nachbarn.

5. Die römische Kirche ist der Vorreiter des Dialoges mit dem Islam. Der Zerfall des Kommunismus in Osteuropa wurde auch durch einen Papst beeinflusst, der die kommunistische Weltanschauung aus eigenem Erleben kannte. So könnte auch der inter-konfessionelle Dialog einmal durch einen Papst aus der Dritten Welt einen weiteren, starken Anstoß erhalten.

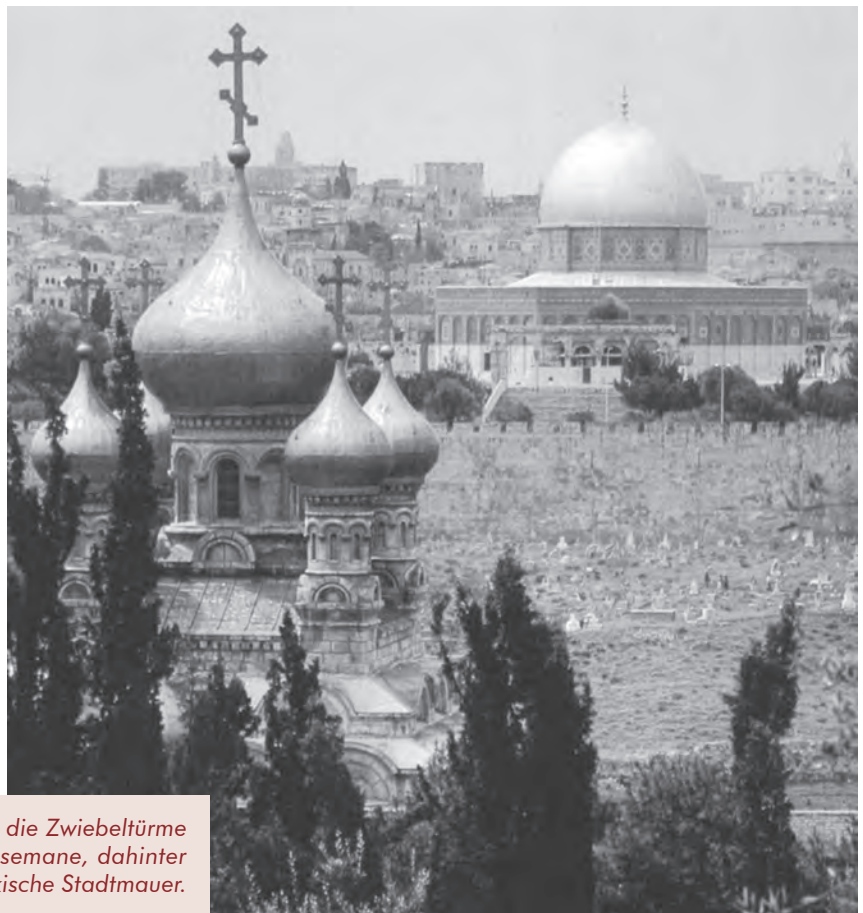
Anmerkungen: s.S. 16/17

Literaturhinweise: s.S. 18

Anmerkungen

- 1) Vor allem Johannes von Damaskus; auch Damascenus (ca. 650-750); aus arabischer, christlicher Familie in Damaskus, sowie Theodor Abu Kurra (auch : Qurra-ca. 750-820). Ihre Abhandlungen in griechischer und arabischer Sprache zählen zu den ältesten Auseinandersetzungen mit dem Islam.
- 2) Hierzu gehört auch die Legende, Mohammed sei durch einen abtrünnigen Mönch namens Sergius maßgeblich beeinflusst worden.
- 3) Petrus Venerabilis (1094-1156); aus dem Hause von Montboissier – 9. Abt von Cluny.
- 4) Vor allem: Raimund Lullus (*1232 in Palma de Mallorca, †1316?) – Missionsreisen und -tätigkeit in Arabien; gilt als der größte Missionar des Mittelalters im arabischen Bereich. Raimund Martini, OP (*ca.1220 in Katalonien, †1284) gründet 1250 eine arabische Schule in Tunis. Rinaldo del Monte Croce, OP (ca. 1243-1320); Missionar; schreibt „Contra legem Saracenorum“, die 1542 von Martin Luther ins Deutsche übersetzt wird, und Thomas von Aquin (ca. 1225–1274); Kirchenlehrer.
- 5) Papst Innozenz IV. (ca. 1198 -1254); von 1243 bis 1254 auf dem Stuhle Petri.
- 6) Dschingis Khan (ca. 1162- 1227). Seine Söhne, Tschagatai (†1242), Ögädäi (†1241), Tului und sein Enkel Orda Batu Khan (†1255) erweitern das Reich bis 1260 noch beträchtlich. Wenn das Treffen überhaupt zustande gekommen ist, kann es nur mit Groß-Khan Orda Batu gewesen sein.
- 7) Giovanni di Pian del Carpine (1182-1252); die Reise führt ihn von Krakau über Kiew, die Wolga bis ans Kaspische Meer und von dort über den Aral See zum Karakorum-Gebirge.
- 8) Nikolaus von Kues (1401-1464); 1450 Kardinal; schreibt 1460/61 das Buch „Cibatio Alkorani“ (Sichtung des Koran); siehe: Studienausgabe Prof. Dr. Ludwig Hagemann 1989-91.
- 9) vgl. Bobzin, H.- M. Luthers Beitrag zur Kenntnis und Kritik des Islam in: Neue Zeitschr. f. system. Theol. & Religionsphilos. Nr. 27-1985 S. 262 ff.
- 10) Vienne a.d. Rhone; das Konzil dauert von Oktober 1311 bis Mai 1312. Im Zentrum steht die Auflösung des Templerordens, aber das Konzil beschäftigt sich auch mit dem Islam; u.a. sollen an 5 Universitäten je 2 Lehrstühle für orientalische Sprachen eingerichtet werden.
- 11) u.a. Mozart: Entführung aus dem Serail (1782); Goethe: Westöstlicher Diwan (1819).
- 12) Massignon, Louis-Ferdinand Jules, (1883-1962); Studium in Paris, Kairo und Bagdad. Er gründet mit Hilfe des französischen Klerus, vor allem Kardinal Liénarts von Lille, 1947 das „Comité chrétien d'entente France-Islam“.
- 13) Das arabische Wort „Allah“ ist kein Gottesname, sondern bedeutet einfach „Gott“.
- 14) Abd: arabisch für Sklave, Diener.
- 15) Koran, 3/60: „Abraham war weder Jude noch Christ; vielmehr war er lauterer Glaubens, ein Muslim.“
- 16) „Ich bekenne : es gibt keinen Gott außer Gott und Mohammed ist sein Prophet.“ (in Richtung Mekka gewandt); u.a. Koran, 64/13.
- 17) Eine gewisse Unklarheit der muslimischen Auffassung zur Erbsünde ergibt sich allerdings daraus, dass nach einem Hadith (Überlieferung) Mohammed gesagt haben soll: „Jedes Kind, das geboren wird, wird vom Satan berührt. Und diese Berührung lässt es schreien, ausgenommen Maryam(=Maria) und ihren Sohn.“
- 18) Koran, 19/31 : Er (=Jesus) sprach : „Siehe, ich bin Allahs Diener. Gegeben hat er mir das Buch und er machte mich zum Propheten.“ - Koran, 5/79 : „Nicht ist der Messias, der Sohn der Maria, etwas andres als ein Gesandter.“ Vgl. auch: Koran, 57/27.
- 19) Die Trinitätslehre steht nach muslimischer Auffassung im Gegensatz zum „Tawheed“, dem Monotheismus. Vgl. dazu Koran, 5/77: „Wahrlich, ungläubig sind die, die da sprechen : Siehe, Allah ist ein dritter von drei.“ – Koran, 17/111: „Und sprich : Gelobt sei Allah, der weder einen Sohn gezeugt noch einen Gefährten im Regiment hat, noch einen Beschützer aus Schwäche.“ – Koran, 18/3: „Und um jene zu warnen, die da sprechen, Allah habe einen Sohn gezeugt.“; Koran, 23/93: „Allah hat keine Kinder gezeugt, und es ist kein Gott bei ihm.“ Vgl. ferner Koran, 9/31 und 16/53.
- 20) Kafir/Kafirun; abgeleitet vom Wort Kufr (=Unglaube). Insgesamt sind mehr als 340 Textstellen nachweisbar, die von Unglaube/Ungläubigen bzw. ungläubig sprechen. Die Sure 109 trägt sogar die Bezeichnung „Al-Kafirun“ (Die Ungläubigen).
- 21) Schirk, arabisch für: Partnerschaft, Teilhabe, aber auch für Vielgötterei; siehe Koran, 4/51 und 9/ 4 ff., 17; 22/17: „Siehe, die Gläubigen und die Juden und die Sabier und die Christen und die Magier und die Polytheisten – Allah wird zwischen ihnen entscheiden am Tage der Auferstehung.“
- 22) z.B. Koran, 2/187.
- 23) Koran, 4/143; 5/56 und 5/83.
- 24) Koran, 5/85.
- 25) Koran, u.a. 2/214; 3/79; 4/136; 11/22; 16/108.
- 26) Alle vier sunnitischen Rechtsschulen, Malakiten, Hanafiten, Schafiiten und Hanbaliten, sowie die schiitische Rechtsschule der Dschafariten fordern jedoch die Todesstrafe.
- 27) Koran, 4/156: „Siehe, wir haben den Messias Jesus, den Sohn der Maria den Gesandten Allahs, ermordet, doch ermordeten sie ihn nicht und kreuzigten ihn nicht, sondern einen ihm ähnlichen.“
- 28) Sie reichen von der Theorie, für Jesus sei ein „Ersatzmann“ (z.B. Judas, Barnabas, Simon von Cyrene) am Kreuze gestorben, über die These, Jesus sei zwar gekreuzigt worden, aber aufgrund Gottes' eigenen Entschlusses, bis hin zu der Annahme, Jesus sei zwar gekreuzigt worden, aber nicht am Kreuze gestorben. Andere muslimische Theologen vertreten die Auffassung, Kreuzigung und Heilsgedanke seien erst später verfremdend, z.B. durch Paulus, in die christliche Lehre eingeflossen.
- 29) Karl Heinrich Georg Venturini (1768-1849), Karl Friedrich Bahrdt (1741-1792) und auch Daniel Ernst Friedrich Schleiermacher (1768-1834).
- 30) Der Gründer der Ahmediyya-Sekte (auch:Qadianis), Hazrat Mirza Ghulam Ahmad of Qadian, schreibt 1899 ein Buch mit dem Titel „Jesus in India – Jesus' escape from death on the cross and journey to India“. Danach sei Jesus zwar gekreuzigt worden, habe jedoch überlebt und sei später, der Verfolgung entkommend, auf der Suche nach den verlorenen zehn Stämmen Judas nach Indien gegangen, wo er bereits in seiner Jugendzeit gewesen und mit dem Buddhismus in Berührung gekommen sein soll. Dort sei er auch eines natürlichen Todes gestorben und in Srinagar/ Kaschmir begraben. Die Ahmediyyas sind heute aus der muslimischen Gemeinschaft ausgeschlossen, da sie nicht Mohammed, sondern ihren Glaubensgründer als den letzten der Propheten verehren.
- 31) Koran, u.a. 1/3; 11/105 ff., 22/68; Sure 75 – Die Auferstehung – Al-Qiyamat; 81/1 ff.
- 32) Koran, u.a. 38/53; 50/19 f.
- 33) Koran, Sure Nr. 19 „Maryam“ . Die Sure 3 „Familie Imran“ ist nach Marias Vater benannt. Dieser wird nur in den apokryphen Schriften, nicht aber im Neuen Testament genannt.
- 34) Koran, u.a. 3/42 sowie 4/156; 23/52; 33/7.
- 35) Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) 1948 in Amsterdam gegründet, versteht sich als organisatorisches Instrument des ökumenischen Dialogs und der interkonfessionellen Zusammenarbeit. Er umfasst 342 Mitgliedskirchen in 120 Ländern mit etwa 400 Mio. Gläubigen. Die römisch-katholische Kirche arbeitet seit dem 2. Vatikanum u.a. in Form einer Gemischten Arbeitsgruppe offiziell mit, gehört aber nicht dem ÖRK an.
- 36) Annuario Pontificio; der Niederländer Johann Kardinal Willebrands (*1909) wird der erste Präsident. Ihm folgt der spätere Kardinal Cassidy (*1924). Im März 2001 übernimmt Walter Kardinal Kasper (*1933), der vormalige Bischof von Rottenburg, dieses Amt.
- 37) ebd.; Paolo Kardinal Marella (1895-1984) wird der erste Präsident; ihm folgt 1973 Sergio Kardinal Pignedoli (1910-1980) und diesem Francis Kardinal Arinze (*1932). Im Oktober 1974 wird

- zusätzlich die „Commissione per i Rapporti Religiosi con l'Islam“ (heute: „Commissione per i Rapporti Religiosi con i Musulmani“) geschaffen, die dem Päpstlichen Rat für den Inter-religiösen Dialog zuarbeitet.
- 38) Konzilserklärung „Nostra aetate“ – 28. Oktober 1965 durch Papst Paul VI.
- 39) Beginn der Konzilserklärung Nostra aetate, Nr. 1.
- 40) ebd., Nr. 3.
- 41) ebd., Nr. 2.
- 42) ebd., Nr. 1.
- 43) Ansprache am 6. Mai 2001 in der Omayyaden-Moschee in Damaskus als Gast des Groß-Muftis von Syrien, Sheikh Kufaro: „Ein besseres gegenseitiges Verständnis wird auf praktischer Ebene gewiss dazu führen, unsere beiden Religionen auf neue Art und Weise darzustellen: *Nicht als Gegner*, wie es in der Vergangenheit allzu oft geschehen ist, *sondern als Partner für das Wohl der Menschheitsfamilie*.“
- 44) Ägypten, Indonesien, Iran, Irak, Kuwait, Pakistan, Syrien und die Türkei.
- 45) Ausgenommen sind lediglich: Sultanat Oman, Emirat Qatar, die Vereinigten Arabischen Emirate und das Königreich Saudi Arabien. In Abu Dhabi residiert der Apostolische Vikar für die Arabische Halbinsel, dessen religiöse Aktivitäten jedoch nur sehr restriktiv wahrgenommen werden können. In Malaysia ist Rom nur mit einem Apostolischen Delegaten vertreten.
- 46) So ist in keiner der vielen Prognosen u.a. von H. Kahn (1922-83), W. Fucks (1902), dem Brandt-Palme-Report oder dem Global 2000-Report von Ex-US-Präsident Jimmy Carter z.B. die Revitalisierung des Islam oder das konfliktverstärkende Aufeinanderprallen der Religionen auf dem Balkan erkannt worden. Fucks erwähnt z.B. die Weltreligionen nur im Zusammenhang mit ihrer Haltung zur Geburtenrate (siehe: „Formeln zur Macht“ - TB, 1967; S. 137).
- 47) Die protestantischen Kirchen haben ihr Verhältnis zum Islam erst später revidiert. 1967 legt der ÖRK Dialogrichtlinien vor, 1976 folgt die gemeinsame Erklärung des ÖRK und des Muslimischen Weltkongresses in Chambéry/Schweiz, 1977 werden Empfehlungen für den christlich-islamischen Dialog herausgegeben, und 1982 findet das erste Gespräch des ÖRK mit dem Islamischen Weltkongress in Colombo statt.
- 48) Zur Lage der Christen in muslimischen Ländern siehe „AUFTRAG, Nr. 246/2002, S. 31 ff.
- 49) 1975/76 vereinbaren der Heilige Stuhl und Libyen unter Oberst Ghaddafi aus unterschiedlichen Interessen, den Dialog zwischen Muslimen und Christen zu forcieren. Zunächst nur als Diskussionsforum unter Theologen konzipiert, wird unter libyscher Regie in Tripolis daraus ein Medienzirkus mit etwa 1.000 Beteiligten. Der Delegationsleiter der Kurie, Sergio Kardinal Pignedoli (1910-1980), wird scharf angegriffen.
- Peter Scholl-Latour beschreibt die Konferenz in seinem Buch „Allah ist mit den Standhaften“ sehr treffend (S. 71 ff.).
- 50) s. Artikel „Islamische Charta“ in: AUFTRAG Nr. 247/2002 – S. 22 f.
- 51) FA.Z. vom 26.9.1998.
- 52) Dieser Artikel wird die Grundlage für Chatamis Aufruf zu einem „internationalen Jahr des Kulturdialogs“, der von der UNO aufgegriffen und für das Jahr 2001 proklamiert wird.
- 53) Weimarer Gespräch am 12. Juli 2000: Präsident Seyed Mohammad Chatami mit Bundespräsident Rau und den Professoren Josef van Ess und Hans Küng, Tübingen.
- 54) ebd.
- 55) Einige Beispiele: „Christlich-Islamische Gesellschaft“ (1982-Köln); „Gemeinschaft Christen und Muslime“ (1990 in der Schweiz); „Children of Abraham Foundation for Religious and Cultural Coexistence“ (1991-Stockholm); „Three Faith Forum“ (1995 in Großbritannien); Projektgruppe „Bedrohung Islam?“ der deutschen Kommission Justitia et Pax (1995); Friedensinitiative „Abraham“ (1998 in Sarajewo).
- 56) Nicht zu verwechseln mit dem „Projekt Weltethos“ von Prof. Hans Küng, das durch eine Erklärung des Parlaments der Weltreligionen in Chicago 1993 bekannt geworden ist. Hierzu zählt auch der Entwurf einer „Allgemeinen Erklärung der Menschenpflichten“ von 1997 (Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt und Hans Küng). Vgl. dazu H. Küng/K.-J. Kuschel, „Erklärung zum Weltethos“. Die Deklaration des Parlamentes der Weltreligionen, München 1993 (Serie Piper 1958) und H. Schmidt (Hrsg.), Allgemeine Erklärung der Menschenpflichten – Ein Vorschlag; München 1997 (Serie Piper 2664).
- 57) s. Andric, Ivo Nobelpreis 1961; *1892 †1975 „Die Brücke über die Drina“ (1945).
- 58) Dazu gehören z.B. inter-konfessionelle Kinder- und Jugendarbeit, Religionsunterricht, Hochschularbeit, Beratung bei gemischten Ehen, Betreuung muslimischer Mitbürger in Krankenhäusern und Seniorenheimen, sowie der Bau von Moscheen und muslimischen Friedhöfen.
- 59) Der Direktor des Instituts für Strategische Studien an der Harvard-University Samuel P. Huntington veröffentlicht 1996 ein Buch mit dem Titel „Clash of Civilizations“. Danach würden die zentralen Auseinandersetzungen im 21. Jh. zwischen acht kulturell bzw. religiös definierten Zivilisationen verlaufen.
- 60) Die erste Moschee in Berlin wurde erst 1866 gebaut, jedoch war bereits 1798 der erste muslimische Friedhof eingerichtet worden. In Deutschland gibt es mittlerweile etwa 2.000 Moscheen, jedoch sind die meisten baulich nicht als solche zu erkennen, da sie in Wohn- oder Lagerhäusern untergebracht sind.



Kirche und Moschee in Jerusalem: im Vordergrund die Zwiebeltürme der russischen Maria-Magdalenen-Kirche in Gethsemane, dahinter der Felsendom, dazwischen die 400 Jahre alte türkische Stadtmauer.

Terrorismus im Islam religiös nicht zu rechtfertigen

Die islamischen Fundamentalisten sind keine echten Muslime

Wer Terroristen verteidigt, darf sich nicht Muslim nennen. Das behauptet einer der größten Vertreter des Islams für den Dialog mit dem Christentum: „Osama Bin Laden und die Fundamentalisten, welche Terrorismus praktizieren, sind keine echten Muslime. Sie manipulieren den Koran für politische Zwecke. Sie manipulieren die Religion und repräsentieren die Gläubigen des Islam nicht“, so Dr. Muhammed Sammak am 17. Mai 2002 in Rom. Sammak ist der Generalsekretär der Nationalen Kommission für den islamisch-christlichen Dialog im Libanon. Er sprach am 17. Mai 2002 auf dem vom Päpstlichen Institut für arabische und islamische Studien (PISAI) organisierten Kongress über die Position der „Muslimischen Welt nach dem 11. September“. – Das PISAI wurde 1926 gegründet. Sein Hauptsitz befindet sich in Rom. Ziel ist die Spezialisierung in arabischer Sprache und Literatur und des islamischen Glaubens.

„Das grausame Verbrechen des 11. September wurde von vielen islamischen Führern als ungerechtfertigter Terrorismus verurteilt. Sie haben es als unmenschlich definiert und gegen den Islam gerichtet. Deshalb glaube ich, dass die amerikanische Einstellung zum Islam revidiert wer-

den muss“, so der libanesische Professor.

Dr. Sammak erklärte auch, dass unmittelbar nach dem 11. September die USA verschiedene islamische Länder aufgefordert hätten, jene Koranschulen zu schließen, wo die Doktrin des „Heiligen Kriegs“ gelehrt werde. Pakistan gehorchte. In Somalia waren die Warlords zwar einverstanden, aber es sei nichts geschehen. Der Sudan habe versucht, gute Beziehungen zu den USA aufrecht zu erhalten, doch jene Schulen wurden nicht geschlossen. In Ägypten lehnte der Kultusminister die Forderung der USA ab, weil dies die Souveränität und religiöse Tradition des Landes in Gefahr bringe. Für Sammak ist es das Problem der USA, dass sie „in Nahost mit der Strategie des Kalten Krieges operieren“.

Die angeblich nicht vorhandene Trennung zwischen Staat und Religion in islamischen Ländern ist laut Sammak eine Simplifizierung. „Der echte Islam gründet auf Brüderlichkeit, Achtung der Menschenrechte und der Lehren Gottes“.

Er präziserte ebenfalls, dass „Osama Bin Laden nichts mit der palästinensischen Frage zu tun [hat], die schon seit 50 Jahren andauert. Die Terroristen versuchen, die palästinensische Frage zu manipulieren,

und so ihre Aktionen damit zu rechtfertigen. Der echte Islam verurteilt die Terroristen, welche Verbrechen gegen die Menschheit begehen“.

Muslimische Weltliga zum Terrorismus

Für die Tötung von Zivilisten durch Terrorakte kann es nach Ansicht der Muslimischen Weltliga keine religiöse Rechtfertigung geben. Dennoch wollte ihr Generalsekretär Abdullah bin Abdul Mohsin Al-Turki am 18. Juni 2002 in einem Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) den palästinensischen Terror nicht schärfer verurteilen. Was in Palästina geschehe, „gibt dem Unterdrückten und Leidenden das Recht, sich zu verteidigen“. Religiöse Rechtfertigungen von Selbstmordanschlägen seien aber auch im Islam Ausnahmen“ meinte Al-Turki, der sich für mehr Dialog der Religionen aussprach.

Die 1962 in Mekka gegründete Liga zielt unter anderem auf die Verbreitung des Islam, den Aufbau islamischer Massenmedien, die Verbreitung der arabischen Sprache, Hilfen beim Moscheebau und den religiösen Dialog. Der Zusammenschluss, der Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen hat, gilt gemeinhin als von Saudi-Arabien dominiert. Der Sitz des Generalsekretariats ist in Mekka. Al-Turki war früher Direktor einer Islamischen Universität in Riad und saudisches Regierungsmitglied.

Im Gegensatz zum Terror in Palästina verurteilte Al-Turki die Terroranschläge vom 11. September scharf. Was in New York und Washington passiert sei, „ist ungerecht, illegitim, verstößt gegen den Glauben, gegen die ganze islamische Welt“. Auch im Nahen Osten hätten „im Allgemeinen“ beide Seiten unabhängig von ihrer Religion die gleiche Menschenwürde. Wer bei Unterdrückung und Ungerechtigkeit mitwirke bleibe aber nicht unbeteiligt“. Der Generalsekretär wörtlich: „Selbstverständlich heißen wir Terror nicht gut. Aber was bleibt der schwachen Partei übrig?“

Al-Turki sprach sich dafür aus, den kulturellen und religiösen Dialog zu verstärken. Dafür sollten Mechanismen und Strukturen entwickelt werden. Die islamische Gemein-

Literatur zu S. 11-17

Anmerkung: Die Nummerierung der Suren des Koran weist z.T. Unterschiede zwischen der dt. Übersetzung von A. Schimmel und der arabischen Koran Ausgabe auf.

Abu Ameenah Bilal Philips – The Fundamentals of Tawheed (Islamic Monotheism) – Tawheed Publications Riyadh 1990.

Annuario Pontificio – Libreria Editrice Vaticana – 1970, 1980, 1990, 2000 & 2001.

Ata ur-Rahman, Muhammad – Jesus – A Prophet of Islam – MWH London Publisher ISBN 0 906 194 08 3 – 2nd Edition 1979.

Brissaud, Alain – Islam und Christentum (Originaltitel: Islam et chretienté. Treize siècles de cohabitation) – Albatros Verlag Düsseldorf 2002.

Hazrat Mirza Ghulam Ahmad – Jesus in India – Neuauflage 1978 durch Ahmad-diyyas Muslim Foreign Missions Department – published The London Mosque 16 Southfields London SW 18.

Khoury, Hagemann, Heine – Islam-Lexikon – 3 Bd. – Verlag Herder Freiburg 1991.

Kuschel, Karl-Josef – Weltreligionen und Weltethos im Zeitalter der Globalisierung 2001.

Lexikon für Theologie und Kirche – Verlag Herder Freiburg 1961.

Qur-an, The Holy – Arabic Edition & English Transl. & Commentary – King Fahd Holy Qur-an Printing Complex – revised & edited by Islamic Researches IFTA Call and Guidance – o. J.

Schimmel, Annemarie – Der Koran – dt. Ausgabe Philip Reclam jun. Stuttgart 1970.

Schirmacher, Christine – The Crucifixion of Jesus in View of Muslim Theology 1997.

schaft sei bereit, zu kooperieren und Missverständnisse abzubauen. Gerade Deutschland könne dabei eine große Rolle spielen. In Europa gibt es nach Ansicht des Generalsekretärs eine wachsende Akzeptanz der islamischen Minderheit. Die hier lebenden Muslime bemühten sich bewusst um die Integration. Zugleich gebe es in aller Welt wachsendes Interesse am wahren Islam, „aber der Weg ist noch sehr lang“. Auch nach dem 11. September sei die Situation der Muslime nicht schlechter geworden so der Generalsekretär.

Auf die Frage, wie er die Auseinandersetzung der in Deutschland lebenden Muslime mit Pluralismus und Menschenrechten bewerte, meinte Al-Turki: „Wir unterstützen das voll und ganz.“ Die Muslime hätten das herrschende System zu befolgen, „ohne dass es ihre persönlichen und religiösen Freiheiten einschränkt“.

Moschee-Bau: Studie zur Konfliktvermeidung

„Terrorzentralen“ und „Brutstätten des Fundamentalismus“, so hieß es in den aufgewühlten Tagen nach dem 11. September über so manche Moschee in Deutschland. Rund 2.000 dieser muslimischen Gebetsstätten gibt es, die von den rund drei Millionen Muslimen seit den 60er Jahren zwischen Hamburg und München errichtet wurden. Bau und Gestaltung haben in der Vergangenheit zu bisweilen heftigen Konflikten geführt. Wie groß dürfen die Gebäude, wie hoch die Minarette und wie laut der Gebetsruf sein? Wird durch die Bauten möglicherweise der religiöse Fundamentalismus unterstützt? Vorbehalte gab und gibt es viele. Im Mai 2002 hat eine Gruppe um den Gießener Politikwissenschaftler Claus Leggewie die Auseinandersetzungen um Moschee-Bauten untersucht und Vorschläge zur Konfliktvermeidung erarbeitet.

Eine der zentralen Forderungen der Studie: Die christlichen Kirchen sollten ihre Erfahrungen im interreligiösen Dialog nutzen und als lokale Vermittler die unterschiedlichen Interessen auszubalancieren versuchen. Wie kaum eine andere Institution verfügten die Kirchen über so viel moralische Autorität in

den Städten und Gemeinden, dass sie den muslimischen Minderheiten als „herausragende Multiplikatoren“ dienen könnten. Oft sei es Pfarrern oder anderen Kirchenvertretern gelungen, den kulturellen und religiösen Konflikten das „Gift“ zu entziehen und pragmatische Lösungen vorzuschlagen. Nach Ansicht der Gießener Wissenschaftler bietet sich den Kirchen in diesen lokalen Auseinandersetzungen zugleich die Chance, im interreligiösen Dialog eine „Orientierungsrolle“ für die Gesellschaft zu übernehmen und damit ihr eigenes Profil zu schärfen. Der theologisch-spirituelle Austausch und die Verständigung im täglichen Zusammenleben zwischen Christen und Muslimen gingen dann Hand in Hand.

Die Forscher sind sich sicher, dass die Zahl der Moscheen in der Bundesrepublik weiter ansteigen wird. Deshalb halten sie es für dringend erforderlich, schon im Vorfeld der Planungen alle Beteiligten an einen Runden Tisch zu holen und dabei auch nicht vor strittigen Themen zurück zu schrecken. Muslimische Vereine, kommunale Behörden und Kirchenvertreter müssten mit „großer Offenheit“ über alle Pläne informieren. Oftmals versäumten es gerade die muslimischen Bauherren, Anwohner in ihre Vorhaben einzubeziehen und über ihre religiösen Vorstellungen aufzuklären. Wenig hilfreich sei es beispielsweise, wenn der Name einer Moschee als „Kampfansage“ an die christliche Kultur missverstanden werden könne.

Mit ihrer von der Herbert-Quandt-Stiftung geförderten Studie wollen die Experten Schritte aufzeigen, wie Religionsfreiheit konkret umsetzbar ist. Einen Zweifel an dem Recht auf die Errichtung von muslimischen Glaubensstätten gebe es nicht mehr. Nur noch über die Frage des Wie und Wo müsse gestritten werden. Manchmal, sind sie sich sicher, zähle dabei nicht nur das Ergebnis, sondern auch der Weg. Oft sei ein „klärendes Gewitter“ notwendig, ohne das plurale Gesellschaften nicht existieren könnten, heißt es in der Studie. Sie trägt den Titel „Der Weg zur Moschee – eine Handreichung für die Praxis“ und ist über die in Bad Homburg ansässige Herbert-Quandt-Stiftung erhältlich. (KNA)

Bischofskonferenzen setzen auf Dialog mit „Euro-Islam“

Mehr Dialog zwischen den christlichen Kirchen und dem Islam in Europa haben die Generalsekretäre der 34 europäischen katholischen Bischofskonferenzen bei einer Tagung in Istanbul gefordert. Die Bedeutung der zweiten und dritten Generation der muslimischen Immigranten in Westeuropa sei gerade für Gespräche zwischen den beiden Glaubensgemeinschaften wichtig, heißt es in einer vom „Rat der Europäischen Bischofskonferenzen“ (CCEE) am 18. Juni 2002 zum Abschluss des Treffens herausgegebenen Erklärung. Es gebe Anzeichen, dass sich so etwas wie ein „Europäischer Islam“ herausbilde. Insbesondere auf dem Niveau der Universitäten geben es bereits sehr positive Erfahrungen des Dialogs, wird in der Erklärung betont.

Das äußerst komplexe Spektrum des Islam in Europa, einschließlich der Türkei, stand im Mittelpunkt des 30. Treffens der Generalsekretäre. Die Veranstaltung fand erstmals in Istanbul statt und war vom CCEE organisiert worden. Die Teilnehmer des Treffens wurden auch vom Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios I. an dessen Amtssitz, dem Istanbuler Phanar, empfangen. Das Ehrenoberhaupt der Weltorthodoxie habe „seine tiefe Übereinstimmung mit Papst Johannes Paul II. in einer Palette von Themen“ bekundet, so die CCEE-Erklärung. So hielten er und der Papst den Prozess der Ökumene für irreversibel. Weiter habe Bartholomaios I. die gemeinsame Anstrengung von Papst und Ökumenischem Patriarchat für die Umwelt hervorgehoben, wie sie in der am 10. Juni in Venedig unterzeichneten „Erklärung von Venedig zur Bewahrung der Schöpfung“ zum Ausdruck komme.

Die Generalsekretäre der europäischen Bischofskonferenzen waren auch Gäste des armenisch-apostolischen Patriarchen Mesrob II. Mutaftyan und des syrisch-orthodoxen Patriarchalvikars Metropolit Yusuf Cetin. Mesrob habe dabei die Notwendigkeit einer Vertiefung des synodalen Prinzips ebenso wie des Primatsgedankens als wesentliche Schritte zur Einheit der Kirche betont, heißt es.

(PS nach ZENIT und KNA)

Drohende Schatten über Mesopotamien

Ist ein Angriff auf den Irak im Rahmen des „Krieges gegen den Terror“ gerechtfertigt?

VOLKER W. BÖHLER

Im Visier

Lange schon vor dem 11. September 2001 war klar, dass die neue US-Administration unter George W. Bush den Irak ins Visier genommen hatte, galt es doch, Versäumnisse der Bush-Senior-Administration aus dem 2. Golfkrieg endlich ins Reine zu bringen. So war es auch nicht verwunderlich, dass – nach dem Hinauswurf der UN-Waffeninspektoren Ende 1998 – die nunmehr entstandene 3-jährige Überwachungslücke Grund für neue Befürchtungen lieferte, Saddam Hussein könnte wieder an der Herstellung oder dem Erwerb von Massenvernichtungswaffen arbeiten. Der Bundesnachrichtendienst (BND) ging sogar davon aus, dass der Irak bereits in drei bis sechs Jahren zur Produktion von Atomwaffen fähig sein könnte.¹⁾

Inhalt

Im Visier

Die UN-Abrüstungskommission (UNSCOM) und die mögliche Bedrohung

Folgen der UN-Sanktionen

Die neue US-Administration

Die Lage nach dem 11. September 2001

Die „Achse des Bösen“

Reaktionen

Die politische Diskussion in Deutschland

Wechselbeziehungen zum Palästina-Konflikt

Zwischenfazit

Ein mögliches Szenario

Folgen

Friedensethische Fragen

Schlussbetrachtungen

Quellen und Anmerkungen

Erinnern wir uns: Ende Februar 1991 hatte der irakische Diktator Saddam Hussein die „Mutter aller Schlachten“ kläglich verloren, das befreite Kuwait ging wieder als „Familienbesitz“ an den Emir Ahmed Al Sabah zurück, und der Irak wurde einem rigiden UN-Sanktionsregime unterworfen, dessen wichtigste Bestimmungen waren

- ein weltweites Im- und Exportverbot,
- das Verkaufsverbot irakischen Erdöls,
- die Seeblokade zur Absicherung des Embargos,
- die Sperrung aller Auslandsguthaben.

Die Einrichtung zweier Flugverbotszonen im Norden und Süden des Landes ist umstritten. Diese Zonen, die immerhin 60% des irakischen Luftraumes einnehmen, werden seitens des Irak nicht anerkannt und führen bis zum heutigen Tage immer wieder zu Zwischenfällen.²⁾

Die UN-Abrüstungskommission (UNSCOM) und die mögliche Bedrohung

Es besteht kein Zweifel, dass die Waffenkontrolleure der UNSCOM seit Ende des Krieges häufig behindert und getäuscht wurden, hielt sich doch der Kooperationswille der Iraker in Grenzen. Dennoch muss festgestellt werden, dass die Waffeninspektoren bis zu ihrem Hinauswurf Ende 1998 acht Jahre hindurch ihrer Aufgabe nachgingen und durchaus respektable Ergebnisse vorweisen konnten. So stellte eine der Schlüsselfiguren der UNSCOM, der Amerikaner Scott Ritter, fest, „dass der Irak schon seit 1997 keinerlei Massenvernichtungsmittel mehr besitzt“, eine Feststellung, die Ritters Vorgesetzter, der australische Diplomat Richard Butler, sicherlich nicht teilte.³⁾ Butler's Agieren, das von einer engen Zusammenarbeit mit der

US-Administration geprägt war und negative Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit den Irakern hatte, gab im Dezember 1998 schließlich den Anlass, die UN-Inspektoren des Landes zu verweisen. Mit den Luftangriffen der Operation DESERT FOX folgte die Reaktion der Amerikaner und Briten prompt und heftig.

Volker Perthes, ein ausgewiesener Nahost-Experte und Mitarbeiter der Stiftung „Wissenschaft und Politik“, kommt zu dem Ergebnis, dass das Sanktionsregime mit dem Waffenembargo und der mandatierten Abrüstung den Irak militärisch erheblich geschwächt hat.⁴⁾ Die Zerstörung der für eine atomare Nutzung nötigen Stoffe war 1998 abgeschlossen; der Bestand biologischer und chemischer Waffen sowie deren Fabrikationsstätten und Vorprodukte waren weitgehend reduziert und zerstört worden. Von über 800 SCUD-Raketen waren nach Schätzung der UN-Waffeninspektoren 1999 noch sieben, andere Quellen nannten 25 Flugkörper, im Arsenal des Diktators. Eine fliegende Luftwaffe existierte nicht mehr. Artillerie und Panzer zählten allenfalls noch ein Viertel des Vorkriegsbestandes.

Folgen der UN-Sanktionen

Großbritannien und die Vereinigten Staaten blockierten im UN-Sicherheitsrat jede Humanisierung des Sanktionsregimes, sieht man von der später eingeräumten Ausnahme „Oil for food“ ab. Die Einstellung der Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen durch Saddam Hussein Ende 1998 trug natürlich nicht zur Entschärfung der Lage bei. Fest steht aber, dass der UN-Koordinator des Programmes „Oil for food“, Dennis Halliday, 1998 von seinem Amt aus Protest gegen die „Genozid-Folgen“ der Sanktionen zurücktrat. Sein Nachfolger, der deutsche Diplomat Graf Sponeck, tat dies knapp ein Jahr später aus dem gleichen Grunde.⁵⁾ Graf Sponeck schätzt, dass zwischen 1990 und 1999 eine halbe Million Kinder als Folge der Sanktionen an Unterernährung und Krankheiten gestorben sind.⁶⁾ Hierzu stellt Peter Scholl-Latour fest: „Unter den drahonischen Sanktionen, die die Ver-

einten Nationen seit zehn Jahren verhängt haben, ist die einst blühende Republik Irak zum Armenhaus des Orients geworden.⁷⁾

Je halsstarrer sich die USA und England gegen eine Lockerung der Sanktionen sperrten, desto löchriger wurden diese, nicht zum Wohle der Not leidenden Bevölkerung, sondern der verbrecherischen Clique um Saddam. Für die arabischen und muslimischen Bundesstaaten waren die Sanktionen ohnehin „nur“ ein Racheakt der Siegermacht. Bei aller Feindschaft zum Regime ist die Gemeinschaft der Gläubigen, die Umma, stärker als das von den „Ungläubigen“ veranlasste Sanktionsregime. Blut ist eben dicker als Wasser. Sieht man von den unmenschlichen Folgen für die Schwachen ab, so haben die Sanktionen bis heute nichts bewirkt. Saddam sitzt immer noch fest im Sattel. Das haben Frankreich, Russland und China bereits seit längerem erkannt.

Die neue US-Administration

Die neue US-Administration unter George W. Bush war seit dem Januar 2001 im Amt. In ihrem Leitartikel vom 17. Februar 2001 gratulierte die „Washington Post“ dem neuen Präsidenten zu einem „guten Start im Irak“.⁸⁾ Anlass für die Gratulation waren amerikanisch-britische Luftangriffe am 16. Februar 2001 nahe Bagdad, wohlgernekt außerhalb der Flugverbotszonen im Norden und Süden des Irak. Außenminister Colin Powell nutzte wenig später während seiner ersten Nahost-Reise die Gelegenheit, um nachdrücklich auf die Gefährlichkeit Saddams und seines Regimes hinzuweisen: „Unsere arabischen Freunde müssten die Gefahr erkennen, die vom irakischen System ausgeht. Wir müssen sicherstellen, dass er (Saddam) nicht in diese Richtung gehen kann, und alles tun, um ihn zu beschränken, zu kontrollieren“⁹⁾

Von den „arabischen Freunden“ der Anti-Irak-Allianz des Jahre 1991, der selbst ein als „Schurkenstaat“ eingestuftes Land wie Syrien angehörte, war allerdings nicht mehr allzu viel übrig geblieben. Selbst

Saudi-Arabien, dessen Sicherheit ja bislang vom „Kauf“ amerikanischer Verteidigung abhing, ging vorsichtig auf Distanz. Im arabischen Lager war spätestens jetzt klar geworden, dass mit dem neuen amerikanischen Präsidenten nicht zu spaßen war.

Die Lage nach dem 11. September 2001

Noch standen die Vereinigten Staaten unter dem unmittelbaren Schock der verbrecherischen An-

schläge vom 11. September 2001 in New York und Washington. Eine weltweite „Allianz gegen den Terror“ hatte sich formiert. Die Terrororganisation Al Qaida und das ihr Gastrecht gewährende Taliban-Regime zerfielen im Bombenhagel der amerikanischen Luftangriffe, als der Präsident am Thanksgiving Tag bei einem Truppenbesuch in Fort Campbell den Soldaten der 101. Luftlandedivision verkündete: „Es gibt andere Terroristen, die Amerika und seine Freunde bedrohen, und es gibt Län-



Karte mit freundlicher Genehmigung des Siedler Verlags aus: Peter Scholl-Latour „Lügen im Heiligen Land“, Berlin 1998.

der, die sie unterstützen. Wir werden als Nation nicht sicher sein, bis alle diese Bedrohungen beseitigt worden sind. Wir werden das Böse in den kommenden Jahren in der ganzen Welt bekämpfen, und wir werden siegen“.¹⁰⁾ Wenige Tage zuvor hatte Bush in seiner ersten Rede vor der UN-Vollversammlung die Nationen gewarnt: „... diese Terroristen sind auf der Suche nach Massenvernichtungswaffen, um ihren Hass in einen Holocaust umzusetzen. Und sowie sie dazu in der Lage sein werden, werden sie chemische, biologische und atomare Waffen einsetzen. Diese Bedrohung darf niemand ignorieren ...“¹¹⁾ Es war unschwer erkennbar, dass diese Warnung weniger an die Adresse der Steinzeit-Islamisten der Taliban und ihrer Kamikaze-Freunde aus der Al Qaida ging. Ende November 2001 wurde Bush deutlicher. Er forderte die Wiedereinsetzung der UN-Waffeninspektoren, um zu beweisen, dass der Irak Massenvernichtungswaffen entwickle. Befragt, welche Folgen eine Weigerung des irakischen Diktators haben werde, drohte Bush: „Er wird es herausfinden“¹²⁾ Die Falken um Bush begannen, sich zu formieren. Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice nannte Saddam eine „Bedrohung, weil er fest entschlossen sei, Massenvernichtungsmittel in seinen Besitz zu bringen“ und Verteidigungsminister Donald Rumsfeld sprach von einer „langjährigen Verbindung der Al Qaida und dem Irak“. Die Beweisführung allerdings blieben sie schuldig. Es war offensichtlich, dass ein Geheimdienst, der im Kosovo-Konflikt nach einem alten Stadtplan irrtümlich die Zieldaten für die Bombardierung der chinesischen Botschaft – man hielt sie für eine Waffenfabrik – lieferte und nicht in der Lage war, vor den Anschlägen des 11. September 2001 zu warnen, Mängel in seiner Effizienz vermuten lässt.

Bagdad hat bislang jede Verbindung zur Terrororganisation Al Qaida abgestritten, wenn auch der paranoide Diktator die Anschläge in New York und Washington lauthals begrüßte. Das angebliche Treffen eines irakischen Agenten mit dem Flugzeugentführer Mohamed Al Atta in Prag erwies sich als Luftblase, nachdem Tschechien seine Behauptung

zurückgezogen hatte. Damit war einer der entscheidenden Rechtfertigungsgründe für einen Militärschlag entfallen, und der Aspekt einer Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen rückte wieder in den Vordergrund. Condoleezza Rice beeilte sich, klarzustellen, dass eine bewiesene Verbindung Irak – Al Qaida nicht im Vordergrund der Überlegungen des Weißen Hauses stünde: „Schließlich wissen wir nicht erst seit dem 11. September, dass der Irak gefährlich ist.“¹³⁾

Auch im Hinblick auf die mutmaßliche Herstellung oder den Erwerb von Massenvernichtungswaffen bleibt die Beweislage dünn. Sie stützt sich u.a. auf die Aussagen fragwürdiger Überläufer oder die Erkenntnisse befreundeter Dienste, die eine eigene Interessenslage an der Darstellung einer Bedrohung durch den Irak haben. Die Tatsache, dass die verbrecherischen Anthrax-Briefattacken dem Irak nicht angelastet werden konnten, die Milzbrandviren aus US-Beständen und die Attentäter aller Wahrscheinlichkeit nach aus dem eigenen Land stammten, trug auch nicht gerade zu einer soliden Beweislage gegen den Irak bei. Dieser Sachverhalt wird sich nicht gravierend verändern, bis Inspektionen vor Ort das Gegenteil beweisen.

Im Januar 2002 werden die Konturen für die zweite Phase des Kampfes gegen den Terrorismus schärfer. Die Regierungshardliner Donald Rumsfeld, Paul Wolfowitz, Dick Cheney und Condoleezza Rice werden durch ein hochrangiges Team unter dem Sicherheitsexperten Richard Perle, dem u.a. Henry Kissinger und James Schlesinger angehören, ermutigt, den Irak als nächstes Ziel ins Visier zu nehmen. Kissinger formuliert neben Diplomatie und freiwilliger Einsicht eine dritte Option, die er wohl auch präferiert: „Wir konzentrieren uns auf den Sturz Saddam Husseins, um das regionale Kräfteverhältnis zu verändern. Damit würden wir die amerikanische Entschlossenheit unterstreichen, die Stabilität in der Region, unsere Interessen und unsere Freunde zu verteidigen. Das wäre auch eine deutliche Botschaft an andere Schurkenstaaten.“¹⁴⁾

Mit einer Erhöhung des Verteidigungsetats um 50 Milliarden auf

379 Milliarden US-Dollar für das US Fiscal Year 2003 plant Bush, die finanziellen Voraussetzungen für den „Krieg gegen den Terror“ zu schaffen. „Was immer nötig ist, was immer es kostet, die geduldige und entschlossene Nation wird den ersten Krieg des 21. Jahrhunderts gewinnen.“¹⁵⁾

Die „Achse des Bösen“

Am 29. Januar 2002 hielt Präsident Bush seine erste Rede zur Lage der Nation vor dem Repräsentantenhaus, und es überraschte kaum, dass er diese Rede schwerpunktmäßig dem „Krieg gegen den Terror“ widmete. Es war kaum ein Zufall, dass sich Bush an Reminiszenzen aus dem zweiten Weltkrieg anlehnte, als er von der „Axis of Evil“, der Achse des Bösen, sprach: „... zweitens müssen wir Terroristen und Regime daran hindern, in den Besitz chemischer, biologischer und nuklearer Waffen zu kommen und die USA und die Welt zu bedrohen. ... Nord-Korea ist ein Regime, das sich mit Raketen und Massenvernichtungswaffen rüstet, während es sein Volk verhungern lässt. Der Iran bemüht sich aggressiv um solche Waffen und exportiert Terror, während ein paar Nichtgewählte die Hoffnung des iranischen Volkes auf Freiheit unterdrücken. Der Irak brüstet sich mit seiner Feindschaft gegenüber Amerika und unterstützt den Terror. ... Staaten wie diese und ihre terroristischen Verbündeten bilden eine Achse des Bösen und zielen darauf ab, den Weltfrieden zu bedrohen. ... Die USA werden es den gefährlichsten Regimen der Welt nicht erlauben, uns mit den zerstörerischsten Waffen der Welt zu bedrohen ...“¹⁶⁾

Der Präsident ließ offen, wie das Zusammenspiel dieser „Achse des Bösen“ ablief. Es schien auch so, dass der Iran und Nord-Korea eher als rhetorisches Beiwerk dienten, gemeint war in erster Linie der Irak, der in der Prioritätenliste des „Krieges gegen den Terror“ ganz nach oben rückte. Nord-Korea spielt in der „Achse“ als nicht-muslimischer Staat eher eine Alibirolle. Unschwer hätte man aus der Reihe der „Schurkenstaaten“ auch einen weiteren muslimischen Staat auswählen können. Es galt aber, einen Auf-

schrei im muslimischen Lager, vor allen Dingen bei den gemäßigten arabischen Staaten, zu vermeiden, und die Administration entschied sich für einen kommunistisch-konfuzianischen Bösewicht.

Reaktionen

Die Europäer reagierten teils empört, teils erschreckt. Schwedens Außenministerin Anna Lindh nannte bereits wenige Tage vor Bush's Rede die Nahostpolitik des US-Präsidenten „wahnsinnig“, „dumm“ und „äußerst gefährlich“ und sah sich wohl in ihrer harschen Kritik bestätigt.¹⁷⁾ Bundeskanzler Schröder und seine rot-grüne Regierung nahmen von der „uneingeschränkten Solidarität“ graduierlich Abstand, wobei die Kritik der grünen Juniorpartner deutlich heftiger ausfiel als die des Kanzlers. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Ludger Volmer, sprach davon, dass „alte Rechnungen zu begleichen“ seien und dafür das Terror-Argument herhalten müsse.¹⁸⁾ Schröder ließ immerhin verlauten, dass Deutschland „zu Risiken, nicht aber zu Abenteuern bereit“ sei. Beim Treffen der EU-Außenminister im spanischen Cáceres entlud sich der Zorn der Europäer. Außenminister Fischer gab sich staatsmännisch: „Die Achse des Bösen ist nicht die Art, wie wir unsere Politik anlegen“.¹⁹⁾ Deutlicher wurde der EU-Außenkommissar Chris Patten: „Es sei sehr gefährlich, absolute und zugleich stark vereinfachte Positionen zu beziehen, die Strategie der USA bei der Bekämpfung des Terrors sei mehr Rhetorik als Substanz“.²⁰⁾ Patten fügte hinzu: „Selbst die größte Supermacht der Welt kann nicht alles im Alleingang entscheiden“.²¹⁾ Die Briten mochten der europäischen Kritik nicht zustimmen; als treuer Vasall ist Großbritannien derzeit die einzige europäische Macht, die die Politik der US-Administration vorbehaltlos unterstützt. Margaret Thatcher gratulierte der Supermacht USA zu ihrer „beispiellosen Überlegenheit“ und empfahl, alle „Energien in Militäraktionen zu investieren und die „Sozialarbeit“ anderen zu überlassen“.²²⁾ Die Kritik der Europäer wurde in den USA nicht zur Kenntnis genommen und war den nationalen Medien kaum eine Erwähnung wert.

Die Rolle der NATO, die ja immerhin gemäß Artikel 5 ihres Vertrages den Bündnisfall erklärt hatte, wird sehr treffend in einer Karikatur der „Welt“ dargestellt: Bush steht bis an die Zähne bewaffnet vor einer Zielscheibe mit dem Porträt Saddams und erklärt den europäischen NATO-Freunden das weitere Vorgehen: „Schlage die übliche Rollenverteilung vor: Ich schieße und ihr applaudiert bei den Treffern!“²³⁾

Die Reaktionen der UN werden stark von der halsstarrigen Haltung des Irak in der Frage der Waffeninspektionen beeinflusst. Kofi Annan hat den irakischen Diktator als listenreichen, kaum vertrauenswürdigen Autokraten kennen gelernt. Das unter dem Eindruck der Kriegsdrohung der USA gemachte Angebot, den Dialog mit der UNO ohne Vorbedingungen wieder aufzunehmen, mag der US-Regierung ungelegen kommen, darf aber nicht ignoriert werden. Auch wenn es Saddam in erster Linie um Lockerungen des Sanktionsregimes geht, so ist hier – bei aller Vorsicht – eine neue Chance für die Diplomatie. Voraussetzung ist allerdings die Umsetzung aller relevanten Resolutionen des Sicherheitsrates, was den irakischen Außenminister Nadi Sabri, mehr an die Adresse der USA als der UN gedacht, veranlasste, daran zu erinnern, dass die UN-Sicherheitsresolution 687 vom April 1991 forderte, der Nahe Osten müsse frei von Massenvernichtungswaffen werden. Der Irak verfüge über keine solche Waffen, sie seien unter UN-Aufsicht vernichtet worden, während Israel über Nuklearwaffen verfüge. Den USA warf Sabri vor, sie messe mit zweierlei Maß.²⁴⁾ Die Drohung oder Warnung des irakischen Vizepräsidenten Taha Jassin Ramadan, die USA würden im Falle der Fortsetzung ihrer Politik mit einem „sehr viel schlimmeren“ Ereignis als dem 11. September konfrontiert werden, hat eben nicht zu einer Entspannung der Lage beigetragen. Fairerweise aber muss man feststellen, dass Brachialrhetorik nicht ausschließlich die Sprache der Iraker ist.

Die Reaktionen im arabisch-muslimischen Lager waren eindeutig und für die mühsam geschmiedete Anti-Terror-Allianz verheerend. Die „Hass-Liebe“ zwischen den USA

und Saudi-Arabien schlug auf beiden Seiten eher in Hass um. Einerseits wurde in den USA sehr wohl registriert, dass 15 der 19 Attentäter des 11. September aus Saudi-Arabien kamen und das Königreich bei der Finanzierung islamistischer Extremisten seit langem in vorderster Reihe stand. Im rigoros muslimisch-orthodoxen Staat selbst regte sich massiver Widerstand gegen die enge Zweckehe der Prinzen mit den „gottlosen Kafirun“.²⁵⁾ Eine Umfrage der Tageszeitung „Watan“ ergab, dass 60% der Saudis die Amerikaner hassten. Der Hauptgrund dafür liegt vor allen Dingen in der als eindeutig empfundenen Palästina-Politik der USA; ein möglicher Angriff gegen den Intim-Feind Irak war eigentlich nicht mehr als das fehlende i-Tüpfelchen, immerhin gehören die Iraker zur Umma, der Gemeinschaft der Gläubigen. Saudi-Arabische Intellektuelle bezeichneten nicht ohne Spott die Haltung der US-Regierung zur israelischen Militäroffensive in den Besetzten Gebieten als „Schande“ und erklärten: „Wir betrachten die USA und ihre derzeitige Regierung als Förderer des internationalen Terrorismus und – zusammen mit Israel – als Achse des Terrorismus und des Bösen in der Welt“.²⁶⁾ Will die saudische Monarchie überleben, so muss sie auf die Stimmung im Land Rücksicht nehmen; andererseits aber ist sich das Regime sehr wohl darüber im Klaren, dass es der amerikanischen Militärhilfe bedarf, um zu überleben. So ist es derzeit höchst fraglich, ob die Amerikaner ihre saudischen Stützpunkte für einen groß angelegten Militärschlag gegen den Irak nutzen können. Kein Wunder, dass sich die Bush-Administration nach Stützpunkten in den Emiraten umsieht, aber auch dort ist die Stimmung nicht amerika-freundlich.

So zeigten denn auch die meisten arabischen Staatshäupter Vizepräsident Dick Cheney die kalte Schulter, als er während seiner März-Reise durch neun arabische Staaten und die Türkei um Unterstützung für die geplante Militäraktion warb. Selbst das Emirat Kuwait, das seine Befreiung aus den Klauen Saddams den Amerikanern verdankte, winkte ab. Der bislang eher im terroristischen Lager gesehene Jemen ist nach dem verheerenden Anschlag auf die USS-Cole im Hafen von Aden bemüht,

sich als Verbündeter im Kampf gegen den Terror zu empfehlen.²⁷⁾ Auch wenn die Türkei, der im Falle eines Angriffs auf den Irak eine Schlüsselrolle zukommt, sich gegen einen Feldzug gegen den Irak ausgesprochen hat, so kann man davon ausgehen, dass sie letzten Endes doch zustimmen wird, freilich gegen die US-Zusicherung, dass es nach dem Sieg über den Diktator keinen Kurdenstaat im Norden des Irak geben wird. Auch das im 2. Golfkrieg auf der „falschen Seite“ gestandene Jordanien, das sich seither, nach Überwindung der Boykott-Maßnahmen für sein unbotmäßiges Verhalten, „mustergemäß“ verhielt, sieht einer amerikanischen Militäraktion gegen den Irak mit großem Unbehagen entgegen. Gleiches trifft für Ägypten zu. Syrien wiederum ist, auch wenn immer noch als Erzfeind angesehen, ein von Saddam Hussein umworben Partner; die Chancen einer Annäherung, die für den „Schurkenstaat“ Syrien fatal wäre, müssen allerdings derzeit als gering eingeschätzt werden.

Die ablehnende Haltung der Araber wurde folgerichtig auf der Konferenz der Arabischen Liga Ende März in Beirut bestätigt, nachdem der Mann aus Tikrit seinen Annexionsgelüsten auf das Emirat Kuwait vorerst abgeschworen hatte.²⁸⁾ Ansonsten befasste sich der Gipfel schwerpunktmäßig mit der Lage in Palästina, wobei der Friedensplan des saudischen Kronprinzen Abdallah – trotz syrischen Störfeuers – den Schwerpunkt der Abschlusserklärung bildete. Insgesamt gesehen war Beirut wohl ein „Sieg“ der gemäßigten arabischen Staaten.

Die politische Diskussion in Deutschland

Unbeeindruckt von den internationalen Bedenken verstärkten die USA ihre Drohkulisse. Bereits während der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik Anfang Februar 2002 wurde der stellvertretende Verteidigungsminister Paul Wolfowitz deutlich: „Wer den Terrorismus toleriert und nicht handelt, wird Konsequenzen spüren“.²⁹⁾ Wolfowitz befand sich ganz auf der Linie seines Chefs Cheney, der im Rahmen des Rechtes auf Selbstverteidigung weder präemptive noch präventive

Selbstverteidigung ausschloss. Zweifelsohne ist die präventive Selbstverteidigung nicht durch Artikel 51 der UN-Charta gedeckt, bestenfalls die präemptive Verteidigung, bei der ein bewaffneter Angriff unmittelbar angelaufen ist, sich aber noch nicht entwickelt hat.³⁰⁾

In Deutschland geriet Bundeskanzler Schröder mit seiner vollmundigen „uneingeschränkten Solidarität“ in Schwierigkeiten. Er erwartete keinen Angriff der USA auf den Irak und gehe davon aus, dass die europäischen Verbündeten bei einem US-Vorgehen konsultiert werden würden, ließ der Bundeskanzler am Rande einer Sitzung des SPD-Präsidiums am 18. Februar in Fürth verlauten.³¹⁾ Außenminister Joschka Fischer warnte noch zwei Tage vorher beim Treffen der EU-Außenminister in Brüssel: „Die internationale Koalition gegen den Terror ist für sich allein kein Freibrief für eine Invasion in irgendein Land“, und im „Spiegel“ äußerte sich Fischer: „Mir hat man bis jetzt keine Beweise präsentiert, dass der Terror des Osama Bin Laden mit dem Regime im Irak zu tun hat“.³²⁾ Fischers Äußerungen stießen auf heftige Kritik der Opposition, und Wahlkampfthemen waren unschwer bei allen Beteiligten erkennbar.

Währenddessen werden die Aufmarschpläne der USA konkreter: Berichten der britischen Zeitung „Guardian“ zufolge sahen die Planungen des US-Generalstabes vor, dass 200.000 Mann Bodentruppen von Kuwait aus auf irakisches Territorium eindringen sollen.³³⁾

Bei einem Treffen mit Intellektuellen am 13. März schließlich rückte Schröder von seiner „uneingeschränkten Solidarität“ ab: Deutschland werde einen Einsatz nur unterstützen, wenn er durch ein UN-Mandat gedeckt sei.³⁴⁾ Wie sich diese Aussage mit der gleichzeitigen Versicherung, Deutschland werde im Falle eines solchen Einsatzes seine in Kuwait stationierten ABC-Abwehrtruppen nicht abziehen, vereinbaren lässt, bleibt des Kanzlers Geheimnis.³⁵⁾

Wechselbeziehungen zum Palästina-Konflikt

Im Windschatten des „Krieges gegen den Terror“ in der Welt war

nach dem 11. September 2001 in Palästina und in Israel eine massive Zunahme von Gewalt und Gegengewalt zu beobachten, die in den vergangenen Monaten furiose Züge annahm. Selbstmordattentäter, beflügelt durch das verheißene Märtyrertum einer pervertierten, islamistischen Theologie, überzogen mit ihren Mordaktionen das ganze Land. Jassir Arafat's Maßnahmen, die Anschläge zu verhindern, waren eher zögerlich.

Ministerpräsident Ariel Sharon wehrte sich in bekannter Art und Weise: Massive Vergeltung, „außergerichtliche Tötungen“ oder Liquidierungen verdächtiger palästinensischer Funktionäre, Zerstörung der gesamten Infrastruktur der Autonomiebehörde, Isolierung, Belagerung und Hausarrest Arafats in Ramallah, Androhung des Zwangsexils und Einmarsch in alle größeren Städte der Autonomie. Ein Gefühl für die Verhältnismäßigkeit der Mittel scheint Sharon, je stärker sich die Hassspirale drehte, völlig abhanden gekommen zu sein, wie die Vorgänge bei der Zerstörung des Flüchtlingslagers Jenin und die Belagerung eines zentralen Heiligtums der Christenheit, der Geburtskirche, erahnen lassen. Neben den Militäraktionen forcierte Sharon den völkerrechtswidrigen Siedlungsbau in den Besetzten Gebieten und konnte sich bis März dieses Jahres einer stillen Duldung durch die Regierung Bush sicher sein. Als die Situation um die Osterzeit und den Wochen danach völlig außer Kontrolle geriet und die prowestlichen arabischen Staaten immer mehr auf Distanz zu Bush's „Anti-Terrorkrieg“ gingen, sah sich der Präsident genötigt, eine Kehrtwendung seiner Politik vorzunehmen. Wiederholt forderte er den sofortigen Rückzug der israelischen Armee aus den Autonomie-Gebieten und verlangte von Arafat, der „die Hoffnung seines Volkes betrogen“ und die Lage „zum großen Teil selbst verschuldet habe“, eine sofortige und wirksame Waffenruhe.³⁶⁾ In einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem britischen Premier Tony Blair fügte er hinzu: „Ich erwarte nicht, dass sie (Sharon und Arafat) mich ignorieren“.³⁷⁾ Sharon zeigte sich trotz aller Appelle Bush's, der EU und der UN uneinsichtig, auch wenn er nach Zerschlagung der terroristischen Infra-

struktur seine Truppen so schnell wie möglich in die Pufferzonen an den Grenzen zu Israel zurückziehen werde“.³⁸⁾ Unter diesen Voraussetzungen war die geplante Nahost-Reise Außenminister Powell's unter keinen günstigen Stern gestellt. Sharon versprach vor seiner Wahl seinen Landsleuten mehr Sicherheit; seit Beginn der Al Aksa-Intifada kamen bis Anfang April 1228 Palästinenser und 420 Israelis ums Leben.³⁹⁾ Es kam, wie es kommen musste, Bush's „nachdrückliche“ Forderungen nach Rückzug der israelischen Armee waren eher Wortgetöse – schließlich galt es, auf die im November stattfindende Wahl im Kongress Rücksicht zu nehmen. Powell's Reise war ein Misserfolg, der das Ansehen des Außenministers erheblich schädigte. So blieb denn die Insubordination des israelischen Premiers ohne Folgen. Bush sah das seinerseits nicht so. Sein Außenminister habe der Region, die „am Siedepunkt gewesen sei, den Weg zum Frieden“ gewiesen.⁴⁰⁾ Tags zuvor kritisierte Powell beide Seiten für das Scheitern seiner Mission mit deutlichen Worten. Der Widerspruch in Bush's Politik, vielleicht auch die Zwänge, in denen er steckt, wurde besonders sichtbar, als er Sharon als einen „Mann des Friedens“ pries.⁴¹⁾ Immerhin war der Präsident von jüdischen Organisationen und Politikern der Demokraten aufgrund seiner mehrfach ausgesprochenen Rückzugsforderung scharf angegriffen und des Verrates an Israel bezichtigt worden.⁴²⁾

Den Medien blieb der Zugang zu den Brennpunkten der Operation SCHUTZWALL weitgehend versagt. Einer UN-Kommission zur Untersuchung der Ereignisse in Jenin wurde die Einreise verweigert, sodass sich Kofi Annan gezwungen sah, die Kommission aufzulösen. Die angesehene israelische Zeitung „Haaratz“ bringt die Wiedererlangung der Bewegungsfreiheit Arafats mit der Verhinderung der Untersuchung in Verbindung.⁴³⁾ Während seines Besuches in Washington in der zweiten Maiwoche bedankte sich Sharon immerhin bei Bush und Powell dafür, dass sie die Entsendung einer Untersuchungskommission mitverhindert hätten.⁴⁴⁾ Wiederum war eine einstimmig beschlossene Resolution des Welt sicherheitsrates in fragranter Art und Weise verletzt worden.

So haben die turbulenten Wochen um und nach Ostern eine Lösung des Palästina-Konfliktes in weite Ferne gerückt, und der Nahost-Friedensplan des saudischen Kronprinzen Abdallah, der übrigens nichts Neues darstellte, war in der Tragik der Geschehnisse völlig untergegangen. Immerhin ist auch in der Bush-Administration die Einsicht gereift, dass nur ein palästinensischer Staat die heiße Phase des Konflikts beenden kann.

Dem US-Präsidenten aber bleibt der Vorwurf nicht erspart, mit seinem diffusen Kurs in seiner Nahost-Politik bei den eher gemäßigten Arabern an Glaubwürdigkeit verloren zu haben. Der Allianz gegen den weltweiten Terrorismus hat der Präsident immensen Schaden zugefügt. Man sollte sich aber nicht täuschen lassen; es scheint, dass Bush von all dem nicht sonderlich beeindruckt ist und seinen „Krieg gegen den Terrorismus“ konsequent weiterplanen und durchführen wird.

Zwischenfazit

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich folgendes Zwischenfazit:

- Die Irak-Sanktionen haben mehr geschadet als genutzt; der Diktator sitzt fest im Sattel.
- Der Irak ist militärisch gesehen ein Schwächling, besitzt aber vermutlich die „A-Bombe des Kleinen Mannes“ (chemische, vielleicht auch biologische Kampfstoffe); er verfügt über annähernd keine Trägermittel.
- Eine Verbindung zu einem weltweiten Terrornetz, insbesondere der Al Qaida, ist nicht bewiesen.
- Eine Wiederaufnahme der Waffeninspektionen ist dringend erforderlich, um Klarheit über das Ausmaß einer möglichen Bedrohung zu erhalten.
- Israel verfolgt im Schatten des weltweiten „Anti-Terror-Krieges“ der USA seinen eigenen lokalen „Anti-Terror-Krieg“ und findet dabei weitgehende Duldung durch die USA; am Sturz Saddams hat es verständlicherweise besonderes Interesse.
- Die Rolle der USA im gesamten Nahost-Konflikt wird im arabischen Lager nicht als die eines ehrlichen Maklers gesehen.

- Das Problem eines islamistisch geprägten oder arabisch-säkularen Terrorismus ist nicht mit Bomben zu lösen.
- Im Falle eines Angriffs auf den Irak fehlt ein tragfähiges Modell für die Zeit danach.
- Durch die derzeitige US-Politik sind in der UN, der EU und den arabischen Staaten empfindliche Irritationen entstanden.
- Die Rolle der NATO wurde marginalisiert.
- Der ehemals breite Konsens der Anti-Terror-Allianz ist gefährdet.
- Die einzigen Befürworter der amerikanischen Angriffspläne sind Großbritannien und Israel.
- Saddam Hussein ist ein schwer kalkulierbarer Gegner, dennoch wird er es nicht wagen – für den Fall, dass er biologische und chemische Waffen sowie Trägermittel besitzt –, diese gegen andere Staaten einzusetzen (auch nicht gegen Israel).
- George W. Bush ist – gestützt auf seine militärische Überlegenheit und überzeugt von der Unfehlbarkeit seines Handels – ein Präsident, der im Falle des Irak vieles zu riskieren bereit ist; für Ratschläge seiner europäischen und arabischen Freunde (falls es letztere überhaupt gibt) ist er unempfänglich.

Ein mögliches Szenario

Auch wenn der kuriose Plan, das „Office of Strategic Influence“ dafür einzusetzen, die öffentliche Meinung im eigenen Land und in den Ländern der Anti-Terror-Allianz im Sinne einer positiven Stimmung für den Krieg gegen den Irak zu manipulieren, wieder aufgegeben wurde, so ist seit Wochen längst erkennbar, dass eine mediale, psychologische Kriegsvorbereitung längst stattfindet.⁴⁵⁾ Fast täglich werden neue „Erkenntnisse“ über den „Bösewicht“ im Zweistromland wohl dosiert gestreut.

Es steht auch kaum in Frage, dass im Norden, der sich dem Zugriff des Diktators weitgehend entziehen konnte, und wo sich die Kurden-Emire Massud Barzani und Jalal Talabani um die Macht streiten, Agenten der CIA wieder aktiv geworden sind. Erinnern wir uns: Im Schatten der Kurdenhilfe PROVIDE COMFORT und NORTHERN

SHIELD schürte die CIA den Aufstand gegen Saddam und erlebte 1996 ein Debakel, das die „New York Harold Tribune“ mit dem Schweinebucht-Desaster während der Kuba-Krise verglich.⁴⁶⁾ Wechselnde Loyalitäten und Verrat führten schließlich dazu, dass Barzani sich mit Saddam arrangierte und die Republikanische Garde im August überraschend in Arbil einrückte, wo sie die CIA-Kollaborateure seines Rivalen Talabani an Ort und Stelle füsilierte. Der größere Teil dieser Hilfstruppe wurde durch die US-Air Force ausgeflogen, und Präsident Clinton nahm den shiitischen Süden des Landes (!) unter Cruise Missile Feuer.

Als weiterer „Key Player“ der Amerikaner fühlt sich der Präsident des oppositionellen Irakischen Nationalkongresses (INC), Ahmed Chalabi, der noch Anfang März des Jahres vollmundig verkündete: „Es kann losgehen, sobald die USA wollen“.⁴⁷⁾ Auch der shiitische Süden verfügt über einschlägige Erfahrungen: Von Bush Senior 1991 zum Aufstand ermuntert, wurde die shiitische Rebellion, ohne dass die Amerikaner eingegriffen hätten, von Saddams Truppen im Blut ertränkt. Ob es zu einer erfolgreichen Palastrevolte innerhalb des Offizierkorps der irakischen Streitkräfte kommen könnte, muss angezweifelt werden.

So ist es eher unwahrscheinlich, dass die irakische Opposition – dem Afghanistan-Krieg ähnlich – die Rolle einer Art Nordallianz übernehmen könnte. Beide Seiten haben hinsichtlich der Verlässlichkeit ihrer Partner gelernt. Aufstände, die den Krieg flankierend begleiten, sind denkbar, die Hauptlast aber werden US-Truppen zu tragen haben.

Die rahmenpolitischen Bedingungen für einen Irak-Angriff sind heute aber weit ungünstiger als 1990. Saudi-Arabien, Kuwait und die Golfkooperationsstaaten Qatar und Bahrain gelten als unsichere Kantonisten. Die Türkei hat ebenfalls Bauchschmerzen, könnte doch am Ende im Norden des Irak ein Kurden-Staat entstehen. Einen Anlass für die Eröffnung des Angriffes zu finden oder, wenn nicht, zu fingieren, dürfte nicht allzu schwer sein.⁴⁸⁾

Denkbar wäre folgendes Szenario: Die Bedenken der Türkei und des Emirats Kuwait werden „massiv“

zerstreut. Im Persischen Golf wird eine große Invasionsflotte, die über ein Minimum von sechs Flugzeugträgern und amphibische Einheiten verfügt, zusammengezogen. Nach einem wochenlangen Luftbombardement, bei dem rund 1.000 Kampfflugzeuge auch wesentliche Teile der zivilen Infrastruktur zerstören werden, beginnt die Bodeninvasion im Süden.

Der gebirgsreiche Norden eignet sich nicht für eine größere Operation aus der Türkei. Der Vorstoß aus dem Süden könnte teils aus Kuwait, teils in amphibischen Operationen im Shatt Al Arab in Richtung Basra – Naseriyah – Nadshaf – Bagdad erfolgen. Die Stärke der Bodentruppen läge eher unter 200.000 Mann. Die Briten könnten sich mit 25.000 Mann an den Operationen beteiligen.⁴⁹⁾ Rebellionen der Kurden im Norden und der Shiiten im Süden des Landes, durch Spezialeinheiten und CIA-Agenten vorbereitet und mit Waffen versorgt, begleiten den Angriff.

Anfang März dementierte Außenminister Powell eine Angriffsabsicht: „Es gebe keine (Kriegs-)Pläne zum Abzeichnen, weil es keine Pläne auf dem Tisch des Präsidenten gibt, und ich weiß auch nichts von Plänen, die auf seinem Tisch liegen, wenn Blair ihn besucht“.⁵⁰⁾ Allerdings wünsche die US-Regierung einen Regimewechsel und prüfe, ob dies mit Hilfe der oppositionellen Kräfte möglich sei. Hinzu fügte der Außenminister: „Schließlich und endlich muss sich der Präsident auch Optionen offen halten, allein zu agieren“.⁵¹⁾ Powell selbst scheint wohl von einer Irak-Offensive wenig zu halten, während Cheney, Rumsfeld, Wolfowitz und Rice als Befürworter eines Angriffes gelten. Im Aufbau der Drohkulisse scheut sich Amerikas treuer Vasall, der britische Verteidigungsminister Geoff Hoon, nicht, dem Irak „im Notfall“ mit dem Einsatz von Atomwaffen zu drohen.⁵²⁾

Folgen

Im Falle eines amerikanisch-britischen Angriffes auf den Irak wird die Anti-Terror-Allianz endgültig zerbrechen. Im arabisch-muslimischen Lager werden islamistisch geprägte Gruppen zum Dschihad gegen den „Großen Satan“ und seine Verbün-

deten aufrufen.⁵³⁾ Der religiös motivierte Terrorismus, aber auch ein säkularer arabischer Terrorismus werden weltweit zunehmen. Europa wird aufgrund seiner geographischen Nachbarschaft zu den Ursprungsländern des Terrorismus stärker betroffen sein als die USA.

In der säkularen Türkei werden radikale islamische Kräfte an Boden gewinnen. Die Gefahr einer Abwendung von Europa wächst.

Der Irak könnte in einen kurdischen Nordteil, einen mittleren Rumpf-Irak und einen shiitischen Südteil fragmentieren. Dies würde zwangsläufig im Norden die Türkei, Syrien und den Iran auf den Plan rufen, die einen Kurden-Staat unter allen Umständen verhindern wollen. Käme es nicht zu einer Staatsgründung oder einer weitreichenden Autonomie, so fühlten sich die Kurden wieder einmal betrogen. Die Folgen wären ein kurdischer Daueraufbruch in der Region. Ein shiitischer autonomer Süden würde sich stark an den Nachbarn jenseits von Euphrat und Tigris, den Iran, anlehnen. Dies hätte unweigerlich Auswirkungen auf das Verhältnis zu den sunnitischen Nachbarn im Südwesten, Saudi-Arabien, Kuwait und den Emiraten. Eigentliche Nutznießer einer Auflösung des Irak aber wären letztlich der Iran und Syrien, die nach der US-Definition zur „Achse des Bösen“ beziehungsweise den „Schurkenstaaten“ gehören.

Im Falle eines Angriffs können gravierende politische Verwerfungen für die gesamte Region nicht ausgeschlossen werden. Dies könnte schlimmstenfalls den Zusammenbruch der „prowestlichen“ Regime in Saudi-Arabien, in Kuwait, in Jordanien und in Ägypten zur Folge haben. Selbst das syrische Regime des säkularen Präsidenten Bashar Al Assad wäre nicht sicher, böte sich doch den Muslim-Brüdern endlich die Gelegenheit, die Massaker von Hama zu rächen.⁵⁴⁾ Die Risiken für ein gesichertes Existenzrecht des Staates Israel wären schwer abschätzbar. Es könnte nicht ausgeschlossen werden, dass radikal-islamische Regime „Öl als Waffe“ benutzen. Die Folgen für die westlichen Industrienationen wären katastrophal. Muslimische Minderheiten in Europa und den USA könnten sich zunehmend radikalisieren.

Wenn aus diesem Horrorszenario auch nur Teilstücke zuträfen, so stellt sich die Frage, ob ein Angriff auf den Irak nicht kontraproduktiv ist und die Risiken nicht höher sind als ein vermeintlicher Erfolg im „Anti-Terror-Krieg“.

Friedensethische Fragen

Nach dem Entschluss der deutschen Regierung, Soldaten nach Afghanistan zu entsenden, sah sich der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, Mitte November 2001 veranlasst, nochmals an die friedensethischen Kriterien der Kirche zu erinnern.⁵⁵⁾ Danach bleibt militärische Gewalt immer ein Übel, selbst wenn sie völkerrechtlich legitimiert ist. Als „Ultima Ratio“ aber ist ein militärischer Einsatz im Rahmen eines Gesamtkonzeptes zu rechtfertigen. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel und die Schonung der Zivilbevölkerung sind oberstes Gebot. Lehmann erklärte weiter: „Außerdem muss eine hinreichende Aussicht bestehen, dass die mit dem Einsatz verfolgten politischen Ziele auch tatsächlich erreicht werden können“.⁵⁶⁾ So warnte der Kardinal davor, dass weder die Öffentlichkeit noch der Bundestag „derzeit einen ausreichenden Überblick über die Gefahren möglicher Weiterungen und Eskalationen der Militäreinsätze gewinnen könne“.⁵⁷⁾ Um es anders auszudrücken: Die Informationspolitik der USA lässt die Partner über ihre Absichten im Unklaren. Man muss sich daran erinnern, dass die Erklärung des Kardinals unter dem Eindruck der Entsendung deutscher Truppen nach Afghanistan zustande kam. Um wie viel mehr trifft sie in ihren Kernaussagen auf einen möglichen Irak-Angriff zu.

Seit dem 11. September 2001 war ausgerechnet der katholische Militärbischof, Dr. Walter Mixa, als unbequemer Mahner immer wieder in Erscheinung getreten: „Der Einsatz militärischer Mittel droht, selbst wenn er kurzfristig erfolgreich zu sein scheint, zu einer Spirale der Gewalt zu führen, die einen gerechten Frieden letztlich unmöglich macht. Dies gilt zumal dann, wenn der Streitkräfteeinsatz nicht der unmittelbaren Abwehr einer gewaltsamen

Aggression dient. ... Jeder Einsatz militärischer Potentiale darf im Sinne einer „Ultima Ratio“ nur bei klar gegebenen politischen Zielen und zwar zur Wiederherstellung des wahren Friedens in möglichst enger Begrenzung und unter Wahrung eines hinreichenden Schutzes der unschuldigen Zivilbevölkerung erfolgen ...“⁵⁸⁾ Eine gemeinsame Erklärung der Militärbischöfe beider großen Kirchen in Deutschland erinnerte nach der Zustimmung des Bundestages zum Einsatz der Bundeswehr im „Anti-Terror-Krieg“: „Die Anwendung militärischer Gewalt muss auf ein unvermeidbares Maß begrenzt bleiben. Sie ist ohnehin allein nicht in der Lage, die Menschen von der Fessel des Terrorismus zu befreien. Politische Lösungen müssen im Mittelpunkt stehen. Alle - Politik, Militär, Medien, Öffentlichkeit - werden darauf achten, dass die militärischen Maßnahmen ausschließlich der Wiederherstellung eines gerechten Friedens dienen. Es darf von keiner beteiligten Seite um Vergeltung und Machtgewinn gehen, sondern um den Aufbau einer friedlichen, internationalen Ordnung, den Schutz der Menschenrechte und einen von wechselseitigem Respekt getragenen Dialog der Kulturen und Religionen“.⁵⁹⁾

In seiner Botschaft zum Weltfriedenstag 2002 bejahte der Heilige Vater ausdrücklich das Recht auf Verteidigung gegen den Terrorismus. „Es ist ein Recht, das sich wie jedes andere bei der Wahl sowohl der Ziele wie auch der Mittel an moralische und rechtliche Regeln halten muss ...“⁶⁰⁾

Bei all dem Gesagten bestehen Zweifel, ob ein möglicher Angriff der Amerikaner und Briten auf den Irak die Kriterien friedensethischer Maßstäbe auch nur annähernd erfüllt, ganz davon abgesehen, dass ein solcher Angriff nicht durch das vorhandene UN-Mandat gedeckt ist und die Voraussetzungen für Artikel 51 der UN-Charta nicht gegeben sind.

Gibt es vielleicht doch alte offene Rechnungen? Soll eine Pauschalvergeltung für den 11. September 2001 gegen einen aus der „Achse des Bösen“ erfolgen? In seiner Ansprache an das Diplomatische Korps anlässlich des Neujahrsempfanges stellte Johannes Paul II., sicherlich nicht nur mit Blick auf das Heilige

Land, klar: „Waffen und blutige Attentate werden niemals ein geeignetes Mittel sein, um politische Botschaften zukommen zu lassen. Die Logik der Vergeltung ist ebenfalls nicht geeignet, um den Weg zum Frieden zu ebnen“.⁶¹⁾

Fazit: Ein Angriff auf den Irak ist unmoralisch und derzeit durch nichts zu rechtfertigen.

Schlussbetrachtungen

Mit den Anschlägen vom 11. September 2001 wurde die Supermacht USA erstmals auf eigenem kontinentalen Territorium getroffen und gedemütigt. Auch wenn Präsident Bush einen weltweiten „Krieg gegen den Terror“ zum Wohle der Staatengemeinschaft propagiert, so geht es Washington doch in erster Linie um die Abwendung von Gefahren im eigenen Land und die Sicherung eigener weltweiter Interessen. „America first“ ist die Devise, und die Grundzüge einer Bush-Doktrin werden immer deutlicher erkennbar: Offensive Verteidigung, Vernichtung terroristischer Strukturen und ihrer Unterstützer, Isolierung, Brandmarkung und gegebenenfalls Kampf gegen „Rogue States“, die so genannten „Schurkenstaaten“.⁶²⁾ Es versteht sich von selbst, dass die Beurteilung, wer in diese Negativliste aufgenommen wird, alleinige Sache der Vereinigten Staaten ist. Von Freunden und Verbündeten wird Gehorsam erwartet; es gibt nur zwei Positionen: Wer nicht für die Vereinigten Staaten ist, ist eben gegen sie. Herbert Kremp fasst die sich abzeichnende Außenpolitik folgendermaßen zusammen: „Als globale Strategie antwortet die Bush-Doktrin auf eine reale Weltgefahr. Sie enthält zwangsläufig provokative Elemente. Sie diktiert einen Verhaltenskodex am Rande der Unterwerfung. Sie steht unter Hegemonie-Verdacht“.⁶³⁾

Im Falle des Irak gibt es keine eindeutige Beweislage für Verbindungen zum Terrornetz der Al Qaida, und die von dort angeblich ausgehende Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen scheint aufgeblasen und konstruiert. Es ist nicht einmal im Ansatz erkennbar, wie der Irak nach einem Sturz des Diktators in die Gemeinschaft „zivilisierter“ Staaten zurückgeführt werden soll. Ob die

Symbolfigur des von Washington geförderten Irakischen National Kongresses (INC), der Prophetennachfolger Prinz Sharif Ali Bin Al Hussein, ein geeigneter Kandidat für die Nachfolge ist, ist schwer zu sagen. Eines aber ist historisch belegt: Beim Machtwechsel im Irak flossen immer Ströme von Blut.

Bei dieser Gemengelage ist ein Krieg gegen den Irak weder völkerrechtlich noch friedensethisch zu rechtfertigen. Er ist weit vom Grundsatz der „Ultima Ratio“ entfernt. Dies haben auch die europäischen Staaten mit Ausnahme Großbritanniens erkannt. Es besteht offensichtlich unter diesen Voraussetzungen keine Neigung, einen „zeitlich unlimitierten anti-terroristischen Wanderkrieg“, der heute in Afghanistan, morgen im Irak und übermorgen in irgendeinem „Schurkenstaat“ stattfindet, mitzumachen.⁶⁴⁾

Der Schlüssel zur Lösung des Irak-Problems liegt vermutlich in der Wiederaufnahme der Waffeninspektionen und in deren Folge einer Aufhebung des unseligen Sanktionsregimes. Dazu muss man notgedrungen mit dem Diktator verhandeln, und es wäre ja nicht das erste Mal, dass die USA mit Diktatoren verhandelt haben. Auch scheint mir eine wesentliche Grundlage im Umgang mit arabischen Potentaten bislang nicht genügend beachtet worden zu sein: Man muss Saddam die Möglichkeit zur Gesichtswahrung geben, und dies geht nicht unter der derzeitigen Drohkulisse der Bush-Administration. Im Hinblick auf Russland und China wäre es wünschenswert, wenn sich diese zusammen mit Europa stärker als bislang einbringen würden. Seit Mai gibt es Anzeichen, dass der Irak zur Wiederaufnahme der Waffeninspektionen bereit ist, und diese Signale gilt es – trotz schlechter Erfahrungen in der Vergangenheit – konsequent aufzunehmen.

Sollte es zu einem Waffengang der USA gegen den Irak kommen, so muss Bundeskanzler Schröders „uneingeschränkte Solidarität“ auf den Prüfstand, denn mit den im Rahmen von ENDURING FREEDOM am Horn von Afrika und im Emirat Kuwait eingesetzten Truppen sind wir möglicherweise schon stärker involviert als wir ahnen. Nachdem Deutschland im Mai die Führung über 106 Schiffe und 45.000 Solda-

ten am Horn von Afrika übernommen hat, sind wir auch auf längere Zeit im Golf von Aden und dem Arabischen Meer gebunden und wohl oder übel stärker Bestandteil amerikanischer Planungen als uns lieb ist. Es war auch kaum ein Zufall, dass deutsche ABC-Abwehrtruppen zusammen mit amerikanischen Einheiten in Kuwait unmittelbar vor der Haustür des Irak „übten“. Es bedarf schon einiger Naivität zu glauben, man könne daraus keine Schlüsse ziehen. Die Tatsache, dass der ABC-Panzer „Fuchs“ und entsprechendes Schlüsselpersonal dort auf unbestimmte Zeit stationiert bleiben, spricht dafür, dass deren Nutzung auch fest eingeplant ist.

Kommt es zu einer „offensiven Verteidigung“(!), so steht Deutschland in einem Dilemma. Kann man unsere, wenn auch bescheidene Anti-Terror-Truppe abziehen? Kann man gar die Nutzung der in Deutschland gelegenen Basen der US-Streitkräfte für einen Irak-Angriff in Frage stellen? Muss man den Export von Rüstungsgütern und „Dual Use“-Artikeln für alle am Konflikt beteiligten Staaten einstellen? Oder muss man, wie ein Forscher Oppositionspolitiker es fordert, die Strategie der USA begrüßen?⁶⁵⁾

Quellen und Anmerkungen

- 1) Roland Nelles, Saddams langer Arm, Die Welt, 24. Februar 2001, S. 3.
- 2) Gegen den ausdrücklichen Willen des UN-Generalsekretärs Perez de Cuellar installiert der Weltsicherheitsrat auf Druck der USA nördlich des 36. Breitengrades zum Schutze der Kurdischen Minderheit eine Schutzzone. Südlich des 32. Breitengrades war aufgrund der UN-Resolution 688 bereits vorher eine Flugverbotszone zum Schutze der shiitischen Minderheit eingerichtet worden. Tatsache ist, dass die Shiiten mit ca. 60% Bevölkerungsanteil keine Minderheit darstellen und über das ganze Land, wenn auch mit einem Schwerpunkt im Süden des Landes, leben.
- 3) Birgit Cerha, Botschaft unter Palmen, Rheinischer Merkur, Nr.30 – 2000, S.7.
- 4) Volker Perthes und Jochen Buchsteiner, Wie gefährlich ist Saddam Hussein wirklich?, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 24. Februar 2002, S. 3.
- 5) Birgit Cerha, Botschaft unter Palmen, Rheinischer Merkur, Nr. 30 – 2000, S. 7.
- 6) Karl Wendl, Interview mit Hans von Sponeck, 500.000 Kinder wurden Opfer der Sanktionen, Welt am Sonntag, 6. August 2000, S. 32.
- 7) Peter Scholl-Latour, Der Verlorene Sieg, Welt am Sonntag, 6. August 2000, S. 32
- 8) Uwe Schmitt, Der Angreifer, Die Welt, 19. Februar 2001, S. 2.
- 9) pb/DW, Powell wirbt für die Irak-Politik der USA, 26. Februar 2001, S. 7.
- 10) DW/rid, Afghanistan ist erst der Anfang, Die Welt, 23. November 2001, S. 7.
- 11) AFP, Gute Terroristen gibt es nicht, Die Welt, 12. November 2001, S. 6.
- 12) AFP, Bush droht Saddam Hussein mit einem Angriff, Die Welt, 28. November 2001, S. 6.
- 13) Thomas Speckmann, Die Mutter aller Schlachten, Teil II, Rheinischer Merkur, 2. Mai 2002, S. 5.
- 14) Henry Kissinger, Jetzt rückt der Irak ins Visier der USA, Welt am Sonntag, 20. Januar 2002, S. 8.
- 15) DW, Bush erhöht Wehr-Etat um 50 Milliarden, Die Welt, 25. Januar 2002, S. 1.
- 16) George W. Bush/dpa, Die Rede im Wortlaut, Die Welt, 31. Januar 2002, S. 6.
- 17) Andreas Middel, Schwedens Außenministerin beleidigt die USA, Die Welt, 29. Januar 2002, S. 6.
- 18) Peter Dausend, Grüne wollen ein „Abenteurer Irak“ nicht unterstützen, Die Welt, 5. Februar 2000, S. 6.
- 19) Andreas Middel, Fischer kritisiert Außenpolitik von Bush, Die Welt, 10. Februar 2002, S. 6.

Der Kampf gegen den Terrorismus ist nicht mit Bomben zu gewinnen; er muss an der Wurzel des Übels beginnen. Dazu muss der Westen sich von seinem Überlegenheitswahn freimachen; er muss akzeptieren, dass andere Kulturkreise nicht nach seinem Modell leben wollen. Er muss dafür Sorge tragen, dass Globalisierung nicht zu Lasten der Schwachen geschieht und diese am Wohlstand – besser gesagt, einem menschenwürdigen Leben – Anteil haben. Für die spezielle Variante eines islamistisch geprägten oder islamisch-säkularen Terrorismus stellt der Nahost-Konflikt eine wesentliche Ursache dar. Seiner Lösung sollte durch die USA und durch die Europäer höchste Priorität eingeräumt werden, da sich danach einiges von selbst erübrigt.

Schließlich muss zwischen den Kulturen ein Dialog einsetzen, der auf gleicher Augenhöhe stattfindet und von Vertrauen geprägt ist. Unilateralismus und Drohgebärden sind für diesen Dialog wenig hilfreich, und Verunglimpfungen wie „Achse des Bösen“ und „Schurkenstaaten“ werden ihn nicht in Gang bringen.

- 20) ebd.
- 21) Andreas Middel, EU geht auf Distanz zu den USA, Die Welt, 10. Februar 2002, S. 6.
- 22) Uwe Schmitt, Die USA nehmen keine Notiz von der Kritik Europas, Die Welt, 12. Februar 2002, S. 5.
- 23) HS 02, Karikatur, Die Welt, 5. Februar 2002, S. 6.
- 24) Ansgar Graw, Iraks Außenminister: USA messen mit zweierlei Maß, Die Welt, 16. Februar 2002, S. 4.
- 25) Kafir, MZ Kafirun = Ungläubige, arabisches Schimpfwort für Nicht-Muslime.
- 26) Evangelos Antonaros, Es kriselt in der Zweckehe zwischen Riad und Washington, Die Welt, 26. April 2002, S. 7.
- 27) Thomas Kielinger und Uwe Schmitt, USA bitten Blair angeblich um 25.000 Mann gegen den Irak/Cheneys Gastgeber, Die Welt, 11. März 2002, S. 7.
- 28) Geburtsort Saddam Husseins am Tigris.
- 29) Michael Stürmer, Nicht ob, sondern wann, Die Welt, 5. Februar 2002, S. 8.
- 30) Thomas Elßner, Im Einklang mit der Charta, Die Tagespost, 6. Oktober 2001, S. 3.
- 31) hl/DW, Union greift Fischer wegen Irak-Warnung scharf an, Die Welt, 19. Februar 2002, S. 5.
- 32) F.A.Z., Bush droht Isolation, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Februar 2002, S. 1.
- 33) DW, USA planen Irak-Invasion mit 200 000 Soldaten, Die Welt, 15. Februar 2002, S.1.
- 34) ped/AFP, Schröder: Kein Irak-Angriff ohne UN-Mandat, Die Welt, 16. März 2002.
- 35) ebd.
- 36) dpa/afp, Nahost: Die USA stellen sich der Herausforderung, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, 5. April 2002, S. 5.
- 37) WS, Israel setzt Offensive fort - trotz Warnung der USA, Die Welt, 7. April 2002, S. 1.
- 38) rid/DW, Sharon widersetzt sich Appellen von UNO und USA, Die Welt, 9. April 2002, S.7.
- 39) ebd.
- 40) Uwe Schmitt, Bush stellt sich hinter Ariel Sharon, Die Welt, 20. April 2002, S.6.
- 41) ebd.
- 42) ebd.
- 43) dpa, Sharons Schachzug: Ramallah gegen Dschenin, Die Welt, 30. April 2002, S. 5.
- 44) Uwe Schmitt, Bush sieht eine Zukunft für Arafat, Die Welt, 8. Mai 2002, S. 5.
- 45) Office of Strategic Influence = Behörde für Strategische Beeinflussung, Unterbehörde des Pentagon, die im Rahmen der Psychologischen Kriegsführung die öffentliche Meinung beeinflussen soll.
- 46) Peter Scholl-Latour, Lügen im Heiligen Land, Siedler Verlag, 1998, Berlin, 1. Auflage, S. 65.
- 47) Severin Weiland, Wie die USA Saddams Sturz planen, Spiegel Online, 8. März 2002.
- 48) Friedrich Mielke, Der Irak im Visier der Amerikaner, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, 13. März 2002, S. 2.
- 49) Thomas Kielinger und Uwe Schmitt, USA bitten Blair angeblich um 25 000 Mann gegen den Irak, Die Welt, 11. März 2002, S. 7.
- 50) Holger Kulick, Opposition setzt auf Krieg im eigenen Land, Spiegel Online, 7. März 2002.
- 51) ebd.
- 52) AFP, Minister: Notfalls Einsatz von Atomwaffen gegen den Irak, Die Welt, 22. März 2002, S. 7.
- 53) Dschihad wird hier im Sinne des „Heiligen Krieges“ gegen die USA und die gesamte westliche Werteordnung gebraucht. Ayatollah Khomeini bezeichnete während der iranischen Revolution die USA als den „Großen Satan“.
- 54) 1982 ließ der Vater des heutigen Präsidenten, Hafiz Al Assad, die terroristischen Ihwan Muslimin, die Muslim Brüder, in ihrer Hochburg Hama massakrieren. Konservative Schätzungen gehen von mehr als 10 000 Toten aus.
- 55) Karl Lehmann, Erklärung zur Entsendung von Soldaten der Bundeswehr nach Afghanistan (Bischöfe besorgt wegen Militäreinsatz), Die Tagespost, 10. November 2001, S. 4.
- 56) ebd.
- 57) ebd.
- 58) rk., Fragen zum Afghanistan-Einsatz, Die Tagespost, 17. November 2001, S. 2.
- 59) Hartmut Löwe und Walter Mixa, Erklärung zum Bundeswehreinsatz im Afghanistan-Konflikt (keine leichte Situation für unser Land), Die Tagespost, 20. November 2002, S. 2.
- 60) Johannes Paul II., Kein Friede ohne Gerechtigkeit, Keine Gerechtigkeit ohne Vergebung, Botschaft zur Feier des Weltfriedenstag am 1. Januar 2002, Die Tagespost, 13. Dezember 2001, S. 5.
- 61) Johannes Paul II., Finsternis kann nur durch das Licht vertrieben werden – Hass lässt sich nur durch Liebe überwinden, L'Osservatore Romano, deutsche Ausgabe, 25. Januar 2002, Dokumentation, S. 7.
- 62) Zur Kategorie der „Schurkenstaaten“ gehörten bislang Libyen, der Sudan, Syrien, der Iran, der Irak und Nord-Korea.
- 63) Herbert Kremp, Die Bush-Doktrin kommt, Die Welt, 27. Februar 2002, S. 9.
- 64) Herbert Kremp, Amerika überschätzt seinen Krieg, Die Welt, 8. Februar 2002, S. 9.
- 65) Peter Dausend, CDU-Außenpolitiker fordern engeren Schulterschluss mit USA, Die Welt, 28. März 2002, S. 2.

GEFUNDEN: Islamgeistliche: Selbstmordattentate höchste Form des Martyriums

Selbstmordattentate sind nach Auffassung irakischer Islamgeistlicher „eine der höchsten Formen des Martyriums“. Dies gelte auch für die Anschläge palästinensischer Kämpfer gegen "zionistische Verbrecher und Usurpatoren", heißt es in einem von der irakischen Nachrichtenagentur INA zitierten islamischen Richtspruch (Fatwa) vom 16. April 2002. Die irakischen Ulemas erteilten demnach Selbstmordattentaten ihren Segen und forderten alle islamischen Geistlichen auf, Richtsprüche zur Unterstützung des Heiligen Krieges (Dschihad) zu erlassen.

Ende März hatte die höchste religiöse Autorität des sunnitischen Islams, Scheich Mohammed Sayyed Tantawi von der Al-Azhar-Hochschule in Kairo, erklärt, solche Attentäter seien als Märtyrer zu bezeichnen, auch wenn bei Anschlägen etwa in jüdischen Siedlungen Frauen und Kinder getötet würden. Im Mai 2001 hatte der als moderat geltende Scheich noch in einer Fatwa definiert, dass nur Selbstmordattentäter, die gegen Kämpfer vorgingen, als Märtyrer verehrt werden dürften. Dafür war er in der islamischen Welt kritisiert worden. (KNA)

Kein Krieg gegen den Irak!

Die Europareise Ende Mai 2002 von US-Präsident George W. Bush hat gezeigt, dass die Amerikaner in nächster Zeit keine militärische Konfrontation mit dem Irak planen. Dennoch ist nicht auszuschließen, dass Washington eine Änderung der politischen Verhältnisse in Bagdad anstrebt. Unter diesem Gesichtspunkt ist die nachfolgende Pax Christi Erklärung einzuordnen.

Seit Wochen verunsichern Mitglieder der US-amerikanischen Regierung auch die deutsche Öffentlichkeit: mit widersprüchlichen und teilweise bedrohlichen Ankündigungen, wie die Bekämpfung des internationalen Terrors fortgesetzt werden solle. Vor allem der Irak erscheint im Visier der US-Regierung. Zuletzt bei der Trauerfeier für die Opfer des 11. September in New York hat George W. Bush sein Volk auf einen Krieg gegen dieses Land eingeschworen, erneut mit dem ungeheuerlichen Begriff von der „Achse des Bösen“; gleichzeitig wird den Verbündeten immer wieder versichert, es gebe keine konkreten Vorbereitungen für kriegsrische Angriffe.

In dieser gefährlichen Situation appelliert pax christi an die Bundesregierung, allen Überlegungen zu einer kriegsrischen Auseinandersetzung mit dem Irak entgegenzuwirken. Insbesondere fordert pax christi von der deutschen Regierung:

- Die Bundesregierung darf den Vereinigten Staaten keinerlei Bereitschaft signalisieren, Kriegshandlungen gegen den Irak zu unterstützen. Vielmehr muss sie alles in ihrer Macht Stehende tun, um weitere Kriege zu verhindern, die mit Terrorbekämpfung begründet werden.

pax christi verurteilt solche unver-

hältnismäßige Gewalt, die unabsehbar viele zivile Opfer fordert, unverantwortliche Risiken birgt und oftmals verdeckten Interessen folgt.

- Die Bundesregierung muss sich stattdessen verstärkt für die Zulassung neutraler Waffeninspektoren im Irak einsetzen.

pax christi sieht die Gefahr, die durch Massenvernichtungswaffen und Fernlenkraketen in der Hand eines undemokratischen Regimes in dieser krisenhaften Region droht. Diese Gefahr wird aber nicht durch Militärschläge gebannt, sondern am ehesten durch eine akzeptierte, weil international verantwortete Rüstungskontrolle – und langfristig durch eine weltweite Ächtung aller ABC-Waffen.

- Die Bundesregierung muss sich für eine gezielte Aufhebung des Embargos gegen den Irak einsetzen.

pax christi sieht die verheerenden Folgen dieses Embargos für die Zivilbevölkerung, das in der Konsequenz Saddam Husseins Position eher gestärkt hat. Es muss jetzt darum gehen, Maßnahmen zu erwirken, die das Leben der irakischen Bevölkerung erleichtern. So können Hass und Feindseligkeit gegenüber der westlichen Welt abgebaut werden.

- Die Bundesregierung sollte in diesem Sinne Initiativen ergreifen, um der UNO ein Verhandlungsmandat für den Irak zu erteilen.

pax christi ist der Auffassung, dass die realen Probleme in der Golfregion politisch gelöst werden müssen. Ein Einsatz der UNO könnte Bemühungen fördern, die demokratischen und friedenswilligen Kräfte im Irak zu stärken.

- Die Bundesregierung muss die ABC-Spürpanzer-Einheiten der Bundeswehr aus Kuwait abziehen.

pax christi sieht in dieser Maßnahme ein konsequentes Zeichen der Deeskalation in der Krisenregion, das die Glaubwürdigkeit eines politischen Engagements zur Lösung des Konflikts deutlich erhöht und das deutsch-amerikanische Verhältnis nicht beschädigt.

- Auch weiteren Überlegungen und Planungen eines Krieges gegen Somalia muss die Bundesregierung eine deutliche Absage erteilen.

pax christi warnt davor, allein den Nachweis möglicher Verbindungen von Staaten zu Terrororganisationen als Legitimation weiterer kriegsrischer Angriffe zu benutzen.

Weitere Kriege werden den Terrorismus nicht stoppen können. Sie bedeuten mehr Gewalt und den Nährboden für immer neuen Terror. Das Gebot der Stunde ist es, politische Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus zu ergreifen. Hier muss Deutschland eine führende Rolle übernehmen.

Bad Vilbel, den 20. März 2002

KURZ NOTIERT: Militärschlag gegen Irak im Oktober?

In Washington und London geht man in Parlamentarier-Kreisen davon aus, dass ein neuer Irak-Feldzug in der Zeit Oktober 2002 bis Frühjahr 2003 stattfinden könnte. Die Operation zur Absetzung Saddam Husseins würde rund 250.000 US-Soldaten erfordern. Es gebe Befürchtungen, heißt es, dass der Irak zur Abwehr eines Angriffs chemische und biologische Waffen einsetzen werde. Angeblich erwarten die USA auf einem informellen Treffen der NATO-Verteidigungsminister am 24./25.09. Zusagen der Allianzpartner für eine gemeinsame Militäraktion. Von Deutschland erwarten die Amerikaner nach einem „Spiegel“-Bericht keine Bodentruppen, aber logistische und finanzielle Unterstützung wie beim Golfkrieg 1991. – Außenminister Colin Powell gehört zu den Kritikern der Planung.

UNOMIG – eine friedenserhaltende Mission in Georgien

WALTER THEIS

Seit 1994 beteiligt sich die Bundeswehr an der friedenserhaltenden Mission der Vereinten Nationen in Georgien, genannt UNITED NATIONS OBSERVER MISSION IN GEORGIA (UNOMIG). Die in dieser Mission eingesetzten Soldaten sind ein Teil eines 108-köpfigen internationalen Kontingentes aus insgesamt 23 Nationen, darunter Deutschland mit zz. elf Soldaten. Ihr Auftrag ist die Grenzzone zwischen Georgien und dem von Georgien abgefallenen Abchasien zu überwachen, um bewaffnete Auseinandersetzungen zu vermeiden.



ABCHASIEN: Die blutigen militärischen Auseinandersetzungen nach der Unabhängigkeitserklärung von 1992 endeten am 30.09.1993 mit einer Niederlage der Georgier. Den Waffenstillstand vom 14.05.1994 überwachen seit Juni eine GUS-Friedenstruppe, der ausschließlich Russen (rd. 1.500 Mann) angehören, und 108 UN-Militärbeobachter (UNOMIG). Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts blieben bisher ergebnislos. Rund 250.000 Georgier, die während des Bürgerkriegs aus Abchasien geflüchtet waren, konnten noch immer nicht in ihre Heimat zurückkehren. Bei einem von der georgischen Regierung nicht anerkannten und als rechtswidrig bezeichneten Referendum am 03.10.1999 (Stimmbeteiligung über 87 %) stimmten 97 % der Teilnehmer für die Unabhängigkeit von Georgien und für eine neue Verfassung, in der Abchasien zu einem „souveränem, demokratischem und internationalem Recht entsprechenden Staat“ erklärt wird. Bei den zugleich stattfindenden Präsidentschaftswahlen wird Wladislaw Ardsinba mit 99 % der Stimmen ohne Gegenkandidaten im Amt bestätigt. Die sieben UN-Mitarbeiter, die am 13. 10. entführt wurden, werden bis zum 15.10. nach Verhandlungen des georgischen Verteidigungsministers David Tewsadse mit den Geiselnehmern freigelassen. Fünf am 01.06. 2000 entführte UN-Mitarbeiter kommen bis zum 05.06. wieder frei. Am 08.10.2001 wird ein UN-Patrouillenhubschrauber über Rebellengebiet abgeschossen. Unter den UN-Angehörigen, die dabei ihr Leben verlieren, ist der deutsche Oberstabsarzt Dieter Eißling. (aus: DER FISCHER WELTALMANACH 2001)

„Golf Nine, this is Four Seven; where is your location.“ Der deutsche Hauptmann Günter Neuroth, Teamleader des Golf Teams im Gali-Sector beantwortet den Funkspruch: „This is Golf Nine, I am on patrol, still mobil in the Golf Area.“

Zusammen mit dem Patrouillen-Team ist in den Tagen vor Weihnachten 2001 eine Besuchergruppe des Zentrums für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr (ZVBw) an Bord der beiden Nyalas (größere gepanzerte und minensichere Geländefahrzeuge südafrikanischer Produktion). Die Gruppe setzt sich zusammen aus dem Kommandeur des ZVBw, Brigadegeneral Hans Hübner, der wehrübenden Truppenpsychologin des ZVBw, Oberstleutnant Dietlinde Riedel, dem Projektoffizier, Hauptmann Günther Beck, der selbst schon als Observer in Georgien Dienst getan hat und die Besuchsreise optimal organisiert hat, und mir, dem Vertreter der Militärseelsorge.

Vor Weihnachten sollten die elf deutschen Soldaten, unter der Leitung von Oberstabsarzt Sven Jeremias als Senior Medical Officer (SMO) und Dienstältester Deutscher Offizier (DDO), die in Georgien für sechs Monate über die Feiertage ihre Aufträge als Militärbeobachter und als Truppenärzte und Sanitätspersonal im Rahmen von UNOMIG durchführen, besucht werden. Neben den Grüßen und guten Wünschen hat die Delegation auch 23 Kisten mit Weihnachtsgeschenken aus der Heimat im Reisegepäck.

Nun geht es über die Straßen und Wege, die diese Bezeichnung auf weite Strecken nicht verdient haben, durch Georgien und durch die von Georgien abgefallene „Republik Abchasien“. Aufgerissene Asphaltdecken, eingerahmt von riesigen Wassertümpeln, sind die Ursachen, dass man im Inneren des Fahrzeuges hin und hier geschüttelt wird.

Das Ziel der täglichen Patrouillen-Fahrten sind Patrouillen-Punkte, die jeweils täglich vom „Team Leader“ festgelegt und bei der Morgenlage bekannt gegeben werden. Mit guten Wünschen und dem Hinweis, trotz aller Routine vorsichtig zu sein, entlässt der Sector-Commander die Teams, die ihren Namen vom NATO Alphabet abgeleitet haben.

Für das Golf-Team stehen Patrouillenpunkte an, die Gelegenheit bieten, bei abchasischen Zivil- und Militärbehörden und bei der örtlichen Bevölkerung Informationen zu erfragen, die das Lagebild vor Ort jeweils ergänzen sollen.

Gelegentlich brauchbare Hinweise, was die Lage in ihrem Verantwortungsbereich betrifft, erhält man von offiziellen georgischen Amtsträgern. Die Befragung der Bevölkerung lässt deren Bedürfnisse, Erwartungen und Mentalität erkennen.

„Wie denn die Stromversorgung derzeit ist?“ wird beantwortet, „ja es gibt Strom, aber unregelmäßig vier Stunden am Tag.“ – „Ob es zu Überfällen oder Ausraubungen gekommen ist?“ – „Nein, eigentlich nicht; der Raubversuch vor acht Tagen ist glimpflich verlaufen. Im



Der Kommandeur des Zentrums für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr (ZVBw) BrigGen Hans Hübner (l.) und Militärdekan Walter Theis, KMBA, besuchen den Kommandeur der UN Observer Mission, den pakistanischen Generalmajor Anis A. Bajwa (r.) im Hauptquartier der UNOMIG.



BrigGen Hans Hübner begleitet den Führer des Golf Teams Hptm Günter Neuroth auf einer Patrouillenfahrt und verschafft sich einen Überblick über den Gali-Sektor. Im Hintergrund die schneebedeckten Hänge des Kaukasus-Gebirges, das Höhen von über 5.000 m erreicht.

Übrigen muss man sehen, wie man über die Runden kommt. Jetzt in der Erntezeit von Mandarinen und Haselnüssen will natürlich jeder seinen Teil davon abhaben, das ist eben so hier.“

Von der eigenen Regierung in Tiflis fühlt man sich im Stich gelassen „Die wissen nur, was ihnen selbst gut tut“. Auf den Präsidenten Schewardnadse ist keiner gut zu sprechen. „Die Deutschen reden natürlich gut von ihm reden, schließlich verdanken sie ihm die Wiedervereinigung, zusammen mit jenem unseligen Präsidenten Gorbatschow, der den

Zerfall der Sowjetunion verursacht und durch die Folgen der Unabhängigkeit der ehemaligen Sowjet-Republiken wie z.B. Georgien Elend, Hass, Bürgerkriege und Zerstörung in friedliche und durchaus ertragreiche Gebiete gebracht hat. Man muss sich doch nur einmal umsehen. Nichts ist bisher besser geworden, alles ist schwieriger.“

Es ist bei der Fahrt durch Städte wie Suchumi und Zugdidi durchaus erahnbar, welchen Charme und Wohlstand trotz des heutigen Niedergangs, der Zerstörung und trotz des Zerfalls diese Städte noch ausstrahlen. Damals, als die wohlhabenden Bürger der Sowjetunion und der Satellitenstaaten hier noch Ferien machten, konnte man es sich hier gut sein lassen.

Aber bei der Frage, von welchen Hoffnungen für die Zukunft die Bevölkerung heute getragen wird, gibt es die Antwort: „Eigentlich keine, da uns ja niemand hilft“. Auf Selbsthilfe und Eigeninitiative angesprochen, äußern die Befragten Unverständnis; dafür sei die UN da. Diese müsse erst einmal Voraussetzungen für ein geordnetes und gesichertes Alltagsleben schaffen. Sie selbst würden sich dann organisieren.

Dies gibt dem Patrouillenführer Anlass, den Auftrag von UNOMIG zum wiederholten Mal zu erläutern, der eine andere Zielsetzung hat. Ob man es diesmal verstehen kann oder verstehen will?

General Hübner versucht in die apathischen Augen einen Hoffnungsschimmer zu bringen: „Die Hoffnung lebt von vorne“. Er erzählt den aufmerksamen Zuhörern, dass er selbst Vertreibung und Flüchtlingsschicksal als Kriegskind am eigenen Leib

erlebt und erfahren musste. Die Hoffnung habe ihn aufrecht erhalten. Und wie im eigenen Leben, so sei es auch in der Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes gewesen: Hoffnung habe letztlich nach vielen, oft aussichtslosen Jahren zur Wiedervereinigung in Deutschland geführt. Damit sind wir wieder bei Gorbatschow und Schewardnadse, den „Übeltätern“, die anderen helfen und das eigene Volk dabei vergessen.

Die gewohnte Lethargie, verbunden mit der Erwartungshaltung an andere, bekommt wieder ihre Rechtfertigung. Wie kann da geholfen werden? Die Truppenpsychologin OTL Dietlinde Riedel, bestätigt uns aus ihrer Sicht ein Verhaltensmuster: „Wer von sich nichts fordert und nicht gefordert wird, der fordert von anderen“.

Außer den Erfahrungen auf Patrouillenfahrten, galt unser Interesse vor allem der Begegnung mit Verantwortungsträgern für die Mission und mit den deutschen Angehörigen, um Einblicke in ihre Lebensumstände, Erfahrungen, Probleme und internationalen Einbindungen, sowie in deren Arbeitsbedingungen zu erhalten.

Über allen Begegnungen lag der Schatten des Abschusses eines UN-Hubschraubers am 8. Oktober 2001 während einer Hubschrauberpatrouille im Kondori Tal. Neben anderen UN-Angehörigen und einheimischen Übersetzern verlor der deutsche Oberstabsarzt Dieter Eißing sein Leben.

Die Anwesenheit des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für UNOMIG, Dieter Boden, im Hauptquartier im Suchumi gab Gelegenheit zu Begegnung und Gedankenaustausch.

Das Problem, das ihn umtrieb, war und ist der Abschuss im Kondori Tal und die politischen Hintergründe. Wurden Informationen von georgischer und abchasischer Seite so übermittelt, dass beide Seiten von Rebellen-tätigkeiten vor Ort wussten und die Lage zum eigenen Vorteil und zur Belastung des Gegners, aber zum unverantwortbaren Schaden der Angehörigen der UNO zugespitzt haben?

Verdachtsmomente in dieser Richtung sind sicher nicht zu überse-

hen, vor Spekulationen muss man sich jedoch hüten. Unausdenkbar wäre es für das gegenseitige Vertrauen derer, die gemeinsam in dieser georgischen Region eine Grundlage für die Zukunft legen wollen, wenn dieser Verdacht sich zur Gewissheit erhärten sollte.

Beim Besuch des Kommandeurs der UN Observer Mission, dem pakistanischen Generalmajor Anis A. Bajwa, waren es die militärischen und die einsatzbezogenen Umstände, die ihn und seinen Stab in Suchumi umtrieben. Fragen wie: „War diese Hubschrauberpatrouille im Hinblick auf die vorausgegangenen Beobachtungen von Rebellen nötig?“, bewegten auch ihn. Zwar gaben die abchasischen Stellen Entwarnung und damit grünes Licht. Ungewissheit und Vermutungen bleiben auch hier.

Natürlich stellte sich für die deutsche Delegation auch die Frage nach der Motivation der Soldaten, die am UN-Einsatz teilnehmen. Die Antwort auf diese Frage sieht der pakistanische General für seine pakistanischen Kameraden so: *„Es ist der Wille der Staatengemeinschaft der Vereinten Nationen, mit militärischen Kräften, wenn auch unbewaffnet, Sicherheit für die geplagte Bevölkerung zu schaffen. Natürlich sucht man auch internationale Erfahrungen zu gewinnen.“* Für unsere deutschen Ohren klang ein drittes Motiv ungewohnt: *„Für die Ehre meines Vaterlandes einzustehen und die Professionalität meiner Streitkräfte im internationalen Bereich einbringen zu dürfen.“*

Diese bringen die Soldaten, und nicht zuletzt unsere deutschen Soldaten, in ihren Funktionen als Observer und als Sanitätspersonal für alle Angehörigen der UN Mission in der Tat ein. Kein ungefährlicher Job, der aber mit Sachverstand, Sensibilität, Engagement und internationaler Offenheit nicht nur erledigt, sondern Tag für Tag gelebt wird.

Englisch ist zur zweiten Muttersprache geworden; da spielt die nationale Herkunft eine nur untergeordnete Rolle, nur die gemeinsame Aufgabe zählt und die dabei erlebte gegenseitige Verlässlichkeit, die letztlich über den Erfolg entscheidet.

Als Außenstehender hat man den

Eindruck, dass auch die Rahmenbedingungen für die Arbeit stimmen. Da die UN sich nicht um die Unterbringung ihrer Angehörigen kümmert, haben diese selbst diesen nicht unerheblichen Teil ihres sechsmonatigen Aufenthalts in Georgien zu organisieren. Bei georgischen Familien haben sie sich eingemietet. Traditionell übergibt man diese Quartiere an die nachfolgenden Kontingentangehörigen. So spricht man mittlerweile davon, dass man im „Deutschen Haus“ im „Schweizer Haus“ oder „Schwedischen Haus“

wohnt. Die Herzlichkeit zwischen Soldaten und den „Gasteltern“ ist unübersehbar.

Für mich, als den begleitenden Militärgeistlichen war es eine Selbstverständlichkeit, bei einer solchen Besuchsreise den deutschen Angehörigen von UNOMIG adventlich-vorweihnachtliche Gottesdienste anzubieten. An zwei Standorten bot sich diese Möglichkeit an, in Gali und in Zugdidi:

Der 3. Adventssonntag war zugleich das Ende des Fastenmonats Ramadan. Die moslemischen Angehörigen der UN-Mission versammelten sich mit ihrem moslemischen Befehlshaber in Gali. Mit einem Gebetsgottesdienst am Vormittag im umgestalteten Briefingraum wurde die „Heilige Zeit“ beendet. Selbstverständlich wurden wir zu dieser Form islamischer Gottesverehrung als Gäste eingeladen, was wir dankbar annahmen. Bei der anschließenden geselligen, fast ausgelassen Feier nach dem Gottesdienst durften wir ebenso Gäste dieser moslemischen Gemeinschaft sein.

Es war schon eine Art von Betroffenheit, die man spürte, als dann am Abend dieses Tages im selben Raum unser christlicher Gottesdienst stattfand. Dazu hatten wir wiederum die moslemischen Soldaten eingeladen. Ich hatte dabei den Eindruck, dass diese Einladung nicht nur aus Gründen der Höflichkeit angenommen wurde. Denn mit großem Interesse verfolgten unsere Gäste unseren Gottesdienst.



Humanitäre Hilfe spielt bei der Erfüllung von militärischen Friedensaufträgen für den Ethos des Soldaten eine wichtige Rolle. BrigGen Hübner besucht einen von UNOMIG betreuten Kindergarten. (Fotos W. Theis)

Der gemeinsame Auftrag, das tägliche Miteinander in der nicht immer risikolosen Erfüllung dieses Auftrags, schafft Nähe und Vertrautheit sowie gegenseitiges Verständnis. Dadurch wird, trotz der Verschiedenheit der Religionen, die jeweilige religiöse Identität gewahrt. Neugierde wird geweckt, wie der jeweils andere seine Religiosität im gottesdienstlichen Vollzug realisiert, ohne diesen anderen dabei stören zu wollen.

Ein Erlebnis, das Hoffnung geben kann in einer Situation, die gerade auch auf diesem Gebiet der kulturell-religiösen Differenzen zwischen den beiden Religionen viele Fragen und Spannungen bietet. – Ähnliches erlebten wir beim Gottesdienst in Zugdidi.

Wenn vom Einsatz unserer deutschen Soldaten bei uns in der Heimat kaum geredet und ihr Engagement und ihre Leistungen, aber auch ihr Risiko daher kaum bewertet wird, sollte das Schweigen darüber aus dem gegebenen Anlass unserer Besuchsreise mit diesem Beitrag unterbrochen werden. Es geschieht aus Respekt und Dankbarkeit vor dem Dienst der Soldaten und in Würdigung des Verzichtes, den die Angehörigen dieser Soldaten über eine lange Zeit so selbstverständlich tragen, der aber zu bestimmten Zeiten wie Weihnachten und dem Jahresbeginn besonders schmerzlich empfunden wird. □



Sicherheitsethische und sicherheitspolitische Beschlüsse der Hauptversammlung 2002 des BDKJ

Bei der Hauptversammlung vom 25.-28. April 2002 in Altenberg verabschiedete der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) u.a. zwei Beschlüsse, die sich mit friedensethisch und sicherheitspolitisch relevanten Themen befassen. So sprach er sich für die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und die Einführung einer Freiwilligenarmee aus. Die Delegierten stimmten einer Erklärung zu, dass nach Ende des Ost-West-Konflikts die Begründung für größere Streitkräfte hinfällig sei. Zudem stelle die allgemeine Wehrpflicht einen zu starken Eingriff in die Lebensplanung junger Männer dar. In dem Beschluss „Frieden fördern und gestalten“ fordert der BDKJ die Stärkung einer vorbeugenden Friedens- und Sicherheitspolitik. Dazu sei der Ausbau internationaler Sicherheitsstrukturen notwendig. Der Einsatz militärischer Mittel sei nur in absoluten Ausnahmefällen gerechtfertigt und an enge Bedingungen gebunden. Beide Beschlüsse – „Friedensethische und sicherheitspolitische Grundlagen des BDKJ“ und zur „Allgemeinen Wehrpflicht“ – werden nachstehend unkommentiert veröffentlicht.

Knuth Erbe als BDKJ-Bundesvorsitzender bestätigt

Knuth Erbe (32), Diplomsoziologe, bleibt hauptamtlich Bundesvorsitzender des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ). Erbe wurde im Rahmen der am Sonntag beendeten Hauptversammlung in Odenthal-Altenberg mit 78 von 86 Stimmen in seinem Amt bestätigt. Er hatte als Einziger für den Posten kandidiert.

Das Amt des Bundespräsidenten bleibt vakant, nachdem Rolf-Peter Cremer nicht wieder zur Wahl angetreten war und es mit dem designierten Nachfolger Meinungsverschiedenheiten über die Ausgestaltung der Rolle gegeben hatte; Cremer will die Aufgabe bis zur im November geplanten Wahl eines Nachfolgers kommissarisch wahrnehmen. Wie in den Jahren zuvor konnte auch für das Amt eines ehrenamtlichen Bundesvorsitzenden kein Kandidat gefunden werden. Die Amtszeit der zweiten hauptamtlichen Bundesvorsitzenden Gaby Hagmans endet im nächsten Jahr. Beim BDKJ gibt es im Vorstand jeweils einen

Mann und eine Frau ab hauptamtlichen und ehrenamtlichen Bundesvorsitzenden sowie einen Präses.

Erbe stammt aus dem schleswig-holsteinischen Bad Schwartau. Von 1992 bis 1995 war er BDKJ-Vorsitzender in dem Bundesland, von 1995 bis 1999 ehrenamtlicher Diözesanvorsitzender im Erzbistum Hamburg. 1999 übernahm er neben Hagmans den hauptamtlichen Vorsitz des Jugenddachverbandes.

„Wahlalter auf 16 heruntersetzen“

Der BDKJ forderte auch eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. In diesem Alter seien die Jugendlichen bereits zu einer eigenen Wahlentscheidung fähig, heißt es in einem Beschluss. Weiter seien Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen nötig, um Jugendlichen eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt zu bieten. Der Verband sprach sich zudem für einen tragfähigen Generationenvertrag sowie ein „Bündnis für Bildung“ aller beteiligten Institutionen und Verantwortlichen aus. Ganztagschulen befürwortet der BDKJ als eine Wahlmöglichkeit unter vielen. Auch über das Modell der Ganztagschule hinaus sei eine Diskussion über Betreuungsangebote im Nachmittagsbereich dringend erforderlich.

BDKJ stellt Demokratieförderpreis ein

Der Verband beschloss, seinen Demokratieförderpreis einzustellen. Die Auszeichnung zur Förderung eines innerkirchlichen Demokratisierungsprozesses habe sich nicht etablieren können, sagte Erbe. So sei der erstmals 1997 verliehene Preis in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen worden. Von Anfang an habe Unklarheit über Entscheidungsträger und Verbandsanbindung des Preises geherrscht, so Erbe. In den vergangenen Jahren waren das Frauenforum der Diözese Augsburg, Hans Joachim Meyer vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) sowie Maria Elisabeth Thoma vom Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) ausgezeichnet worden. – Der BDKJ hat als Dachverband von 16 katholischen Kinder- und Jugendverbänden rund 650.000 Mitglieder. (PS/KNA)



BDKJ-BESCHLUSS:

Frieden fördern und gestalten

Friedensethische und sicherheitspolitische Grundlagen des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)

Einleitung

Frieden fördern und gestalten ist Herausforderung und Aufgabe katholischer Jugendverbände. Im Interesse von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen wollen sie dafür einen friedensethisch und sicherheitspolitisch begründeten Beitrag leisten. Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, an dem sich eine Vielzahl

von politischen Entwicklungen nachhaltig auf die Zukunftschancen und Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen auswirken. Beispielhaft dafür steht der Prozess der Erweiterung, Vertiefung und Integration in Europa. Mit ihm ist die Hoffnung verbunden, dass tiefgreifende Veränderungen in Europa durch Kooperation und Interessenausgleich erfolgen.

Diese Hoffnung ist um so not-

wendiger, da 1998 in Europa ein Krieg ausgetragen wurde, der in seiner friedensethischen Beurteilung Anlass für das Positionspapier ist. Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien, die Lähmung der Vereinten Nationen und das Vorgehen der NATO unter Einschluss der Bundesrepublik Deutschland machten es notwendig, neue und grundsätzliche Positionen für eine zukünftige Friedens- und

Sicherheitspolitik aus Sicht der katholischen Jugendverbände zu entwickeln. Die Terroranschläge in den USA am 11. September 2001 und die anschließenden militärische Aktionen haben mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, wie weit eine globale Friedensordnung noch entfernt und wie dringend ihr Aufbau ist

Der Beschluss steht in der Tradition der Arbeit katholischer Jugendverbände, sich mit Fragen der Friedensethik, der Sicherheitspolitik und der Wehrform zu befassen.

Theologische Orientierung

Der Auftrag, Frieden zu stiften und Frieden zu erhalten, gehört zu den grundlegenden Aufgaben von Christinnen und Christen. Er ist begründet im Lebensbeispiel Jesu Christi. Er hat Gewaltlosigkeit nicht nur gepredigt, sondern gelebt. Jesus Christus ist der Botschafter für den Frieden, den Gott schafft (vgl. Eph 2,14). Dieser Friede ermutigt Christinnen und Christen darin, Botschafterinnen und Botschafter des Friedens zu sein. Gottes Friede ist der umfassende Friede, der im biblischen Verständnis des „Schalom“ begründet ist. Schalom ist nur denkbar in der Beziehung zu Gott, dem eigentlichen Garant für Frieden, Leben und Heil. Der Prophet Micha hat diesen endzeitlichen Schalom in einem Bild beschrieben: „Und sie werden ihre Schwerter umschmieden zu Pflugscharen und ihre Speere zu Winzermessern.“ (Mi 4,3). Dies ist ein biblisches Bild, das Grundlage ist, wenn Christinnen und Christen vom Frieden sprechen.

Christlich begründetes und geleitetes Handeln für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen steht in einem unauflösbaren Spannungsbogen zwischen dem „schon“ und „noch nicht“. Anders als der verheißene Friede Gottes, den Christinnen und Christen als zugesagte Heilsbotschaft deuten können, ist der auf Erden erreichte Friede nie vollkommen. Er bleibt eine Aufgabe, um die dauerhaft gerungen werden muss. Der Mensch, geschaffen von Gott „nach seinem Bild und Gleichnis“, welches die unveräußerliche Würde

des Menschen aber auch seine Mitverantwortung begründet, muss für eine politische Weltordnung eintreten, in der die universalen Menschenrechte gültig sind.

Für Christinnen und Christen ist der Einsatz von Gewalt zur Lösung politischer Probleme und zur Überwindung von Konflikten kein anwendbares Mittel. Gewalt erzeugt immer Gegengewalt. Aus menschlicher Hilflosigkeit in einer Situation, in der Menschen leiden, vertrieben oder getötet werden, können sich Christinnen und Christen genötigt sehen, militärische Mittel als äußeres Mittel neben den ununterbrochenen diplomatischen Beziehungen einzusetzen, damit Menschen nicht weiter Opfer von Gewalt werden.

Dabei darf die Entscheidung für den Einsatz von Gewalt nicht leichtfertig getroffen werden.

Um diesem Dilemma, das im Ernstfall nie eindeutig auflösbar ist, zu entgehen, muss aus christlicher Sicht alles getan werden, Konflikte politisch zu entschärfen und zu lösen. Dabei kommt dem zivilen Ungehorsam und Strategie der Verweigerung nicht erst im Extremfall, sondern schon im Sinne einer Prävention vorrangige Bedeutung zu.

Analysen und Entwicklungen

Weltfriede und Globalisierung zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes haben sich die Perspektiven der Wahrnehmung drängender Friedensaufgaben verschoben. Anstelle der existenzgefährdenden Bedrohungen zwischen den ehemaligen Blöcken und ihren militärischen Konfrontationen gerade in den Ländern des Südens steht jetzt eine Vielzahl von Konflikten, welche die Situation komplexer und unübersichtlicher machen.

Neben den positiven Folgen der Globalisierung, wie der immer stärker werdenden Vernetzung und dem Austausch von Informationen und der immer stärkeren Anerkennung der universalen Menschenrechte besteht die Gefahr, dass sich der Blick zu stark auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen weltweiten Wettbewerbs verengt. Diese Welt-

sicht bewirkt gleichzeitig einen immer größeren Konkurrenzdruck, der in allen Lebensbereichen spürbar wird. Folgen und Auswirkungen treffen in erster Linie die Länder der Dritten Welt und ökonomisch benachteiligte Gruppen auch bei uns. Die Verantwortung für die daraus resultierenden Gefährdungen tragen vornehmlich die hochindustrialisierten Staaten des Nordens. In der Beschreibung von „neuen Bedrohungen aus dem Süden“ setzen sie anstelle des überwundenen Ost-West-Gegensatzes als neues Feindbild „Dritte Welt“ oder den „Islam“. Dagegen werden entsprechende Abwehrstrategien entwickelt, die zum Beispiel darin bestehen können, sich gegen Zuwanderung abzuschotten.

Zunehmend gerät in den Blick, dass Gefährdungen des Weltfriedens in dem ungezügelter Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen liegen. Gefährdungen und Zerstörungen der natürlichen Lebensgrundlagen gelten heute schon als Ursache für Kriege, weil ökonomische Interessen weltweit agierender Konzerne weiterhin vorrangig zu Lasten der Ökologie gehen.

Weltweit agierende kriminelle und terroristische Gruppierungen

Die Zukunft von Frieden und Sicherheit ist nicht mehr ausschließlich von Staaten und ihren Regierungen abhängig. Neue Akteure, wie weltweit operierende kriminelle Vereinigungen, werden eine größere Bedeutung erhalten. Bedrohungen ergeben sich dabei durch eine Ausweitung der internationalen Kriminalität (z.B. dem Drogenschmuggel), der Proliferation von Waffen, insbesondere von Massenvernichtungsmitteln, der Kriminalität im Bereich der Informationstechnik sowie durch die Ausweitung religiösen Fundamentalismus.

Der weltweit agierende Terrorismus als besondere Form privater organisierter Gewalt mit politischer Zielsetzung stellt die Staatengemeinschaft vor neue Herausforderungen. Die Ursachen für den Terrorismus sind vielfältig. Eine der Ursachen ist, dass in den weltweiten Prozessen der Globalisierung die strukturellen Ungerechtigkeiten zwischen den Staa-

ten instrumentalisiert werden und damit den Nährboden für fundamentalistische Bestrebungen bilden. Andere Gründe liegen in historischen Erfahrungen, wie z.B. dem Kolonialismus oder den Ängsten vor einer Überfremdung durch eine westliche Modernisierung.

Der weltweit operierende Terrorismus als Form der privatisierten Gewalt lässt sich nur schwer in den Kategorien der Völkerrechts fassen. Seine Bekämpfung unterliegt aber den gleichen Prinzipien, die generell für die Vermeidung von gewaltsamen Konflikten gelten.

Zusammenleben in einer Welt mit vielen Kulturen

Ein Zusammenrücken der Welt durch Medien und reale Kontakte bedeutet auch eine Konfrontation verschiedener Kulturen und Religionen. Nichtkennen und Nichtverstehen des anderen sowie Gegensätze in Weltanschauung und politischer Ausrichtung führen zu einem Konfliktpotenzial, das über den Einzelnen hinausgeht und immer wieder in Kriege zwischen Gruppen oder Staaten verschiedener Kultur und Religion münden.

Sicherheit und Stabilität in Europa

Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes, der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands sowie den daraus resultierenden Prozessen der Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union sind hoffnungsvolle Aufbrüche verbunden. Dabei kann mit der Europäischen Union eine Staatengemeinschaft aufgebaut werden, die sich in den letzten Jahren von wirtschaftlichen Zusammenschlüssen zu einer Gemeinschaft des Friedens und des Rechts entwickelt hat.

Trotz dieser positiver Entwicklungen bei der Kooperation und Integration in Europa bleiben Friedensgefährdungen bestehen. Die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien haben gezeigt, wie brüchig der Friede auch in Europa sein kann. Dies gilt vor allem für die Staaten, die nicht am Prozess der europäischen Integration beteiligt sind. Zentrale Ursache für friedensgefährdende Entwicklungen sind dabei insbesondere nicht-mili-

tärische Risiken, wie sie sich infolge sozialer Verwerfungen, Massenmigration, Unterdrückung von ethnischen Minderheiten oder als Folge von Kriegen in der Auseinandersetzung um Ressourcen und natürliche Lebensgrundlagen ergeben.

Unsere Visionen

Im Interesse der nachwachsenden Generation, der Kinder und der Jugendlichen und für ihre Zukunftschancen wollen die katholischen Jugendverbände Chancen und Visionen für die Überwindung jeder Form des Krieges formulieren. Ihre Hoffnung bezieht sich auf eine Welt, in der es keine Waffen mehr gibt und in der Frieden mehr ist als nur die zeitweise Abwesenheit des Krieges, eine Welt, in der Kinder und Jugendliche in allen Ländern ohne Furcht vor Krieg leben können. Die biblische Friedensvision sowie Jesu Leben und Forderungen des Gewaltverzichtes und der Feindesliebe bleiben dabei das Leitbild, wenn sie in der aktuellen politischen Situation eine Vision entwickeln, wie dafür eine Friedens- und Sicherheitspolitik aussehen muss. Dabei geht die Vision nicht vom Ende der Konflikte aus. Vielmehr sollen Wege aufgezeigt werden, wie Konflikte zukünftig ohne Gewalt ausgeglichen und zivil geregelt werden können.

Aus der Perspektive des Evangeliums ist es möglich, Kriterien und Bedingungen für einen „politischen Frieden“ zu konkretisieren. In einem dynamischen Prozess ist der „politische Friede“ für die katholischen Jugendverbände an einem sechsfachen Ziel ausgerichtet: gleiche Chancen für die Entwicklung aller gesellschaftlichen und nationalen Gruppen, gleiche Chancen zur menschlichen Entfaltung von Frauen und Männern, soziale und internationale Gerechtigkeit herzustellen, Toleranz und Akzeptanz unter den verschiedenen Religionen und Kulturen zu fördern, eine Völkergemeinschaft ohne Krieg und Gewalt aufzubauen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen Geltung zu verschaffen.

Visionen und Optionen aus der Perspektive der biblischen Botschaft

vom Frieden machen es notwendig, die Lehrtradition, mit der die Kirche hoffte, den Krieg zu humanisieren, abzulösen. Dringlich ist, eine Lehre der Bedingungen und Voraussetzungen eines „gerechten Friedens“ fortlaufend theologisch zu begründen. Leitbild der kirchlichen Lehre ist der „gerechte Friede“, welcher die Logik der Gewalt durchbricht und die Gewöhnung an das Mittel der Gewaltanwendung verhindert.

Die Förderung und Sicherung des politischen Friedens fällt zu allererst in den Kompetenzbereich und in die Verantwortung der Politik der Staaten. Diese sind den ethischen Grundsätzen verantwortlichen politischen Handelns und Entscheidens verpflichtet. Die Schaffung einer politischen Friedensordnung ist aber auch die Aufgabe aller Kräfte der Zivilgesellschaft.

Prävention vor Intervention

Entwicklung einer gerechten Wirtschafts- und Sozialordnung

Die Herausforderungen der Globalisierung, die alle ökonomischen, politischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Felder immer mehr durchdringen, machen es notwendig, umfassende politische Antworten zu formulieren. Es bedarf auch einer neuen und gerechten Weltwirtschafts- und Sozialordnung, um gewalttätige Konflikte zu vermeiden.

Eine neue Weltwirtschafts- und Sozialordnung kann nur dann erreicht werden, wenn die Verdichtung der internationalen Zusammenarbeit durch internationale Institutionen mit verbindlichen Kooperationsregeln vereinbart wird. Dazu sind Veränderungen auf drei Ebenen notwendig, die sich wechselseitig bedingen:

- eine durchgreifende sozioökonomische und politische Strukturreform in den Entwicklungs- und Transformationsländern,
- die Herstellung fairer weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen, die den Entwicklungs- und Transformationsländern bessere Startchancen eröffnen und ihnen größere Handlungsspielräume für eine ökologisch-soziale Entwicklung in den eigenen Regionen ermöglichen,

- eine wesentliche und grundlegende Veränderung in den Interessen-, Bewusstseins- und Konsumstrukturen in den Industrienationen, die bisher die Weltwirtschaft dominieren.

Damit eine Weltwirtschafts- und Sozialordnung sich gerecht entwickeln kann, müssen demokratische Kontrollmechanismen unter Beteiligung möglichst vieler ebenso weiterentwickelt werden. Dazu muss die Souveränität der Staaten angemessen erhalten bleiben. Das Prinzip der Subsidiarität bleibt wirksam.

Konfliktprävention

Die neuen Herausforderungen der sich wandelnden friedens- und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen machen es notwendig, Friedens- und Sicherheitspolitik neu auszurichten. Ziel einer solchen Neuausrichtung ist es, einer Politik den Vorrang zu geben, die durch Konflikterkennung und Anwendung von vertrauensbildenden Maßnahmen frühzeitig die Eskalation von Konflikten in und zwischen den Staaten zu verhindern sucht. Die Prävention setzt dort an, wo Konfliktursachen auszuräumen sind: wirtschaftliche Not, soziale, kulturelle, religiöse und geschlechtertypische Ungerechtigkeiten und Unterdrückung von Minderheiten und politisch Andersdenkenden. Es ist die vorrangige Aufgabe der Politik, Konfliktursachen frühzeitig zu bekämpfen, sozialen Ausgleich und Gerechtigkeit herzustellen und in der Nachsorge von Konflikten verletzte Rechte wieder herzustellen, um so den Einsatz von Gewalt überflüssig zu machen. Zukünftige Friedens- und Sicherheitspolitik muss das Ziel verfolgen, im Zusammenwirken staatlicher und nichtstaatlicher Akteure einer „Strategie der Prävention“ den Vorrang vor einer „Strategie der Intervention“ einzuräumen.

Zu einer langfristigen zivilen Konfliktprävention gehört insbesondere die Stärkung von zivilgesellschaftlichen Strukturen in den konfliktgefährdeten Ländern. Diese beinhaltet die Förderung von demokratischen Elementen wie den Aufbau von Parteien, Gewerkschaften, unabhängigen Medien und einer eigenständigen Justiz. Zur Stärkung dieser

zivilgesellschaftlichen Elemente ist besonders die Aus- und Fortbildung der Verantwortlichen zu fördern, die von internationalen Organisationen bzw. den nationalen Regierungen und Nicht-Regierungsorganisationen übernommen werden kann.

Völkerrecht

Das grundlegend gewandelte sicherheitspolitische Umfeld macht Strukturanpassungen sowohl für internationale Organisationen und deren regionale Abmachungen als auch der europäischen und nationalen Sicherheitsstrukturen erforderlich. Die Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs ist ein großer Schritt in diese Richtung. Jetzt muss darauf hingearbeitet werden, dass alle Staaten sich seiner Gerichtsbarkeit unterwerfen. Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und sexuelle Gewalt als Mittel der Kriegsführung sind sanktionsfähige Tatbestände, die international verfolgt werden müssen und nicht durch Hinweis auf die nationale Souveränität der Strafverfolgung entzogen werden dürfen.

Bislang sind die inneren Belange der Staaten, sofern sie nicht im Rahmen von internationalen Verträgen geregelt sind, völkerrechtlich der Einwirkung von außen entzogen. Da mit dem traditionellen Hinweis auf die Souveränität der Staaten häufig ein Blankoscheck für alle möglichen Willkürakte im Inneren verbunden sind, ist eine Weiterentwicklung in dieser Auffassung festzustellen. Zunehmend setzt sich die Auffassung durch, dass die Menschenrechte, wie in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung und den VN-Konventionen definiert, universal sind, demzufolge die Menschenrechtssituation in einem Land nicht zu dessen „inneren Angelegenheiten“ zu zählen ist. Das Völkerrecht muss deshalb an dieser Stelle weiterentwickelt werden, da eine Vielzahl von Konfliktursachen innerhalb von Staaten zu finden sind.

Der Verstoß gegen die völkerrechtlichen Regelungen darf nicht weiterhin folgenlos bleiben. Vielmehr sind die unterschiedlichen Formen der Sanktionen mit dem Ziel weiterzuentwickeln, die politisch Verantwortlichen zu isolieren und

die Zivilbevölkerung zu schützen. Dazu gehören u.a. Wirtschaftsboykotte und der zeitweise Ausschluss aus internationalen Gremien. Die Entscheidung über die Durchführung der Sanktionen muss den dafür zuständigen internationalen Organisationen vorbehalten werden.

Förderung eines Miteinanders der Kulturen

Die Herausforderung einer Gesellschaft, in der unterschiedliche Kulturen und Religionen aufeinandertreffen, werden größer und münden immer öfter in nicht nur lokale Konflikte und Krieg ein. Gefragt ist ein Miteinander, in dem die einzelnen Religionen und Kulturen ihr Recht und ihre Freiheit haben, solange sie sich an den allgemeinen Menschenrechten orientieren und nicht selber zu Unfreiheit, Ungerechtigkeit und Unterdrückung beitragen.

Toleranz und Akzeptanz sind die Wege, ein friedliches Miteinander zu fördern. Voraussetzung dazu sind die Begegnung, das gegenseitige Kennenlernen und Vertrautmachen, die Auseinandersetzung mit Unterschieden und Schwierigkeiten und die Suche nach einer gemeinsamen Basis an Werten. Die Frage der Wertevermittlung gerade an Kindern und Jugendlichen ist dabei ein Ansatz, eine zukünftige Generation als einer „Generation des Friedens“ zu erziehen.

Europäische Union (EU)

Die notwendige Entwicklung einer „europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität“ als Teil des europäischen Prozesses der Erweiterung und Vertiefung darf nicht dazu führen, dass Europa selbst militärische Großmacht in dem Sinne wird, dass neben der NATO ein weiteres Militärbündnis entsteht. Vorrangig sind europäische sicherheitspolitische Interessen durch die Stärkung der in der VN und der OSZE vorhandenen Strukturen zu gewährleisten und nicht durch eigene und zusätzliche Militärpolitik zu unterlaufen. Ein eigenständiger europäischer Sicherheits- und Verteidigungsbeitrag muss sich in die Strukturen von VN und OSZE integrieren und diese unterstützen.

Prävention vor Intervention bedeutet für die Europäische Union auch und gerade, dass Austausch und Kooperation von Kindern und Jugendlichen der Mitgliedstaaten untereinander und mit denen anderer Staaten weiter und stärker gefördert werden.

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Die VN bedürfen der Ergänzung durch regionale Organisationen, um eine effektive Friedens- und Sicherheitspolitik durchzuführen. Für den europäischen Raum hat sich dafür die OSZE für eine verbesserte Krisenprävention erfolgreich etabliert. Die Chance der OSZE liegt in der Integration aller Staaten der nördlichen Hemisphäre und ihrer eindeutigen präventiven Ausrichtung. Dem Grundsatz folgend „OSZE-first“ gilt es deshalb durch eine verbesserte Organisationsstruktur der Option für die OSZE Nachdruck zu verleihen und sie als integralen Bestandteil der Friedens- und Sicherheitspolitik stärker zu verankern. Ein frühzeitiges Erkennen, rechtzeitiges diplomatisches Gegensteuern und Regelung der friedlichen Konfliktbeilegung durch Entscheidungen von Schiedsgerichtshöfen sind wirksame Instrumente, die es auszubauen und zu stärken gilt.

North Atlantic Treaty Organization (NATO)

Die NATO hat die Sicherheit ihrer Mitgliedsstaaten gegen Angriffe von außen zu sichern. Dieses ist ihre bleibende Aufgabe, solange Risiken gegenüber diesen Mitgliedstaaten bestehen. Die NATO darf sich nicht zu einer unabhängigen Parallelstruktur gegenüber den VN und anderen kooperativen Sicherheitsstrukturen entwickeln. Sollten die sicherheitspolitischen Risiken der Mitgliedsstaaten sich weiter verringern, muss langfristig eine Überprüfung der Notwendigkeit der NATO eingeleitet werden.

Vereinte Nationen

Eine wirksame und nachhaltige friedensfördernde Politik der internationalen Staatengemeinschaft muss darauf abzielen, die Vereinten

Nationen (VN) in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu stärken und dafür die notwendigen Instrumente bereitzustellen. Eine Reform der VN ist von elementarer Bedeutung, um ihre Handlungsfähigkeit zu stärken. Dazu gehört insbesondere die Bereitstellung der finanziellen Mittel und die Akzeptanz der VN als globale Instanz für die Friedenssicherung.

Eine Reform und Stärkung der VN muss alle ihre Einrichtungen umfassen. Dazu gehören insbesondere die Einrichtungen, die präventive Aufgaben haben. Besondere Bedeutung hat aber eine Reform des Sicherheitsrates der VN, der zentralen Einrichtung der Konfliktprävention.

Deutschland soll keinen eigenen Sitz, sondern vielmehr eine europäische Präsenz anstreben. Die Struktur des Sicherheitsrates muss so weiterentwickelt werden, dass das Veto-Recht von Mitgliedern des Sicherheitsrates abgeschafft werden kann, um dadurch zu verhindern, dass einzelne Großmächte die Politik der Vereinten Nationen dominieren können. Die Entscheidung über Maßnahmen wie Sanktionen oder militärische Interventionen muss einem besonders hohen Abstimmungsquorum unterliegen.

Die Entscheidung über die Durchführung von militärischen Einsätzen kann nur dem Sicherheitsrat der VN zukommen. Deren Durchführung kann dann auch regionalen Sicherheitsstrukturen übertragen werden und muss von den VN überwacht werden. Im Rahmen der Europäischen Union sollte die Bundesrepublik Deutschland ständige Kräfte für die Friedensmissionen der VN bereit halten und dem Generalsekretär der VN zur Verfügung stellen.

Instrumente einer Friedens- und Sicherheitspolitik

Abrüstung

Weltweite und vollständige Abrüstung aller Massenvernichtungsmittel durch vertraglich vereinbarte Rüstungskontrolle muss auch nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes fortgeführt werden. Weil das Prinzip der nuklearen Abschreckung zu überwinden ist, sind alle Rüstungsvorhaben, die darauf abzielen, beste-

hende Raketenabwehr-Verträge zu unterlaufen, abzulehnen. Weltraumgestützte Raketenabwehrsysteme demontieren die bisherigen Abkommen und gefährden die gesamte Rüstungskontrollpolitik.

Konventionelle Rüstung, Landminen und Kleinwaffen sind wegen ihrer unterschiedslosen Wirkung zu einer Geißel der Zivilbevölkerung, insbesondere in den von Bürgerkriegen geschundenen Staaten, geworden. Nur eine Kombination von Rüstungskontrolle, Rüstungsexportverboten und Entwicklungszusammenarbeit kann verhindern, dass Waffen dieser Art weiterhin gegen Zivilbevölkerung eingesetzt werden. Staaten, die derartige Waffen einsetzen, sind durch zielgerichtete internationale Boykotte zu sanktionieren.

Abbau von Rüstungsexporten

Ein Risiko für den Frieden entsteht durch die Verbreitung von Rüstungsgütern. Daran ist auch die Bundesrepublik Deutschland an entscheidender Stelle beteiligt. Der Weg zu einer Konversion der Rüstungsindustrie in die zivile Produktion führt auch über eine immer restriktivere Handhabung eines Ausfuhrverbotes von Waffen. Der Handel mit Rüstungsgütern aus der deutschen Produktion darf nur mit Bündnispartnern erfolgen. Aber auch dazu ist die Beachtung der jeweiligen Menschenrechtssituation als Kriterium notwendig. Die Produktion und der Verkauf von Massenvernichtungsmitteln und Landminen müssen in jedem Fall untersagt und durch Vereinbarungen auch international unterbunden werden. Für Rüstungsexporte dürfen in keinem Fall Hermes-Bürgschaften oder sonstige staatliche Unterstützungen gewährt werden.

Zivile Konfliktbearbeitung durch Mediation

Neue Formen der zivilen Konfliktbearbeitung müssen ausgebaut und in die Strukturen und die Arbeit der VN integriert werden. Einsätze im Rahmen eines zivilen Friedensdienstes (ZFD) z.B. durch ausgebildete Mediatorinnen und Mediatoren in Konfliktgebieten bieten die Chance, einen Annäherungsprozess der Konfliktparteien wieder in Gang zu bringen, zu führen und letztendlich

zu einer dauerhaften Befriedung beizutragen. Zum Ausbau der zivilen Konfliktbearbeitung bedarf es umfangreicher finanzieller Ressourcen. Eine Sicherheitspolitik wird einer friedensethischen Aufgabe nur gerecht, wenn die zivilen Konfliktbearbeitung einem militärischen Einsatz vorgezogen werden.

Einsatz von Streitkräften

Seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation hat sich das Einsatzspektrum von Streitkräften vermehrt und erheblich verändert. Das gilt auch für die Bundeswehr.

Es lässt sich feststellen, dass den Streitkräften Aufgaben übertragen werden, die in unterschiedlicher Mandatierung in vielen Fällen polizeiähnlichen Charakter haben. Streitkräfte unterstützen durch ihren gewünschten und erbetenen Anwesenheit Konsolidierungs- und Friedensprozesse in Staaten, welche aus eigener Kraft dazu nicht in der Lage sind.

In solchen Fällen kann militärische Präsenz auch Teil einer präventiven Strategie zur Konfliktvermeidung oder -eindämmung darstellen. Streitkräfte brauchen dafür die notwendige Ausbildung, die erheblich mehr zivile Konfliktlösungen umfassen muss als bisher. Es ist dabei aber auch zu überprüfen, ob nicht solche präventiven Maßnahmen stärker von Polizeikräften übernommen werden können, die dafür die entsprechende Ausrüstung benötigen.

Der Einsatz von Streitkräfte kann nicht die Antwort auf alle entstehenden Konflikte sein. Abzulehnen ist eine Friedens- und Sicherheitspolitik, die sich auf militärische Mittel verlässt. Dieses entspricht nicht einem präventiven Friedens- und Sicherheitskonzept.

Terror und Kriminalität

Als Antwort auf international agierende terroristische und kriminelle Gruppierungen müssen Polizei und Nachrichten-/Geheimdienste sowohl auf nationaler, als auch auf internationaler Ebene eng und partnerschaftlich kooperieren, um terroristische und kriminelle Strukturen und Aktivitäten frühzeitig aufzudecken und zu bekämpfen. Dazu notwendig ist eine bedarfsgerecht personelle

und finanzielle Ausstattung sowie eine stärkere institutionalisierte Absicherung der (inter)-nationalen Zusammenarbeit.

Militärische Intervention aus Gründen der Humanität

Von besonderer friedensethischer und völkerrechtlicher Tragweite sind jedoch Grenzsituationen, in denen sich alle Formen der zivilen Konfliktbeilegung, Sanktionen wie Wirtschafts- und Handelsboykotte, außenpolitische Isolierung und Embargos als wirkungslos erwiesen haben. Militärische Interventionen müssen immer der absolute Ausnahmefall bleiben. Es darf sich kein politischer Automatismus entwickeln, an dessen Ende ein militärischer Einsatz steht.

Eine Intervention verbietet sich in jedem Fall, sofern nicht nachfolgend genannte Bedingungen erfüllt sind:

- Die Entscheidung über eine Intervention zugunsten der Nothilfe für Gruppen der Bevölkerung der Staaten, die unter den Folgen schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen zu leiden haben, muss den VN vorbehalten bleiben. Dabei muss es sich um eine außergewöhnliche und sehr ernste Not-situation in einem Staat oder zwischen Staaten handeln, dessen Machthabern auf andere Art und Weise als mit militärischen Mitteln nicht Einhaltung geboten werden kann.
- Die intervenierende Macht darf kein besonderes Eigeninteresse an der Situation haben. Der Schutz der Menschenrechte muss das Ziel sein und es dürfen keine verdeckten politischen oder wirtschaftlichen Gründe hinzukommen. Eine Intervention aus humanitären Gründen muss auf dieses spezifische Ziel begrenzt sein und darf allenfalls geringfügige Auswirkungen auf die Autorität des Staates haben, gegen den sich die Intervention richtet. Dabei muss die Anwendung der Gewalt verhältnismäßig und im Interesse des Schutzes der Bevölkerung stehen.
- Die Intervention selbst darf keine Bedrohung des internationalen Friedens und der internationalen

Sicherheit in der Form darstellen, dass damit ein größerer Verlust an Menschenleben und mehr Leid verursacht wird, als ursprünglich zu verhindern die Absicht gewesen war.

Aus friedensethischer Perspektive steht die intervenierende Macht in der Pflicht, unverzüglich nach der Beendigung Folgen und Auswirkungen für die notleidende Bevölkerung rasch und umfassend zu lindern. Dabei ist darauf zu achten, dass Wiederaufbau und humanitäre Hilfe zur Befriedung und Stabilität beitragen.

Bedingungen für eine vertretbare militärische Intervention müssen völkerrechtlich verankert werden, um zu verhindern, dass Staaten oder Staatenbündnisse den Einsatz militärischer Mittel selbst legitimieren.

Deutsche Streitkräfte

Durch die in seiner Geschichte begründete Verantwortung, seine geografische Lage in Europa und seiner wirtschaftlichen Stellung entsprechend besteht in Deutschland ein besonderes Interesse an einer dauerhaften Friedensordnung, die jede Form von Instabilität für sich und seine Nachbarn ausschließt. Als Sicherheitsvorsorge und um einen Rückfall in militärische Gewaltanwendung zur Durchsetzung von Interessen zu verhindern, ist dafür durch die Bundesrepublik Deutschland auch ein militärischer Beitrag zu leisten, weil dies nicht nur Aufgabe anderer Staaten sein kann.

Die notwendig gewordene konzeptionelle Neuausrichtung der deutschen Streitkräfte folgt einerseits den neuen potenziellen Friedens- und Sicherheitsrisiken, sie macht aber andererseits den schnelleren Einsatz der Bundeswehr wahrscheinlich. Es besteht die Gefahr, dass die deutsche Politik in einen schnellen Automatismus von militärischen Einsätzen gerät. Um dies zu verhindern, bedarf es konzeptioneller und rechtlicher Schranken. Ein Einsatz der Bundeswehr unter dem Mandat der VN sollte zukünftig von einer breiten Mehrheit im Deutschen Bundestag getragen werden. Über die konkreten Einsätze ist mit 2/3 Mehrheit zu entscheiden. □

Die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland ist auszusetzen!

Die BDKJ-Hauptversammlung tritt dafür ein, die allgemeine Wehrpflicht umgehend auszusetzen.

Der BDKJ fordert die Aussetzung der Wehrpflicht primär im Interessen von jungen Männern und damit aus jugendpolitischen Gründen. Die allgemeine Wehrpflicht stellt einen zeitlich begrenzten drastischen Einschnitt in verfassungsmäßig garantierte Freiheits- und Grundrechte junger Männer dar. Wenn überhaupt, kann eine solche Einschränkung der Grundrechte nur dadurch legitimiert werden, dass ein höheres Gemeinwohlinteresse, wie beispielsweise sicherheitspolitische Interessen, darüber steht, das ohne die Wehrpflicht nicht zu erfüllen wäre.

Deutschland ist mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation nicht mehr unmittelbar und existenzgefährdend in seiner Sicherheit bedroht. Der Fall der bündnisbezogenen Landesverteidigung, der lange die Begründung für größere Streitkräfte darstellte, kann als unwahrscheinlich gelten. Einsätze außerhalb der bündnisbezogenen Landesverteidigung, welche zunehmend das Aufgabenspektrum der Bundeswehr bestimmen, sind mit der allgemeinen Wehrpflicht unvereinbar. Der Zuzug an Sicherheit vor unmittelbarer militärischer Bedrohung macht Strukturanpassungen auch für die Streitkräfte erforderlich. Dabei darf die Wehrform als Rekrutierungsinstrument für das militärische Personal den fortschreitenden Abbau des Streitkräfteumfanges nicht verhindern.

Durch die vorgenommenen Strukturanpassungen der Bundeswehr wurde der Umfang der Streitkräfte deutlich verkleinert. Betroffen war davon in erster Linie der Bedarf an wehrpflichtigen Soldaten. Zwischenzeitlich werden deshalb weniger junge Wehrpflichtige benötigt, als die wehrdienstfähigen jungen Männern eines Geburtsjahrganges ausmachen. Weil zwischenzeitlich mehr junge Männer über die Anerkennung als

Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen (Artikel 4 Abs. 3 GG) Zivildienst leisten als junge Männer den Grundwehrdienst leisten, lässt sich die allgemeine Wehrpflicht auch unter diesem Aspekt nicht mehr aufrecht erhalten. Es ist wesentlich für die Akzeptanz der allgemeinen Wehrpflicht, dass die Mehrheit der jungen Wehrpflichtigen Dienst in den Streitkräften selbst leistet. Zwischenzeitlich verhält es sich jedoch so, dass die vorgesehene Ausnahme, den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern, die Regel geworden ist. Die Wehrgerechtigkeit ist damit nicht mehr gegeben.^{*)} Die Fortsetzung der Wehrpflicht ist alleine vor diesem Hintergrund aus jugendpolitischen Gründen nicht haltbar. Außerdem wird die allgemeine Wehrpflicht häufig damit begründet, dass nur über die Verweigerung des Kriegsdienstes der Zivildienst in seiner sozialstaatlichen Bedeutung aufrecht erhalten werden könne. Dieses Argument ist prinzipiell nicht akzeptabel, da damit letztlich die Wehrpflicht mit sozialpolitischen Notwendigkeiten begründet würde. Zudem können durch die Umschichtung der freiwerdenden finanziellen Mittel bei einem Wegfall des Zivildienstes im erforderlichen Umfang professionelle Arbeitsplätze im sozialen Bereich geschaffen werden. Die allgemeine Wehrpflicht wird deshalb begründet, weil nur über die Verweigerung des Kriegsdienstes der Zivildienst in seiner sozialstaatlichen Bedeutung aufrecht erhalten werden kann.

Das Leitbild von dem/der „Staatsbürgerin und Staatsbürger in Uniform“ und die Konzeption der Inneren Führung bleiben als wehrformunabhängige Bestimmungsgrößen unverzichtbare Bestandteile in der Konzeption einer Freiwilligenarmee. Sie bilden unter dem „Primat der Politik“ den Kerngedanken der Integration von Streitkräften in einer demokratischen und pluralen Gesell-

schaft. Geeignete Auswahl- und Rekrutierungsmechanismen für freiwillig dienende Soldatinnen und Soldaten müssen dafür Sorge tragen, dass Streitkräfte weiterhin in der Gesellschaft integriert bleiben und das Maß an zusätzlicher Kontrolle gewährleistet bleibt. Zu den Bedingungen für eine Verankerung der Streitkräfte in die Gesellschaft gehören, dass die Soldatinnen und Soldaten aus allen sozialen Schichten, Regionen und Berufsfeldern kommen. Auf die Verankerung in die freiheitlich demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland ist verstärkt zu achten. Freiwillig dienende Soldatinnen und Soldaten haben die gleichen staatsbürgerlichen Rechte wie andere Staatsbürger. Erfolgreiche Integration setzt mit voraus, dass die Übernahme für ehrenamtliche, soziale und politische Verantwortung außerhalb des Dienstes in der Bundeswehr gefördert und unterstützt wird.

Die Grundsätze der Inneren Führung, der Rechtsanspruch auf ungehinderte Seelsorge und einen zeitgemäßen Führungsstil in Einsätzen außerhalb der Landesverteidigung und im Zusammenwirken mit anderen Streitkräften, müssen gültig bleiben. Die Gewissensfreiheit für freiwillig dienende Soldatinnen und Soldaten umfasst das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in jeder Situation. Mit Blick auf die ethisch bedeutsame Tragweite des soldatischen Dienstes ist dem Recht auf Kriegsdienstverweigerung für freiwillig dienende Soldatinnen und Soldaten in gesetzlichen Regelungen Rechnung zu tragen.

**) Anmerkung der Redaktion: Zum Thema Wehrgerechtigkeit siehe Seite 81 „Die Legende von der Wehrgerechtigkeit“*

Bundeswehr und Terrorismusbekämpfung

MATTIAS G. FISCHER

Angesichts einer veränderten allgemeinen Sicherheitslage seit den Terroranschlägen in den USA vom 11. September 2001 wird immer wieder über neue Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr auch im Innern nachgedacht. Dabei geht es vor allem darum, ob und inwieweit den Streitkräften der Schutz ziviler Objekte oder die Abwehr von Angriffen, die von Terroristen mittels chemischer und biologischer Kampfstoffe begangen werden könnten, übertragen werden sollte. Entsprechende Überlegungen gab es in den Reihen der Unionsparteien schon in den siebziger und neunziger Jahren. So forderte etwa Wolfgang Schäuble 1993, die Armee notfalls „auch bei größeren Sicherheitsbedrohungen im Innern“ einzusetzen, und verwies explizit auf die wachsende Gefahr des internationalen Terrorismus. Ein Jahr später stellte Jürgen Rüttgers, damals parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ähnliche Überlegungen an. Und im Jahr 1999 warb der Rechtsprofessor und CDU-Bundestagsabgeordnete Rupert Scholz – er war von 1988 bis 1989 Bundesverteidigungsminister – dafür, die tatsächlichen und rechtlichen Möglichkeiten zu schaffen, um die Bundeswehr auch im Inland zur Terrorismusbekämpfung einsetzen zu können. SPD, Grüne und FDP wiesen diese Vorstöße damals strikt zurück.

Heute wird das Thema differenzierter diskutiert. Nach den Terroranschlägen vom 11. September betonte selbst Bundesinnenminister Otto Schily im Deutschen Bundestag, in Zukunft werde „ein Ineinandergreifen von militärischen und polizeilichen Operationen notwendig sein“ und schloss nicht aus, dass der Bundeswehr neue Aufgaben im Innern zu übertragen seien. Unterschiedliche Ansichten bestehen nun vor allem darüber, ob hierzu das Grundgesetz geändert werden sollte. Während SPD und Grüne eine Änderung der Verfassung durchweg ablehnen – die Grünen sehen im Übrigen

überhaupt keine Notwendigkeit das Einsatzspektrum der Armee zu erweitern –, setzen sich die CSU und Teile der CDU dafür ein, das Grundgesetz der veränderten Sicherheitslage anzupassen.

Verfassungsrechtliche Vorgaben

Wie die rechtspolitische Frage einer Grundgesetzänderung zu beantworten ist, hängt nicht nur davon ab, welche Verwendungsmöglichkeiten man der Bundeswehr eröffnen will. Zunächst einmal muss Gewissheit darüber bestehen, inwieweit das Verfassungsrecht den Inneneinsatz der Bundeswehr schon heute zulässt. Wer den Verlauf der bisherigen Debatte verfolgt kann erkennen, dass gerade in diesem Punkt kaum Klarheit besteht.

Gelegentlich stößt man sogar auf die Ansicht, die Bundeswehr müsse auf die Aufgabe beschränkt bleiben, die äußere Sicherheit zu schützen. So vertretbar diese Auffassung im Sinne einer Meinungsäußerung auch sein mag – das Grundgesetz teilt sie nicht. Vielmehr lässt bereits das geltende Verfassungsrecht auch jenseits zwischensstaatlicher Konfliktsituationen den Einsatz der Streitkräfte im Innern ausdrücklich zu, und zwar in zwei Fällen: zur Katastrophenhilfe und beim so genannten inneren Notstand.

Katastrophenhilfe durch die Bundeswehr

Artikel 35 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes, der die Rechts- und Amtshilfe regelt, ermöglicht es, die Streitkräfte „bei einer Naturkatastrophe oder bei einem besonders schweren Unglücksfall“ hilfsweise zur Unterstützung der Polizei einzusetzen. Man spricht insoweit vom so genannten Katastrophennotstand beziehungsweise zivilen Notstand. Ist das Schadensereignis räumlich auf ein Bundesland beschränkt, so können die zuständigen Landesorgane die Bundeswehr anfordern. Artikel 35

Absatz 3 bestimmt darüber hinaus, dass auch die Bundesregierung die Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei einsetzen darf, wenn die Naturkatastrophe oder der Unglücksfall ein Gebiet gefährdet, das über die Grenzen eines Bundeslandes hinausreicht.

Ob diese Regelungen den Einsatz der Bundeswehr auch zur Terrorismusbekämpfung gestatten, hängt zunächst davon ab, was unter einem „besonders schweren Unglücksfall“ zu verstehen ist. Man könnte zunächst daran denken, dass hierunter nur Schadensereignisse fallen, die auf menschlichem oder technischem Versagen beruhen – beispielsweise die durch menschliche Unachtsamkeit herbeigeführte große Explosion in einer Chemiefabrik. Bei näherer Betrachtung ist allerdings kein Grund ersichtlich, nicht auch in verbrecherischer Absicht herbeigeführte Katastrophen, also auch Terrorakte größeren Ausmaßes, als besonders schwere Unglücksfälle anzusehen, wenn man die möglichen Folgen derartiger Ereignisse bedenkt.

Das Grundgesetz lässt es folglich zu, die Bundeswehr dann, wenn ein Terroranschlag unmittelbar bevorsteht oder bereits stattgefunden hat, etwa zum Aufspüren und Neutralisieren biologischer und chemischer Waffen einzusetzen. Nur die Streitkräfte verfügen über das erforderliche Personal, Gerät und Know-how, das zur Abwehr terroristischer, mit B- und C-Kampfstoffen durchgeführter Anschläge erforderlich wäre.

Realer Unglücksfall großen Ausmaßes

Derartige militärische Einsätze stoßen allerdings in zweierlei Hinsicht auf verfassungsrechtliche Grenzen: Zum einen muss es sich um Schadensereignisse größeren Ausmaßes handeln. Es ist also derzeit nicht möglich, Einheiten der ABC-Abwehr im Falle einzelner vermeintlich oder tatsächlich mit Milzbrand-Erregern kontaminierter Briefe ein-

zusetzen, wie dies in Deutschland im vergangenen Herbst teilweise gefordert wurde.

Zum anderen macht es die grundgesetzliche Beschränkung eines Hilfeinsatzes der Bundeswehr auf den „Unglücksfall“ erforderlich, dass bereits ein Schaden eingetreten ist oder zumindest unmittelbar bevorsteht. Eine bloße Gefährdung oder eine „nur“ veränderte allgemeine Sicherheitslage genügt nicht.

Infolgedessen wäre derzeit auch – wie in der Tschechischen Republik und in Frankreich geschehen – die Aufstellung von Luftabwehrraketen zum Schutz von Atomkraftwerken oder ein sonstiger Einsatz von Bundeswehreinheiten zur Sicherung einzelner ziviler Objekte – beispielsweise von Talsperren oder Flughäfen – verfassungswidrig. Das gilt natürlich erst recht für den Fall, dass Einheiten der Streitkräfte aus Kapazitätsgründen, weil die Personaldecke bei Polizei und Bundesgrenzschutz nicht ausreicht, gewissermaßen als allgemeine Risikoreserve für Großeinsätze eingesetzt werden sollen.

Derartige Verwendungen, etwa ein Tätigwerden der Bundeswehr bei der Bekämpfung gewaltsamer Massendemonstrationen, wären nach geltendem Verfassungsrecht ebenfalls unzulässig. Bei dem häufig diskutierten Szenario, dass ein mit Terroristen besetztes Passagierflugzeug gezielt ein Kernkraftwerk ansteuert, um es zu zerstören, wird man hingegen von einem Fall im Sinne des Artikel 35 Grundgesetzes ausgehen können: Ein von der Bundesregierung angeordneter Einsatz der Luftwaffe zur Abwehr eines solchen Vorhabens wäre damit durchaus verfassungsgemäß.

Bestimmung über den inneren Notstand

Die Bestimmung über den so genannten inneren Notstand (Ausnahmestand) in Artikel 87a Absatz 4, die nach überaus heftigen Diskussionen und außerparlamentarischen Widerständen im Jahr 1968 in das Grundgesetz eingefügt wurde, erlaubt unter bestimmten Voraussetzungen den Inneneinsatz der Bundeswehr zur „Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grund-

ordnung des Bundes oder eines Landes“. Diese Formulierung zeigt, dass der Verfassungsgeber Szenarien im Blick hatte, die eine Gefährdung der territorialen Integrität und Handlungsfreiheit nach außen oder/und der rechtsstaatlichen Herrschaftsordnung Deutschlands bedeuten, wie sie beispielsweise bei einem Bürgerkrieg oder Umsturzversuch mit militärischer Gewalt denkbar wären.

Die Streitkräfte dürfen dann, wie es in Artikel 87a Absatz 4 Grundgesetz weiter heißt, „zur Unterstützung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes beim Schutze von zivilen Objekten und bei der Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer“ im Innern eingesetzt werden, wenn Polizei und Bundesgrenzschutz nicht mehr in der Lage sind, die Gefahr zu bekämpfen. Nach der herkömmlichen Lesart des Grundgesetzes begründen terroristische Angriffe noch keinen Ausnahmestand. Auch wenn Terroranschläge in der Regel politisch motiviert sind – eine wirkliche Gefahr für die Verfassungsordnung bergen sie wohl nicht.

Wenn man allerdings bedenkt, dass Terroristen zunehmend militärische Strategien anwenden und es seit dem Zusammenbruch des Ostblocks keine Utopie mehr ist, dass sich Terroristen in den Besitz von Massenvernichtungswaffen bringen, so kann eine Existenzgefährdung des Staates, sollte es tatsächlich zu derartigen Anschlägen kommen, nicht mehr ausgeschlossen werden. Das gilt gleichfalls für die bereits angesprochenen Attentate auf Atomkraftwerke.

Insoweit läge also nicht nur ein Fall des Katastrophennotstandes, sondern auch eine Notstandslage im Sinne von Artikel 87a Absatz 4 Grundgesetz vor, so dass der Inneneinsatz der Bundeswehr dann bereits nach geltendem Verfassungsrecht zulässig wäre. Ein von den Bestimmungen über den inneren Notstand gedeckter Einsatz der Streitkräfte erfordert allerdings eine „drohende Gefahr“ (Artikel 87a Absatz 4). Auch insoweit macht eine allgemein veränderte Sicherheitslage, hervorgerufen durch den Terrorismus des globalen Zeitalters, also noch keineswegs den Inneneinsatz der Bundeswehr möglich.

Kein Einsatz als Vorsorge

Zusammenfassend ist festzustellen, dass dem Einsatz der Streitkräfte zum Objektschutz heute enge verfassungsrechtliche Grenzen gesetzt sind. Zwar wäre es zulässig, bei einem unmittelbar bevorstehenden terroristischen Angriff etwa die Luftwaffe einzusetzen. Demgegenüber gestattet das Grundgesetz den rein vorsorglichen Schutz von Einrichtungen, die für die Sicherheit oder Funktionsfähigkeit des Staates von besonderer Bedeutung sind, oder die regelmäßige Kontrolle des Luftraumes durch die Luftwaffe bisher nicht.

Nach dieser Verortung der verfassungsrechtlichen Grenzen eines Einsatzes der Streitkräfte im Innern stellt sich die Frage, ob und inwieweit eine Grundgesetzänderung zwecks Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten aus der sicherheitspolitischen Perspektive sinnvoll ist. Dabei dürfen auch die tatsächlichen personellen und technischen Gegebenheiten nicht außer Acht bleiben; schon jetzt steht die Bundeswehr an den Grenzen ihrer Einsatzkraft. Unter Berücksichtigung des bisherigen Einsatzprofils der Armee ist allerdings kein Grund dafür ersichtlich, warum die Streitkräfte nicht präventiv zum Schutz wichtiger Infrastruktureinrichtungen, etwa zur Sicherung von Atomkraftwerken durch die Flugabwehr, eingesetzt werden sollten. Die Bundeswehr würde insoweit im Rahmen ihrer klassischen Aufgabenfelder tätig werden. Entsprechendes gilt für Einsätze gegen biologische und chemische Kampfstoffe.

Neuen Strategien des Terrors begegnen

Jenseits des eher theoretischen Problems, ob eine Differenzierung von innerer und äußerer Sicherheit heute noch sinnvoll ist steht jedenfalls außer Frage, dass Terroristen zunehmend militärische Strategien anwenden. Sollte denkbaren militärisch-terroristischen Bedrohungen der inneren Sicherheit nicht auch mit militärischen Mitteln begegnet werden können? Die Polizei ist bei derartigen Bedrohungslagen überfordert und es wäre mit Blick auf die bei den Streitkräften vorhandenen Ressourcen auch kaum vertretbar – ge-

schweige denn finanzierbar –, hier polizeiliche Parallelstrukturen aufzubauen. Im Übrigen sei daran erinnert, dass die Bundeswehr schon heute den Auftrag hat, „Terroristen zu bekämpfen“, wie es in dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 16. November 2001 zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Operation Enduring Freedom, dem gegenwärtigen Kriegseinsatz in Afghanistan, heißt.

Das immer wieder anzutreffende Argument, die Streitkräfte seien für „neue“ Aufgaben im Innern überhaupt nicht gerüstet beziehungsweise ausgebildet, überzeugt vor diesem Hintergrund kaum. Eine andere Frage ist es demgegenüber, ob der Einsatzrahmen der Bundeswehr über ihre spezifisch militärischen Aufgaben hinaus in Bereiche hinein erweitert werden sollte, die bisher der Polizei und dem Bundesgrenzschutz vorbehalten sind. Gegen einen Armee-Einsatz bei der Bekämpfung gewaltsamer Massendemonstrationen oder der organisierten Kriminalität sprechen schon praktische Überlegungen: Es fehlt den Soldaten an der hierfür erforderlichen Ausbildung, ganz zu schweigen von dem Gedanken, Wehrpflichtige zu derartigen Einsätzen heranzuziehen. Etwaige Notstände bei der personellen Aus-

stattung von Polizei und Bundesgrenzschutz dürfen nicht dazu führen, die Bundeswehr im Sinne einer allgemeinen Personalreserve als „Notpolizei“ einsetzen zu wollen.

Vertrauen des Volkes

Schließlich ist zu erörtern, ob rechtspolitische Erwägungen einer sicherheitspolitisch sinnvollen Änderung des Verfassungsrechtes entgegenstehen. In einem verbreiteten, über die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung vertriebenen Kommentar zum Grundgesetz findet sich die Formulierung, bereits die heutigen Regelungen über den zulässigen Einsatz der Bundeswehr im Innern beschwören „die Gefahr eines Staatsstreiches unter dem Vorwand innerer Unruhen herauf“. Gegenüber derartigen Befürchtungen hat Dieter Wellershoff, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr, die richtigen Worte gefunden: „Die Bundeswehr hat das Vertrauen des Volkes. Hört dies bei der Übertragung von Sicherungsaufgaben im Inland auf?“

So wenig der Untergang der Weimarer Republik entgegen einem verbreiteten Fehlurteil auf Verfassungsmängel zurückgeführt werden kann – es fehlte weiten Teilen der Bevölke-

rung vielmehr an der demokratischen Gesinnung –, so wenig erhöhen die hier für sinnvoll erachteten Grundgesetzänderungen zur Erweiterung des Einsatzrahmens der Bundeswehr im Innern die Gefahr eines Militärputsches oder einer Diktatur. Das ändert nichts daran, dass ein Inneneinsatz der Bundeswehr Ultima ratio bleiben muss und das Gebot, zwischen Streitkräften und Polizei in organisatorischer Hinsicht strikt zu trennen, auch weiterhin nicht zur Disposition stehen darf.

Die „neuen“ Aufgaben der Streitkräfte sind staatsorganisationsrechtlich fest zu umreißen und unter Beachtung des Bundesstaatsprinzips minuziös in die Kompetenzkataloge der Verfassung einzubauen.

Es ist die historisch erste Aufgabe des Staates, für die Sicherheit seiner Bürger zu sorgen. Die neuen Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus erfordern nicht nur umfassende sicherheitspolitische Diskussionen, sondern vor allem entschlossenes Handeln. Hier ist auch der Verfassungsgeber gefragt. □

(Der Beitrag wurde mit freundlicher Genehmigung der Konrad-Adenauer-Stiftung der Publikation „Die Politische Meinung Nr. 390/Mai 2002/47. Jg, S. 51-55, entnommen.)

Söldnerfirmen im Aufwind

Pprivate Söldnerfirmen für Krisen- bzw. Friedenseinsätze? Diese Option scheint durchaus denkbar zu sein. Nach dem Ende der Kalten Krieges verzeichnet diese Firmenbranche jährliche Umsatzsteigerungen von ca. acht Prozent. Die britische Firma „Sandline International“ mit Sitz in Bermuda und die südafrikanische Söldnerfirma „Executive Outcomes“ sind die bekanntesten Privatfirmen, die gegen Höchstgebot zur Kriegsführung bereit sind. Das Pentagon hat beispielsweise Ausbildungsunterstützung für afrikanische Armeen an private Firmen vergeben. So auch an das Unternehmen „Military Professional Resources Incorporated“, das bereits 1994 die Armee Kroatiens auf westlichen Militärstandard getrimmt hat.

Auf dem schwarzen Kontinent, wo die UN-Blauhelmeinsätze kläglich versagen, existieren ca. 90 Söldnerfirmen. Jüngst hat der britische Außenminister Jack Straw dem Unterhaus verkündet, dass nach dem Kalten Krieg in einer Welt voller kleiner, schwacher Staaten Söldnerfirmen durchaus eine legitime Rolle spielen könnten. Straws Gedanken führten zunächst zu einem Aufschrei der Entrüstung. Aber angesichts einer allgemeinen globalen Privatisierungseinstaatlicher Zuständigkeiten wird die Kritik schwächer. Längst werden Söldnerfirmen in den Drogenkriegen in Kolumbien oder bei Diamanten- und Ölfirmen als Schutztruppen eingesetzt. Sie sind eine billige, risikoarme, wenig auffällige und diskrete Alternative zum Kriegseinsatz nationaler Streitkräfte.

UN-Generalsekretär Kofi Annan hatte Mitte der 90er Jahre bei der Flucht von einer Million ruandischer Hutu in den Kongo mit dem Gedanken gespielt, Söldnerfirmen einzusetzen, um in den Flüchtlingslagern die Zivilisten von den bewaffneten Kämpfern zu trennen. Aber die Welt war damals für private Friedensmissionen nicht bereit. Heute wäre „unter gewissen Bedingungen“ ein solcher Einsatz für den Weltfrieden schon eher denkbar. Er besitzt diskrete Vorzüge. Allerdings steht derartigen Einsätzen das Völkerrecht entgegen. Schließlich darf auch das Gewinnstreben solcher Firmen nicht verkannt werden.

„Executive Outcomes“ hatte für die Sicherung der Ölfelder und den Kampf gegen die Unita-Rebellen in Angola ca. 60 Millionen Dollar und eine Gewinnbeteiligung an den Bodenschätzen erhalten.

(ds/aus: IAP 5/02)

„Kämpfen für die Menschenrechte“

Der Kosovo- Konflikt im Spiegel der Friedensethik

Eine im Juni erschienene Edition enthält wesentliche Stellungnahmen der christlichen Kirchen zum Kosovo-Konflikt. Damit werden Probleme soldatischen Dienens angesprochen, die in einer friedlosen Welt einen immer noch zeitlosen Stellenwert besitzen.

Basis für die Menschenrechte sind die Charta der Vereinten Nationen (VN) vom 26. Juni 1945 und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 der VN.

Im Grundgesetz (GG) für die Bundesrepublik Deutschland heißt es im ersten Absatz der Präambel:

„Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.“

Bereits im ersten Abschnitt des GG über die Grundrechte werden im Artikel 1 die Menschenrechte garantiert:

- „(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
- (2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“

Damit wird die weltweite Achtung der Menschenwürde und –rechte für alle Menschen und Organisationen in Deutschland bindend und verpflichtend. „Zum Wesen dieses Friedens gehört eine freiheitliche Gesellschaftsordnung... Wie Frieden ist Sicherheit jedoch kein statischer Idealzustand, sondern das Ergebnis eines fortwährenden politischen Prozesses, der sich vor den Erfahrungen der Geschichte an der Erkenntnis orientiert, dass die eigene Sicherheit immer auch die Sicherheit der anderen sein muss“, schreibt der Kommandeur der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, Oberst Dr. Rolf P. Zimmermann, in seinem Vorwort zu dem Buch „Kämpfen für die Menschenrechte“.

Der Kampf für die Menschenrechte und ihre Einhaltung in Deutschland und weltweit wurde bereits während der Ost-West-Auseinandersetzung auch von den christlichen Kirchen mit unterschiedlichen Ansätzen und kontrovers geführt. Dabei wurde vielfach der Militärdienst sehr negativ betrachtet. Die katholische Kirche sieht das etwas anders. In der Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute des II. Vatikanischen Konzils *Gaudium et Spes* (GS) von 1965, Nr. 79 heißt es weit blickend: *„Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“* Dies unter den grundsätzlichen Vorgaben der Ächtung jeglichen Krieges und dass eine von allen anerkannte öffentliche Weltautorität – heute die VN mit dem Sicherheitsrat – über die wirksame Macht verfüge, um für alle Sicherheit, Wahrung der Gerechtigkeit und Achtung der Rechte zu gewährleisten. Gleichzeitig wird jedoch auch auf das Recht der Staaten verwiesen, wenn alle friedlichen Möglichkeiten erschöpft sind, militärische Mittel zur Verteidigung einzusetzen. Gleichzeitig werden die internationalen Gremien mehrfach durch GS zur gemeinsamen Sicherung des Friedens in der Welt aufgefordert.

In der Einführung zu ihrem Buch „Kämpfen für die Menschenrechte“ bemerken die beiden Herausgeber, Ortwin Buchbender und Gerhard Arnold, dass die optimistische Auffassung, nach der Auflösung des Ost-West-Konflikts würde eine Neue Ära des Friedens beginnen, sich als trügerisch erwiesen habe. Zwei Ereignisse hätten die Wahrnehmung für staatlich gebilligte(n) Massenmorde/Völkermord, Vertreibungen und systematischen Terror gegen die Zivilbevölkerung besonders geschärft: die Vorgänge in Bosnien-Herzegowina

ab 1991 und in Ruanda 1994. Für den Balkan sei nur an die in diesem Zusammenhang besonders hervorstechenden Ortsnamen Sarajewo, Srebrenica und Vukovar sowie in Ruanda an die geschätzten 800 000 systematisch ermordeten Tutsis und Hutus erinnert. „Vor diesem Hintergrund mit seinen speziellen Betroffenheiten und Erschütterungen in der breiten Öffentlichkeit sind die politischen Reaktionen auf den Kosovo-Konflikt (ab 1998 – die Red.) überhaupt erst verständlich. Auch die Kirchen waren von den Massenvertreibungen aufgewühlt... So hat das evangelische ‘Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt’, früher eine konsequent pazifistische Kirchenzeitung, seit 1998 eindeutig für militärische Schläge gegen das Milosevic-Regime plädiert“, schreiben die Autoren in ihrer Einführung.

Der vorliegende Band schließt sich an die Ausgabe „Spurensuche Frieden: Friedensethische und friedenspolitische Erklärungen der christlichen Kirchen seit dem zweiten Golfkrieg“ von Ortwin Buchbender und Gerhard Kupper (Bonn 1996) an. So wird ein eindrucksvoller und aussagekräftiger Querschnitt aus der gesamten Vielfalt der öffentlichen kirchlichen Äußerungen zum Kosovo-Krieg der katholischen und evangelischen Kirche sowie aus der Ökumene dargeboten. Ergänzt wird dieses durch drei Interviews mit – dem damaligen Diözesanbischof Dr. Hermann Josef Spital und Präsident der deutschen Sektion von Pax Christi, – dem Auslandsbischof der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Dr. h.c. Rolf Koppe und – dem ehemaligen Soldaten, General a.D. Klaus Naumann, während des Kosovo-Konflikts und in der ersten Phase der NATO-Luftoperation Vorsitzender des NATO-Militärausschusses in Brüssel.

Im Buch „Kämpfen für die Menschenrechte“ folgt der Einführung ein Abschnitt zu der völkerrechtlichen Diskussion über die NATO-Luftangriffe gegen die Bundesrepublik Jugoslawien im Jahr 1998/1999.

Dabei wird zunächst die Diskussion über Völkerrechtsfragen der humanitären Intervention in den 90er-Jahren sowohl im Auftrag oder mit Billigung des VN-Sicherheitsrats als auch ohne VN-Mandat dargestellt. Daran schließt sich ein Kapitel um die Zulässigkeit der NATO-Operation nach dem 11. Juni 1998 an, indem einerseits die Kritiker ihre Gründe darlegen und andererseits die Begründungs- und Rechtfertigungsmöglichkeiten der NATO-Luftangriffe erörtert werden. Der II. Abschnitt endet mit Aussagen zu der völkerrechtlichen Position der evangelischen Kirche.

Darauf folgend unter dem Thema „Kultur des Friedens“ werden die Positionen der katholischen Kirche erläutert. Dabei geht es zunächst um die Rahmenbedingungen. Im nächsten Kapitel werden anhand ausgewählter Dokumente die Verlautbarungen, Stellungnahmen und Positionen aus dem Bereich der katholischen Weltkirche behandelt. Unter der Überschrift „Die Stimme des Theologen“ wird das o.a. Interview mit Bischof Dr. Hermann Josef Spital wie-

dergegeben. Dem schließen sich dann die ausgewählten Dokumente an.

Im vierten Abschnitt des Buches kommen unter dem Leitwort „Friedensethik in der Bewährung“ die Positionen aus der evangelischen Kirche zum Ausdruck. Er fängt an mit den öffentlichen Stellungnahmen vor Beginn der Luftangriffe, wird fortgesetzt mit Äußerungen nach Beginn der Luftangriffe und mündet in die kirchliche Nacharbeit nach Ende der NATO-Luftoperation. Im vierten Kapitel dieses Abschnitts werden die ethischen Argumentationsmuster in den kirchlichen Erklärungen dargelegt. Das fünfte Kapitel befasst sich mit der evangelischen Militärseelsorge, an das sich der Dokumententeil anschließt.

Das Interview mit dem Auslandsbischof der Evangelischen Kirche Deutschlands, Dr. h.c. Rolf Koppe leitet den fünften Abschnitt ein, der die Dokumente der Ökumene beinhaltet. Im sechsten Abschnitt kommt die Stimme des Soldaten zu Gehör in Form des Interviews mit General a.D. Klaus Naumann. Den Abschluss des Werks bilden die Literaturangaben

und ein Abkürzungsverzeichnis. Hervorzuheben sind auch die umfangreichen Quellenangaben.

Die Edition „Kämpfen für die Menschenrechte“ legt mit 113 Quellentexten aus dem gesamten Bereich der Ökumene eine in dieser Form erstmalige Bestandsaufnahme friedensethischer Positionen vor. Diese Materialsammlung kann mit Gewinn von Theologen, Politologen, Politikern, Lehrern, Journalisten, Studenten und Soldaten als Informations- und Orientierungshilfe bei der ethischen Bewertung – auch zukünftiger – militärpolitischer Entscheidungen im Spannungsfeld von Krise und Krieg genutzt werden. Das Buch ist für jeden der sich mit dieser Problematik beschäftigt sehr lesenswert.

(bt)

Ortwin Buchbender/Gerhard Arnold (Hrsg.): Kämpfen für die Menschenrechte. Der Kosovo-Konflikt im Spiegel der Friedensethik – Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2002, 398 Seiten (Schriften der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, Bd. 25).

Geheime Balkanarmee

Die westlichen Geheimdienste sind alarmiert: Auf dem Balkan entsteht eine muslimische Armee unterstützt durch Terror-Experten von al Quaida und Hisbollah. Das Ganze wird personell und finanziell von mehreren islamischen Staaten getragen.

Nach einem Bericht der Rheinischen Post vom 01.07.2002 sollen bereits über 10.000 islamische Kämpfer in Mazedonien, im Kosovo, in Bosnien und Albanien für den „Dschihad“ (Heiligen Krieg) gegen den Westen und insbesondere gegen die USA bereitstehen. Unterstützt werden die Aktivitäten durch die islamischen Staaten, Iran, Irak und Saudiarabien. Geheimdienstexperten Teherans und Riads sowie Vertreter der aus Afghanistan geflüchteten Bin-Laden-Truppe al Quaida und der pro-iranischen südlibanesischen Hisbollah-Miliz sind für die Logistik zu ständig, rekrutieren die jungen Muslime und bilden sie aus. Ausgerüstet werden sie mit modernen

Handfeuerwaffen und einige können auch Panzerfäuste sowie Raketenwerfer bedienen. Besonders geeignete Leute werden zum Flugtraining nach Tschechien und Bulgarien geschickt.

Ausgewählte junge Islamisten aus der Region erhalten mit 17 Jahren in einer geheimen halb-militärischen Organisation dreimal wöchentlich eine militärischen Ausbildung, geleitet von iranischen und irakischen Offizieren sowie al Quaida-Terroristen aus Afghanistan, die dort gegen US-Truppen im Einsatz waren. Ausbildungsgebiete sind das Guerrillatraining für den Häuserkampf, die Herstellung von Bomben und Minen sowie der Nachtkampf. Nach zweimonatiger Ausbildung bekommen die irregulären Kämpfer einen festen Sold von 500 bis 700 US-Dollar. Gegen Ende des Trainings werden den Teilnehmern Uniformen und persönliche Waffen ausgehändigt, die zu Hause versteckt werden sollen.

Die Führer der kommenden islamischen Balkan-Armee sind erfahren und arbeiten absolut konspirativ. Die Trainingsorte und Nachschubwege sind gut getarnt und weitgehend unbekannt. Verstecke für alle logistischen und operativen Planungen ergeben sich aus hunderten neuer Moscheen, die von reichen Saudis in den genannten Staaten bzw. Landesteilen finanziert wurden. Die meist von saudischen Imams unter Aufsicht des Geheimdienstes Riads geleiteten Moscheen locken die 15 und 16 Jahre alten Muslime mit kulturellen Angeboten an. Ziel ist es, diese Jugendlichen in eine Religionschule einzugliedern. In diesen so genannten „Medresses“ soll nach afghanischem Vorbild nicht nur der Koran gelehrt und gedeutet, sondern gleichzeitig auch militärisch ausgebildet werden.

Der Aufbau dieser islamischen Armee in Südosteuropa ist langfristig angelegt und wird sorgfältig vom islamischen Logistik-Zentrum der iranischen Botschaft im Kosovo auch mit dem Blick auf Zentraleuropa geplant und organisiert. (bt)

FRIEDENSARBEIT DER HILFSWERKE: Chancen und Grenzen

Die katholischen Hilfswerke Misereor, Adveniat und missio sind seit einiger Zeit dabei, trotz ihrer spezifischen Ausrichtungen bestimmte Zukunftsfragen gemeinsam anzugehen. In der Katholischen Akademie des Bistums Essen „Die Wolfsburg“ veranstalteten die drei Werke am 9./10. Juli eine Fachtagung zum Thema „Die Kirche als Anwältin des Friedens“. Auf der Grundlage des Bischofswortes „Gerechter Friede“ ging es den Teilnehmern darum, Möglichkeiten und Grenzen kirchlichen Handelns in regionalen und globalen Konflikten auszuloten.

Friedensarbeit und Konfliktprävention sind für Misereor-Geschäftsführer Martin Bröckelmann-Simon eine Querschnittsaufgabe, bei der die Hilfswerke stärker aufeinander zugehen sollten. Friedensförderung müsse als eine der größten Herausforderungen der heutigen Zeit vernetzt geschehen, erklärte auch der Präsident von missio-Aachen, Franziskanerpater Hermann Schalück. Eine solche Vernetzung sei besonders in der Bildungsarbeit in Gemeinden und Verbänden sinnvoll. Allerdings sollte nach Meinung Schalücks das Zusammenwirken nicht so weit gehen, auch eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Der stellvertretende Adveniat-Geschäftsführer Michael Sommer erinnerte daran, dass die Zusammenarbeit der Hilfswerke eine Unterstützung der Ortskirchen im Falle von kriegesischen, interreligiösen und ethnischen Konflikten vorsehe. Die Kirche sei in vielen dieser Länder die einzige Vertrauensinstanz und daher besonders gefordert, zur Lösung und Aufarbeitung von Krisen beizutragen.

Im Verlauf ihres Treffens einigten sich die Teilnehmer auf eine gemeinsame Erklärung, in der eine stärkere Zusammenarbeit in der Friedensarbeit vereinbart ist. Die Hilfswerke sollten die Ausbildung lokaler Friedenskräfte fördern, die Ortskirchen als Lobby in Deutschland unterstützen, die Zusammenarbeit mit den evangelischen Kirchen und anderen Organisationen intensivieren sowie für den interreligiösen Dialog eintreten. Vorrangiges Ziel sei

die bedingungslose Armutsbekämpfung und der Aufbau von sozial gerechten Strukturen. Als neutrale Partner von internationalen Einrichtungen sollten die Werke ihren Beitrag zur Vermittlung und Versöhnung leisten. – Eine Vernetzung der Arbeit müsse Länder bezogen angelegt sein, empfahl Bröckelmann-Simon. In diesem Zusammenhang verwies er auf bereits stattgefundene gemeinsame Projekte von Misereor und missio, etwa während des Unabhängigkeitskampfes in Ost-Timor. Beide Werke hätten im Sommer 1999 zur damaligen Volksabstimmung über die Frage

der Unabhängigkeit von Indonesien Wahlbeobachter entsandt.

Ähnliche Projekte sind in naher Zukunft allerdings noch nicht zu erwarten, wie Bröckelmann-Simon gegenüber KNA erläuterte. Während sich bei Misereor bereits seit zwei Jahren eine Arbeitsgruppe ausschließlich mit Konfliktprävention und Krisenbewältigung befasse, sei bei Adveniat und missio zunächst ein Klärungsprozess darüber notwendig, wie viel Raum sie der Friedensarbeit geben wollten. Um dieser Arbeit ein größeres politisches Gewicht zu verleihen, müssten auch Allianzen im außerkirchlichen Bereich eingegangen werden, fügte er hinzu. (KNA)

„Friedensarbeiter“ als Beruf – wenn es denn dem Frieden dient

Seit 1997 hundert Fachkräfte für zivile Konfliktbearbeitung ausgebildet
Aus Mitteln des BMZ Zuschüsse von 10 Mio EUR für das Jahr 2001

VON KNA-MITARBEITERIN HILDE REGENITER

Albanische und serbische Rundfunkredakteure sitzen am Tisch. Gemeinsam beraten sie, wie man im Radio über das Leben von Frauen in den serbischen Enklaven im Kosovo berichten kann. Dass Kosovo-Albaner und Serben überhaupt miteinander sprechen – keine Selbstverständlichkeit nach einem blutigen Krieg mit vielen Ressentiments auf beiden Seiten. Dass sie dann auch noch konstruktiv zusammenarbeiten wollen – ein kleines Wunder. Denn der Hass sitzt tief.

Dagmar Blickwede hat als Friedensarbeiterin im Praktikum in der kosovarischen Stadt Prizrin erlebt, wie ein solch zaghaftes Wieder-Aufeinanderzugehen gelingen kann. Während ihrer viermonatigen Ausbildung in Ziviler Konfliktbearbeitung arbeitete sie drei Wochen in dem Radio-Projekt der katholischen Friedensorganisation Pax Christi mit. Hier erfuhr sie in der Praxis, was sie zuvor mit ihren neun Kurskollegen in Seminaren, Diskussionen und Referaten erarbeitet hatte.

Die 33-Jährige ist eine von mittlerweile 100 Absolventen der „pro-

fessionellen Ausbildung zur Friedensfachkraft“, die das Forum Ziviler Friedensdienste (forumZFD) als Dachverband von 40 Friedensinitiativen seit 1997 anbietet. Den Grundstein für diesen Zivilen Friedensdienst hatten 1997 Politiker wie Hildegard Hamm-Brücher (FDP), Rita Süßmuth (CDU) und Hans-Jochen Vogel (SPD), aber auch der Journalist Franz Alt und der frühere Trierer Bischof Hermann Josef Spital, mit ihrer so genannten „Berliner Erklärung“ gelegt. Sie forderten damals einen „in der Gesellschaft verankerten, gesetzlich abgesicherten, staatlich geförderten und international eingebundenen Zivilen Friedensdienst“. 1999 erhielt das forumZFD erstmals Mittel aus dem Entwicklungsministerium (BMZ). Für das Jahr 2001 waren es zehn Millionen Euro.

Bei weitem nicht genug, bemängelt die stellvertretende Geschäftsführerin Britta Hohmann. Der Bedarf an Friedensarbeitern sei hoch, die Zahl der Förderungsanträge beim BMZ ebenfalls. Derzeit könne nur ei-

Fortsetzung auf Seite 47 u.

Mit Leibwächtern auf den Richterstuhl

Internationale Friedenskräfte sollen künftig besser betreut werden

CHRISTOPH STRACK

In der ersten Etage malerten und dübelten noch die Handwerker, ein Stockwerk höher lobte Ludger Volmer, Staatsminister im Auswärtigen Amt, das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze in hohen Tönen. Kurz vor Ende der Legislaturperiode bedeutet das Zentrum für internationale Friedenseinsätze (zif) die Realisierung eines rot-grünen Projekts, das weltweit vorbildhaft sein kann. Denn wer für Deutschland im Rahmen internationaler Missionen in Krisengebiete geht und bei Demokratisierung und Friedenssicherung hilft, soll künftig besser vorbereitet und betreut werden. Winrich Kühne, Geschäftsführer des Instituts, kennt die Situation jener, die als Juristen, Wahlbeobachter oder Sicherheitsfachleute in Krisenregionen gehen, um beim Aufbau stabiler Strukturen zu helfen. Anfang der neunziger Jahre begleitete Kühne den Wandel in Südafrika. „Wenige Häuser neben uns wurde das ANC-Hauptquartier in die Luft gesprengt, mehrmals nachts wurde unser Hotel evakuiert“, erinnerte er sich. Es war, ohne große Vorbereitung, so etwas wie der Sprung ins kalte Wasser. Trotzdem spürte Kühne, Krisenprävention sei das richtige Konzept, um Konflikten zu begegnen.

Einen der heikelsten Jobs unter den bislang eingesetzten Deutschen

hatte Ingo Risch, der als Richter bis Ende März eineinhalb Jahre im Rahmen der Friedensmission der Vereinten Nationen im Kosovo tätig war. Er wohnte bei der Bundeswehr. Meist wurde der 55 Jahre alte Richter von drei Leibwächtern begleitet, ging es doch um Kriegsverbrechen wie um organisierte Kriminalität. „Das war Neuland“ – so oder so: Risch, mittlerweile wieder Vorsitzender Richter am Landgericht Duisburg, hatte als erster Deutscher im Ausland solche richterlichen Funktionen. Rückblickend nennt er es absolut notwendig, solche Einsätze umfassend vor- und auch nachzubereiten, „damit man im Nachhinein nicht so allein gelassen wird“.

„Warum wird man eigentlich unvorbereitet in solche Einsätze geschickt?“ fragte auch Kühne. Er will das ändern. Dabei liegt ein Engagement wie das von Risch oder ein Projekt wie das Zentrum für internationale Friedenseinsätze im Schnittpunkt von Außen- und Entwicklungspolitik. Vor kurzem wurde in Bonn die hundertste Fachkraft für zivile Konfliktbearbeitung gefeiert, deren Ausbildung mittlerweile vom um jede Mark kämpfenden Entwicklungsministerium (BMZ) finanziert wird. Wesentliches Kriterium des Zentrums für internationale Friedenseinsätze ist dagegen die Einbindung in

internationale Missionen. Dieser Ruf kommt von den Vereinten Nationen, der Europäischen Union oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Deshalb ist das Projekt beim Außenministerium angegliedert, das im Bereich der humanitären (Not-)Hilfe weiter an Bedeutung gewinnt und dessen Etat im Jahr 2003 übrigens um über vier Prozent steigen soll.

Wenn das Zentrum für internationale Friedenseinsätze dann so richtig etabliert ist, kann sich Deutschland mit bis zu dreitausend Fachkräften an internationalen Einsätzen zur Friedenssicherung in Krisenregionen beteiligen. Bislang stehen gut 700 Deutsche für die Zusammenarbeit etwa im Rahmen der Vereinten Nationen bereit.

Wahlhilfe im Kosovo, Verwaltungsaufbau in Afghanistan – Volmer wünscht sich für diese Jobs freiwillige Hilfskräfte aus der gesamten Breite der Gesellschaft. Sie werden dann bei der Bundeswehr oder in Polizeischulen in vierzehn Tagen ausgebildet, weswegen Volmer bei der Eröffnung des Zentrums erst der Bundeswehr und Polizeitrainern und dann erst dem Bundesministerium für die bisherige Zusammenarbeit dankte. Das neue Institut, meinte der Staatsminister, sei ein „wirklicher Durchbruch in der Unterstützung der zivilen Krisenprävention“. Ein wenig ist es auch sein eigenes Projekt, seitdem die Bundesregierung 1999 das Gesamtkonzept der „Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ formuliert hatte.

(aus: DT 79/29.06.2002)

Fortsetzung von Seite 46

ner von vier Bewerbern für die zwei Mal jährlich stattfindende Qualifizierungsmaßnahme ausgewählt werden. Daher fordert das forumZFD eine schrittweise Aufstockung der Mittel auf 55 bis 60 Millionen Euro bis zum Jahr 2006. Dann könnten etwa 500 Friedensleute ausgebildet werden – ein Minimum, um die Wirksamkeit der Einsätze überprüfen zu können.

Chancen bei einer Bewerbung hat, wer mindestens 25 Jahre alt ist, seine Beweggründe überzeugend darlegen kann und bereits über Berufserfahrung verfügt.

In der Weiterbildung stehen Theorie und Praxis in einem sinnvollen Verhältnis, meint Blickwede: „Erst bekomme ich eine Erklärung zu gewaltfreier Kommunikation. Im anschließenden Rollenspiel erfahre ich selbst, was das eigentlich bedeutet.“ Voneinander lernen sei ebenfalls ein wichtiges Prinzip für Friedenslehrlinge. Blickwede etwa hat für ihre Kollegen ein Seminar über Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gehalten. Teamarbeit, die Analyse interkultureller Zusammenhänge, Mediation – die Teilnehmer sollen im Kurs das Handwerkszeug für den Einsatz vor Ort bekommen. Grund-

voraussetzung: die Bereitschaft, an sich selbst und am eigenen Konfliktverhalten zu arbeiten. Jawad Siyam aus Jerusalem, ein weiterer frisch gebackener Friedensfachmann, fügt hinzu: „Die Fähigkeit, die Bedürfnisse anderer wahrzunehmen.“ Er selbst versucht als Palästinenser, Kinder im Zentrum des Nahost-Konflikts zum Frieden mit den Israelis zu erziehen. Ein Tropfen auf den heißen Stein? „Der Frieden ist der Ernstfall, in dem wir uns alle zu bewähren haben“ steht auf der Homepage des forumZFD – ein Zitat des ehemaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann. (KNA)

Forderung nach einer „Humanitären Meldestelle“ bei der Deutschen Bischofskonferenz

KLAUS LIEBETANZ

Zielsetzung einer Humanitären Meldestelle

Die Einrichtung einer „Humanitären Meldestelle“ soll ausschließlich dazu dienen, rasch und verzugslos, zuverlässige und möglichst umfassende Informationen über einen beginnenden Völkermord oder ähnlich gravierende Ereignisse zu erhalten. Damit kann die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) bei der Bundesregierung und/oder anderen geeigneten Stellen intervenieren, um den Fortgang eines Völkermordes oder vergleichbare Ereignisse aufzuhalten oder wenigstens zu mindern. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Völkermordkonvention der Vereinten Nationen 1955 ratifiziert. Sie hat sich damit verpflichtet einzugreifen, wenn eindeutige Beweise für einen Völkermord vorliegen. Da die Kirche vor Ort mit den Menschen auch in den abgelegenen Gebieten zusammenlebt, ist sie noch eher in der Lage eine realistische Beurteilung der Situation vorzunehmen als die in „Ghettos“ lebenden Diplomaten, die sich ihrem Auftrag gemäß zunächst um ihre eigenen dort lebenden Staatsbürger zu kümmern haben.

Begründung für die Notwendigkeit der Humanitären Meldestelle

In der Zeit vom 6. April bis zum 31. Juni 1994 wurden in Ruanda ca. 850.000 unschuldige Frauen, Kinder und ältere Menschen zumeist in Goteshäusern in einer der deutschen Katholischen Kirche sehr verbundenen Partnerkirche regelrecht abgeschlachtet, ohne dass verantwortliche Vertreter der deutschen Katholischen Kirche rechtzeitig davon Kenntnis erhielten und ihren gesamten Einfluss hätten geltend machen können, um diese unglaubliche Barbarei an Glaubensschwwestern und -brüdern zu verhindern. Ruanda hat 60% Katholiken und 15% Protestanten. Viele Missionare, darunter ca. 50 Weiße Väter, wurden bei den o.a. Massakern verschont und mussten

teilweise tagelang in kirchlichen Nebenräumen mitanhören, wie ihren Gemeindemitgliedern Kopf und Glieder zerschlagen wurden.

Nur einzelne weiße Missionare traten anschließend an die Öffentlichkeit. Viele von ihnen waren zu geschockt, um noch zu reagieren. Bei der DBK gab es keine systematische Aufbereitung der ersten Meldungen und Zeugenaussagen, um sich ein Gesamtbild des Völkermordes in Ruanda zu machen. Dadurch ist eine entschlossene, rechtzeitige Intervention bei der Bundesregierung unterblieben. Die Bundesregierung ihrerseits war über die Vorgänge in Ruanda wenig informiert. So fand am 18. Mai 1994, sieben Wochen nach Beginn des Mordens und auf dem Höhepunkt des Völkermordes in Ruanda, eine Sitzung des Auswärtigen Ausschusses statt, auf der mit keinem Wort auf den seinerzeit akuten und laufenden Völkermord eingegangen wurde (vgl. AUFTRAG 247, S. 6 f. „Deutscher Bundestag im Glashaus – Kein Grund zu moralischer Überheblichkeit“).

Fragen an die DBK

Acht Jahre nach dem schrecklichen Völkermord im überwiegend katholischen Ruanda ist es an der Zeit, dass sich auch die DBK ernsthaft mit der Frage beschäftigt, wie der Völkermord an 850.000 meist Frauen, Kindern und älteren Menschen fast ausschließlich in Kirchen hätte verhindert oder wenigstens abgekörtzt werden können. Dazu können folgende Fragen hilfreich sein:

1. Wann hat die DBK zum ersten Mal vom o.a. Völkermord in Ruanda erfahren?
2. Wann wurde die Bundesregierung als Unterzeichnerstaat der Völkermordkonvention zum ersten Mal über den Völkermord in Ruanda durch die DBK informiert?
3. Wann hat die DBK der Bundesregierung nachvollziehbare Beweise (z.B. durch glaubwürdige Zeugenaussagen) für den Völkermord in Ruanda vorgelegt?

4. Welche Reaktion hat es von Seiten der damaligen Bundesregierung gegeben?

5. Welche Konsequenzen hat die DBK aus ihrem Verhalten bezüglich des Völkermordes in Ruanda gezogen, um einer zukünftigen ähnlichen Katastrophe besser zu begegnen?

Schlussfolgerung

Die Einrichtung einer Humanitären Meldestelle bei der DBK könnte dazu beitragen, dass eine rechtzeitig erkannte menschliche Katastrophe größeren Ausmaßes verhindert oder wenigstens gemindert werden kann, weil Priester und Ordensleute häufig die letzten Zeugen vor Ort sind. Wem nutzt z.B. das Kommissariat der Deutschen Bischöfe bei der Bundesregierung in Berlin, wenn es im Fall eines Völkermordes oder einer ähnlichen humanitären Katastrophe nicht in der Lage ist, beweiskräftige Informationen vorzulegen. Vage Vermutungen und unbewiesene Einzelmeldungen werden das Auswärtige Amt nicht überzeugen. Dort ist man froh, wenn die Bundesregierung ihre Verpflichtung aus der Völkermordkonvention nicht einhalten muss (vgl. AUFTRAG 247, a.a.O.). Nach dem hervorragenden, jedoch mehr theoretisierenden Wort der deutschen Bischöfe „Gerechter Friede“ wäre es durchaus angebracht, wenn die DBK mehr „Bodenhaftung“ hätte (vgl. AUFTRAG 244, S. 51 ff., „Gedanken zur Krisenprävention – eine kritisch-positive Betrachtung“). Die bisherigen ersten Bemühungen der Deutschen Kommission „Justitia et Pax“ in einzelnen ausgewählten Ländern ein Frühwarnsystem zu installieren sind sicher hilfreich, sie ersetzen jedoch nicht eine generelle „Humanitäre Meldestelle“, da Völkermord oder ähnliche humanitäre Katastrophen jederzeit an vielen anderen Orten der Welt geschehen können. Mit der Aufstellung einer „Humanitären Meldestelle“ bei der DBK würde die Kirche einen weiteren guten Dienst an der Menschheit leisten, die Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ mit zusätzlichem Leben erfüllen und als praxisnaher Anwalt der unschuldig zum Tode Verurteilten auftreten, so wie das jetzt schon beim ungeborenen Leben geschieht. □

Die Grenzen einer Wanderdokumentation

Die Wehrmachtsstellung in neuer Präsentation

GERHARD ARNOLD

Die neue Wehrmachtsausstellung zieht erneut große Besucher-scharen an. Am 28. November des letzten Jahres öffnete sie nach einer weitgehenden Neubearbeitung in Berlin wieder ihre Pforten. Der Name wurde nur unwesentlich geändert. Jetzt heißt sie: VERBRECHEN DER WEHRMACHT. DIMENSIONEN DES VERNICHTUNGSKRIEGES 1941-1944.

Zur Erinnerung

Die alte Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung, von Hannes Heer verantwortet, hat vier Jahre lang von 1995 bis zum Abbruch im November 1999 für sehr emotionale Kontroversen gesorgt. Das lag weniger an den erst später im Einzelnen kritisierten Mängeln vor allem im Umgang mit den vielen Fotos, sondern an der Präsentation. Die alte Ausstellung wollte emotionalisieren, sie wollte – wenngleich von den Ausstellungsmachern bestritten – die Wehrmacht pauschal als verbrecherische Organisation vorführen. Sie wollte auch, wenngleich nie zugeben, den Soldatenberuf zumindest in Deutschland diskreditieren. Vermutlich ist dies sogar die Hauptabsicht gewesen. Insofern hatte die alte Ausstellung Propaganda-Charakter und war unseriös. Es war überfällig, dass sie Ende 1999 abgesetzt wurde. Philipp Jan Reemtsma gebührt deshalb in dieser Hinsicht Respekt.

Die bisherige Kritik

Wer an der alten Ausstellung Kritik übte, tat dies in der Regel, abgesehen von den Ewiggestrigen, nicht aus emotionaler Abwehr gegenüber der furchtbaren historischen Wahrheit. Es geschah wegen der emotionalisierenden Grundanlage, die nichts davon wusste, dass die Wehrmachtssoldaten zunächst Opfer von Hitlers barbarischer Kriegsführung im Osten und auf dem Balkan waren, bevor sie, in Teilen, zu Tätern wurden. Das Ganze aber unter Rahmenbedingungen, von denen sich heute kein Nachgeborener eine halbwegs realistische Vorstellung machen kann: Hunger und Kälte, Erschöpfung und Gefahr, Angst und Verzweiflung, massenhaftes Sterben in den eigenen Reihen, Bedrohung durch die Partisanen und existentieller Kampf ums Überleben.

Bekannte Fakten

Ob die alte und jetzt neue Wehrmachtsausstellung überhaupt nötig ist, darf man bezweifeln. Wer sachliche Information suchte, konnte aus der Fachliteratur seit den 70er Jahren wissen, dass Hitler den Russlandfeldzug als einen Weltanschauungskrieg konzipiert hat. Die Wehrmacht sollte mithelfen, die „slawischen Untermenschen“ zu unterjochen, die Juden in den besetzten Gebieten zu vernichten, die Bevölkerung praktisch zu Sklaven der „arischen Herrenmenschen“ zu machen. Die Arbeitskraft der unterworfenen Völker sollte rücksichtslos und bar jeder Menschlichkeit ausgebeutet, die Kriegsgefangenen, wo als notwendig erachtet, schutzlos dem Tod überantwortet werden. Wehrmachtsverbände sollten mit den SS-Einsatzgruppen zusammenarbeiten, um die barbarischen Pläne des sog. Führers umzusetzen. Ein furchtbares Kapitel der deutschen Geschichte, dem allein im Gebiet der früheren Sowjetunion rund 26 Mio. Menschen zum Opfer gefallen sind.

Die neue Präsentation

Ist die neue Ausstellung seriöser als die alte? Um es in einem Satz zu sagen: Ja und nein. Der Besucher betritt einen Raum in Weiß. Eigentlich kein Ausstellungsraum. Es gibt keine Exponate zu sehen, die in die Augen stechen, sondern Stellwände mit Dokumenten. Die Wehrmachtsausstellung ist an die Grenzen einer üblichen Ausstellung angekommen. Sie wurde zur Wanderdokumentation, museumsdidaktisch eine kühne Entscheidung. Von der ursprünglichen Masse der Fotos, die den Besucher emotional erdrückten, mit Grausen erfüllten und wohl erdrücken sollten, sind nur wenige geblieben.

Was gibt es zu sehen? Vor allem Dokumente, die sieben Themen zugeordnet wurden:

1. Krieg und Recht. Kein Krieg im herkömmlichen Sinne
2. Völkermord
3. Repressalien und Geiseler-schießungen
4. Sowjetische Kriegsgefangene
5. Ernährungskrieg
6. Partisanenkrieg
7. Deportationen und Zwangsarbeit

Der Besucher braucht also viel Geduld und viel Zeit, wenn er die Dokumente zu den einzelnen Themen lesen will, Befehle, Vollzugsmeldungen usw. Fotos wurden nur spärlich eingesetzt. Man kann davon ausgehen, dass die kleine Zahl der jetzt gezeigten Bilder wissenschaftlich korrekt ist, was die Zuordnung von Bild, Bildunterschrift und historischen Zusammenhang angeht. Die Themen der neuen Ausstellung sind also die gleichen wie bei der alten. Sie decken die Dimensionen der verbrecherischen Kriegsführung ab, die Hitler der Wehrmacht beim Krieg im Osten und auf dem Balkan auferlegt hat. Doch handelt es sich um Verbrechen der Wehrmacht als ganzer, zu der immerhin rund acht Millionen Soldaten an der Ostfront gehört haben? Das ist die entscheidende Frage.

Die gleichen alten und neuen Fragen

1. Wie viele Wehrmachtsangehörige waren an verbrecherischen Taten 1941 bis 1944 beteiligt? Die Ausstellung verzichtet auf jede Quantifizierung. Wenn es keine verlässlichen Zahlen gibt, dann darf man auch keine nennen. Aber die Frage nach den Zahlen ist nicht unwichtig. Angenommen, es wären 200.000 Soldaten gewesen, die unmittelbar und wesentlich an der Vorbereitung, direkten Unterstützung oder Ausführung verbrecherischer Befehle beteiligt gewesen waren, dann wären etwa 2,5 Prozent der Wehrmachtsangehörigen im Osten direkt in den verbrecherischen Auftrag Hitlers verstrickt gewesen. Stehen diese Soldaten stellvertretend für die Wehrmacht als ganze?

2. Eine eigene kleine Abteilung der neuen Wehrmachtsausstellung widmet sich der wichtigen Frage nach den Handlungsspielräumen des Einzelnen. An einem interessanten und zuverlässig dokumentierten Beispiel eines einzigen Bataillons wird gezeigt, dass die Verweigerung eines Erschießungsbefehls zu keinen Zwangsmaßnahmen gegen den Befehlsempfänger führte. Ein anderes Bataillonsmitglied befolgte den verbrecherischen Befehl ohne Zögern. Solche Beispiele sind bekannt. Bereits Christopher R. Browning hat in seinem wichtigen Buch über „das Reserve-Polizeibataillon 101“ gezeigt, dass Polizisten dieses Bataillons, die sich weigerten, an Erschießungen teilzunehmen, in der Regel nicht bestraft wurden. Doch welche Schlussfolgerung soll aus diesem Befund gezogen werden? Dass alle Soldaten, die verbrecherische Befehle ausführten Feiglinge und Versager gewesen sind? Wer so denkt, reagiert überheblich. Sinnvoller wäre die Frage: Wie hätte ich mich mit meiner mir bekannten besonderen Charakterstruktur verhalten? Wie hätte ich mich verhalten in der allgemeinen psychischen und körperlichen Ausnahmesituation, die ich nicht selber geschaffen habe, sondern die der Krieg mir aufgezwungen hat? Vielleicht sind gerade ein paar Kameraden, gute Freunde, von Partisanen gefangen genommen und bestialisch ermordet worden. Ihre Leichen hat man bei einem Vorstoß gefunden. Der Hass auf den Feind, der auch gnadenlos und bestialisch war – das ist keine Aufrechnung, nur eine Feststellung – kann schnell Sicherungen durchbrennen lassen. Was hat dieser Krieg unter den heute unvorstellbaren und zermürbenden Bedingungen gerade an der Ostfront aus vielen Soldaten gemacht! Viele haben versagt, viele haben Sadismus gezeigt, völlige Gefühllosigkeit im Umgang mit dem Feind. Nicht wenige sind darüber erschrocken und manche haben es in den Feldpostbriefen auch geschrieben. Auch die Zahl derjenigen Soldaten ist unbekannt, die angewidert und empört waren, als sie von den Judenerschießungen gehört haben. Es gibt Regimentsberichte, die

über die Gefährdung der Truppenmoral durch die Judenerschießungen 1941 und 1942 schreiben und auf Abhilfe drängen.

Wie hätte ich mich verhalten? Wer dieser Frage standhält, ist davor gefeit, sich in selbstgerechter Pose anklagend vor die damaligen „armen Teufel“ zu stellen, die ganz überwiegend meinten, sie müssten für Führer, Volk und Vaterland die ihnen auferlegten Torturen durchstehen. Ihr Glaube an die Mission Deutschlands im Osten Europas war falsch, ihr Vertrauen in den Führer war falsch. Viele haben erst nach dem Krieg erfahren, dass sie von einem verbrecherischen Regime missbraucht worden sind und dass sie in schwer entwirrbarem Maß ein Rädchen im Getriebe des Unrechtsregimes waren. Über diese Dimension des Vernichtungskrieges sagt auch die neue Ausstellung nichts.

3. Sie hat darauf verzichtet, und das ist der Hauptvorwurf auch an die neue, die verbrecherische Kriegführung von Wehrmachtsteilen und einzelnen Soldaten im Osten und auf dem Balkan einzuordnen in eine historische Anthropologie. Wozu sind Menschen in Extremsituationen fähig?

Die Geschichte der Unmenschlichkeit ist bekanntermaßen nicht am 8. Mai 1945 zum Stillstand gekommen. Wie ist es möglich gewesen, dass militärische Befehlshaber und ihre Stäbe und im Vollzug ihrer Befehle normale Soldaten auch anderwärts Verbrechen größeren Ausmaßes begangen haben? Der Bürgerkrieg in Algerien von 1956 bis 1962 war unvorstellbar grausam. Erst jetzt beginnt in Frankreich langsam die Aufarbeitung. Die verdrängte Erinnerung an diesen Krieg hat übrigens dazu geführt, dass mancher französischer Generalstabsoffizier sich über die erste Wehrmachtsausstellung ablehnend geäußert hat („Wenn wir damit anfangen würden ...“). Französische Soldaten eines demokratischen Landes haben in Algerien versagt, genauso amerikanische Soldaten in Vietnam. Wie ist es möglich gewesen, dass in Ruanda im April 1994 das größte Massenverbrechen der Nachkriegszeit in-

nerhalb weniger Stunden beginnen konnte? In einem Land mit 7,9 Mio. Einwohnern wurden in etwa acht Wochen 800.000 Menschen ermordet. Über 100.000 Ruander, durchwegs Hutus des Mehrheitsvolkes, sitzen als mutmaßliche Täter in Untersuchungshaft. Im Wochendurchschnitt wurden 100.000 Menschen massakriert, meist mit Macheten erschlagen; zigtausende wurden an Händen und Füßen gebunden und dann ertränkt. Es war ein Blutausch unvorstellbaren Ausmaßes, ein reiner Bürgerkrieg, natürlich mit Vorgeschichte, ausgeführt von Milizen, die zuvor geworben worden waren. Wie ist das möglich? Der Firmis menschlicher Zivilität scheint dünner zu sein als wir Zeitgenossen vielfach meinen. Er scheint schneller und einfacher abzukratzen zu sein als wir möchten. Darüber sagt die neue Wehrmachtsausstellung nichts. Sie steht in der Gefahr, dass sie die Verbrechen beim Russlandfeldzug und in Südosteuropa auf ein deutsches Problem reduziert, von der Sorge geleitet, irgendetwas könnte sie durch Vergleiche verniedlichen. Doch damit sorgt auch die neu präsentierte Ausstellung dafür, dass der Blick für die furchtbare Wirklichkeit von Massaker und Völkermord in der Gegenwart verschleiert wird.

Christopher R. Browning gab seinem schon genannten Buch über das Polizeireservebataillon 101 den Haupttitel „Ganz normale Männer“. Er wollte damit zum Ausdruck bringen, dass nicht ganz besonders schlimme Bestien eines speziellen Volkes, der Deutschen also, zu Verbrechen wie in Russland fähig gewesen sind. Er wollte zeigen, dass es ganz normale Männer waren und er ruft damit zunächst bei den britischen Lesern, für die das Buch ursprünglich geschrieben ist, die beklemmende Einsicht wach, dass Menschen in Extremsituationen offenbar zu schlimmsten Untaten fähig sind.

Die neue Wehrmachtsausstellung stößt zu dieser Sicht der Dinge nicht vor. Vielleicht wird es noch eine dritte Ausstellungsvariante geben, die diese wichtige Dimension berücksichtigt. □

Eine nicht ganz unzeitgemäße Betrachtung – Gemeinschaft Muslimischer Soldaten (GMS)?

THOMAS R. ELßNER

Am 18. Januar 2002 traf sich im Albertinum zu Bonn der Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ der Gemeinschaft der Katholischen Soldaten (GKS) zu einer Arbeitstagung mit dem Schwerpunktthema „Islam“. Dabei ging es neben Fragen nach der geschichtlichen Entstehung und Ausbreitung vor allem auch um die normativen religiösen Grundlagen der Muslime. In diesem Zusammenhang äußerte der Verfasser folgende Überlegung:

Leider haben erst wieder die dramatischen Ereignisse des 11. Septembers 2001 in New York, Washington und Pennsylvania und die sich daran anschließenden nicht weniger dramatischen Entwicklungen sowie die daraus resultierenden, aber in ruhigeren Bahnen verlaufenden Diskurse auch in weiten Kreisen Europas unbeabsichtigterweise nachhaltig in Erinnerung gerufen, dass die Integration der Muslime aus unterschiedlichen Gründen bisher noch nicht wirklich gelungen ist, man bestenfalls erst am Anfang einer Entwicklung steht, die tatsächlich den Namen Integration verdient. Freilich wird es nicht unwesentlich darauf ankommen, sich darüber klar zu werden, worin realistischerweise das Ziel von Integration wird bestehen können und worin nicht. Eines dürfte vielleicht jetzt schon deutlich sein, dass „der Islam“ eine wachsende Religion in Europa ist. Nach einer Statistik des Zentralinstituts Islam-Archiv, welches sich in Soest befindet, wurden in Europa Ende Juli 2001 nicht nur 51 Millionen Muslime gezählt, sondern es wird zudem prognostiziert, dass „der Islam“ im Jahre 2014, also in 12 Jahren, die zweitstärkste Religion in Europa sein wird. Untermauert wird dies mit dem Faktum, dass in Belgien, Frankreich, Italien und Spanien „der Islam“ schon den so genannten Protestantismus als zweitstärkste Religion abgelöst habe¹⁾. Zwar zeichnet sich diese Entwicklung so in Deutschland (noch) nicht ab, aber aus dem Vorwort der „Islamischen Charta“²⁾, welche vom Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V. am 20. Februar 2002 unterzeichnet und herausgegeben worden ist, darf entnommen werden, dass

zurzeit mehr als 3,2 Millionen Muslime in der Bundesrepublik leben. Dieser Quelle ist ebenfalls zu entnehmen, dass 500.000 Muslime einen deutschen Pass besitzen. Zudem diskutiert man beispielsweise zur Zeit besonders in muslimischen Kreisen in Deutschland die Voraussetzungen und Bedingungen eines so genannten Euro-Islams³⁾. Dabei darf auch nicht vergessen werden, dass es außerdem einige von ihrer Abstammung her Deutsche gibt, die zum Islam konvertiert sind und somit ebenfalls in Erinnerung rufen, dass sich der Islam nicht ethnisch oder regional eingrenzen lässt und dass dies letztlich seinem Selbstverständnis auch widerspricht.

Wenn nun aber jemand die deutsche Staatsbürgerschaft erworben hat bzw. sie bereits von Geburt an besitzt, ergeben sich daraus bekanntermaßen grundsätzlich auch Pflichten wie z.B. die Wehrpflicht für männliche Jugendliche beim Erreichen des 18. Lebensjahres. Wie wird es in ein paar Jahren aussehen, wenn vielleicht männliche Jugendliche muslimischen Glaubens in nennenswerter Zahl zur Bundeswehr einberufen werden, ja mehr noch, wenn sie vielleicht ob mit oder ohne Wehrpflicht die Bundeswehr für sich entdecken, um Zeit- und/oder Berufssoldat zu werden. Dieser Weg kann für männliche Jugendliche muslimischen Glaubens insofern attraktiv sein, als sie über diesen Weg vielleicht die gesellschaftliche Anerkennung im gewissen Grade tatsächlich auch erfahren, die ihnen in anderen Bereichen meist vorenthalten bleibt. Außerdem hält die Bundeswehr nach wie vor nicht unattraktive Karrierechancen bereit, die zugleich für ei-

nen muslimischen Jugendlichen nicht unerhebliche gesellschaftliche Aufstiegschancen bedeuten können. Kurzum: Soldatsein muslimischer Jugendlicher in der Bundeswehr als Stärkung des eigenen gesellschaftlichen Selbstbewusstseins und wirksame Integration mit nachhaltiger und anhaltender Wirkung.

Wie sieht es aber dann mit strukturierter seelsorglicher Begleitung von Bundeswehrsoldaten muslimischen Glaubens aus, vor allem wenn sie sich in Auslandseinsätzen befinden?

Von daher kann es insgesamt nicht ganz überraschen, wenn in der „Islamischen Charta“ unter „20. Eine würdige Lebensweise mitten in der Gesellschaft“ u.a. die „Beschäftigung muslimischer Militärbetreuer“ gleichsam gefordert wird. Der weltanschaulich neutrale Staat wird sich dem auf Dauer auch nicht verschließen. Sollte es dann aber muslimische Militärbetreuer in der Bundeswehr geben, wird dies letztlich auch Auswirkungen auf den Lebenskundlichen Unterricht (LKU), auf Unteroffiziers- und Offiziersarbeitsgemeinschaften und nicht zuletzt auf die Gelöbnisgottesdienste beider christlichen Konfessionen haben.

Als Gegenargument wird meistens nicht unberechtigt angeführt: Solange muslimischen Gruppen und Organisationen der Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts nicht zuerkannt worden ist, solange wird es auch keine strukturierte muslimische Militärseelsorge mit muslimischen Militärbetreuern als staatliche Beamte auf Zeit in der Bundeswehr geben. Dieses Argument ist ein juridisches, und wenn man so will, von zeitlich begrenzter Haltbarkeit. Es entbindet jedoch keinesfalls von bereits vielleicht jetzt schon anzustellenden Überlegungen auch auf Seiten der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), sich auf die Begegnung mit Soldaten muslimischen Glaubens und muslimischen Militärbetreuern vorzubereiten. Denn in dem Augenblick, indem einer muslimischen Gruppierung der Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts verliehen wird, hat sich jenes juristische Argument grundsätzlich eo ipso erle-

dig. Sollte es aber trotzdem so sein, dass zwar keine muslimische Organisation den Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts erhält, aber eine dauerhafte bzw. eine ständige nennenswerte Anzahl Soldaten muslimischen Glaubens in der Bundeswehr ihren Dienst verrichtet, so stünde es ihnen dennoch wohl grundsätzlich frei, gewissermaßen eine „Gemeinschaft Muslimischer Soldaten“ (GMS) im Sinne einer Dachorganisation für ihre entsprechenden Interessen zu gründen. Eine nun nicht ganz unwesentliche Aufgabe könnte es dann aber wiederum für die Gemeinschaft der Katholischen Soldaten (GKS) sein, von sich aus von Beginn an den Dialog mit dieser „Gemeinschaft Muslimischer Soldaten“ (GMS) zu suchen, deren Mitglieder ja die eigenen Kameraden sind, und ihnen vielleicht sogar mit erfahrungserprobten Ratschlägen beim Aufbau einer GMS behutsam zur Seite zu stehen.

Im Hirtenwort der katholischen Bischöfe „Gerechter Friede“ vom 27. September 2000 wird zum interreligiösen Dialog und zur Begegnung zwischen den Religionen deutlich er-

muntet. „Wo dies möglich ist, sollte über den Dialog hinaus Zusammenarbeit gesucht werden, ohne Berührungsangst und ohne Unterscheidungsangst“ (Gerechter Friede Nr. 189). Besondere Bedeutung kann einem solchen Dialog und einer solchen Zusammenarbeit dann zukommen, wenn Auslandseinsätze der Bundeswehr dort stattfinden, wo sich ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung zum islamischen Glauben bekennt.

Insgesamt wäre aber nichts fataler, als wenn Soldaten christlichen und muslimischen Glaubens in der Bundeswehr ein Bild der Dialogunfähigkeit oder Dialogverweigerung abgäben, sodass sich außerdem die nicht wenigen religiös indifferenten Soldaten in der Bundeswehr in der vielleicht vorhandenen festen Überzeugung noch einmal umso mehr bestätigt sähen, dass letztlich Christentum und Islam „ihrem Wesen nach intolerant und friedensunfähig“ seien“ (Gerechter Friede Nr. 192). Dies bedeutet christlicherseits nicht, „christliche Maßstäbe zurückzustellen, um Konflikten aus dem Weg zu gehen“ (Gerechter Friede Nr. 189).

Ein konstruktiver Dialog spart notwendige sachliche Streitpunkte nicht aus, sondern spricht sie offen und geprägt von der Achtung vor dem Dialogpartner an.

Bevor es aber soweit in der Bundeswehr ist, gilt es vorher, sich grundsätzlich auf eine dauerhafte Zeit mit Soldaten muslimischen Glaubens und gegebenenfalls mit muslimischen Militärbetreuern vorzubereiten. Dabei muss man nicht am Punkte Null beginnen. Vereinzelt Erfahrungen gibt es ja bereits; denn so grundsätzlich neu ist das Phänomen von Soldaten muslimischen Glaubens in der Bundeswehr ja nicht. Wie sieht es übrigens mit entsprechenden Erfahrungen in der französischen, belgischen oder britischen Armee aus? Ziel sollte es zumindest sein, dass in der Bundeswehr eine „Gemeinschaft Muslimischer Soldaten“ einen wirklichen und vorbereiteten Dialogpartner in der „Gemeinschaft Katholischer Soldaten“ von Anfang an findet. □

1) Vgl. Die Tagespost, Samstag 18.08. 2001, S. 4.

2) Siehe: <http://www.islam.de>.

3) ebd.

Philosophie der Menschenführung in militärischen Bereichen

WOLFGANG ALTENDORF

In sicherlich keiner humanitären Gemeinschaft werden derart hohe Ansprüche an den umfassenden Begriff „Menschenführung“ gestellt; weder in der Arbeitswelt noch in anderen menschlichen Gemeinschaften vollzieht sich das Miteinander derart unabdingbar und gleichzeitig umfassend, wie in der militärischen. Die Wehrpflicht zudem mischt die unterschiedlichsten Charaktere in eine Zugehörigkeit, die im Ernstfall an letzte Dinge rührt. Während sich ein Betrieb die Mitarbeiter nach ihrer Qualifikation sorgfältig auswählt, werden die „Leitenden“ beim Militär mit allen charakterlich und mentalen Unterschiedlichkeiten – dies bei jedem neuen Jahrgang – konfrontiert. Ihre Aufgabe ist es, derart verschiedenen Temperamente

in die Gemeinschaft der Gruppe, des Zuges, der Kompanie, des Bataillons, des Regiments zu integrieren, sie jenen Bedingungen zuzuordnen, wie sie die Eigentümlichkeit des Auftrags erfüllbar machen.

Die Konfrontation ist unmittelbar, zumeist über 24 Stunden am Tag, und sie gewichtet die Verantwortung von daher weitaus umfassender, als in den übrigen gesellschaftlichen Bereichen einer demokratisch funktionierenden Gemeinschaft. Zwar fußen die Kriterien auf einer Jahrhunderte dauernden Tradition, doch gerade diese Tradition lehrt die Veränderlichkeit, wie sie die Politik in ihrer epochegestaltenden Fluktuation hervorbringt. Dabei blieb der Zielauftrag unverändert, nämlich der Gesellschaft Sicherheit

zu gewähren, wie er heute wohl im besten friedlich geordneten Sinne interpretiert wird.

In einem demokratischen Land, wie dem unseren, behält der Soldat zudem ihm zugesprochene humanitäre Würden. Er ist volljährig, erwachsen also und von da „ebenbürtig“ im Rahmen der notwendigen Hierarchie eines militärischen Verbandes. Dem entgegen steht die Zuordnung in sich vom zivilen Leben stark unterscheidenden Notwendigkeiten, wie etwa die Unterordnung unter den Befehl. Denn die militärische Gemeinschaft spiegelt notwendigerweise die Möglichkeit von Aufträgen wider, wie sie (auch überraschend) in der Weltpolitik auftauchen können. Die stetige Bereitschaft derartige Aufträge „aus dem Stand heraus“ zu übernehmen, charakterisiert den „Alltag“ etwa in der Kaserne. Gerade einberufene Bürger zudem sind fachlich nicht für das, was sie schon vom ersten Tag

Fortsetzung auf Seite 53 u.

PERSONALIA

Hohe Auszeichnungen für katholische Soldaten

Stabsfeldwebel Konrad Becker (45) vom Wehrbereichskommando II in Mainz und **Oberstabsfeldwebel Alois Schmidt (50)** vom VBK 71 Erfurt haben von Bundespräsident Johannes Rau den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland verliehen bekommen. – Die Auszeichnung wurde beiden von Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping am 17. April 2002 wäh-



Fortsetzung von Seite 52

an vorstellen – Soldat – kompetent. Sie ähneln hier dem „Eingeschul-ten“ – und werden, wie dieser, zumeist vor dem, was sie erwartet, unsicher. Gerade diese Anfangsphase ist die schwierigste in der Palette notwendig verschieden anzusetzender Menschenführung. Die unterschiedlichsten Eindrücke, wie (zumeist) fremde Gegend, neue Umgebung, entschieden veränderte Lebensgewohnheiten (Schlafen, Essen in Gemeinschaft), müssen verkraftet, akzeptiert werden.

Für den Ausbilder kommt zusätzlich die Gefahr einer Überforderung. Viele der jungen Leute sind kaum Härte gewöhnt, müssen an die Anforderungen der unvermeidlicher Konfrontation mit „außerzivilisatorischen“ Einsatzkriterien erst gewöhnt werden, sich damit günstigenfalls identifizieren. Das provoziert Krisensituationen, die mit den Mitteln bloßer Befehlsgewalt eher verstärkt werden.

rend eines Festaktes im Bundesministerium der Verteidigung in Berlin (Bendlerblock) ausgehändigt.

Konrad Becker (Foto l. mit *BMVg Rudolf Scharping nach der Ordensverleihung*) hat sich hohe Verdienste in der katholischen Kirche und in der Katholischen Militärseelsorge erworben. Seit vielen Jahren ist er Vorsitzender des Seelsorgebezirksrates beim Katholischen Standortpfarrer Mainz. Jahrelang war er auch Vorsitzender der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) in Mainz. Weiterhin engagiert sich der zweifache Familienvater bei der Leprahilfe in Bingen und zudem als Vorsitzender des Fördervereins des Malteser Hospizdienstes in Bingen.

Alois Schmidt (Foto r.) wurde für sein vielfältiges soziales Engagement im Inland wie auch im Ausland (Ungarn) ausgezeichnet. In der Katholischen Militärseelsorge war Schmidt viele Jahre in Sachausschüssen des Vorstandes der Zen-

Die Geschichte der Armeen in aller Welt, die Versuche menschliche Schwächen in notwendige Schlagkraft effektiv einzuformen, zeitigten viel beschriebene Auswüchse inhuman-seelischer wie körperlicher Misshandlung, im Jargon „Schleiferei“, um dieses Ziel auf geradem, dabei psychologisch äußerst fragwürdigem Weg zu erreichen. Derartige „Holzhammermethoden“ gehören bei modernen Armeen zum Glück der Vergangenheit an. Die nötige Intelligenz zur Bedienung häufig elektronisch justierter Waffen, erhöhte die qualitative Voraussetzung in allen Dienstgraden, das intelligente Niveau, das sich ebenso günstig auf die Menschenführung auswirkte. Und gerade von da, von einer strikt der puren Notwendigkeit angepassten Führung, können günstige Nachwirkungen auf demokratische Ordnungsprinzipien, auch nach Abschluss der Dienstzeit, erwartet werden. □



tralen Versammlung der katholischen Soldaten und als Mitglied in deren Vorstand tätig. Zurzeit engagiert er sich als Vorsitzender der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) im Bereich Ost (ehem. Wehrbereich VII).

(M. Beyel, KMBA; Fotos BMVg u. KMBA)



Hans-Georg Marohl (79) – zur Gründergeneration des Königsteiner Offizierkreises (KOK) gehörender Oberst a.D., bis Anfang der 90-er Jahre Vertreter der GKS in der GKMD (Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands) und für diese Mitglied im ZdK – wurde vom Katholischen Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr, Dr. Walter Mixa, wegen seiner Verdienste um die Laienarbeit in der Militärseelsorge mit der Ehrenmedaille des Militärbischofs ausgezeichnet. Diese wurde ihm am 29. Mai 2002 im Katholischen Militärbischofsamt in Berlin von Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut im Rahmen der jährlichen Mitgliederversammlung der KAS überreicht. (PS)

Die Erfolgsstory Gottes

Der nachkonziliare Glaube der Kirche und der Beitrag der Bundeswehr auf dem Weg zur Vollendung der Welt

KLAUS LIEBETANZ

Gaubenzweifel

Zu Beginn jeden Kirchenjahres werden wir mit folgenden Aussagen des Propheten Jesaja konfrontiert: „Am Ende der Tage wird es geschehen: Dann schmieden sie Pflugscharen aus ihren Schwertern und Winzermesser aus ihren Lanzen. Man zieht nicht mehr das Schwert, Volk gegen Volk, und übt nicht mehr für den Krieg“ (Jes 2,4-5) oder „Jeder Stiefel, der dröhnend daherstapft, jeder Mantel, der mit Blut befleckt ist, wird verbrannt, wird ein Fraß des Feuers. Denn uns ist ein Kind geboren, ein Sohn ist uns geschenkt. Die Herrschaft liegt auf seinen Schultern; man nennt ihn: Wunderbarer Ratgeber, Starker Gott, Vater in Ewigkeit, Fürst des Friedens“ (Jes 9,4-5). Diese Lesungen werden durch den Zusatz: „Wort des lebendigen Gottes“ feierlich bekräftigt. Diese Prophetenworte werden von nicht wenigen Gläubigen als eine symbolische Beschreibung des himmlischen Jenseits gesehen. Nach deren Meinung hätte die Prophetie jedoch nichts mit unserer realen Welt zu tun. Man brauche doch bloß die tägliche Zeitung aufzuschlagen, um auf jeder Seite die Worte des Propheten widerlegt zu bekommen. Der Mensch sei und bliebe unvollkommen und deshalb würde es auch immer große Ungerechtigkeit und Kriege geben. So oder ähnlich lauten die Argumente. Dieser auf den ersten Blick plausibel erscheinenden Auffassung kann ich mich nicht anschließen, weil sie erstens dem „neuen“ Glauben der Kirche und zweitens weil sie auch meiner persönlichen Erfahrung widerspricht.

1. Mit der Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ (GS) des II. Vatikanischen Konzils (1963-65) über die „Kirche in der Welt von heute“ verabschiedet sich die Weltkirche vom Mittelalter und entzieht damit endgültig den Boden für eine Lehre der „Jenseitsvertröstung“. Das Konzil hat damit nicht einen neuen Glauben konstituiert, sondern die theologische Entwicklung der letzten Jahrhunderte zusammenge-

fasst. Wörtlich heißt es in dieser Konzilsschrift in Ziffer 45 „Wir schreiten der Vollendung der menschlichen Geschichte entgegen, die mit dem Plan der göttlichen Liebe zusammenfällt. Alles in Christus zu erneuern, was im Himmel und auf Erden ist“ (Eph 1.10).

2. Bei meiner Tätigkeit als „Fachberater für Katastrophenmanagement“ erkenne ich – trotz intensiver Beschäftigung mit dem Völkermord in Ruanda und Srebrenica und nach Durchsicht von 50 Meter Akten über weltweite humanitäre Katastrophen während meiner Beschäftigung im Auswärtigen Amt – deutliche Anzeichen auf dem Weg zur gottgewollten Vollendung der Welt. Bei der täglichen Zeitungslektüre werde ich auf jeder Seite in dieser Auffassung bestätigt. Die Vollendung der Welt scheint mir dabei keine Aufgabe von Jahrzehnten, sondern eher von weiteren Jahrhunderten zu sein. Ferner sehe ich die Kirche erst am Anfang eines sich entwickelnden Christentums. Ich rechne also nicht so schnell mit dem Weltuntergang und/oder der Zerstörung der Lebensgrundlagen durch ökologisches und militärisches Fehlverhalten der Menschen, wie es gelegentlich von jüngeren Gesprächspartnern befürchtet wird. Dies würde der Zusage Gottes an die Menschen widersprechen (vgl. Kol 1.13-20).

Der entwickelte Glaube der Kirche – Der Aufbau und die Vollendung der Welt

Mit der bedeutenden Konzilsschrift über „Die Kirche in der Welt von heute“, besser bekannt unter dem Namen „Gaudium et spes“ (GS) (Freude und Hoffnung), manifestiert sich ein neuer Geist in der Kirche. Sie soll zum Sauerteig und gleichsam zur Seele der menschlichen Gesellschaft werden (GS Nr. 40). Ferner lehnt das Konzil die bloße individuelle Frömmigkeit und Privatisierung des Glaubens mit folgenden Worten

ab: „Hüten wir uns davor, berufliche und soziale Tätigkeit hier und religiöses Leben dort verkehrterweise zueinander in Gegensatz zu bringen. Ein Christ, der seine irdischen Pflichten vernachlässigt, versäumt damit seine Pflichten gegenüber dem Nächsten, ja gegen Gott selbst und bringt sein ewiges Heil in Gefahr“. Die Spaltung zwischen dem Glauben, den man bekennt, und dem täglichen Leben vieler sei zu den größten Verirrungen unserer Zeit zu rechnen (GS 43). Des Weiteren sollen die Christen in der politischen Gemeinschaft jene Berufung beachten, die ihnen ganz besonders zu Eigen ist. Sie sollen beispielgebend dafür sein, wie man aus Gewissensverantwortung handelt und sich für das Gemeinwohl einsetzt (GS 75). Damit kommt den Laien (Nicht-Klerikern), den Fachleuten und Akteuren in dieser Welt, eine herausragende Bedeutung beim Aufbau und der Vollendung der Welt zu. Sie sollen Arme und Füße Jesu Christi sein, wie dies im Pavillon der Kirche anlässlich der EXPO 2000 bildhaft dargestellt wurde. Gott als ein „Deus ex machina“ (ständig von oben korrigierend in die Welt eingreifend) gilt nicht mehr als Alibi für Nichtstun. Ferner fordert das Konzil eine internationale Autorität (Vereinte Nationen), die mit ausreichenden Machtmitteln ausgestattet ist, um den Krieg, eine der schlimmsten Geiseln der Menschheit, als Fortsetzung der politischen Auseinandersetzung abzuschaffen. Es nimmt somit bereits 1963 die Grundgedanken der „Agenda for Peace“ der Vereinten Nationen von 1991 voraus. In diesem Zusammenhang wird die Aufgabe der Soldaten bis zur Erreichung dieses Ziels wie folgt definiert: „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei“ (GS 79). Des Weiteren werden alle Gläubigen aufgefordert, sich an internationalen Institutionen zu beteiligen, was den Katholiken per se gemäß sei und das Bewusstsein wahr-

haft weltweiter Solidarität und Verantwortung fördere (GS 90). Abschließend werden in dieser Konstitution alle Christen aufgefordert, im Geiste Christi am Aufbau und der Vollendung der Welt mitzuwirken. Es nimmt nicht wunder, dass die Christen in den Entwicklungsländern diese befreiende Botschaft des Konzils am ehesten begriffen und praktiziert haben.

Bewusst Zeichen der Hoffnung wahrnehmen

Im historischen Vergleich lassen sich die Zeichen der Zeit besser erkennen. Zur Veranschaulichung sollen einige wichtige von den zahlreichen Beispielen für den Fortschritt in Deutschland und in der Welt aufgezählt werden:

- Aus der bitteren Erfahrung des 1. und 2. Weltkriegs hat sich nicht zuletzt mit tatkräftiger Unterstützung christlicher Politiker die Europäische Union entwickelt. Die Länder Europas werden zunehmend strukturell daran gehindert, gegeneinander Krieg zu führen.
- Die Bundeswehr trägt in vorbildlicher Weise zur Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit auf dem Balkan und in Afghanistan bei und hilft damit der Zivilbevölkerung. Im Gegensatz dazu sorgte die nationalsozialistisch geführte Wehrmacht dafür, dass die besetzten Länder systematisch und ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung ausgeplündert und schließlich auf höheren Befehl beim Rückzug in „verbrannte Erde“ verwandelt wurden. Während die Wehrmacht in den besetzten Gebieten, vornehmlich in Weißrussland und in der Ukraine sich dazu missbrauchen ließ sicherzustellen, dass SS- und Polizeieinheiten Minderheiten wie Juden, Zigeuner und andere Volksgruppen der Vernichtung zuführten, verwendet die Bundeswehr heute auf dem Balkan jeden 3. Soldaten für die Sicherung von Minderheiten, wie Serben, Sinti, Roma und andere Ethnien.
- Ferner haben sich in den letzten 50 Jahren weltweit ca. 45.000 größere Nichtregierungsorganisationen (NGO's) entwickelt, die sich nicht selten im Gegensatz zu ihren Regierungen für humanitäre Hilfe,

Menschenrechte und eine verantwortliche ökologische Entwicklung einsetzen. Zahlreiche Aktivisten sterben jährlich für ihre Ziele, werden gefoltert und/oder landen in den Gefängnissen von Unrechtsstaaten. Diesen NGO's kommt bei der Entwicklung der Welt eine besondere Bedeutung zu, weil sie weitgehend unabhängig von staatlichen Interessen agieren.

- Trotz großer Rückschläge in einigen vom Bürgerkrieg heimgesuchten afrikanischen Staaten hat sich in den letzten 50 Jahren die Lebenssituation der meisten Menschen in den Entwicklungsländern nachweislich verbessert. Die Lebenserwartung, das Gesundheitswesen und die Bildungsmöglichkeiten konnten deutlich gesteigert werden. Dies gilt besonders für die asiatischen und südamerikanischen Länder. Nicht zu leugnen ist, dass viele Entwicklungsländer auch heute noch einen großen Nachholbedarf haben.
- Die Vereinten Nationen haben auf dem Milleniumsgipfel beschlossen, die Weltarmut in den nächsten 15 Jahren zu halbieren. Vor hundert Jahren wäre wohl niemand auf den Gedanken gekommen, so etwas zu verlangen. Der VN-Generalsekretär hat dabei die Pflicht, in zeitlichem Abstand qualifizierte Zwischenberichte zu geben, wobei die quantifizierbaren Indikatoren bekannt sind. Bei der Überwachung der Erreichung dieses ehrgeizigen Zieles werden die zahlreichen nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen eine wichtige Rolle spielen. Schließlich wollen die Politiker wieder gewählt werden. Die zunehmende Demokratisierung in der Welt wird zum Motor der Entwicklung.
- Die Entwicklung der Menschenrechte hat seit der französischen Revolution in Europa eine rasante Entwicklung genommen. Man vergleiche nur die Situation eines Leibeigenen mit den Rechten eines Bürgers im 21. Jh. Auch in den Entwicklungsländern werden Männer und Frauen zunehmend ihrer Menschenrechte bewusst. Hier spielen die NGO's und die Weltöffentlichkeit eine herausragende Rolle. Gleichfalls darf dabei nicht übersehen werden, dass in vielen

Entwicklungsländern fundamentale Menschenrechte noch mit Füßen getreten werden. Es wird den Machthabern aber immer schwieriger Menschenrechtsverletzungen zu kaschieren, da es immer weniger Staaten gibt, die sich von der Außenwelt total abschirmen können. Die weltweite Medienpräsenz ist dabei von größter Bedeutung. Die NGO „Reporter ohne Grenzen“ berichten jährlich von ca. 20-30 getöteten Journalisten, die in Ausübung ihrer Berichterstattung liquidiert wurden.

- Seit dem II. Vatikanischen Konzil hat sich in überwiegend katholischen Entwicklungsländern die Menschenrechtlage deutlich verbessert. Der Glaube wurde zur Triebfeder der Demokratisierung. Man denke nur an die Rosenkranz-Revolution auf den Philippinen und den Sieg des katholischen Menschenrechtlers und Friedensnobelpreisträgers Kim Dae Jung in Südkorea. In Südamerika wurden alle Militärdiktaturen abgelöst; auch in diesen Ländern bleibt noch Vieles zu tun.

Die Anemonen und die Vollendung der Welt

Die Vollendung der Welt ist einem Anemonenfeld im Wald zu vergleichen. Sie geschieht täglich fast unbemerkt und ist nicht aufzuhalten. Jesus Christus bringt viele ähnliche Beispiele aus der Natur. Im Frühjahr gehört es zu den besonderen Freuden, das Wachsen und Ausbreiten der Anemonen im Wald zu beobachten. Mit beginnendem Vorfrühling sind nur Einzelne dieser Buschwindröschen zu erkennen. Mit der kräftiger werdenden Sonne bilden sich langsam ganze Inseln dieser Sternblumen auf dem Waldboden aus. Kälteeinbrüche können das Wachstum verzögern, aber nicht endgültig verhindern. Schließlich wird der ganze Waldboden mit dieser zauberhaften Blütenpracht bedeckt.

„Anemonen“ in der Zeitung

Beim täglichen Lesen der Zeitung findet man fast auf jeder Seite eine oder mehrere „Anemonen“, so zum Beispiel heute am 26. März 2002:

- „Black is beautiful“ – Denzel Washington erhält 38 Jahre nach Sidney Poitier (Lilien auf dem Feld) wieder als Farbiger den Oscar als bester Hauptdarsteller. Er beginnt seine Dankesrede mit den Worten: „Gott ist groß. Gepriesen sei der Herr“.
- „Wut als Antriebskraft“ – 6,85 Mio Euro für Böhmhilfe. Gespräche mit Weggefährten und Filmeinspielungen geben einen Eindruck über die Arbeit der Organisation und über den Menschen Karlheinz Böhm, der sein Leben seit mehr als 20 Jahren in den Dienst Äthiopiens stellt: „Ich habe immer eine Wut über die ungeheure Diskrepanz zwischen Reichtum und Armut verspürt“. Insgesamt flossen nach Angaben seiner Organisation „Menschen für Menschen“ etwa 185 Mio. Euro nach Äthiopien. Darüber hinaus gelang es Böhm nach Absprache mit den örtlichen Religionsführern die grausame genitale Verstümmelung von jungen Mädchen in den von ihm betreuten Regionen zu unterbinden.
- „Nigerianerin entgeht Steinigung“ – Die zum Tode durch Steinigung verurteilte Nigerianerin Safiyatu Hussaini ist gestern in einem weltweit beachteten Prozess im Berufungsverfahren freigesprochen worden. Die Verurteilung hatte Proteste von Frauenorganisationen ausgelöst. Die mittelalterliche Auslegung der „Scharia“ kommt zunehmend in die Kritik der Weltöffentlichkeit und kann sich auf Dauer nicht halten.
- „Schulbesuch wieder möglich“ – Kabul. Etwa eineinhalb Millionen afghanische Mädchen und Jungen dürfen landesweit wieder zur Schule gehen.

Es gibt noch mehr „Anemonen“ in dieser Zeitung. Sie verstecken sich teilweise unter Negativmeldungen, weil Aufklärung und öffentliche Bekanntgabe in der Regel Besserung zur Folge hat. Auch die heutige Zeitungsausgabe enthält wieder zahlreiche Berichte über menschliches Fehlverhalten, was in der Regel am ehesten unsere Aufmerksamkeit anzieht und Vorurteile verfestigt. „Bad news are good news!“

Nichtchristen mit Christen vereint

Während meiner Tätigkeit als

Fachberater für Katastrophenmanagement hatte ich ständig engen Kontakt zu den großen deutschen Hilfsorganisationen, was u.a. damit zu tun hat, dass ich für das Deutsche Rote Kreuz, das Technische Hilfswerk, die Johanniter und für die Malteser das jeweils an die Organisation adaptierte „Taschenbuch für den Auslandseinsatz“ geschrieben habe. Dabei habe ich erfahren, dass die meisten ehrenamtlichen Helfer, die u.U. bereit sind, erhebliche Risiken und große Einschränkungen auf sich zu nehmen, um Menschen in Not zu helfen, mit Religion und „Gott“ herzlich wenig zu tun haben. Ich hatte z.B. große Schwierigkeiten in die Taschenbücher ein Kapitel einzufügen, dass mit „Gebete/Meditation im Einsatz“ (Ein Angebot) überschrieben war.

Ein anderes Beispiel: Seit meinem Ausscheiden aus dem Arbeitsstab Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt im Jahr 1995 habe ich mich aus nahe liegenden Gründen besonders intensiv für die Erhöhung des völlig unzureichenden Haushaltstitel für humanitäre Soforthilfe eingesetzt. Fehlende Geldmittel verhindern nachweislich das Retten von Menschenleben. Dabei hatte ich intensiven Kontakt mit einflussreichen CDU-Abgeordneten und legte ihnen als intimer Kenner der Fakten beweiskräftige Unterlagen vor. Der „Lebensretter“-Haushaltstitel wurde jedoch weiter abgesenkt. Erst im Jahr 2000 wandte ich mich an die konfessionslose SPD-Abgeordnete Uta Titze-Stecher (Fürstfeldbruck). Dieser menschenfreundlichen und engagierten Haushaltsexpertin gelang es trotz erheblicher Widerstände im Sparhaushalt, den Titel Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt innerhalb von zwei Jahren von 58 Mio. auf insgesamt 103 Mio. DM (52,5 Mio. Euro) zu steigern. Sie vertritt ernsthaft – also nicht nur in Sonntagsreden – die Auffassung, dass GG Art. 1(1) „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ auch für Afrikaner gilt. Mit diesen beiden Beispielen soll nicht geschmälert werden, dass von den gläubigen Katholiken jährlich in den großen Spendenaktionen wie Adveniat, Misereor, Missio, Renovabis und den Sternsingern fast eine halbe Milliarde DM (250 Mio. Euro) aufgebracht werden – und das teilweise seit 40 Jahren. Darüber hi-

naus leisten die christlichen Hilfsorganisationen wie Caritas, Diakonie, Johanniter, Malteser sowie Tausende von kleineren Organisationen und Aktivitäten eine gute Aufbauarbeit weltweit, dabei nicht zu vergessen die religiösen Orden und gleich geardete Glaubensgemeinschaften.

Mit diesem Beitrag soll nur aufgezeigt werden, dass auch außerhalb der Kirche große vorbildliche Anstrengungen unternommen werden, die dem Aufbau der Welt dienen. Der Hl. Geist wirkt auch in Nichtchristen, der offiziellen Kirche Fernstehenden, in Agnostikern und sogar in erklärten Atheisten. Um mit dem Hl. Augustinus zu sprechen: „Viele, die sich in der Kirche wähnen, sind außerhalb derselben, und viele die scheinbar außerhalb stehen, befinden sich in ihr.“ (vgl. dazu die dogmatische Konstitution über die Kirche „Lumen gentium“ Nr. 16 des II. Vatikanums)

Überlegungen zum Zeitfaktor

An der Frage, wann die Welt eine gewisse Stufe der Vollendung erreicht hätte, scheiden sich seit mindestens 2.000 Jahren die Geister. Selbst im Neuen Testament gibt es darüber gegensätzliche Auffassungen. Es würde den Rahmen dieses kleinen Beitrages sprengen, zu dieser spannenden Frage einen Geschichtsabriss zu geben. Es soll daher erst mit der jüngsten Geschichte begonnen werden. Nach dem 1. und 2. Weltkrieg gingen viele Menschen davon aus, dass mit der Gründung der Vereinten Nationen, die Zeit der Kriege endgültig überwunden sei und nur noch die Zusammenarbeit der Völker zum Wohle aller Menschen im Vordergrund stehen würde, so wie es in der UNO-Charta verankert ist. Diese Annahme hat getrogen. Zahllose Stellvertreterkriege wurden geführt. Was die Fehleinschätzung der Zeit anbelangt soll der Vollständigkeit halber erwähnt werden, dass Nikita Chruschtschow, der ehemalige Generalsekretär der KPdSU, Anfang der Sechziger Jahre verkündete, dass die Sowjetunion bereits im Jahr 1980 den Zustand des Kommunismus erreichen werde. Auch diese Prognose ging gründlich daneben. Nach dem Fall der Berliner Mauer und nach dem Ende des Ost-

West-Konflikt verbreitete sich die Meinung, eine lange Zeit des Friedens sei angebrochen. Ein bedeutender Berater des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Francis Fukuyama, sprach sogar vom „Ende der Geschichte“. Die „Agenda for Peace“ der Vereinten Nationen von 1991 geht auf diesen Irrtum ein und analysiert, wie kaum je zuvor, die neue und alte Lage der Welt und schlägt realistische Schritte vor, die Geiseln des Krieges einzudämmen und schließlich ganz verschwinden zu lassen, ohne einen Zeitrahmen festzulegen. In diese Überlegungen sind die Gedanken von über fünfzig Staaten eingegangen. Der deutsche Anteil mit der langjährigen Erfahrung vom „Wandel durch Annäherung“ ist deutlich zu erkennen.

In größeren Zeitabständen denken

Im Auswärtigen Amt habe ich wie bereits erwähnt eine große Anzahl von Akten humanitärer Katastrophen studiert und dabei die Einschätzung der jeweiligen Hilfsorganisation und der entsprechenden Botschaft zu den Ursachen in über hundert Konflikten kennen gelernt. Dieser kleine Einblick in einen Ausschnitt der Hauptursachen für Probleme in Welt hat genügt, um zu erkennen, dass die wesentlichen Ursachen der Konflikte nicht in Jahrzehnten, sondern eher in Jahrhunderten gelöst werden können. Vgl. hierzu in AUFTRAG 244/Juli 2001, S. 51 ff., den Beitrag „Gedanken zur Krisenprävention – eine kritisch-positive Betrachtung“. Man muss sich daran gewöhnen, in ganz anderen Zeitdimensionen zu denken, um nicht die Übersicht zu verlieren. Unterschiedliche Entwicklungsstufen sollten nicht ignoriert werden, Wunschdenken darf nicht zu falschen Schlüssen führen. In dieser Frage scheint auch ein wesentlicher Unterschied zwischen einigen Auffassungen der Befürworter der Bundeswehr und der „Friedensbewegung“ zu liegen. Die Konzentration auf Probleme, die in einer bestimmten Zeit gelöst werden können, sollte im Vordergrund stehen. Dazu gehört in jedem Fall die „Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit“, welche im derzeitigen Weltalter nachweislich die er-

folgreichste Krisenprävention darstellt. Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland ist dafür das beste Beispiel.

Vorurteile durch den Glauben überwinden

Gelegentlich hört man von aus dem Balkan zurückkehrenden Bundeswehrsoldaten: „*Unsere Einsatz ist völlig sinnlos! Wenn wir uns eines Tages zurückziehen, dann schlagen sich die verschiedenen Ethnien wieder die Köpfe ein. Die Bewohner des Balkans haben über Jahrhunderte Krieg gegeneinander geführt und werden das weiterhin so tun. Die sind eben so.*“ Gerade wir Deutschen sollten mit solchen Vorurteilen vorsichtig sein. Nicht wenige Deutsche haben in ihren Köpfen Jahrzehnte gebraucht, um von einem faschistisch geprägten Obrigkeitsstaat zu einer entwickelten Demokratie zu gelangen, die dem Frieden in der Welt dienen will (Präambel GG).

Langfristige Abschaffung des Krieges

Die Vereinten Nationen sind gut beraten, die internationale Friedensgruppe in absehbarer Zeit nicht völlig vom Balkan abzuziehen. Noch hat sich keine stabile Zivilgesellschaft entwickelt. Es ist sicher nicht übermäßig optimistisch, wenn man davon ausgeht, dass Kriege zur Lösung von zwischenstaatlichen und innerstaatlichen Problemen in den nächsten zwei- bis dreihundert Jahren durch intelligentere Formen der Konfliktbearbeitung abgelöst werden, so wie das jetzt schon in großen Teilen Europas und Amerikas der Fall ist. Dabei kommt der Demokratisierung von Staaten eine bedeutende Rolle zu, weil rechtsstaatliche Demokratien erfahrungsgemäß keine Kriege miteinander führen. Die Zonen des Friedens müssen ständig erweitert werden.

Schlussfolgerung für die GKS und die katholische Militärseelsorge

1. Die Mitglieder der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) sollten sich nicht davon abbringen lassen, ihren Dienst mit großer Gelas-

senheit und Freude durchzuführen, auch wenn die Früchte ihres mühevollen und teilweise gefährlichen Dienstes erst in Jahrzehnten geerntet werden, so wie sie jetzt Früchte ernten, die von anderen vor Jahrzehnten mit großen Anstrengungen gesät wurden.

2. Die katholische Militärseelsorge sollte sich neben der Einzelseelsorge, wo sie sich um die persönlichen Belange der Soldaten kümmert, auch auf die Sinnhaftigkeit des soldatischen Tuns in der Friedenskonsolidierung hinweisen, um so zur Motivation beizutragen.
3. Es wäre sinnvoll und wünschenswert, wenn sich noch mehr Mitglieder der GKS und der kath. Militärseelsorge mit der Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ und der „Agenda for peace“ der Vereinten Nationen vertraut machen. Beide Dokumente haben eine herausragende Bedeutung für das 21. Jh. und darüber hinaus.
4. Die Deutsche Bischofskonferenz hat einen Vorschlag des Katholischen Militärbischofsamts befürwortet, eine personelle Verstärkung der Militärseelsorge – vornehmlich Pastoral- und Gemeindereferenten – vorzunehmen, damit Priester verstärkt die Soldaten in den Auslandseinsatz begleiten können. Den Militärpfarrern kommt in diesem Zusammenhang eine besondere – wie es sogar im Weißbuch 1994 heißt – eine unverzichtbare Aufgabe zu: Sie haben die Soldaten geistlich vorzubereiten und sie in Gefahr zu begleiten, ihnen wo notwendig beizustehen und Trost zu spenden. Einerseits sollte den Soldaten in Gottesdiensten, wo möglich in Eucharistiefeiern, angeboten werden, sich mit der Energiequelle des Friedens zu verbinden. Andererseits werden die Militärpfarrer durch persönliches Beispiel und durch Nähe zu den Soldaten – wie es jetzt schon in bewundernswerter Weise geschieht – auch konfessionell nicht gebundene Soldaten für den wahren Friedensdienst gewinnen.
5. Der Hl. Geist ist es, der die Vollen- dung der Welt betreibt. Sie ist deshalb nicht aufzuhalten. Das sollte allen am Friedensprozess Beteiligten die notwendige Gelassenheit und innere Sicherheit geben. □

Die Wiederbewaffnungsdebatte in der Adenauer-Ära und die katholische Kritik

Kritik und Zustimmung im katholischen Spektrum von Verbänden und Amtskirche

Vorwort

BALDUR HERMANS

Wiederbewaffnung – das war ein Reizwort in der noch jungen Bundesrepublik Deutschland mit spalterischer Kraft bis in die kirchlichen Gemeinschaften hinein. Heute mutet die Diskussion jener Zeit bereits eher befremdlich an, auch wenn im Bogenschlag zu unserer Zeit Elemente der damaligen Argumentationen pro und contra nachklingen bei der Diskussion um den Zivildienst im Verhältnis zur Wehrpflicht, um die Neuorientierung der NATO mit möglicherweise erheblichen Konsequenzen für die Auftragsbestimmung der Bundeswehr, bei der Kritik an deutschen Rüstungsexporten, nicht zuletzt bei der „Entsorgung“ von DDR-Kriegsgerät, das oft nicht in den Hochöfen, sondern auf den Kampfplätzen Asiens und Afrikas gelandet ist.

Aber alle aktuelle öffentliche Diskussion um Friedensbewahrung und Friedenssicherung heute stellt sich im Vergleich zur Wiederbewaffnungsdebatte der 50er-Jahre fast harmlos dar.

Wie intensiv, mit welchem Hintergrund und mit

welchen Argumenten theologischer, moralischer und politischer Art seinerzeit die Debatte pro und contra geführt wurde, sollte in einer historischen Fachtagung am 25. März 1998 geklärt werden. Da der so genannte „Essener Kreis“ im Bund der Deutschen Katholischen Jugend eine besonders engagierte Rolle in der damaligen Auseinandersetzung einnahm, waren vor allem auch Zeitzeugen jener Jahre wichtige Gesprächspartner während der Fachtagung.

Die Tagung ergab zudem, dass es bereits dringender Initiative bedarf, das Quellengut jener Zeit zu sichern und die Generation der Beteiligten und Verantwortlichen auf ihr Zeitzeugnis hin zu befragen. Und was sich noch ergab, war die Erkenntnis, dass es in der jungen Generation an einem brennenden und kämpferischen Interesse für die politischen Grundfragen unserer Zeit fehlt. Ob und mit welchem denkbaren „Erfolg“ sei dahin gestellt, denn auch das jugendliche Protestpotential der 50er- und der späten 60er-Jahre wurde letztlich vom gesellschaftlichen „Establishment“ bewältigt – aber doch nicht ganz ohne Veränderungsprozesse!

Die Wiederbewaffnungsdebatte – Kritik und Opposition auf katholischer Seite

ARNO KLÖNNE

Sechs Thesen

In der katholischen Jugendzeitung „Die Wacht“ stand im Frühjahr 1950 zu lesen: „Sollen wir morgen wieder mit Gewehr in Vorhalte zu Füßen brüllender Sklavenhalter im Dreck hocken? Deutschlands Jugend sagt in ihrer überwiegenden Mehrheit: Nein! Wenn man uns in den Sumpf stoßen will, hört jede Höflichkeit auf. Wer von Remilitarisierung spricht, verdient Kinnhaken.“

Diese Meinungsäußerung entsprach einer um diese Zeit im deutschen Katholizismus, insbesondere seiner jungen männlichen Generation, weit verbreiteten Stimmung. Schon wenige Jahre später war der Bund der Deutschen Katholischen Jugend eine der zuverlässigsten Stüt-

zen der Wiederbewaffnungspolitik, ähnlich die Katholischen Männerwerke, die KAB und Kolping. Im Laufe der Auseinandersetzung um einen westdeutschen „Wehrbeitrag“ wurden die anfänglich durchaus beachtlichen Gegentendenzen im Katholizismus rasch schwächer. Mitte der fünfziger Jahre war diese katholische Opposition zur Wiederbewaffnungspolitik auf eine Randgruppenposition oder gar Außenseiterexistenz zurückgedrängt. Dieser historische Sachverhalt bedarf der Erklärung.

Zuvor ein weiter zurückgreifender Hinweis: Die katholischen Pazifisten, Antimilitaristen, Kritiker der nationalen militärischen Machtpolitik allgemein und der deutschen „Wehrtradition“ speziell stellten

auch im Katholizismus der Weimarer Republik nicht die Mehrheit dar. Aber sie hatten bis 1933 ihren Status in und ihren Anteil an der katholischen Öffentlichkeit und waren nicht „diskriminiert“, was sich etwa an der Stellung des „Friedensbundes Deutscher Katholiken“ ablesen lässt.

Warum war dies nach 1945 und – auf die konkrete historische Entscheidungslage hin – ab etwa 1952 so ganz anders? Und um welche Motive, Argumente, Perspektiven ging es der minderheitlichen und dann peripher werdenden katholischen Opposition gegen die Wiederbewaffnung in der Bundesrepublik?

Thesen

1. Soweit zwischen 1950 und 1956, also ab dem Weg in die Wiederbewaffnung“, katholischerseits Kritik und Opposition auftraten, waren sie in ihren Inhalten sehr heterogen, etwa: prinzipielle Verneinung

von Krieg und Kriegsdienst, „urchristlich“ begründet (z.B. Reinhold Schneider, Johannes Fleischer); Warnung vor dem Wiederaufleben der spezifischen preußisch-deutschen Militarismustradition (z.B. in der Zeitschrift „Besinnung“, z.T. auch in den „Frankfurter Heften“); Wiederanknüpfung an die Kriegs- und Militärkritik des „Friedensbundes“ aus den Weimarer Zeiten (z.B. Nikolaus Ehlen, Josef Rüther, Josef Emonds); konkrete historisch-situative Kritik an der Wiederbewaffnung unter innen- und außenpolitischen Aspekten (z.B. einige ZentrumsmitgliederInnen, insbesondere Helene Wessel, der Windthorstbund, auch Autoren der „Werkhefte katholischer Laien“, hier mit Kritik an der „Kriegstheologie“ verbunden); auf der Kriegserfahrung 1935-45 und der Kritik an der damaligen „amtskatholischen“ Loyalität beruhende Opposition (z.B. literarisch Heinrich Böll, gefühlsmäßig manche katholische Jugendgruppe); Opposition gegen die Wiederbewaffnung, weil sie den Kalten Krieg anheize, explosiven Antikommunismus fördere und die deutsche Wiedervereinigung vereitere (dies u.a. zu finden im „Arbeitskreis katholischer Jugend gegen die Wiederaufrüstungspolitik“, in „Glaube und Vernunft“ – Ludwig Zimmerer, Essen); Kritik an der Wiederbewaffnung als Ausdruck der „Adenauerpolitik“ generell – und alternativ dazu die Forderung nach dem Gespräch mit dem Osten“ (z.B. Joseph Wirth, Wilhelm Elfes).

Dieser oppositionelle Komplex war in sich widersprüchlich, und zum Teil enthielt er kaum vereinbare Motive, was auch heißt: Er war nur wenig „politikfähig“.

2. In den politischen Konsequenzen einer Ablehnung des „Wehrbeitrags“ aufseiten der katholischen Oppositionskreise zeichnete sich keine vereinheitlichende Perspektive ab. War die absolute Verweigerung gegenüber jedweden Militär anzuzielen? Oder eine „kontrollierte“ Bewaffnung Deutsch-

lands nach einer Wiedervereinigung? Oder die „Entnationalisierung“ der Politik, der Übergang zum supranationalen Gewaltmonopol? Die denkbaren Alternativen ließen sich vermehren ...

Ging es um prinzipiellen Pazifismus? Oder um Opposition speziell gegen den deutschen Militarismus bzw. dessen Wiederkehr? Das Spektrum der Politikbilder war hier sehr weit angelegt. Hinzu kamen Mentalitätsunterschiede bei den beteiligten Generationen. Die katholischen „Altpazifisten“ auf der einen Seite; die durch Kriegserfahrungen grundskeptisch gewordenen ehemaligen jungen Soldaten auf der anderen Seite ...

3. Ein Teil der spezifisch katholischen Opposition gegen den „Wehrbeitrag“ war in sich relativiert durch die besonderen historisch-politischen Umstände der westdeutschen Wiederbewaffnung. Von Wiederkehr „preußischer“ Ambitionen konnte kaum die Rede sein, wenn es um einen „Wehrbeitrag“ in der Adenauerschen westeuropäisch-atlantischen Einbindung ging. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung (das sich gegen Widerstände, aber immerhin auch dank katholischer Einflüsse durchsetzte) kam traditionell-katholischen Vorbehalten entgegen. Und: Erstmals in der Geschichte der deutschen Politik seit 1871 war der Katholizismus Hauptteilhaber der politischen Macht ...

4. Die katholische Opposition gegen die westdeutsche Wiederbewaffnung brach sich nicht zuletzt an der kommunistischen Politik – und an der demagogischen Verwertung derselben durch die Befürworter des „Wehrbeitrags“. Die Politik in der DDR lief früh auf Militarisierung im dortigen Kontext hinaus. Das legitimierte wiederum die westdeutsche Wiederaufrüstung. In der aufgeheizten Stimmung des Kalten Krieges konnten Oppositionelle in Westdeutschland nur zu leicht als „Freunde der Kommunisten“ diffamiert werden. Innerkatholisch wurde dies zum wich-

tigsten Instrument der Ausgrenzung von Kritikern; z.B. der „Fall Reinhold Schneider“: der damals prominenteste katholische Literat wurde binnen kurzer Zeit zur „Unperson“ gemacht.

5. Die katholischen Bischöfe setzten sich ab 1952 eindeutig für den westdeutschen „Wehrbeitrag“ ein – anders als die evangelischen Kirchenleitungen. Das Gewicht der episkopalen Stellungnahme war bei den katholischen Verbänden in Sachen Politik weitaus höher, als es bis 1933 gewesen war. Unter den besonderen Umständen des NS-Staates waren fast alle katholischen Verbände – anders als vor 1933 „amtskirchlich“ transformiert. Diese Struktur dauerte nach 1945 weiter an. Der BDKJ ist ein wichtiges Beispiel dafür. Dies ließ „politischen“ Minderheiten kaum einen Raum. Die enge Verbindung mit der CDU/CSU als führender Regierungspartei kam hinzu.

6. Historisch und mentalitätsgeschichtlich war m.E. für die Schwäche der „innerkatholischen“ Pazifisten und Wiederbewaffnungsgegner nach 1945 entscheidend: Für alle kirchlich stark gebundenen Katholiken gab es ein „unbewältigtes“ Kapitel der Geschichte der katholischen Kirche in Deutschland. Völlig eindeutig hatten die deutschen Bischöfe zur Zeit des NS-Regimes zur „eifrigen Pflichterfüllung“ im Hitlerdeutschen Militär- und Kriegsdienst aufgerufen. Die Traditionslinie eines katholischen Pazifismus bzw. einer katholischen Militärkritik war in Deutschland damit kirchenamtlich gebrochen – und dies in Zeiten einer nationalsozialistischen Militär- und Kriegspolitik. Diesen Vorgang „aufarbeiten“, hätte nach 1945 bedeutet: Die kirchlichen Autoritäten hätten im Hinblick auf die jüngste deutsche Vergangenheit prinzipiell in Frage gestellt werden müssen ...

Diejenigen, die dies taten, gerieten unter den damals bestehenden Bedingungen an der Rand der Kirche.

Stellung der katholischen Kirche zum Ost-West-Konflikt – katholische Unterstützung der Wiederbewaffnungspolitik Adenauers

ERNST JOSEF NAGEL

Natürlich kann man Argumente pro und contra in der Wiederbewaffnungsfrage analytisch voneinander trennen. In der Wirklichkeit aber sind es zwei hochkomplizierte Begründungswelten, die sich hier gegenüberstehen und deren eine man ohne das Spiegelbild der anderen kaum versteht.

Anselm Doering-Manteuffel schreibt unter dem Titel „Die Kirchen und die EVG“ den Satz, der m.E. zum hermeneutischen Schlüssel dieser Jahre werden kann: *„Die Haltung der beiden Kirchen in der Bundesrepublik in der Frage der politischen und militärischen Westintegration war ... im Anfang ein direktes Spiegelbild ihrer Einstellung gegenüber dem neugegründeten Staat“* – gegenüber der Bundesrepublik Deutschland (6/317).¹⁾ Die heikle Westintegration, verbunden mit deutschen Verteidigungskräften, korrelierte demnach mit der Bejahung bzw. der Ablehnung des „Provisoriums“ Bundesrepublik und der Aussicht auf eine schnelle Umwandlung in einen vereinigten deutschen Staat. Wie wörtlich der provisorische Charakter der Bundesrepublik um 1949 genommen wurde, erhellt der Vorschlag, den Carlo Schmid (16/354) zur provisorischen Bundeshauptstadt genüsslich in seinen Erinnerungen erwähnt: *„Ich ... meinte, um klarzumachen, wie ernst es uns mit dem provisorischen Charakter der Bundesrepublik war, sollten wir in einer Barackenstadt an der Demarkationslinie tagen. Ich wurde ausgelacht.“*²⁾

Geradezu im Kontrast hierzu stand wenigstens beim hohen Klerus nicht so sehr das Provisorium, sondern die Bundesrepublik als wenigstens vorläufiges Definitivum im Vordergrund. Im Gegensatz dazu distanzierten sich erhebliche Teile der evangelischen Tradition von der Bundesrepublik und legten den Akzent auf die Wiedervereinigung. Dies fiel ihnen umso leichter, als die protestantischen Stammländer – Brandenburg, Thüringen, Sachsen – in der SBZ lagen. Und nebenbei: Dies waren auch die großen Wählerreser-

vate der SPD vor 1933. Katholiken hingegen bekannten sich in ungleich stärkerem Maße zur Bundesrepublik, zumal als die Verhältnisse in der DDR bekannter wurden und sich offensichtlich negativ stabilisierten (5/36).

Diese Spannung, so scheint mir, trennte nicht nur die kirchliche, sondern in ganz ähnlicher Form auch die politische Szene. Jedenfalls ähneln sich die Argumente, die etwa von Kirchenpräsident Niemöller und vom SPD-Vorsitzenden Schumacher kamen, in auffälliger Weise.

In der Kürze der hier gegebenen Zeit möchte ich auf vier Differenzpunkte aufmerksam machen:

1. Die Bundesrepublik ist klerikalistisch-katholisch.
2. Aus dieser klerikalistischen Sicht ist die Einheit ganz Deutschlands unerwünscht.
3. Die einseitige Betonung der Freiheit unter Vernachlässigung der sozialen Gerechtigkeit führt zu einem kapitalistischen Modell europäischer Einigung und transatlantischer Komplizenschaft.
4. Gesamtdeutsche Interessen können auch vom besetzten Westdeutschland aus wirksamer vertreten werden, als Adenauer es will und tut.

1. Die Bundesrepublik, ein klerikalistisch-katholischer Staat

Schumacher äußerte sich zwar bisweilen positiv, doch in der Regel sehr geharnischt speziell gegen die katholische Kirche (2/63). Schon seine Ablehnung des Schuman-Plans verdeutlicht die Richtung: Der Montanvertrag umfasse nicht Europa, vielmehr nur den Teil Europas, der *„die Brutstätte des Kapitalismus, des Klerikalismus und der Kartelle ist“* (zit. n. 1, I/423).

Die Verbindung von Klerikalismus und Kapitalismus im Zusammenhang mit der Politik der Bundesregierung gehört zu Schumachers Alltagsvokabular. Er sah die CDU als eine reine Interessenvertretung, *„die nicht viel mehr verbindet als ihre*

Feindschaft gegenüber dem Sozialismus sowie die Furcht vor grundlegenden Neuerungen in Wirtschaft und Gesellschaft ... Konsequentes demokratisches Denken ist ihr fremd. Sie denkt in den Kategorien des Ständestaates der veralteten katholischen Soziallehre, ... wie sie heute in Spanien begriffen wird.“ (Zit. n. 16/302) Adenauer rückt so in die Nähe von Franco.

Dass diese Einstellung Schumachers in der Kirche sehr wohl wahrgenommen wurde, zeigt das Gemeinsame Hirtenwort der Bischöfe vom 14. Juli 1949 zur ersten Bundestagswahl: Der Text erinnert an manch unerfüllte Wünsche der katholischen Kirche im Hinblick auf die Konfessionsschule. Die liberalistischen und sozialistischen Hintermänner tragen Schuld daran. In diesem Zusammenhang steht auch folgende Klage: *„Wir müssen noch auf einen Angriff hinweisen, der von sozialistischer Seite gegen die Kirche und gegen die Bischöfe erfolgt ist. Man hat sich nicht gescheut, die Tatsache, dass die Bischöfe pflichtgemäß zu wesentlichen Fragen des öffentlichen Lebens vom Standpunkt unseres Glaubens aus Stellung genommen haben, zum Anlass zu nehmen, die Kirche mit einer fünften Besatzungsmacht zu vergleichen.“* (10/59) Letzteres, so die Fußnote von Heinz Hürten, war ein Ausspruch Kurt Schumachers: Die katholische Kirche war fünfte Besatzungsmacht.

Ganz ähnlich distanziert sich Martin Niemöller von der Bundesrepublik. Bekannt ist sein Spruch den er um 1950 ab der Synode in Lund tat, *„die Bundesrepublik sei ein Kind, das im Vatikan gezeugt und in Washington geboren wurde“* (3/256). Niemöller war gewiss kein Philo-kommunist, vielmehr ein – sagen wir deutscher Patriot. Nur so ist jene Situation verständlich, die sein Biograph wie folgt darstellt: *„Als er erklärte, ihm wäre ein vereintes Deutschland unter kommunistischer Herrschaft immer noch lieber als ein auf Dauer geteiltes Vaterland, glaubten viele, er habe den Verstand verlo-*

ren.“ (3/57f) Bischöfe jedenfalls wie Dibelius oder Lilje konnten Niemöller in seiner Ablehnung der Bundesrepublik nicht folgen. Niemöllers Spruch jedoch verdeutlicht, wie sehr er die Bundesrepublik Adenauers ablehnte. Sie war nicht weniger abstoßend als ein kommunistisches Deutschland.

Damit ging Niemöller über die Vorbehalte Schumachers hinaus. Schumacher hat Grotewohl nie verziehen, die SPD in die SED³⁾ geführt zu haben. Schumacher war sich der Gefahr des Kommunismus sehr wohl bewusst und wollte in dieser Hinsicht keinerlei Risiko eingehen. Und in dieser Frage bestand auch zwischen ihm und Carlo Schmid volle Übereinstimmung: „Ich hatte keine Illusionen: Die Unterhändler der Sowjetzone würden die Annahme ihrer volksdemokratischen Rezepte zur Bedingung einer jeden ‘gesamtdeutschen’ Einigung machen. Und diese Rezepte schienen mir nach den Erfahrungen, die man in der Ostzone gemacht hatte nicht annehmbar zu sein.“ (16/287)

2. Aus klerikalistischer Sicht ist die Einheit ganz Deutschlands unerwünscht

In seinen „Erinnerungen“ zitiert Carlo Schmid⁴⁾ einen Bericht des französischen Vatikanbotschafters Wladimir d’Ormesson vom 19. September 1948. Adressat war der lothringische Katholik Außenminister Schuman, Gegenstand bildete ein Gespräch mit Msgr. Tardini über das konfessionelle Schulwesen und die Geltung des Reichskonkordats in der französisch besetzten Zone. Tardini warnte davor, in Deutschland nach französischem Modell die laizistische Schule einzuführen. Die Bevölkerung würde sich dem entgegenstellen. Dies könne nicht im Interesse Frankreichs liegen.

Das nun untermauert Tardini mit folgendem Argument: Man könne „ausschließlich auf die katholischen Kreise die einzige vernünftige Hoffnung gründen, dass in Deutschland Friede herrscht. ‘Der ganze Rest’, sagte mir mit einer ganz besonderen Heftigkeit Monsignore Tardini, ‘ist nationalistischer und sogar nazistischer als je. Täuschen Sie sich darin nicht. Zehn Jahre hitlerischer Erzie-

hung haben starke Spuren hinterlassen. Die Niederlage bringt das Gefühl zur Verzweiflung. Da gibt es nichts zu machen, da gibt es von dem preußischen oder verpreußten Bevölkerungsteil nichts zu hoffen (sic). Das sind Barbaren. Sie haben nichts gelernt und nichts begriffen. In den Gegenden Westdeutschlands oder Süddeutschlands, wo das Christentum tief eingedrungen ist, ist jedoch der Geist nicht derselbe. Mit diesen Bevölkerungen und mit ihren christlichen Elementen muss man arbeiten ...“ (398)

D’Ormesson fügt dem seine Einschätzung der vatikanischen Sicht hinzu: Im Vatikan hege man „keinerlei Illusion über den wirklichen Geisteszustand der Deutschen. Das beweist wiederum, dass man im Vatikan sich bewusst bleibt, welche verhängnisvolle Gefahr für Deutschland und den Frieden die Wiederherstellung der völligen deutschen Einheit bedeuten würde. Es ist aber zu bemerken, dass man seit einiger Zeit dem Heiligen Stuhl den Ruf angehängt hat, er betreibe die Rückkehr zur deutschen Einheit ja sogar dass er diese offen verlange. Mehrere Indizien führen mich dazu, zu glauben, dass diese Einschätzung ein wenig zu summarisch ist.“ Der Botschafter verspricht, am Ball zu bleiben.

Carlo Schmid hat dieses Dokument drei Männern gezeigt: Schumacher, Adenauer und von Brentano. Er wollte keine „Kulturkampfatmosphäre erzeugen“. Mir geht es nun nicht darum, den historischen Gehalt des Berichts zu prüfen. Hat Tardini dies wirklich gesagt, und wie repräsentativ ist es für die damalige Position des Vatikans? Dies will ich nicht klären. Vielmehr verdeutlicht mir der Bericht die Position von Zeitgenossen wie Schumacher oder Niemöller in der Wiederaufrüstungsdebatte. Und auch für Adenauer musste es klar sein: Wenn wirklich freie Wahlen in Thüringen oder Sachsen stattfänden, hätte die SPD die Nase vorn. Dass dort einmal CDU-Ministerpräsidenten regieren würden, war um 1950 unvorstellbar. Und mit einer gesamtdeutschen SPD-Regierung hätte die katholische Kirche ihre Vorstellungen über Staat-Kirche-Beziehungen – vor allem die Konfessionsschule, damals eines ihrer ernstesten Anliegen –

nicht absichern können.

Allemaal und unabhängig davon bestand zwischen Rom und Adenauer große Übereinstimmung über den wahren Charakter des Stalinsystems. Adenauer: „Meine Überzeugung, dass Stalin von jeher die Absicht gehabt hatte, Westdeutschland möglichst unzerstört in seine Hände zu bekommen, hatte sich immer mehr gefestigt ...“ (1/348) Darum seine Sorge, dass die 60.000 kasernierten VOPOS nach dem Vorbild von Korea die Bundesrepublik erfolgreich „befreien“ könnten⁵⁾. „Ich war fest überzeugt, dass Stalin für Westdeutschland das gleiche Vorgehen plante wie in Korea.“ (1/349) Diese Sicht entspricht den Vorstellungen der päpstlichen Weihnachtbotschaften und der auch in der deutschen Bevölkerung vorherrschenden Angst vor „dem Russen“.

Zugleich aber setzt auch Adenauer auf einen möglichen deutschlandpolitischen „Deal“ der Großmächte. Nur gelänge er aus einer Position gleicher Stärke eher als auf der Basis einseitiger Wehrlosigkeit: „Man darf niemals den Glauben daran verlieren, dass es doch möglich sein wird und sein muss, Schwierigkeiten zwischen den einzelnen Ländern auf friedlichem Wege beizulegen. Aber ich war und bin fest davon überzeugt, dass die Neigung, Meinungsverschiedenheiten auf friedlichem Wege zu bereinigen ... wesentlich stärker ist, wenn jeder der Beteiligten weiß, dass ein Krieg auch für ihn ein ungeheures Risiko in sich birgt.“ (1/356)

3. Die Betonung der Freiheit unter Vernachlässigung der sozialen Gerechtigkeit führt zu einem kapitalistischen Modell europäischer Einigung und transatlantischer Komplizenschaft

Auch in einer dritten Hinsicht ähnelten sich die Positionen Niemöllers und Schumachers: „Der Schreck über die Atomwaffen saß uns seit 1945 in den Knochen, kommentierte (Niemöller). In jenen Jahren kam ich zu der Überzeugung – und bin bis heute dabei geblieben – dass, nach Hitler, Truman der größte Massenmörder aller Zeiten war.“ (3/259)

Die USA und deren Pläne waren für Niemöller wie für Schumacher stets mit Argwohn zu behandeln. Bei seiner Ablehnung des Deutschlandvertrags urteilt Schumacher vor der United Press, dies sei „eine plumpe Siegesfeier der alliierten-klerikalen Koalition über das deutsche Volk“. „Wer diesem Generalvertrag zustimmt, hört auf, ein guter Deutscher zu sein.“ (1/I/533) Bei der Unterzeichnung des Deutschlandvertrags am 26. Mai 1952 war denn auch kein SPD-Repräsentant im Bundessaal zugegen.

Hier schlug Schumachers gebrochene Erinnerung an seinen ersten USA-Besuch durch: Im August 1947 hatte Schumacher die USA besucht, doch den SPD-Plänen schenken seine Gesprächspartner damals wenig Beachtung. Carlo Schmid kommentiert dies so: „Diese Enttäuschung wirkte lange nach. Sie war einer der Gründe, warum er nur selten bereit war, Ratschlägen aus den Vereinigten Staaten zu folgen.“ (16/300).⁶⁾

Bis zu seinem Tod am 22. August 1952 hat Schumacher seinen Argwohn gegen die westlichen Staaten nicht verhehlen können. Auch Frankreich unter dem dann auch noch katholischen Außenminister Schuman verdiente höchste Vorsicht. Darum seine Ablehnung des Schuman- wie des Plevenplans: „Durch den Schuman-Plan werde die Wirtschaftskraft Deutschlands, durch den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft das Menschenpotential Deutschlands in den Dienst einer französischen Diplomatie gestellt.“ (16/482) Ganz anders erinnert Felix von Eckhardt die Position Adenauers: Dieser habe ihm immer wieder gesagt „Der Gedanke Schumans sei es gewesen, das alte Missverhältnis zwischen Frankreich und Deutschland dadurch zu beseitigen, dass man gemeinsam über die Rohmaterialien – Kohle und Stahl – verfüge, die für jede Rüstung unentbehrlich seien. Damit sei jeder Gedanke an heimliche Rüstungen erledigt ... Acht Monate dauerten die Verhandlungen, dann konnte der Vertrag unterzeichnet und schließlich im Januar 1952 ratifiziert werden.“ (7/183) Die Frage war, ob der deutsche Katholizismus eher den Aussöhnungsgesten Adenauers und Schumans oder den dunklen Warnungen Schumachers folgen würde.

Hier verbindet sich die Kritik an der Bundesrepublik mit Schumachers Vorbehalt gegen westlich-kapitalistische Staaten. Bei der Debatte um die Petersberger Abkommen am 22.11.1949 fiel Schumachers Wort vom „Bundeskanzler der Alliierten“ (16/453f). Es führte zu einem regelrechten Aufruhr im Bundestag, zur Aussperrung Schumachers, dann aber doch zu einer schriftlichen Entschuldigung, die Adenauer annahm. Den Streitpunkt bildete für Schumacher, dass Deutschland mit den westlichen Alliierten einen Vertrag erst eingehen könne, wenn die Demontage definitiv gestoppt wäre. Die Bundesrepublik dürfe zu keinerlei Vorleistungen bereit sein. Hier wird bereits deutlich, wie sehr Schumacher überzeugt war, deutsche Interessen sozusagen im Clinch gegenüber den Siegermächten durchzusetzen zu können.

Noch tiefgreifender als die nationale Komponente war die Differenz bei der europäischen Einigung. Im deutschen Katholizismus loderte die Begeisterung für Europa. Gerade die Aussöhnung mit Frankreich wurde zum Zenit der Zukunftshoffnung. Die völkerverbindende Brücke zu den Katholiken der westlichen Länder, besonders zu Frankreich, manifestierte sich bereits auf dem Kölner Dombaufest August 1948: Der Pariser Kardinal Suhard richtete einen brüderlichen Brief an Kardinal Frings. Zur Versöhnung der Deutschen mit ihren Kriegsgegnern rief der Bischof von Roermond auf. Dieser Impuls zeigte sich sehr stark bei Pax Christi und in der für den deutsch-französischen Austausch engagierten Zeitschrift „Dokumente“.

Im Hintergrund steht bei den Katholiken der Aufbau eines „christlichen Abendlands“ ohne präzise inhaltliche Füllung. Doch umso leichter war diese Europaidee politisch auf der emotionalen Schiene verwendbar (11/88f). Hier traf sich die deutsche Grundsehnsucht mit dem von Pius XII. nicht endenden Aufruf in all seinen Weihnachtsbotschaften: Das friedliche Europa der Zukunft musste von Christen geprägt sein – Atheisten, vor allem solche Moskauer Prägung, fanden in ihm keinen Platz.

Schumacher war keineswegs gegen eine europäische Einigung,⁷⁾ Sie war bereits im Heidelberger SPD-

Programm von 1925, wenn nicht gar schon im Erfurter Programm von 1891 angezeigt. Dort aber war sie gerade verbunden mit der Entkonfessionalisierung der Schule und mit der Verdrängung der Kirche aus der Öffentlichkeit (2/63), Schumachers Ziel war ein „sozialistisches Europa“, das mit dem christlichen Europa eines Pius XII. unvereinbar blieb. Es fällt leicht, sich vorzustellen, wohin die Neigung der Katholiken trieb.

Das Petersberger Abkommen ermöglichte 1949 den Zutritt zum Europarat⁸⁾, die Integration der Bundesrepublik in das freie Europa. Doch Schumacher lehnte ab. Sein Argument war die Saarfrage. Der Beitritt „bedeute die völkerrechtliche Anerkennung der einseitigen machtpolitischen Separation dieses Gebietes vom deutschen Staatskörper durch Frankreich. Die Zustimmung zum Eintritt der Bundesrepublik in den Europarat käme einer Billigung dieses Gewaltaktes gleich ...“ Auch könne Adenauer die Abtrennung der Ostgebiete dann nicht mehr als Unrecht anprangern. Ein weiteres, m.E. das entscheidende Argument gegen das Petersberger Abkommen bildete die Idee hinter dem wirklichen Straßburg: Es sei nicht mehr die soziale Gerechtigkeit, sondern „eher Ausfluss von Traditionen der europäischen Schwerindustrie“. Ein anderes, ein nationales Argument ergab der SPD-Parteitag im Mai 1950 in Hamburg: Die sicherheitspolitischen Entscheidungen würden nicht mehr von Deutschen für Deutschland gefällt. Sie fielen transatlantisch, d.h. wir blieben dabei wehrlos dem Willen anderer anheim gestellt. Daher die Entscheidung gegen einen deutschen Beitritt zum Europarat (16/457f).

4. Gesamtdeutsche Interessen können auch vom besetzten Westdeutschland aus wirksamer vertreten werden, als Adenauer es will und tut

Carlo Schmid schreibt: „Kurt Schumachers Beurteilung der politischen Problematik des Jahrs 1947 lässt sich in den folgenden Sätzen zusammenfassen: Die Sowjetunion ist der Hauptfeind eines demokratischen Deutschlands; sie will Deutschland unter ihre Kontrolle bringen, um die

alles beherrschende Macht in Europa zu werden. Damit verträgt sich nicht, dass die Staaten Europas enge Bindungen mit den USA eingehen.“ (16/302) Diese Argumentation ist auf einen ersten Blick nur schwer verständlich, zumal Schumacher stets äußerst negativ zur These von einer deutschen Brücke zwischen Ost und West stand: „Kurt Schumacher hörte nie auf, vor der Auffassung zu warnen, Deutschland habe die Funktion der Brücke und des Vermittlers zwischen ‘russischem Sozialismus’ und ‘westlichem Kapitalismus’ wahrzunehmen.“ (16/303) Ebensowenig war Schumacher für deutsche Neutralität, einer These, der Carlo Schmid zu Beginn der Nachkriegszeit noch angehangen hatte, von der er sich aber bereits 1946 trennte – bezeichnen derweise schon 1946 mit dem Argument, dann müssten die Weststaaten allzu stark aufrüsten, um Deutschland verteidigen zu können. Dazu wären sie wohl kaum bereit, also bliebe als Alternative nur, dass sie uns Stalin überlassen (16/417). Dies aber konnte man nicht wollen.

Schumacher argumentierte also – im Gegensatz zu anderen FDP – und SPD-Politikern nicht neutralistisch. Er war jedoch fest überzeugt, durch die Lage Deutschlands an der Blockgrenze ein Faustpfand zu besitzen, mit dem man erheblichen Druck auch auf die USA ausüben könnte. McCloy wandte sich warnend gegen Schumachers These: „Wir bekommen sowieso alles. (Die Westalliierten) müssen uns gegen den Osten verteidigen, sonst werden wir kommunistisch.“ (zit n. 16/482) McCloy verwies warnend auf isolationistische Strebungen im amerikanischen Senat, vor allem auf eine nicht unwichtige Gruppe um Senator Taft, die nur auf einen Anlass warte, um ihre Vorstellungen mehrheitsfähig zu machen. Erler hielt diese Gefahr 1952 für nicht gegeben.

Doch Schumacher wie auch explizit Erler sahen mehr Chancen für eine selbstbewusste deutsche Außenpolitik. Im Vorfeld der Brüsseler NATO-Ministertagung von Dezember 1950 fordert Schumacher, die USA müssten 60 Divisionen in Deutschland und zwar an der Elbe aufstellen, sonst würden die USA uns nicht verteidigen, vielmehr das Ruhrgebiet beim Rückzug vernichten, damit es

nicht in die Hände der Sowjets fällt. In einer deutschen Armee sah er keine Chance: Als Wiedergutmachung sollten unsere Truppen für die USA sterben. Und deutsche Offiziere würden mit ihren Truppen überlaufen, „da sie eine zwecklose Vernichtung ihrer Truppen zur Deckung des alliierten Rückzugs nicht verantworten könnten“ (16/413ff). Das war gar nicht so anders bei Adenauer. Doch für Schumacher stand fest: Alle Wünsche Deutschlands müssten vor der Aufrüstung erfüllt sein. Deutschland dürfe keinerlei Vorleistungen erbringen (16/422). Darin unterschied er sich von Adenauer.

Auswirkungen dieser Forderung „keine Vorleistungen“ zeigten sich bei der Unterzeichnung des Montanvertrags (18.04.1951) Schumacher sah darin den endgültigen Verzicht auf das Saarland. Anders Adenauer: Mit der ihm eigenen Zähigkeit⁹ begab er sich auf den Weg hartnäckiger Verhandlungen. Und mit der Unterzeichnung des Saarstatuts am 23. Oktober 1954 in Paris hatte er erreicht, was alle in Deutschland wollten: Die Saarbevölkerung stimmte mit 67,7 % dafür, das zehnte deutsche Bundesland zu werden (16/559).¹⁰

Adenauers Ausdauer-Politik wurde mehrheitsfähig, erschien realistischer als die Alles-oder-Nichts-Position Schumachers. Einer der frühen Erfolge Adenauers – immer im Geleit mit McCloy – war, dass sich die Westalliierten auf der Außenministerkonferenz 1950 in New York verpflichteten: „Sie werden jeglichen Angriff gegen die Bundesrepublik oder Berlin, von welcher Seite er auch kommt, als einen gegen sich selbst gerichteten Angriff behandeln.“ (1/364) Interessant ist dabei auch, dass die Schumachersche Ablehnung der Politik Adenauers in dieser Härte in der SPD selbst auf Widerstand stieß.

Generell gab es Konflikte zwischen Schumacher und den SPD-Ministerpräsidenten. Diese wollten einen schwachen Bund. Vor allem Wilhelm Högn (Bayern) entfremdete sich in dieser Frage von Schumacher. Schumacher fand Widerspruch etwa von Wilhelm Kaisen (Bremen): Wir sollten erst das eigene Haus bestellen und das in enger Anlehnung an die Westmächte. Europapolitik sei ohne Westbindung

so unmöglich wie ohne die Einbeziehung der Bundesrepublik. Darum solle die SPD dem Bestreben der Westalliierten nach einem festen Weststaat folgen. Am schärfsten gegen Schumacher trat Ernst Reuter (Berlin) auf (16/320): Reuter plädierte für einen starken Staat im freien Teil Deutschlands, das auf die SBZ wie ein Magnet wirken würde: „Über kurz oder lang werde dies die Russen zwingen, ihre der Wiederherstellung der Einheit eines demokratischen Deutschlands widerstrebende Politik zu revidieren. Von dieser Gewissheit aus leistete Ernst Reuter der Politik Kurt Schumachers erbittert Widerstand, soweit sich dieser der Umwandlung der drei Westzonen in einen westdeutschen Staat widersetze.“ (16/323) Und Reuter hatte starken Einfluss auf die Militärbefehlshaber, besonders auf General Clay. Darum blieb Schumachers Einfluss auf die Alliierten wiederum begrenzt.

Carlo Schmid sekundierte Schumacher in diesem Punkt: „Je weniger die durch die widersprechenden Interessen der Besatzungsmächte geschaffenen Tatbestände konsolidiert werden, desto wahrscheinlicher sei, dass die Verhältnisse einen Zwang auf die Besatzungsmächte ausüben werden, in Viererverhandlungen über Deutschland einzutreten.“ (16/328) Vierer-Konferenzen waren die große Hoffnung. Dass an ihrem Ende freie gesamtdeutsche Wahlen stünden, schien machbar. Die Vorbehalte der Sowjetunion, aber auch Frankreichs gegen ein freies, dann auch noch bewaffnetes Gesamtdeutschland schienen überwindbar.

Sobald die Währungsreform am 20. August 1948 geschehen war, eröffneten die Alliierten den Ministerpräsidenten¹¹ – die Parteiführer wurden nicht eingeladen – bis zum 1. September 1948 eine verfassungsgebende Versammlung zur Errichtung eines westdeutschen Staat einzuberufen. Sie wollten einen „der Substanz nach ‘richtigen’ westdeutschen Staat“ (16/330). General Clay beklagte sich (16/331), die Deutschen wollten keine Verantwortung übernehmen und sich auf die Besatzer verlassen – gerade auch was Berlin angeht. Dies sei für Deutschland gefährlich. Im Juli

1948 trafen sich die Ministerpräsidenten auf dem „Rittersturz“ bei Koblenz. Die Parteivorsitzenden waren als Gäste eingeladen. Man konnte sich für den Weststaat nicht erwärmen. Die Alliierten nahmen sich die Ministerpräsidenten einzeln vor. Bei Reuter hatten sie den besten Erfolg. Er war es auch, der bei einem erneuten Treffen der Ministerpräsidenten den Ausschlag gab: Ein westdeutscher Staat sei schon wegen Berlins unbedingt erforderlich. Reuter überzeugte die Ministerpräsidenten. Carlo Schmid widersprach vergebens.

Von März 1948 bis April 1949 lag Schumacher krank im Bett. Treffen in seinem Krankenzimmer ergaben, es solle kein deutscher Weststaat gegründet werden, der nun auch deutscherseits die Spaltung verewigte. Der Akzent sollte auf Europa außerhalb Deutschlands liegen. „Auf dem Düsseldorfer Parteitag 1948 warnte (Schumacher) vor einer Europapolitik, die zu einem Ostblock und einem Westblock führen könnte.“ (16/305)

Diese Hoffnung verblieb, wenngleich die Hochkommissare im Juni 1949 die westdeutschen Politiker über die Ergebnisse, besser die Ergebnislosigkeit der Pariser Vierer-Konferenz, unterrichteten. Man war zur eigentlichen Deutschlandfrage gar nicht vorgedrungen. Schumacher äußerte sich danach in aller Deutlichkeit: „Es sei ausschließlich Schuld der Sowjets, dass es nicht zu einer Einigung über Deutschland gekommen ist. Ihre Parole von der Einheit Deutschlands, die sie anstreben, sei eine Schwindelparole. Die Deutschen sollten begreifen, dass aus einer mit Hilfe der Russen zustande gekommenen Vereinigung Deutschlands nichts anderes herauskommen kann als eine das ganze Deutschland umfassende russische Provinz.“ (16/403)

Dennoch wurde der Versuch weiter betrieben, die Siegermächte zu einer für die deutsche Einheit favorablen Lösung zu bewegen. Knapp ein Jahr später, im Mai 1950, ging es um den Schuman-Plan. Schumacher begründete seine Ablehnung mit dem Argument, die Mächte hinter dem Europarat hätten bewiesen, dass sie die deutsche Frage nicht als „Menschheitsfrage“ ernst nehmen. Diese Vision – so auch immer wieder

Erler – müsse deutsche Politik der Welt vermitteln. Nötig seien deutsche Einheit und Einheit ganz Europas (16/460). In seinen Erinnerungen merkt Carlo Schmid (492) hier erstmals an, er habe im Schuman-Plan viele Vorteile gesehen. Und nach seiner Rede im Bundestag, in der er die Montan-Union für die SPD-Fraktion abgelehnt hatte, schreibt er: „Ich gestehe, dass mir bei diesen Ausführungen nicht ganz wohl war.“ (16/519)12)

Nur einen Monat später, im Juni 1950, kam es dann zur Koreakrise. Die Außenminister der westlichen Drei trafen sich im September 1950 in New York. Dort betonte McCloy starke US-Truppen seien in Deutschland notwendig. Dazu sei dann auch ein deutscher Beitrag erforderlich, wenngleich nicht in der Form einer eigenen nationalen Armee. Dies tat er auf dem Hintergrund eines Memorandums, das er von Adenauer erhalten hatte. Gustav Heinemann trat zurück und gründete die GVP. Schumacher erklärte zu den New Yorker-Beschlüssen, er stimme zu, wenn die Alliierten das gleiche Risiko tragen würden wie wir; wenn starke US-Einheiten, 60 Divisionen „an der Elbe“ stünden. Damit reagierte er mit Adenauer gegen mögliche US-Ideen, Europa sei am Rhein zu verteidigen (16/498ff).

Am 24. Oktober 1950 folgte dann der Plevén-Plan. In einer Regierungserklärung vierzehn Tage später vor dem Bundestag plädierte Adenauer für Annahme. Schumacher reagierte u.a. durch kritische Anmerkungen zu den Alliierten: Deutsche Soldaten dienten deren Interessen. Frankreich wolle nur ein sicheres Glacis im Kampfgebiet zwischen Elbe und Rhein. Ähnlich vertrete die USA nur eigene Interessen. Deutschland brauche die waffentechnische Überlegenheit der Angelsachsen: „Ein Kampf ohne Aussicht sei ein Kampf ohne Sinn.“ Dies traf sicherlich zu; nur, welcher US-Präsident würde 60 Divisionen eigener Soldaten an die Elbe entsenden, wenn die Deutschen ihre und nur ihre nationalen Interessen verträten?

In diesem Zusammenhang erwähnt Hermann Graml Herbert Wehner, der „wie so viele unter Schumachers starrer Obstruktionspolitik leidende Sozialdemokraten ein parti-

eller Anhänger der Außenpolitik der Bundesregierung (9/315) war.“ Doch Wehner wie auch Ollenhauer hielten sich mit Kritik zurück, da sie „bereits damit rechneten, dass Schumacher die Forderung nach einer Vier-Mächte-Konferenz aufgreifen wolle, um die selbstverständlich unvermeidliche Ablehnung durch die Alliierten gegen Bundeskanzler Adenauer auszuspielen“ (9/318). McCloy beruhigt Washington, die Kritik bei der SPD werde „nur jenes Maß erreichen, das notwendig sei, um einen Fall gegen Adenauer zu konstruieren“. So wurde bis in die SPD-Spitze hinein klar, dass Schumachers Kurs die eigenen Kräfte überschätzt hatte, um an der effektiven Gestaltung eines dauerhaft friedlichen Nachkriegseuropas eine Spur zu ziehen.

Schumachers Position Ende 1950 war nicht mehrheitsfähig. Doch ebenso wenig blieb Adenauer in der eigenen Regierung ohne Widerspruch. Im Gegenteil, nach Auffassung von Carlo Schmid war der Widerstand von Minister Kaiser damals stärker als der der SPD. Adenauers Westpolitik schien sich von der Wiedervereinigung wegzubewegen. So suchte Kaiser verzweifelt nach einem anderen Konzept. Deutschland sollte als Brücke zum Osten dienen, was praktisch die Neutralisierung forderte. Dieses vereinte Deutschland könne sowjetischen Avancen widerstehen. Ökonomisch jedoch sollte es im Westen integriert sein und auch den militärischen Schutz des Westens behalten. Kaiser glaubte, die Gunst der Stunde sei so zu nutzen. Es kam zu harten Kontroversen mit Adenauer.

Auf diesem Hintergrund muss man die Diskussion im deutschen Katholizismus sehen, beispielsweise im immer wieder verwendeten Weberschen Begriffspaar „Gesinnungsethik vs. Verantwortungsethik“ (5/42). So kam es, dass Kaiser in der CDU nicht mehrheitsfähig wurde und dass es selbst in dem hoch industrialisierten Bundesland Nordrhein-Westfalen der SPD in den 50er-Jahren nicht gelungen (war), in Landtagswahlkreisen mit mehr als 40 % Katholiken ein Direktmandat zu erringen“ (2/68). Die Position Adenauers schien an der Basis überzeugender zu wirken.

*

Wenn ich nun die vier Punkte noch mit der Urteilsbildung unter den deutschen Katholiken in Beziehung setzen darf, so ergibt sich folgendes Bild:

1. Sahen die Katholiken in den antikerikalen Attacken der Gegner einer Westintegration einen Angriff auf sich selbst. Schumacher wie Niemöller oder der Abgang Heinemanns haben das katholische Lager konsolidiert.
2. Wuchs spätestens seit der Berlinblockade 1948 das Bewusstsein, dass der Bedrohung aus Moskau nur im Verbund mit den Westmächten begegnet werden konnte. Zu einer negativen Einschätzung Stalinscher Politik trug wesentlich die Kirchenpolitik im Ostblock bei – seien es die Verfolgungen von Polen bis Ungarn¹³⁾, sei es die 1946 erzwungene Eingliederung der unierten Kirche der West-Ukraine in die Orthodoxie.
3. Glaubte man, das Konzept einer „sozialen Marktwirtschaft“, wie es Müller-Armack entwickelte und Minister Ehrhard propagierte, sei nicht nur von den gegebenen Möglichkeiten die relativ beste. Die Versuche vor allem der Walberberger Dominikaner um PP. Siemer und Welty, einen „christlichen Sozialismus“ zu entwerfen, blieben bald nur noch in kleinen oppositionellen Kreisen lebendig. Die Gerechtigkeitsvorstellungen Schumachers, einschließlich der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, jedenfalls kamen gegen das Eigentumsrecht in der katholischen Soziallehre nicht an. Ins Zentrum rückte die Bewahrung der bedrohten Freiheit. „Frieden um jeden Preis“¹⁴⁾ fand keine Zustimmung, die Freiheit durfte jedenfalls nicht der Preis des Friedens sein. Verantwortungsethik verlangte – dies war immer wieder der Aufruf der Weihnachtsbotschaften: Verteidigung der Freiheit als Recht und als Pflicht, der sich niemand entziehen darf, auch nicht der Staat, dessen Freiheit momentan nicht bedroht ist. Weltweite Solidarität aller demokratischen Staaten in einem System, das man später „kollektive Sicherheit“ nennen wird, sei das Gebot der Stunde. Um dieser Freiheit willen verlegte der BDKJ dann auch nach Elmstein 1952 alle Energie darauf, eine

deutsche Armee zu konzipieren, die preußischem Militarismus ebenso entging wie der bedingungslosen Bindung der Wehrmacht an den Befehl des Führers. Die Bundeswehr sollte nicht wieder Staat im Staate sein, sondern der Freiheit und Demokratie der Bundesrepublik dienen.

4. Fand die Opposition zur Westbindung der Bundesrepublik kaum Zustimmung, wenn man politisch und realistisch die Chancen deutscher Sicherheitspolitik einschätzte. Adenauers zähe Verhandlungspolitik erhielt viel Glaubwürdigkeit, jedenfalls mehr als die großen Töne Schumachers oder Erlers. Erler (52) wendet sich gegen die UN-Untersuchungskommission, die in Gesamtdeutschland feststellen soll, ob Bedingungen für wirklich freie Wahlen bestehen: „Die Aufgabe ist nicht die Untersuchung, sondern die Schaffung der Voraussetzungen für freie Wahlen in allen vier Zonen.“ Welches Deutschland hätte Stalin oder auch nur Frankreich zwingen können? Adenauers Politik war umsichtiger und hatte ja Erfolge. Wenn es ernst wurde wie in Berlin oder in Korea, erfuhr man, auf wen Deutschland angewiesen war.

Erlauben Sie mir abschließend noch – auch in gewisser Weise als Bestätigung eine Begebenheit, die sich im Vorfeld der Bundestagswahl 1953 abspielte, zu schildern. Im November 1951 gründeten Heinemann, Niemöller und Helene Wessel (Zentrum) die „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“, eine Sammlungsbewegung gegen militärische und sonstige Westintegration, pro deutsche Einheit, pro Neutralität und Aussöhnung mit dem Osten. Adenauer war besorgt, dass die CDU in der öffentlichen Wahrnehmung als katholische Partei erscheinen könne. So kam es im März 1952 in Siegen zur Gründung des „Evangelischen Arbeitskreises“ in der CDU. Initiator war Herrman Ehlers, der immer schon Niemöller und Heinemann deftigen Widerstand entgegengesetzt hatte. Die Schlussrede hielt Adenauer. Eine knappe Woche zuvor hatte Stalin in der ersten Note dieses Jahres den Vorschlag unterbreitet, Deutschland zu neutralisieren und mit einer gesamtdeutschen Armee

auszustatten. Adenauer lehnte diesen Vorschlag ab. Zu deutscher Einheit führe kein Weg außer über die Stärke Gesamteuropas, von dem aus auch eine Neuordnung Osteuropas ermöglicht würde! Dies war sicherlich auch taktisch gegen Heinemann und Niemöller gedacht. Tatsächlich aber gewann Adenauer damit auch die mehrheitlich evangelischen Vertriebenen.

Die CDU festigte sich interkonfessionell. Heinemann verwandelte die Notgemeinschaft im November 1952 in die „Gesamtdeutsche Volkspartei“. Ihre Ziele blieben die der Notgemeinschaft: keine Westbindung, Neutralität, Aussöhnung. Heinemann wollte die GVP als die evangelische Partei profilieren: Die Rede war nur noch von der katholischen CDU, vom katholischen Kanzler deren Ziel das einheitlich-katholische Westeuropa sei. Hilfe erhielt die GVP von der Bekennenden Kirche, jetzt den „Bruderräten“ von Martin Niemöller. Das Organ „Stimme der Gemeinde“ unter Pfarrer Mochalski titelte: „Die Wehrmacht des Herrn Frings.“ Für die zweite Bundestagswahl vom 17. Juni 1953 erwartete Pfarrer Mochalski einen „Erdbeben“. Der aber blieb aus. Die CDU gewann 14 % hinzu, erstaunlicherweise auch in mehrheitlich evangelischen Gebieten. Die GVP endete bei 1,1 %! Dies war eine Bestätigung der katholischen Verbandsentwicklung zur Frage wie ein Sieg für beide Amtskirchen – auch für Bischöfe wie Dibelius oder Lilje in der EKD. So war die Ratifizierung der Verträge gesichert. Doch – so schließt Doering-Manteuffel 1985 – „national-neutralistische Feindschaft gegenüber der Bundesrepublik und die nicht selten gesinnungsethisch motivierte Aversion gegen die Grundprinzipien der westdeutschen Sicherheitspolitik sind bei einzelnen Gruppen bis heute erhalten geblieben und nach wie vor virulent.“ (6/335) 1985 war noch die Zeit der Friedensbewegung, eines Eppler, der 1951 als Assistent für Gustav Heinemann in die GVP eingetreten war.

Glücklicherweise haben wir heute das vereinte Deutschland. Und aus heutiger Distanz steht es uns gut an, uns in die damalige Lage zurückzusetzen und an uns selbst die Frage zu richten, welche Fehler wir wohl damals gemacht hätten.

Anmerkungen

- 1) Die Zitation ist wie folgt zu lesen erste Zahl = Titel im Literaturverzeichnis; zweite Zahl ist die Seitenangabe.
- 2) Aus dem gleichen Grund war Carlo Schmid gegen die Einrichtung des Amtes eines Bundespräsidenten. Der Bundestagspräsident sei Repräsentanz genug (16/382). Doch auch dafür fand er keine Mehrheit.
- 3) 1946 gegründet. Bei der Wahl 1949 einigte man sich auf „Einheitslisten“: 25 % SED, je 15 % CDU und LDP. Doch über die Verbände (10 % FDGB, 5 % FDJ ... erhielt die SED 55 % der Mandate (1/28 f).
- 4) Carlo Schmid, *Erinnerungen*, Bern-München-Wien 1979
- 5) Adenauer hatte nie Angst, die Rote Armee würde angreifen (1/353). Im Gegenteil, Stalin würde diese zurückziehen und der auf 120.000 Mann geplanten VOPO den Eingriff überlassen. Dagegen stand Adenauers Forderung nach einer freiwilligen, gut bewaffneten Bundespolizei von bis zu 150.000 Mann (1/351). Eine Aufrüstung der Bundesrepublik lehnte Adenauer lange Zeit ab (1/354) – so auch im Adenauer-Memorandum für Außenministerkonferenz in New York (1/358).
- 6) Dabei waren Adenauers frühe Erinnerungen an die Alliierten alles andere als positiv. Als die Briten ihn nach dem Wahlsieg Labours aus dem Amt des OB von Köln trieben, bestellten sie ihn ein, boten ihm nicht einmal einen Stuhl an. Als Adenauer sich unaufgefordert setzen wollte, wurde ihm befohlen, stehen zu bleiben. Er mäkelte über die Gründungszeit der Bi-Zone Ende 1946: „Es wurde uns sehr viel Demokratie gepredigt, aber es wurde wenig demokratisch gehandelt.“ (1,105) Zur gleichen Zeit kritisiert er die Sowjetpolitik der Westmächte: „Die Politik der Westalliierten uns gegenüber zeigte leider deutlich, dass sie das Ziel der Sowjetunion noch nicht voll erkannt hatten. Die Vereinigten Staaten von Amerika befanden sich im alleinigen Besitz der Atombombe, und hier sahen sie in kurzsichtiger Weise eine absolute Garantie ihrer Überlegenheit gegenüber einer eventuellen, von Sowjetrußland her drohenden Gefahr.“ (1/95 und mehrmals: 106/410) Häufig kritisiert er den schieren Unsinn der bedingungslosen Kapitulation (1/183) und der sinnlosen Demontage, die häufig nur betrieben wurde, um deutsche Industriekonkurrenz auszuschalten. So wurde die Kammfabrik Kolibiri von einem britischen Offizier demontiert, der in England eine gleiche Fabrik betrieb (1/185).
- 7) Auch hinsichtlich der europäischen Einigung bestanden um die Jahreswende 1946/1947 in der SPD noch weitgehende Hoffnungen: „In der ersten Phase dieser Überlegungen war ich irrigerweise noch der Meinung, dass wenigstens ein Teil der späteren Satelliten der Sowjetunion noch für Europa gewonnen werden könnte.“ (16/417)
- 8) Mit der ersten Revision des Besatzungsstatuts vom März 1951 wird die Bundesrepublik Vollmitglied des Europarats. Der Preis war: Die Bundesrepublik musste die Auslandsschulden des Deutschen Reiches übernehmen. Der Gewinn bestand u.a. darin, dass die Bundesrepublik nun erstmals einen „regulären Auswärtigen Dienst“ (1/464) aufbauen durfte, wenngleich sich die Alliierten Eingriffsrechte vorbehalten, falls die Entwicklung in der Bundesrepublik demokratieabgewandte Wege einschlug,
- 9) Carlo Schmid (490f) berichtet, in Deutschland herrsche Anfang der 50er-Jahre die Meinung vor, die UNO wäre imstande „jeden potentiellen Angreifer entsprechend rasch und wirksam zur Ordnung zu rufen“. Die SPD war zu keiner militärischen Beteiligung bereit, solange die Einheit Deutschlands nicht hergestellt wäre. Die USA und England wollten aus der militärischen Verantwortung für ein fremdes Land heraus. Sie verlangten deutsche Streitkräfte und zugleich, dass Deutschland sich mit seiner vorläufigen Teilung abfinde. Ihnen war klar, dass Stalin keine deutsche Einheit zu akzeptablen Bedingungen erlauben würde (16/494). Zu allem Überfluss schloss de Gaulle mit Stalin einen Freundschaftsvertrag ab. Dies war das Umfeld, in dem die für Deutschland bestmögliche Politik konzipiert werden musste.
- 10) Von 1951 bis 1952 stieg die Zustimmung zu Adenauers Politik von 30 auf 52 %. (1/108)
- 11) Wie wenig Kompetenzen die Ministerpräsidenten für eine Bundesregierung vorsahen, zeigt u.a. die Herrenchiemseer Expertentagung (10.-23.08.1941: Bundeseigene Stäbe sollten nur für die Außenpolitik, für die Post und für das Eisenbahnwesen entstehen (16/334). Auch die Finanzaufteilung zwischen Bund und Ländern verlief ausgesprochen kontrovers. Doch um allen Deutschen in etwa gleiche Lebenschancen zu sichern, siegte die Bundesfraktion.
- 12) Dies entsprach jedoch dem Selbstverständnis Schmidts: Sozialdemokrat ist man „dadurch, dass man jedes Mal, wenn die Partei vor eine Entscheidung gestellt wird, sich an eine persönliche Entscheidung wagt und dann für die Entscheidung einsteht, für die sich die Partei ausgesprochen hat.“ (16/460)
- 13) Am zweiten Weihnachtstag nach der berühmten Weihnachtsbotschaft 1948 wurde Kardinal Mindszenty festgenommen. Seinen Leidensweg verfolgte die Westpresse mit Hingabe und Anteilnahme.
- 14) Erst recht konnte man sich in den frühen 50ern nicht mit den „Rückversicherern“ (1/453) abfinden, die aber ein deutliches Licht warfen auf die Stimmung in der Bevölkerung der Bundesrepublik: Man fühlte sich dem Osten wehrlos ausgesetzt.

Literatur

- 1) Konrad Adenauer, *Erinnerungen*, Band I: 1945-1953, Stuttgarter 1987, Band II: 1953-1955, Stuttgart 1966
- 2) Jürgen Aretz, *Katholizismus und deutsche Sozialdemokratie 1949-1963*, in: Langner 61-81
- 3) James Bentley, Martin Niemöller, *Eine Biographie*, München 1985
- 4) Anselm Doering-Manteuffel, *Katholizismus und Wiederbewaffnung: Die Haltung der deutschen Katholiken gegenüber der Wehrfrage 1948-1955*, Mainz 1981
- 5) Anselm Doering-Manteuffel, *Friedensdiskussion und innerkatholisches Selbstverständnis: ein Rückblick auf die Wehrdebatte 1950-1952*, in: Wilhelm Korff (Hrsg.), *Den Frieden sichern*, Düsseldorf 1982, 32-47
- 6) Anselm Doering-Manteuffel, *Die Kirche und die EVG. Zu den Rückwirkungen der Wehrdebatte im westdeutschen Protestantismus und Katholizismus auf die politische Zusammenarbeit der Konfessionen*, in: *Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung*, Boppard 1985, 317-335
- 7) Felix von Eckardt, *Ein unordentliches Leben*, Düsseldorf 1967
- 8) Fritz Erler, *Soll Deutschland rüsten? Die SPD zum Wehrbeitrag*, o.O., o.J.
- 9) Hermann Graml, *Die Legende von der verpassten Gelegenheit. Zur sowjetischen Notenkampagne des Jahres 1952*, in: *Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte* 29 (1981), 307-341
- 10) Heinz Hürten (Hrsg.), *Katholizismus, staatliche Neuordnung und Demokratie: 1945-1962*, Paderborn 1991
- 11) Heinz Hürten, *Zur Haltung des deutschen Katholizismus gegenüber der Sicherheits- und Bündnispolitik der Bundesrepublik Deutschland 1948-1960*, in: Langner 83-102
- 12) Albrecht Langner (Hrsg.), *Katholizismus im politischen System der Bundesrepublik 1949-1963*, Paderborn 1978
- 13) Rudolf Morsey, *Katholizismus und Unionsparteien in der Ära Adenauer*, in: Langner 33-59
- 14) Peter Nellen, *Reden und Aufsätze*, hrsg. v. Heinz Robert Schlette, Düsseldorf 1980
- 15) Josef Rommerskirchen, *Den Frieden sichern: die Kirche in den Auseinandersetzungen um den Verteidigungsbeitrag in den 50er-Jahren*, in: *Kehret um und glaubt – erneuert die Welt: 87. Deutscher Katholikentag vom 1. September bis 5. September 1982 in Düsseldorf*, Paderborn 1982, 165-176
- 16) Carlo Schmid, *Erinnerungen*, Bern-München-Wien 1979
- 17) Franz Josef Strauß, *Die Erinnerungen*, Berlin 1989

Diskussionsbericht

VERA BÜCKER

Der Zeitzeuge **Hans Schroer***) berichtete, dass er als Diözesanleiter der katholischen Jugend des Erzbistums Köln in den 30er-Jahren viel mit dem Oberhausener Kaplan **Rossaint** zusammengearbeitet habe. Noch 1934 hätten sie in Mülheim eine Tagung mit dem Thema „Das Vierte Reich“ abgehalten, worin sich ihre Überzeugung von der zeitlichen Begrenztheit des Dritten Reiches niedergeschlagen habe. Sechs Wochen vor Kriegsbeginn 1939 sei er bei einem Bataillon in Köln Soldat geworden und dies bis zu seiner Entlassung aus russischer Kriegsgefangenschaft 1949 geblieben. Im August 1944 sei er in Gefangenschaft geraten und durch insgesamt 14 Lager gegangen. Als katholischer Jugendführer habe er zu den wenigen Offizieren gehört, die keine Nationalsozialisten gewesen seien, und sei von daher früh ins Gespräch mit den sowjetischen Politoffizieren gekommen. Auf Lehrgängen, die er seit 1946 besucht habe, hätten sie deutlich gemacht, dass die Sowjetunion, nachdem sie Polen und die DDR ihrem Einflussgebiet einverleibt habe, darauf ziele, in den 50er-Jahren am Atlantik zu stehen. Daher würden die Sowjets die Antikriegsbewegung in der Bundesrepublik mit allen Mitteln unterstützen. Nach seiner Entlassung habe er diese Erfahrungen auf Konferenzen, in der Jugendarbeit und beim Verbandsorgan des BDJ, „Der Jungführer“ weitergegeben. Damit wirkte Schroer im Sinne der Adenauerschen Wiederbewaffnungspolitik am Stimmungsumschwung zugunsten einer Wiederbewaffnung mit und unterstützte den Kurs des Vorsitzenden **Josef Rommerskirchen**.

Unmittelbar nach dem Krieg sei der Gedanke „nie wieder Krieg“ in der katholischen Jugend weit verbreitet gewesen, verbunden mit dem Bestreben nach einer Aussöhnung mit den ehemaligen Kriegsgegnern. Der damalige Jugendführer der Diözese Münster, **Harry Neyer**, berichtete, dass der Wallfahrtsleiter von Kevelaer versucht habe, den Bischof von Lourdes, **Pierre M. Théas**, der

in deutscher Haft gewesen war, zum Weißen Sonntag 1948 einzuladen. Ohne sie davon zu unterrichten, seien auch die Bischöfe von Münster und Köln eingeladen worden. Bei dem Treffen habe Bischof Théas eine große Friedensansprache gehalten und zum ersten großen Pax-Christi-Kongress nach Lourdes eingeladen. Viele Jugendliche der Diözese Münster seien daraufhin im Sommer 1948, kurz nach der Währungsreform, der Einladung gefolgt.

Bis Anfang der 50er-Jahre habe es bei den offiziellen Organen der katholischen Jugend kaum Tendenzen gegeben, die die Wiederaufrüstung stärkten. So habe im Januar 1949 im „Fährmann“ ein Artikel „Kriegsgeschrei“ den „Rheinischen Merkur“ wegen dessen Befürwortung der Wiederbewaffnung angegriffen und ihm Wecken der schlummern Militanten und Blasen auf der Kriegstrompete vorgeworfen. Die Elmsteiner Erklärung des BDJ führte Harry Neyer daher zu einem großen Teil auf Rommerskirchen zurück. Sie habe innerverbandlich Diskussionen ausgelöst, in der besonders die „Schar“ in Opposition zum neuen Kurs geraten sei. Doch hätte die politische Großwetterlage den Stimmungsumschwung unterstützt. Besorgt seien die militärische Ausbildung der Volkspolizei der DDR seit 1948, die Einbeziehung der ostmitteleuropäischen Staaten in das sowjetische System, die Berliner Blockade sowie die zunehmenden Kontaktschwierigkeiten mit den Menschen in der SBZ und 1950 der Koreakrieg registriert worden.

Den Kurswechsel befürwortete ebenfalls Kardinal **Joseph Frings**, der auf dem Diözesankatholikentag im Juli 1950 in Köln sich gegen den Pazifismus aussprach und damit die Diskussion als Vorsitzender der Bischofskonferenz im Laienkatholizismus beeinflusste. Bei Bischöfen wie **Lorenz Jäger** von Paderborn habe eine hohe Wertschätzung des Soldaten weiterhin vorgeherrscht; so hätten „alte Kameraden“ anders als andere keine Schwierigkeiten gehabt, bei ihm einen Gesprächstermin zu

erhalten. Auch einzelne Geistliche hätten ihre Kriegserlebnisse glorifiziert. So erzählte ein Zeitzeuge von einem Jugendseelsorger, der ihn in sein Zimmer mitgenommen, die Uniform angezogen und ihm seine Orden gezeigt habe. Auch ein Regens im Priesterseminar habe immer wieder gern über seine Kriegserlebnisse gesprochen. Diese persönliche Erlebniswelt sahen die Zeitzeugen in einem Spannungsverhältnis zu den kirchlichen Ausführungen zu Krieg und Frieden, wie sie **Papst Pius XII.** äußerte.

Auch **Josef Orgass**, damals im Kolpingwerk tätig, bestätigte, dass die weltpolitische Entwicklung einen allmählichen Meinungsumschwung eingeleitet habe. Er sei durch die persönlichen Erfahrungen von ehemaligen russischen Kriegsgefangenen gestützt worden, die die Bedrohung aus dem Osten für eine eher große Gefahr gehalten hätten. So hätten auch ihm sowjetische Politoffiziere gesagt, dass es nur noch eine Frage der Zeit sei, bis sie die Weltherrschaft hätten. Doch erst die geänderte weltpolitische Lage habe den Befürwortern der Wiederbewaffnung die Argumente geliefert, um sich gegen die heimgekehrten Soldaten und ihre „Ohne-uns-Bewegung“ durchzusetzen. Ein weiteres Argument, so Hans Schroer, sei gewesen, dass die Deutschen sich nicht ohne eigenes Engagement von amerikanischen oder französischen Soldaten verteidigen lassen könnten.

Bei der Einführung der Wiederbewaffnung habe es Kommissionen für Kriegsdienstverweigerer gegeben. Als Bürgervertreter war Hans Schroer in Köln daran beteiligt. Die Kommission habe nur diejenigen als Wehrdienstverweigerer anerkannt, die durch schreckliche Erlebnisse bei der Vertreibung aus dem Osten oder in langjähriger russischer Gefangenschaft psychisch belastet waren.

Die Vertreibung habe freilich nicht unbedingt im Sinne des Pazifismus gewirkt. So habe nach dem Bericht von Herrn Orgass – im Essener Kolpinghaus ein Flüchtlingsvertreter die Meinung geäußert,

*) Biographische Daten zu den fett gedruckten Namen im Anschluss an diesen Beitrag.

dass die Amerikaner, wenn sie klug wären, den Deutschen Waffen gäben, damit sie die Russen hinter den Ural jagen würden.

Die Frage der deutschen Einheit trat, so die Zeitzeugen übereinstimmend, hinter dem Gefühl der Bedrohung durch den Bolschewismus zurück. Sie galt – in Übereinstimmung mit der Regierung Adenauer – als langfristiges Ziel, das erst einmal in den Hintergrund geriet. Die Gegner der Wiederbewaffnung argumentierten damit, dass eine Integration westdeutscher Truppen in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) die Wiedervereinigung unmöglich machen würde. Die Befürworter hielten dagegen, dass die westliche Freiheit ein höheres Gut als die Einheit sei. Das Misstrauen gegenüber der Sowjetunion war so ausgeprägt, das auch die verschiedenen sowjetischen Neutralisierungsangebote der 50er-Jahre zumindest im BDKJ keine Resonanz mehr gefunden hätten.

Im Antibolschewismus wie auch in verklärenden Erinnerungen an den Krieg wurden kritisch Kontinuitäten der Mentalität gesehen. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob der Antibolschewismus nahtlos an den nationalsozialistischen Antikommunismus anknüpfen konnte. Der Krieg gegen die Sowjetunion hatte der Kirche die Trennung zwischen Nationalsozialismus und Wehrmacht einerseits und die Akzeptanz des Krieges andererseits erleichtert, denn nun habe in ihren Augen die Wehrmacht nicht nur gegen ein fremdes Land gekämpft, sondern auch gegen eine andere unchristliche Ideologie zur Verteidigung des christlichen Abendlandes. Hieran konnte man anknüpfen; die Erfahrung des Zusammenbruches und der NS-Gräueltaten schienen dagegen zu verblassen. Mit einem persönlichen Erlebnis bestätigte Herr Orgass die neue Qualität des Krieges durch den Angriff auf die Sowjetunion. Er berichtete von einem Gespräch zwischen Soldaten, das er als Hitlerjunge zufällig gehört habe. Sie sagten, dass es mit ihrer Versetzung an die Ostfront anders würde, denn bisher hätten sie es ja mit Kulturvölkern zu tun gehabt. Auch Betstunden für die Bekehrung Russlands hätten das Gefühl der Andersartigkeit verstärkt. Ein weiterer

Aspekt des fortgesetzten Antikommunismus dürfte gewesen sein, dass die Katholiken sich nicht als Verlierer des Krieges verstanden, sondern zumindest auf der weltanschaulichen Ebene als heimliche Sieger. Daher konnten sie das alte Motiv des Antichristen im Kommunismus ungebrochen weitertragen. Die deutschen Katholiken konnten sich durch die Unterstützung von Pius XII. mit seiner deutlichen Zurückweisung der Kollektivschuldanklage, die die katholische Jugend teilweise stark beschäftigt habe, bestätigt sehen.

Die Zeitzeugen hatten unterschiedliche Erinnerungen an das katholische Verhältnis zum Militär. Neben positive Erinnerungen seien gerade im katholisch geprägten rheinischen Teil des Ruhrgebietes Einstellungen getreten, die das preußische Militär nur als Karikatur vermittelten. Sie repräsentierten zwei idealtypische Strömungen im Katholizismus: Die eine war antimilitärisch, weil sie antipreußisch war; die andere, für die Lorenz Jäger als Beispiel gelten mag, identifizierte sich mit dem preußischdeutschen Militär, weil sie auf den Kulturkampf nach seiner Beendigung seit ca. 1900 mit dem Bestreben geantwortet hatte dazuzugehören, um nicht weiter Bürger zweiter Klasse zu sein. Die Wiederbewaffnung bot nun dem deutschen Katholizismus die einmalige Chance dazuzugehören, ohne die als fremd empfundene preußische Tradition übernehmen zu müssen, sondern erstmalig selbst den Geist des deutschen Militärs beeinflussen zu können.

Trotz der offiziellen Unterstützung der Wiederbewaffnung durch den BDKJ seien, so die Zeitzeugen, die jungen Kapläne und die Jugend stärker gegen sie eingestellt gewesen. In der DPSC beispielsweise sei in Düsseldorf über die Frage des Wehrbeitrages nicht gesprochen worden. Größere Unterstützung habe sie bei den Sozialverbänden gefunden, denn diese hätten sich stärker mit dem Antimarxismus identifiziert, da er ihnen durch Schulungs- und Bildungsveranstaltungen vertraut gewesen sei. Sie seien auch stärker in die Meinung der Amtskirche eingebunden gewesen. Doch 1950 hätte die Zeitschrift „Mann in der Zeit“ eine Leserumfrage zum Wehrbeitrag

mit dem Ergebnis durchgeführt, dass 92 % ihn ablehnten. Zwei Jahre später habe die Zeitschrift Adenauer so bedingungslos unterstützt, dass sie als sein Sprachrohr gelten konnte. Die katholischen Sozialverbände hätten so als erste die Opposition gegen die Wiederbewaffnung aufgegeben. In der DPSC-Zeitschrift sei das Thema Wiederbewaffnung erst im Februar 1952 aufgetaucht, zwei Jahre nachdem **Churchill** – im August 1950 – die Beteiligung Deutschlands an einer europäischen Armee gefordert und Adenauer die Notwendigkeit eine Woche später in einem amerikanischen Zeitungsinterview anerkannt hatte.

Hans Sobek berichtete, dass im BDKJ die Frage der Wiederbewaffnung kaum kontrovers diskutiert worden sei. Der oppositionelle Essener Kreis habe in seiner Zeit als Dekanats- und Stadtjugendführer in Essen, 1953-1958, quantitativ keine Rolle gespielt. Die Schar, aus der sich der Essener Kreis teilweise rekrutierte, sei im Führerring des BDKJ nie vertreten gewesen. Das Wie der Wiederaufrüstung sei wohl diskutiert worden. Dabei hätten Nebenkriegsschauplätze eine große Rolle gespielt, die sich aus der Essener Kommunalpolitik ergeben hätten. 1955, am 23. Februar, bei einer Kundgebung des DGB in der Essener Gruga unter der Überschrift „Wiederaufrüstung oder gewerkschaftliches Aktionsprogramm“ habe **Theo Pirker**, seinerzeit Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes, gesprochen. Der BDKJ habe gemeinsam mit der Evangelischen Arbeiterjugend zu einem Boykott der Veranstaltung aufgerufen (s. *Kasten gegenüber*).

Das „Essener Tageblatt“ habe diesen Aufruf in seiner Ausgabe vom 24.02.1955 als „eine entschlossene Antwort“ bezeichnet. Er habe sicherlich dazu geführt, dass an der Tagung statt der erwarteten mehreren Tausend nur ca. 600 Personen teilgenommen hätten.

Die Essener Jesuiten, besonders Pater **Schröder**, hätten den katholischen Boykott besonders gefördert. Das deute darauf hin, dass es sich auch um einen Nebenkriegsschauplatz eines anderen Konfliktfeldes der Katholiken mit dem DGB gehan-

delt habe. In den Tagen vor der DGB-Kundgebung habe der Führungsrat der deutschen katholischen Jugend öffentlich erklärt, dass er prüfen lassen müsse, ob angesichts der einseitigen Stellungnahmen des DGB den Mitgliedern der katholischen Jugend ein Verbleib im DGB zuzumuten sei. Auch habe Pater Schröder in zeitlicher Nähe zu der DGB-Veranstaltung einen Vortrag in den Städtischen Werken Essen zum Thema „Christ und Gewerkschaft“ gehalten und versucht, eine Art christlicher Betriebskerne als Vorläufer der späteren wiedergegründeten Christlichen Gewerkschaften ins Leben zu rufen.

Im BDKJ habe insgesamt die Frage der Wiederbewaffnung keine sehr große Rolle gespielt. Andere Themen wie die Jugendpädagogik, die Jugendsozialarbeit, die Betreuung der Flüchtlinge oder die aufkommende Internationalisierung wären auf viel mehr Interesse gestoßen. Das Jahresthema „Christen in aller Welt“, zu dessen Zentralveranstaltung im Essener Saalbau KoreanerInnen, JapanerInnen und andere geladen gewesen seien, hätten die Arbeit im Führerring viel mehr beschäftigt als konkrete politische Fragen wie die Wiederbewaffnung. Erst als sie entschieden war, sei Interesse an der Frage entstanden, wie sich das innere Gefüge der neuen Armee gestalten würde. Am 04.07.1955 habe Sobek an das im Juni 1955 installierte Verteidigungsministerium einen Brief mit der Bitte geschrieben, einen Referenten für einen Führerschaftstag des BDKJ zu stellen. Thema dieses Tages, der zeitlich bewusst in die Nähe des 20. Juli gelegt worden sei, sei das innere Gefüge einer aufzubauenen Bundeswehr gewesen. Am 13.07.1955 habe er Antwort vom späteren ersten Generalinspekteur der Bundeswehr, **Heusinger**, bekommen:

Aufruf des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend und des Ortsausschusses der Evangelischen Arbeiterjugend in Essen

Der Ortsausschuss Essen des Deutschen Gewerkschaftsbundes führt am Mittwoch, dem 23. Februar 1955, eine Jugendkundgebung durch, die unter dem Thema „Wiederaufrüstung oder gewerkschaftliches Aktionsprogramm“ steht. Wir rufen die uns angeschlossene Jugend auf, dieser Kundgebung fernzubleiben. Nach unserer Auffassung gehört die Behandlung der Wiederaufrüstung allein in die Zuständigkeit des vom Volke gewählten Parlaments. Die Gegenüberstellung von Wiederaufrüstung und gewerkschaftlichem Aktionsprogramm, wie sie im Thema vorgesehen ist, kann nach Lage der Dinge nicht zu einer Klärung, sondern nur zu weiterer Verwirrung führen. Aus diesen Gründen fordern wir die uns angeschlossene Jugend auf, an dieser Veranstaltung nicht teilzunehmen.

*Bund der Deutschen Katholischen Jugend, Essen,
mit den Gliederungen:*

Katholische Jung-Männergemeinschaft (Stamm)

Deutsche Kolpingfamilie, Bezirksverband Essen

Jugend der Katholischen Arbeiterbewegung

Christliche Arbeiterjugend (CAJ)

Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg (DPSG)

Bund Neudeutschland (ND)

Jung-KKV, Bezirk Ruhr

Bund der Katholischen Kaufmann-Jugend

Deutsche Jugendkraft (DJK)

Katholische Frauenjugend

Stamm Christlicher Arbeiterjugend

Pfadfinderinnen St. Georg (PSG)

*Heliand-Bund der Deutschen Mädchen an Höheren
Schulen*

DJK-Frauensportgemeinschaft

Aktion junges Schlesien

„Sehr geehrter Herr Sobek!

Ihr an Herrn Karst gerichteter Brief vom 4.7. ist der zuständigen Stelle des Hauses zur Beantwortung übergeben worden. Zu meinem großen Bedauern muss ich Ihnen mitteilen, dass die Gestellung eines Referenten für den 17. Juli leider nicht möglich ist. Infolge der außerordentlichen Inanspruchnahme kann in diesen Wochen eine Anforderung leider nicht berücksichtigt werden, zumal die infrage kommenden Herren auf längere Zeit hin vergeben sind. Ich bitte Sie um Verständnis für die Situation.

Hochachtungsvoll

i.A. Heusinger

Daraufhin setzte sich Sobek mit einer ihm aus der Jugendarbeit bekannten Referentin der CDU/CSU-

Fraktion in Verbindung, die ihm aus der Fraktion **Peter Nellen** für das Thema „Inneres Gefüge – Bürger in Uniform“ vermittelte. Seine Kernthese sei gewesen: „*Verteidigt Eure Freiheit nach innen und nach außen dann gibt es nie wieder Kommiss*“.

Die innere Ausgestaltung der Bundeswehr habe somit, anders als ihre Gründung, das Interesse des BDKJ gefunden. Bis in die gesetzlichen Maßnahmen hinein habe der BDKJ auf Bundes- und Landesebene mitgearbeitet.

Die Innere Führung, so in der weiteren Diskussion, sei in der Bundeswehr durchaus nicht unumstritten gewesen. So habe in den 60er-Jahren ein Gutachten gefordert, die Innere Führung „fortzuschreiben“, was, wie jeder Insider gewusst habe, ihre Beseitigung bedeutet hätte. Das von Verteidigungsminister **Schröder** in Auftrag gegebene Gutachten habe eindeutig gefordert, den Wehrbeauftragten abzuschaffen. Inzwischen hatte die Regierung gewechselt – zur sozialliberalen Koalition. Der neue Verteidigungsminister

Helmut Schmidt habe sich dem aus der SPD-Fraktion an ihn herangetragenen Wunsch widersetzt, die für das Gutachten verantwortlichen Generale zu entlassen. Schmidt habe die Reformideen dann in einer Form aufgegriffen, an deren Ende die Gründung der Bundeswehruniversitäten gestanden habe.

Die Möglichkeit der Wehrdienstverweigerung sei in den 50er-Jahren in katholischen Kreisen als notwendiger Schutz des irrenden Gewissens diskutiert worden. Ihre Beratung hätten anfangs Studentengemeinden und Pax Christi übernommen. Die Annahme sei selbstverständlich gewesen, dass Kriegsdienstverweigerer ein irrendes Gewissen hätten. Dahinter habe in der deutschen Kirche bei vielen die – falsche – Vorstellung gestanden, das Zweite Vati-

kanische Konzil habe die Kriegsdienstverweigerung als mögliche Alternative gewertet. Die Beratungsstellen sind in den meisten deutschen Diözesen in die Jugendämter integriert worden.

In der Bundesrepublik hätten die Pazifisten somit lange Zeit in der katholischen Kirche einen schweren Stand gehabt. Viele Diskussionsteilnehmer meinten, dass auch der Friedensbund Deutscher Katholiken in der Weimarer Zeit diskriminiert worden sei, wenn man im Blick habe, wie der Kölner Kardinal und sein Generalvikar mit dem Generalsekretär des Friedensbundes umgegangen sei. Der Dominikaner **Franziskus Stratmann** habe es wohl leichter gehabt, weil er seinen Orden im Rücken gehabt habe. Nach 1945 sei aus dem Friedensbund nur noch eine Gebetsgemeinschaft geworden, die nicht mehr politisch gedacht habe. Aus ihm sei Pax Christi hervorgegangen mit dem Selbstverständnis als Gebetsgemeinschaft. Die Versöh-

nungsinitiativen seien vor allem internationale Friedenswallfahrten gewesen. Sowohl in Deutschland wie in Frankreich habe Pax Christi sein unpolitisches Selbstbild betont.

Dementsprechend habe die Wiederbewaffnungsdebatte bei Pax Christi nicht stattgefunden. Erst in den 60er-Jahren seien friedenspolitische Themen aufgegriffen worden. □



Aufstellung der Bundeswehr 1956 in Andernach. Bundeskanzler Konrad Adenauer spricht zu den ersten freiwilligen Soldaten. (Archivfoto)

Biographische Daten zum Diskussionsbericht

Churchill, Winston Leonard Spencer

1874-1965; Offizier im Burenkrieg; 1900 Eintritt in die Politik als Mitglied der Konservativen, wechselte 1904 zu den Liberalen und kehrte 1924 zu den Konservativen zurück; bekleidete von 1906-29 verschiedene Regierungsämter: u.a. Handels- und Innenminister, Erster Lord der Admiralität, Kriegs- und Kolonialminister und von 1924-29 Schatzkanzler; in den 30er-Jahren in innerparteilicher Opposition; durch den Verlauf der ersten Kriegsmonate radikale Wende in der britischen Politik. Als Premierminister von 1940-45 verkörperte Churchill britischen Widerstandsgeist und Durchhaltewillen, legte mit Roosevelt und Stalin die Neuordnung für die Nachkriegsära fest und versuchte vergeblich, die aggressive Expansionspolitik der UdSSR einzudämmen. Nach der Wahlniederlage 1945 Oppositionsführer im Unterhaus; prägte im sich verschärfenden Ost-West-Konflikt („Kalter Krieg“) den Begriff des „Eisernen Vorhangs“ inmitten Euro-

pas; 1951-55 erneut Premierminister; erhielt 1953 den Nobelpreis für Literatur.

Frings, Joseph

1887-1978; Dr. theol.; 20 Jahre Pfarrer in Köln, 1937 Regens am Priesterseminar Bensberg; 1942 zum Bischof geweiht; 1942-69 Erzbischof von Köln, 1945-1965 Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz; 1946 zum Kardinal ernannt. Als Wortführer des deutschen Katholizismus nahm er Einfluss auf die Politik und rief bedeutende katholische Hilfswerke ins Leben: 1959 Misereor, 1961 Adveniat. Frings war maßgeblich am Zweiten Vatikanischen Konzil beteiligt, dessen Präsidium er angehörte.

Heusinger, Adolf

1897-1982; Berufssoldat seit 1915; 1931 Hauptmann im Generalstab, 1940 Generalleutnant und Chef der Operationsabteilung des Heeres; nach dem Attentat auf Hitler vorübergehend in Haft; am Widerstand war er nicht beteiligt. Seit 1950 als

militärischer Berater Adenauers führend am Aufbau der Bundeswehr beteiligt; seit 1952 Leiter der Militärischen Abteilung der „Dienststelle Blank“ (dem späteren Verteidigungsministerium); 1957 erster Generalinspekteur der Streitkräfte; 1961-64 als erster Deutscher Vorsitzender des Militärausschusses der NATO).

Jaeger Lorenz

1892-1975; 1926-39 Religionslehrer in Herne und Dortmund; Obmann der katholischen Religionslehrer an den Höheren Schulen Westfalens; Divisionspfarrer im Zweiten Weltkrieg; 1941-73 Erzbischof von Paderborn, 1965 zum Kardinal ernannt. Dem ökumenischen Gedanken verpflichtet, gründete er 1957 das Johann-Adam-Möhler-Institut für Ökumenik in Paderborn; regte in der Vorbereitungsphase des Zweiten Vatikanums die Einrichtung des Päpstlichen Rates für die Förderung der Einheit der Christen an (bis 1988 Sekretariat für die Einheit der Christen).

Nellen, Peter

1912-1969; seit 1940 Oberschullehrer, Soldat im Zweiten Weltkrieg 1946 Regierungsrat und Dezernent für Volkshochschulwesen, Jugendpflege und Sport im Regierungspräsidium Münster; trat der CDU bei und war seit 1949 Mitglied des Bundestages; 1960 wechselte er wegen wehrpolitischer Konflikte mit seiner Partei zur SPD und wurde 1965 für diese in den Bundestag gewählt.

Neyer, Harry

*1930 in Düsseldorf; seit 1947 Mitglied der Deutschen Pfadfinderschaft Sankt Georg (DPSPG); Redakteur; 1960-65 Chefredakteur der Zeitschrift „Fährmann“ in Freiburg; 1965-71 Bundesvorsitzender der DPSPG, 1969-71 stellv. Bundesvorsitzender des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ); langjähriger Vorsitzender des BDKJ-Ausschusses für Friedensdienste (zunächst Landesverteidigung); acht Jahre Mitglied im Beirat für Fragen der Inneren Führung beim Verteidigungsministerium; 1971-95 tätig bei der durch die Deutsche Bischofskonferenz und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) getragenen Kommission „Justitia et pax“, zuletzt als Geschäftsführer und verantwortlicher Redakteur der Kommissionspublikationen; engagiert in verschiedenen Friedens- und Entwicklungsprojekten.

Orgass, Josef

*1927 in Essen; Soldat, Ende 1945 aus russischer Kriegsgefangenschaft entlassen; 1954-58 Landesgeschäftsführer des Kolpingwerkes in Nordrhein-Westfalen, danach Diözesanreferent des Kolpingwerkes – Diözesanverband Essen; 1963-92 Diözesanreferent im Bistum Essen, Leiter der Abteilung Männer im Dezernat für pastorale Dienste (Seelsorgeamt), verantwortlich für den Öffentlichen Dienst und für die berufsethische Bildungsarbeit, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft katholischer Mannesorganisationen im Bistum Essen, Vertreter des Dezernenten; Vorstandsmitglied der Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands; 1980-90 Mitglied der

Vollversammlung des Zentralkomitees deutscher Katholiken (ZdK), Mitarbeit in der Kommission 8 „Pastorale Grundfragen“.

Papst Pius XII.

1876-1958; bürgerlicher Name: Eugenio Pacelli; trat nach seiner Priesterweihe 1899 in den Dienst der Kurie; 1917-25 Nuntius für Bayern, 1920-29 Nuntius für das Deutsche Reich. Das Reichskonkordat (1933) und die Konkordate mit Bayern, Preußen und Baden tragen maßgeblich seine Handschrift; seit 1929 Kardinal, seit 1930 Staatssekretär unter Papst Pius XI., seit 1939 Papst; bemühte sich um Friedensinitiativen und humanitäre Hilfsprogramme während des Krieges; verkündete 1950 das Dogma der Himmelfahrt Marias. Pius XII. äußerte sich zu fast allen grundsätzlichen Fragen der Kirche und der Gesellschaft.

Pirker, Theo

1922-1995; Soziologe; Redakteur der katholischen Zeitschrift „Ende und Anfang“, Mitarbeit an der Zeitschrift „Sozialistische Politik“; in den 60er-Jahren Lehrauftrag in Dacca (Ost-Pakistan); Promotion in Heidelberg, 1972 auf den Lehrstuhl für industriesoziologische Forschung an der Freien Universität Berlin berufen.

Rommerskirchen, Josef

*1916 in Odenkirchen; Ausbildung im Verlags- und Zeitschriftenwesen; Mitglied des Bundes Neudeutschland (ND) und der Sturm-schar, Sekretär des Reichsobmanns des Katholischen Jungmännerverbandes, Albert Steiner 1937-47 Reichsarbeits- und Wehrdienst, Kriegsgefangenschaft; 1947 Mitbegründer des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), bis 1952 BDKJ-Bundesführer; 1949 Mitbegründer des Deutschen Bundesjugendringes (DBJR), bis 1952 dessen Vorsitzender; seit 1952 Referatsleiter der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn, 1977-81 Direktor dieser Institution; 1960-76 CDU-Abgeordneter im Bundestag, Mitglied des Verteidigungsausschus-

ses; 1982-92 im Vorstand der Stiftung Bundeskanzler Adenauer-Haus Rhöndorf.

Rossaint, Joseph Cornelius

1902-1991; Dr. theol., Priester des Erzbistums Köln; trat 1928 dem Friedensbund Deutscher Katholiken und der Zentrumsparterie bei; 1927-32 Kaplan in Oberhausen, danach in Düsseldorf; engagierte sich stark in der Jugendarbeit und -seelsorge, insbesondere im katholischen Jungmännerverband, und kümmerte sich um arbeitslose Jugendliche; galt als einer der „roten“ Kapläne im Ruhrgebiet. Nach einer gemeinsamen Flugblattaktion mit dem Kommunistischen Jugendverband gegen die wiedereingeführte Wehrpflicht wurde er 1936 verhaftet und zu elf Jahren Zuchthaus verurteilt. Infolge grundsätzlicher Differenzen mit der Kölner Kirchenleitung übte er nach dem Krieg sein Priesteramt nicht mehr aus, starb aber versöhnt mit der Kirche; 1947 Mitbegründer der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, wurde 1961 ihr Vorsitzender, 1971 ihr Präsident.

Schmidt, Helmut

*1918 in Hamburg; Diplom-Volkswirt; 1953-62 und 1965-87 für die SPD Mitglied des Bundestages, während der Großen Koalition 1966-69 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion; 1968-83 stellv. Vorsitzender seiner Partei. Er wandte sich in den 50er-Jahren entschieden gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, in der er als Verteidigungsminister von 1969-72 Reformen durchführte; 1972-74 Wirtschafts- (für sechs Monate) und Finanzminister; nach dem Rücktritt Brandts im Mai 1974 zum Bundeskanzler gewählt. Seine größten Herausforderungen waren innenpolitisch die Bekämpfung des RAF-Terrorismus, außenpolitisch die Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses angesichts der Hochrüstung der UdSSR. Nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition wurde Schmidt durch ein konstruktives Misstrauensvotum des Bundestages am 1. Oktober 1982 als Bundeskanzler abgelöst.

Schröder, Gerhard

1910-1989; Rechtsanwalt in Berlin, 1934 zum Dr. jur. promoviert; Mitglied der NSDAP, wandte sich jedoch später angesichts der nationalsozialistischen Kirchenpolitik der „Bekennenden Kirche“ zu; 1945 Mitbegründer der CDU, 1955-1978 Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, 1969-73 stellv. Bundesvorsitzender der Union; 1949-1980 Mitglied des Bundestages, leitete 16 Jahre drei wichtige Ministerien: 1953-1961 Innenminister, 1961-1966 Außenminister, 1966-69 Verteidigungsminister in der Großen Koalition. Bei der Wahl zum Bundespräsidenten 1969 unterlag er Gustav Heinemann; leitete 1969-80 den Auswärtigen Ausschuss des Bundestages.

Schröder, P. Paul SJ

1910-1996; geboren in Watten-scheid-Sevinghausen; Jesuit (SJ) 1940 Priesterweihe in Valkenburg, Niederlande; wirkte sei 1947 in Essen als Männer- und Betriebsseelsorger und als Leiter des Betriebsseminars; stand in inhaltlicher Opposition zu den Sozialauffassungen von Oswald von Nell-Breuning SJ; geistlicher Begleiter der „Töchter vom Herzen Mariä“; seit 1977 Seelsorger am St. Elisabeth-Krankenhaus in Hattingen-Niederwenigern.

Schroer, Hans

* 1913 in Mülheim/Ruhr; journalistische Tätigkeit bei der „Mülheimer Zeitung“, 1936 entlassen aufgrund seines ehrenamtlichen Engagements als Pfarrjugend- und Bezirks-Sturmscharführer; widmete sich fortan beruflich der Jugendarbeit und -bildung; Mitarbeit im Jugendhaus Düsseldorf, 1937 der erste hauptamtliche Diözesanführer der katholischen Jugend im Erzbistum Köln; 1939-50 Soldat und Kriegsgefangenschaft; seit 1950 Religionslehrer an Berufsschulen; 1959-79 Diözesanreferent im Bistum Essen, zuletzt Leiter der Abteilung Ehe und Familie im Dezernat für pastorale Dienste (Seelsorgeamt). Schroer war Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der Katholischen Familienbildung und Vizepräsident des

Familienbundes der Deutschen Katholiken; Mitbegründer der Zeitschrift „Neue Gespräche“; widmet sich lokalgeschichtlichen Forschungen und Studien.

Sobek, Hanns

* 1928 in Essen; Anfang 1945 zum Reichsarbeitsdienst eingezogen; seit 1953 Lehrer an der Volksschule (später: Grundschule); 1963-90 Rektor der Stiftsschule in Essen; Mitglied der Katholischen Jungmännergemeinschaft (später: Katholische Junge Gemeinde – KJG); 1952-58 Stadtjugendführer des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) in Essen, 1959-62 hauptamtlicher Diözesanjugendführer des BDKJ im neu gegründeten Bistum Essen, zugleich Referent im Bischöflichen Jugendamt; 1959 Mitbegründer von Pax Christi im Bistum Essen; gehörte viele Jahre dem Katholikenausschuss in der Stadt Essen an, 1995-98 als Vorsitzender. Kommunalpolitische Tätigkeit: 1961-94 Ratsmitglied der Stadt Essen für die CDU, langjähriger Vorsitzender des Sportausschusses, 1984-94 Bürgermeister.

Stratmann, P. Franziskus OP

1883-1971; Jurastudium in Lausanne; 1905 Eintritt in den Dominikanerorden, 1912 Priesterweihe in Köln; Lehrer am ordenseigenen Gymnasium in Vechta; seit 1914 Studentenseelsorger in Berlin; Mitarbeit im Friedensbund der Deutschen Katholiken, wird eine der führenden Persönlichkeiten dieser Bewegung; zahlreiche Vorträge und Artikel zur

BUCHBESPRECHUNG:

Jürgen Kleindienst Hrsg.: *Zwischen Kaiser und Hitler. Kindheit in Deutschland 1914–1933. 47 Geschichten und Berichte von Zeitzeugen.* – Berlin: JKL Publikation 2002, Reihe ZEITGUT, Bd 15; 345 Seiten m. vielen Abb., Chronologie, Ortsregister, geb.

In der Reihe ZEITGUT erzählen Zeitzeugen ihre persönliche Geschichte, die damit einen lebendigen Einblick in die faszinierende jüngste Geschichte eines ganzen Volkes ist. Das vorliegende Buch gibt einen Einblick, wie Kinder ihre Zeit erfahren, wie sie aus der Ferne den Ersten Weltkrieg erleben, wie eine neue Zeit hereinbricht. Hunger, Steckrüben, Quäker-Speisung, Inflation und neues, stabiles Geld. Es folgen Aufschwung, die goldene Zwanziger, Völkerbund und „Schwarzer Frei-

Friedensfrage, empfindet seine „Hinwendung zum Pazifismus wie eine Konversion“; 1933 von der Gestapo verhaftet und für mehrere Monate inhaftiert; nach Rom versetzt, dort Beichtvater an Santa Maria Maggiore; geht im Herbst 1938 nach Holland und arbeitet im Komitee von Utrecht mit, das sich um die Opfer des Nationalsozialismus sorgt. Vor dem Einmarsch der deutschen Truppen flieht er nach Flandern und findet Unterschlupf im Kloster der Dominikanerinnen in Lint; 1947 Rückkehr nach Deutschland, lässt sich im Kloster Walberberg nieder; widmet seine ganze Kraft schriftstellerischer Arbeit und intensiver Predigt- und Vortragstätigkeit; seit 1965 Seelsorger bei den Dominikanerinnen in Hochdahl, Rheinland.

Théas, Pierre Marie

Bischof von Lourdes/Tarbes, Frankreich; Initiator der internationalen katholischen Friedensbewegung Pax Christi (PC). Die Idee der Versöhnung der verfeindeten Länder entstand, als Théas 1943/44 im Staatsgefängnis von Compiègne inhaftiert war, nachdem er in einer Predigt den Abtransport von Juden angeprangert hatte. Gegründet wurde PC durch einen von ihm angeregten Gebetsaufruf für den Frieden und zur Versöhnung mit Deutschland, den 40 französische Bischöfe der Résistance am 10. März 1945 unterzeichneten. Die deutsche Sektion wurde am 3. April 1948 in Kevelaer ins Leben gerufen. PC war in den Anfängen spirituell, später auch zunehmend politisch ausgerichtet. □

tag“, der die Weltwirtschaftskrise einläutet. Schiefertafel und Griffel sind ebenso Thema der Erzählungen wie die Suche der Kinder nach dem Nachrichtensprecher im Radio. Angesichts der leeren Staatskasse, einer katastrophalen Versorgungslage und des wachsenden Arbeitslosenheeres fallen Hitlers Heilsversprechungen auf fruchtbaren Boden. Anfang 1933 wird die erste deutsche Republik abgeschafft, Deutschland wird zur Diktatur und steuert auf den nächsten Weltkrieg zu. „Ich erinnere mich noch genau an den Tag, als in den Hamburger Straßen nur noch rote Fahnen mit dem Hakenkreuz zu sehen waren. Zu Hause ... hörten wir im Radio Marschmusik und Berichte über den neuen Reichskanzler. Es war der Tag nach meinem zehnten Geburtstag, der 30. Januar 1933.“ (PS)

Das Drama im Heiligen Land

Der Nahostkonflikt beschäftigt die Welt mehr denn je. Wie können wir aus christlicher Sicht die Eskalation der Gewalt im Heiligen Land bewerten? Ein heikles Thema. Die katholische Kirche hat in einem Fünf-Punkte-Programm ihre Forderungen an beide Konfliktparteien zum Ausdruck gebracht. Lässt sich die gegenwärtige Zuspitzung des Konflikts nicht als heilsgeschichtlichen Prozess der Läuterung Israels verstehen? Es geht um die Frage der Erwählung des Volkes Gottes, aus dem der Erlöser hervorgegangen ist. Der Beitrag ist mit freundlicher Genehmigung der Redaktion der Monatszeitschrift „Kirche heute“, Nr. 5/Mai 2002, entnommen.

ERICH MARIA FINK

Historische Stunde für Israel

Für Israel ist eine historische Stunde angebrochen. Der Nahostkonflikt hat Dimensionen angenommen, welche die unmittelbar betroffenen Parteien weit übersteigen. Die ganze Menschheitsfamilie sieht sich herausgefordert. Sowohl den Palästinensern als auch dem Volk Israel gilt die internationale Aufmerksamkeit. Es wird über die berechtigten Ansprüche beider Seiten nachgedacht, aber auch an beiden Seiten Kritik geübt. Und gerade die Reflexion über die konkrete Situation im Nahen Osten führt zu einem tieferen Verständnis der allgemein gültigen Prinzipien, die menschliches Zusammenleben in Gerechtigkeit und Frieden garantieren.

Die kritische Auseinandersetzung mit den Palästinensern zwingt die internationale Staatengemeinschaft zu einer einmütigen Verurteilung jeder Art des Terrorismus, insbesondere wenn er sich auf religiöses Gedankengut abstützt. Die Selbstmordattentate sind ein durch nichts zu rechtfertigendes Phänomen, das die islamische Welt noch lange beschäftigen wird. Dabei haben die Terrorakte vom 11. September 2001 zu einer echten Gewissenserforschung in der islamischen Welt geführt. Der Islam als Ganzes beginnt zu verstehen, dass er sein Selbstverständnis als Religionsgemeinschaft läutern und neu finden muss. Erste Anzeichen dafür sind die Erklärungen, die am 24. Januar beim Friedensgebet in Assisi von allen Be-

teiligten abgegeben wurden. Der Islam hat einen Umwandlungsprozess eingeläutet. Wichtige religiöse Führer haben sich nun eindeutig von allen fundamentalistischen Gruppen distanziert, die im Namen der Religion Gewalt anwenden und rechtfertigen und die Religion für ihre fraglichen politischen Ziele missbrauchen. Der Islam gelangt dann zu einem neuen Selbstverständnis, wenn er die Jahrhunderte alte Tradition des „heiligen Krieges“ überwindet und sich in den internationalen Konsens der Menschen- und Völkerrechte insbesondere im Hinblick auf die Gewissens- und Religionsfreiheit integriert. Man muss der islamischen Welt Zeit für diese Neubesinnung geben, darf aber auch nicht müde werden bei jeder Gelegenheit immer wieder neu an die allgemein gültigen Prinzipien zu appellieren. – Dieses Thema soll hier nicht weiter vertieft werden. Vielmehr richtet sich unsere Aufmerksamkeit nun auf Israel, das auf ähnliche Weise zur Entscheidung gerufen ist, wie unter anderen Vorzeichen der weltweite Islam.

Die wachsende Kritik am Verhalten Israels gegenüber den Palästinensern und an seiner Ignoranz gegenüber den Forderungen der Völkerfamilie lässt immer deutlicher werden, dass für das auserwählte Volk Israel eine geschichtliche Stunde der Läuterung begonnen hat. Entweder reinigt Israel sein Selbstverständnis, oder es ist in seiner Existenz ernsthaft bedroht. Der Umdenkungsprozess, zu dem Israel durch die Zuspitzung der Lage gezwungen

ist, hat aus christlicher Sicht durchaus heilsgeschichtlichen Charakter.

Im Folgenden versuchen wir uns an einen Gegenstand heranzutasten, der sehr schnell missverstanden werden kann. Es geht darum, die Welt vor einer neuen Welle des Antisemitismus zu bewahren. Das christliche Verständnis von göttlicher Erwählung kann dazu eine Hilfe bieten.

Der Anspruch Israels auf das Heilige Land

Auf der einen Seite steht Israel mit seinem Anspruch auf das Heilige Land. Dabei versteht Israel die Staatsgründung nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur als unabdingbare und berechtigte Antwort der internationalen Staatengemeinschaft auf den Holocaust. Es beruft sich darüber hinaus wesentlich auf die Landverheißung Gottes, wie sie im Alten Testament formuliert ist. Dabei haben sich unter den Verantwortlichen zwei Richtungen herausgebildet.

Die orthodoxen Juden deuten diese Zusage im streng religiösen Sinn. Sie glauben an einen persönlichen überzeitlichen Gott, der damals wie heute das auserwählte Volk Israel sein Eigen nennt. Auf dieser Linie wenden sie die Jahrtausende alten Worte Gottes unmittelbar auf den Kampf gegen das palästinensische Volk an.

Die andere Richtung begründet den besonderen Status Israels ohne Rückbindung an einen überzeitlichen und persönlich ansprechbaren Gott. Sie hat eine zwar religiös motivierte, aber letztlich politische Ideologie geschaffen, die in einem geschichtsphilosophischen Ansatz verwurzelt ist. Aus dem Lauf der Geschichte leitet diese Ideologie das Recht Israels auf das Heilige Land ab. Es handelt sich um einen Nationalismus, der mit einem Rückgriff auf eine über allem stehende Geschichtsmächtigkeit eine in die israelische Seele eingewurzelte Sendung für die übrige Welt abzulesen versucht. Hier ist unter anderem der zionistische Ansatz anzusiedeln.

Das also durchaus verschieden begründete Festhalten am Vorrecht Israels auf den Besitz des Heiligen Landes ist letztlich das einzige Moment das beide Richtungen im kulturellen Pluralismus des modernen Israels zusammenhält und vereint. Hervorzuheben ist gleichzeitig, dass viele Israelis einen religiös verbrämten Anspruch auf das ganze Heilige Land nicht teilen. Neben fanatischen Siedlern gibt es die vielen Israelis, die nichts anderes wollen, als in Sicherheit zu leben, und deshalb jede Bemühung um Frieden gutheißen, die zu einem gerechten und würdevollen Zusammenleben von Israelis und Palästinensern führt.

Trotzdem verbirgt sich im Anspruch Israels auf das Heilige Land auch heute noch der biblische Erwählungsgedanke. In ihm lebt die Überzeugung, dass Israel ein Erbe trägt, das es vom Rest der Menschheit unterscheidet. Dies prägt ohne Zweifel das politische Ringen im heutigen Staat Israel. Sei es die Siedlungspolitik, sei es das Für und Wider zu einem echten Friedensprozess, sei es die Diskussion um die Hauptstadt Jerusalem, immer äußert sich dabei ein Selbstverständnis der Israelis, das ohne Rückgriff auf die biblische Verwurzelung und die Einheit von Nation, Religion und Politik nicht zu verstehen ist.

Diese Verbindung führte in den vergangenen Jahrzehnten auch zu einer dezidierten Akzentsetzung in der israelischen Armee. Weithin wurden die israelischen Soldatinnen und Soldaten in einem Geist gedrillt, der in der aktuellen Tötungsmaschinerie seinen Ausdruck findet. Die erschreckende Bereitschaft zu töten, wie wir sie heute beim israelischen Militär beobachten, ist das Ergebnis einer langen geistigen und gesellschaftspolitischen Entwicklung. Leider hat sie bei den Verantwortlichen der internationalen Organisationen bis dato wenig Kritik hervorgerufen. Was diese Bereitschaft betrifft, um einer ideologischen Zielsetzung willen zu töten, so ist dieser Geist seinem Wesen nach jedenfalls als fundamentalistisch zu bezeichnen. Denn offensichtlich geht es längst nicht mehr nur um Selbstverteidigung. Vergeltung mischt sich mit dem Bedürfnis

nach Sicherheit, aber dem Anschein nach ebenso mit dem politischen Kalkül, den gegenwärtigen Krieg für einen neuen Vorstoß in die palästinensischen Gebiete auszunützen.

Der Anspruch der Völkergemeinschaft

Auf der anderen Seite steht die Völkerfamilie mit ihrer historischen Errungenschaft der allgemeinen Menschenrechtserklärung. Es ist offensichtlich, dass das Selbstverständnis Israels mit dem Verständnis der allgemeinen Menschenrechte in Konflikt geraten musste. Gerade die laufende Auseinandersetzung macht den tiefen Mangel offenbar, den die israelische Politik seit einem halben Jahrhundert aufweist. Will Israel in der internationalen Staatengemeinschaft als Partner seinen Fortbestand sichern, so muss es sich mit einem neuen Selbstverständnis in die allgemein gültigen Regeln der Menschenrechte einfügen. Bisher jedoch zeigt das Verhalten Israels den Palästinensern gegenüber, dass es die eigenen Ziele über die Rechte des palästinensischen Volkes stellt. Daraus ergeben sich echte Menschenrechtsverletzungen, ja ein im Widerspruch zu den Menschenrechten stehender politischer Status dieser Bevölkerung. Beides stellt letztlich die Ursache für die Gewaltspirale im Heiligen Land dar und kann von der internationalen Staatengemeinschaft nicht länger zugelassen werden.

Das christliche Verständnis der Erwählung Israels

Als Christen sind wir davon überzeugt, dass das Volk Israel am Beginn seiner Geschichte von Gott auserwählt und berufen worden ist. Gleichzeitig glauben wir, dass Gott seinem Wort treu bleibt und die besondere Erwählung dieses Volkes nie zurücknimmt. So gesehen stellt Israel auch heute gegenüber allen anderen Völkern etwas Besonderes dar. Dass die Israeliten als ganzes Volk den Erlöser nicht erkannt und angenommen haben, ändert daran nichts. Der heilige Paulus sieht darin den geheimnisvollen Plan Gottes, nach dem die Frohe Botschaft für alle Menschen

bestimmt ist und über die Grenzen des auserwählten Volkes Israel hinausgetragen werden muss. Für die „Endzeit“ aber erwartet Paulus für das Volk Israel eine neue Aufgabe. Er hat die sichere Hoffnung dass Israel den Herrn erkennen und ein besonderes Werkzeug zum endgültigen Aufbau des Reiches Gottes werden wird.

Wir brauchen uns darüber keine Gedanken machen, wie und wann sich diese Verheißung erfüllen wird. Doch muss das Festhalten an der Erwählung des Volkes Israel unser Verhältnis zu ihm prägen.

Als Christen verteidigen wir den besonderen Status Israels aus einem zweifachen Grund. Zum einen möchten wir der göttlichen Berufung Israels gerecht werden, zum anderen geht es um die Kirche selbst. Denn die Erwählung des Volkes Israel ist das Fundament für die Erwählung des neuen Gottesvolkes, der Kirche. Wie Gott seinen Plan dem Stammvater des auserwählten Volkes Israel geoffenbart hat, so ist dieser Plan in Jesus Christus zur Vollendung gelangt. Gott hatte Abraham verheißt, dass durch ihn alle Völker der Erde Segen erlangen werden. Christus ist nicht um seiner selbst willen erschienen, sondern damit die Welt durch ihn gerettet werde. In der Nachfolge Christi versteht sich in gleicher Weise auch die Kirche, das Volk Gottes, in dem die Erwählung Israels auf besondere Weise weiterlebt. Das II. Vatikanische Konzil hat sich zum Ziel gesetzt, dieses Selbstverständnis neu herauszuarbeiten. Ein Ergebnis ist die bekannte Formulierung: Die Kirche ist „Sakrament, das heißt Zeichen und Werkzeug für die innigste Vereinigung mit Gott wie für die Einheit der ganzen Menschheit“ (LG 1). Der entscheidende Gedanke dabei ist, dass die Christen nicht in erster Linie um ihrer selbst willen berufen sind, sondern dafür, dass sie in der Hand Gottes ein Werkzeug bilden, durch das die ganze Welt Erlösung und Heil empfangen soll.

Die Läuterung des Selbstverständnisses Israels

Ist Israel bereit, einen eigenen Staat der Palästinenser mit allen in-

ternational garantierten Rechten auf dem Gebiet des historischen Heiligen Landes als Partner anzuerkennen? Ist Israel bereit, die heiligen Stätten als Erbe der ganzen Menschheit zu schützen und die damit verbundenen Rechte und Ansprüche der Anhänger aller drei monotheistischen Religionen zu achten? Das sind zwei entscheidende Fragen, die sich aus der jetzigen Situation ergeben und die gleichzeitig die Erwartung der Völkergemeinschaft Israel gegenüber zum Ausdruck bringen.

Israel hätte jetzt die historische Chance, sich von einem selbstbezogenen Erwählungsverständnis zu trennen und sich zu einem neuen Sendungsbewusstsein im ursprünglichen Sinn seiner Berufung hin zu entwickeln, nämlich ein Segen für alle Völker zu werden. Würde sich Israel vor den Augen der ganzen Welt bereit erklären, um der allgemeinen Menschenrechte willen, sowohl den Palästinensern als auch den Anhängern anderer Religionen entgegenzukommen, so würde es nichts von seinem einzigartigen Erbe verlieren. Vielmehr würde es Zeugnis dafür ablegen, dass die Menschenrechte als Erbung der Menschheitsfamilie Frucht der jüdisch-christlichen Offenbarung sind. Benötigt der heutige Angriff auf das Leben nicht mehr denn je diese Grundlage, um die fundamentalen Rechte eines jeden Menschen zu sichern? Kann es sich Israel, das von Gott als Werkzeug und Wegbereiter einer friedlichen Koexistenz aller Völker auf der Grundlage der Menschenrechte berufen worden ist, leisten, auf Dauer durch sein eigenes Verhalten ein „Gegenzeugnis“ zu dieser für die Zukunft der Menschheit unentbehrlichen Basis zu geben?

Was würde es bedeuten, wenn Israel ganz bewusst und entschieden diesen Schritt vollziehen würde? Die Existenz eines eigenen Palästinenserstaates auf dem Boden des Heili-

gen Landes wäre nicht ein Zeichen der Schwäche Israels, nicht Ausdruck seines Versagens, nicht ein Aufgeben einer göttlichen Verheißung, sondern ein bleibendes und sichtbares Zeugnis für seine Proexistenz unter den Völkern, sein „Dasein“ für die anderen, seine Bereitschaft, der Staatengemeinschaft zu dienen.

Es wäre auch ein Dienst am Verständnis der christlichen Erwählung, die durch das Verhalten des auserwählten Volkes Israel verdunkelt wird. Gleichzeitig würde sich Israel

nis für seinen Glauben an einen persönlichen Gott, der den Lauf der Geschichte in seiner Hand hält.

Forderungen der Kirche

Im Sinn des bisher Dargelegten hat die katholische Kirche in knapper Form eine Stellungnahme zum Nahostkonflikt vorgelegt, die in der Öffentlichkeit bislang wenig Beachtung gefunden hat. Es handelt sich um Anforderungen in lediglich fünf Sätzen (*siehe Kasten*). Die Kirche ist davon überzeugt, dass darin alles

Notwendige zur Lösung des Nahostkonflikts enthalten ist. Gleichzeitig stellt es in den Augen der Kirche den einzig möglichen Weg aus dieser weltpolitischen Tragödie dar. Noch nie hat der Papst während seines Pontifikats die ihm zur Verfügung stehenden politischen Hebel so eingesetzt wie in diesem Fall. Nicht nur der OSZE und anderen internationalen Einrichtungen wurde das Fünf-Punkte-Programm übermittelt, Auch wurden die Botschafter aller involvierten Länder einberufen und mit dem Lösungsvorschlag konfrontiert. Dabei brachte der Papst deutlich zum Ausdruck, dass jetzt kein politischer oder religiöser Führer mehr schweigen oder untätig bleiben dürfe. Alle Menschen guten Willens sollten es als ihre

Pflicht betrachten, mit der Kirche an einem Strang zu ziehen und diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Es darf nicht passieren, dass sie wie eine diplomatische Marginalie behandelt und totgeschwiegen werden. Natürlich bieten sie keine fertige Lösung, sondern stellen Prinzipien dar, nach denen jedes politische Vorgehen zu bewerten und einzuordnen ist. Es gilt jede Gelegenheit zu nutzen, um diese fünf Punkte zur Sprache zu bringen und auf aktuelle Fragen und Ereignisse anzuwenden. □

Fünf Forderungen der katholischen Kirche zur Beilegung des Nahostkonflikts

1. Unmissverständliche Verurteilung des Terrorismus, egal woher er kommt.
2. Missbilligung ungerechter und demütigender Verhältnisse, die dem palästinensischen Volk aufgezwungen werden, sowie der Repressalien und der Rache, welche Frustration und Hass nur noch mehr schüren.
3. Beachtung der UNO-Resolutionen von Seiten aller Beteiligten.
4. Verhältnismäßigkeit bei der Anwendung legitimer Verteidigungsmittel.
5. Pflicht der Konfliktparteien, die Heiligen Stätten zu schützen, die eine fundamentale Bedeutung für alle drei monotheistischen Religionen besitzen und ein Kulturerbe der ganzen Menschheit darstellen.

selbst dem Verständnis von Erwählung annähern, das Christus als Erlöser aller Menschen in die Welt gebracht hat. Ist vielleicht die gegenwärtige weltpolitische Herausforderung an Israel ein Ruf Gottes, der Israel für eine neue Aufgabe in der Menschheitsfamilie und im Reich Gottes vorbereiten und formen will?

Israel kann gestärkt aus dem Nahostkonflikt hervorgehen, wenn es im Vertrauen auf Gott die Forderungen der Gerechtigkeit erfüllt, die sich aus dem derzeitigen Stand der Dinge ergeben. Es wäre zugleich ein Zeug-

NAHER OSTEN:

Versöhnungsarbeit unter der Jugend leisten

„**U**nter der jungen Generation Versöhnungsarbeit zu leisten – das können die Christen durch Christi Auftrag die Vergebung zu verkünden, am besten“. Dies erklärte Abt Benedikt Lindemann OSB der Benediktinerabtei Hagia Maria Sion auf dem Jerusalemer Zionsberg im Juli gegenüber der Zeitung Die Tagespost.

Es sei zwischen Palästinensern und Israelis in der Vergangenheit so viel Leid geschehen, dass es um ein Aufrechnen der Gewalt nicht gehe. Die Frage, wer zuerst angefangen habe, sei in der jetzigen Situation so überflüssig, wie die Frage nach dem Huhn und dem Ei. „Was soll es, immer nur in die Vergangenheit zu schauen? Es ist auf beiden Seiten so viel Leid geschehen“, unterstrich der Ordensobere in einem Interview zur aktuellen Lage in Jerusalem. Beide Parteien versuchten die Ausländer auf ihre Seite zu ziehen und er habe oft Besucher erlebt, die entweder radikal pro-palästinensisch oder pro-israelisch waren. Deswegen ärgerten ihn ausländische christliche Berichterstatter, die nur einseitig Stellung bezögen, um sich hier oder dort be-

liebt zu machen. Dies diene nicht der Versöhnung und dem Frieden – „ja diese Haltung spaltet“, betonte Abt Lindemann. Es gehe jetzt darum in die Zukunft zu blicken und zu lernen, einander zu vergeben. Besonders wichtig sei es, die Kinder und Jugendlichen zu unterstützen und ihnen eine gute Erziehung und Ausbildung zu ermöglichen. „Ihre verletzten Seelen kennen nur Krieg und Terror und haben die andere Seite nur als Feind wahrgenommen“. Deswegen sei die Versöhnungsarbeit die vornehmste Aufgabe neben dem Gebet um den Frieden.

Zur allgemeinen Lage äußerte der Benediktinerabt, der seit April 2002 auch Mitglied im Ad-hoc-Komitee für den Frieden des Lateinischen Patriarchen von Jerusalem ist, in den letzten Wochen sei es relativ ruhig gewesen. Dennoch gebe es auch Terroranschläge, ohne dass sie in den Medien veröffentlicht würden, wenn dabei nicht mehrere Menschen gestorben seien. In Israel wolle man damit wohl vermeiden, dass die Bürger noch nervöser würden, vermutet Lindemann OSB. Hoffen lässt, dass derzeit auf verschiedenen Ebenen,

etwa der diplomatisch-politischen, der wirtschaftlichen aber auch der gesellschaftlichen, miteinander gesprochen werde über die Zeit, wenn Frieden Wirklichkeit im Heiligen Land sein werde.

Im Zusammenhang mit den christlichen Friedensappellen würden zum Beispiel Gebetstreffen durch die Franziskaner oder den Lateinischen Patriarchen von der Bevölkerung als moralische Unterstützung empfunden. Die Menschen seien von der zögerlichen Haltung der USA und der Europäischen Union enttäuscht. Deswegen seien die Friedensappelle von Papst Johannes Paul II. und die Anwesenheit ausländischer Christen beispielsweise in den Ordensgemeinschaften ein nicht zu unterschätzendes Signal, das dankbar zu Kenntnis genommen werde. Allerdings werde der Lateinische Patriarch Michel Sabbah wegen seiner palästinensischen Abstammung oft und bewusst missverstanden. Aber man müsse ihn ernst nehmen, wenn er sage: „Vor allem bin ich Christ und Patriarch – das ist meine erste Aufgabe – und ich bin da, um mich für den Frieden einzusetzen.“ Nach Meinung von Abt Benedikt Lindemann wird der Patriarch oft äußerst ungerecht und tendenziös kritisiert. (bt)

Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung

Die Lebenssituation der 280 Millionen Menschen in den 22 Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga in den letzten 20 Jahren ist in einem von den Vereinten Nationen in Auftrag gegebenen und vor kurzem in Kairo veröffentlichten Bericht mit wenig hoffnungsvollen Ergebnissen untersucht worden.

Die unabhängigen arabischen Sozialwissenschaftler stellten dabei fest, dass sich die Lebenserwartung in den vergangenen drei Jahrzehnten um 15 Jahre erhöht habe, während die Kindersterblichkeitsrate um zwei Drittel gefallen sei, wie es in der Rheinischen Post vom 3. Juli 2002 hieß. Gleichzeitig wird damit gerechnet, dass sich bis 2022 die Bevölkerungszahl auf 560 Millionen verdoppeln werde. 38 Prozent der Bevölkerung dieser Länder sei-

en unter 14 Jahre alt, was weit über dem Weltdurchschnitt liege. Wegen der fehlenden Chancen zu Hause wolle die Hälfte aller Jugendlichen auswandern. 65 Prozent der erwachsenen Araber sind Analphabeten, davon zwei Drittel Frauen, und zehn Millionen Kinder besuchten keine Schule. Moderne Informationstechnologie sei nur wenig verbreitet. Es gebe nur 0,6 Prozent Internet-Nutzer und 1,2 Prozent Computer-Besitzer.

Es werde befürchtet, dass die wirtschaftliche Lage mit der Bevölkerungsentwicklung nicht mithalten könne. So lag das Bruttosozialprodukt aller Staaten der Arabischen Liga 1999 bei 531,2 Milliarden Dollar, während Spanien es zur gleichen Zeit auf 595,9 Milliarden Dollar brachte. Ein Fünftel der Araber müs-

se heute mit weniger als zwei Dollar am Tag auskommen. Bei einem durchschnittlichen Wachstum von 0,5 Prozent im Jahr werde sich daran nicht viel ändern, stellt der Arabische Bericht zur menschlichen Entwicklung fest. Dabei gebe es von Land zu Land krasse Unterschiede. Nach den Kriterien der UNO liege Kuwait direkt hinter Kanada in der Spitzengruppe, wogegen Dschibuti kurz über Sierra Leone das Schlusslicht bilde.

Der Wassermangel stelle ein weiteres Risiko dar. So zählten 15 arabische Staaten zu den 22 Ländern, die nach den Weltbank-Kategorien unterhalb der Wasserarmutsgrenze vegetierten; d.h. deren Einwohner verfügten jährlich über weniger als 1000 Kubikmeter Wasser.

Fortsetzung auf Seite 77 u.

RUSSLAND:

Justizreform

Der Europarat in Straßburg hat als Voraussetzung für die Justizreform in Russland den neuen Strafkodex gebilligt. Damit konnten nach neunjähriger Verzögerungstaktik durch den Gesetzgeber und die Justiz in dem postkommunistischen Staat die Grundsätze der westlichen Welt in der Rechtsprechung am 1. Juli 2002 in Kraft treten, wie die Rheinische Post einen Tag später berichtete. Staatspräsident Putin hatte zu seinem Amtsantritt eine Neuordnung des Rechtswesens angekündigt. Damit sollten die Rechte der Verdächtigten und Angeklagten gestärkt und die Staatswillkür zurückgedrängt werden.

Die Oberstaatsanwaltschaft in Moskau rechnet damit, dass auf Grundlage des neuen Strafgesetzbuches die Zahl der Verfahren um 25 bis 50 Prozent abnehmen werden. „Wir werden bis Ende 2002 etwa 100 000 Menschen aus der Untersuchungshaft entlassen“, verspricht Justizminister Jurij Tschajka. Damit könnten endlich in den durchschnittlich zu 150 Prozent belegten Untersuchungsgefängnissen halbwegs normale Bedingungen geschaffen werden. Die Dauer der Untersuchungshaft werde bis auf wenige Ausnahmen auf zwei Monate beschränkt und müsse durch Richter auf Basis begründeter Haftanträge der Ermittlungsbehörden genehmigt werden.

Fortsetzung von Seite 76

Auf dem Gebiet der Politik bemängeln die Wissenschaftler das enorme Defizit an „demokratischer und effizienter Regierungsführung“. Fast nirgendwo gebe es geordnete Verfahren über die Wahl von Regierungen, ihre Überwachung und Absetzung.

Der Bericht schließt mit der Feststellung, die arabische Welt sei heute vor die Wahl gestellt, ob ihre Entwicklung weiter von Trägheit gekennzeichnet sei und den großen Herausforderungen durch wenig erfolgreiche Politik begegnet werde oder ob es eine Art arabischer Renaissance gebe, in der die menschliche Entwicklung tatkräftig angegangen werde. (bt)

Bisher ordneten die Staatsanwälte die Verhaftungen an. Die Rechtsanwälte dürften jetzt bereits vor dem ersten Verhör ihre Klienten beraten. Die Strafrechtsreform erfordert zu den vorhandenen 160.000 weitere 3.000 Richter.

Das bisher seit 1961 gültige sowjetische Strafrecht hatte praktisch als oberstes Ziel, die Ansprüche der diktatorischen Sowjetunion gegenüber den Rechten der Bürger durchzusetzen.

zen. In 99,6 Prozent der Fälle endeten die Prozesse mit Schuldsprüchen.

Eine weitere rechtliche Revolution zielt auf die russische Verkehrspolizei GAI. Nach dem geänderten Ordnungswidrigkeitenkatalog dürfen sich die Beamten nicht mehr bestechen lassen. Bisher konnte man sich bei angeblichen oder echten Verkehrsverstößen gegen ein Bestechungsgeld von umgerechnet drei bis fünf Euro „freikaufen“. (bt)

Anti-Katholikenkampagne in Russland
stößt auf Widerstand

Die Kampfansage des orthodoxen Moskauer Patriarchats an die katholische Kirche in Russland zeigt bisher nur mäßigen Erfolg. An den Kundgebungen am orthodoxen Palmsonntag (28. April) beteiligten sich vergleichsweise wenige Menschen. Nicht mehr als 55.000 Personen landesweit haben einen Protest gegen die „katholische Expansion“ unterschrieben. Inzwischen mehren sich sogar Stimmen, die das geltende Religionsgesetz von 1997 für verfassungswidrig halten.

Bemerkenswert ist in diesem Kontext das Antwortschreiben des Gouverneurs für die Region Saratow, D. A. Ajazkow, auf eine Eingabe des dortigen katholischen Bischofs Clemens Pickel, den Katholiken während der orthodoxen Kundgebungen am 28. April Schutz zu gewähren. Ajazkow teilt darin dem Bischof mit, er habe dem örtlichen Vorsitzenden der „Russischen Volkspartei“ als Veranstalter der Kundgebung klar gemacht, dass der Katholizismus im Gebiet Saratow als „traditionelle Religion“ anerkannt sei. Die „traditionelle religiöse Lebensweise Russlands“ sei der interkonfessionelle Frieden, so der Gouverneur. Er betont unter Hinweis auf die Verfassung, dass die Behörden im Gebiet von Saratow „ihre Beziehungen zu den religiösen Vereinigungen auf der strikten Einhaltung der Gesetze aufbauen“. Ajazkow gehört auch der ersten Parlamentskammer, dem Föderationsrat, an.

Offiziell wird über die „Kampagne gegen die Katholiken“ geschwiegen. Mit großer Mehrheit hat es die Duma abgelehnt, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Verschiedene Eingaben an Präsident Wladimir Putin blieben bisher ohne Reaktion. Dem Kreml ist nicht an einer Belastung der „konstruktiven“ Beziehungen zum Heiligen Stuhl gelegen. Auf

Grund der in der Verfassung verankerten Trennung von Staat und (orthodoxer) Kirche müssten die Behörden zum Beispiel Eingaben gegen die Erteilung von Visa für katholische Geistliche oder gegen die Genehmigung katholischer Kirchbauten ignorieren. Sie kommen de facto allerdings vor und werden auch bearbeitet. Die Doppelgleisigkeit der amtlichen Einstellung erschwert die Stellung des katholischen Episkopats. Untergeordnete Behörden agieren ohne Anweisung von „oben“ offensichtlich nach eigenem Gutdünken – so geschehen in diesem Jahr bei der Ausweisung des italienischen Priesters Stefano Caprio wie des polnischen Bischofs Jerzy Mazur von Irkutsk.

Inzwischen hat auch die Presse einen Brief von Intellektuellen veröffentlicht, die eine „organisierte Kampagne gegen die katholische Kirche“ erkennen. Sie appellieren besorgt auch an das Ausland, für den Schutz der Religionsfreiheit in Russland einzutreten. Generalstaatsanwalt Wladimir Ustinow will alle Möglichkeiten zum Durchgreifen gegen politischen und religiösen Extremismus ausnutzen. Für die Orthodoxie bedeutet das Zurückhaltung und Wohlverhalten. Patriarch Alexij II. signalisierte bereits ein Einschwenken auf den Regierungskurs. (KNA - ID Nr. 24)

Internationaler Strafgerichtshof in Den Haag hat am 1. Juli 2002 Arbeit aufgenommen

Ein langer Traum wird endlich wahr

Mehr als ein halbes Jahrhundert nach Ende des Zweiten Weltkrieges wird ein Wunschtraum der internationalen Staatengemeinschaft wahr: Am 1. Juli 2002 ist das Statut des Internationalen Strafgerichtshofes in Kraft getreten. Ab diesem Zeitpunkt können Kriegsverbrechen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit stärker als je zuvor juristisch geahndet werden. Entsprechende Vergehen – es muss sich dabei um systematische und verbreitete Verbrechen handeln – können ab diesem Zeitpunkt vor den ständigen Internationalen Strafgerichtshof getragen werden – soweit sie in den Ländern begangen wurden, die das Statut ratifiziert haben.

Das Statut konnte in Kraft treten, nachdem insgesamt bisher 66 Staaten bei den Vereinten Nationen ihre Ratifikationen für das Römer Statut des Internationalen Strafgerichtshofs eingereicht haben. Insgesamt waren sechzig Ratifikationen erforderlich. Das Statut zur Errichtung des Gerichtshofes war 1998 am Tiber ausgehandelt und von 120 Staaten verabschiedet worden. Weitere neun Staaten stimmten später zu, darunter die Vereinigten Staaten, deren Präsident Clinton es am 31. Dezember 2000 unterzeichnete – dem letzten Tag seiner Amtszeit. Kofi Annan, der Generalsekretär der Vereinten Nationen hatte damals in Rom davon gesprochen, ein lang gehegter Traum werde nun Wirklichkeit.

Allerdings wurde das Statut bislang nur von etwa einem Drittel der Mitgliedsländer der Vereinten Nationen auch ratifiziert. Andere haben diesen Schritt noch nicht vollzogen darunter die Vereinigten Staaten, Russland, China, Japan, Indien, Israel und viele islamische Staaten. In Washington wird das Statut vom Weißen Haus blockiert, weil befürchtet wird, dass amerikanische Soldaten vor den Gerichtshof gestellt oder politisch motivierte Verfahren gegen die Vereinigten Staaten geführt werden könnten. Präsident

George W. Bush erfährt dabei auch Unterstützung von vielen Demokraten. Kofi Annan versucht, diese Bedenken indes zu zerstreuen: Der Gerichtshof wird nur in den, Fällen einschreiten, in denen das betroffene Land entweder nicht in der Lage oder nicht willens ist, eine Verfolgung einzuleiten“. Länder mit, einem funktionierenden Gerichtssystem hätten hingegen nichts zu befürchten. „Ich denke nicht, dass der Gerichtshof Amok laufen wird“, betonte der Generalsekretär.

Damit ist die Funktionsweise des Gerichtshofes umschrieben, der seinen Sitz in Den Haag hat, nur wenige Schritte vom dortigen Jugoslawien-tribunal entfernt: Seine achtzehn noch zu wählenden Richter werden nur einschreiten, wenn im Herkunftsland des oder der Täter keine

nationalen Gerichte existieren oder diese den Fall nicht aufgreifen wollen. Entsprechende Verbrechen können dem Gericht entweder von einzelnen Regierungen, von Sicherheitsrat der Vereinten Nationen oder aber vom Ankläger selbst zur Beurteilung vorgelegt werden. Entscheidend ist dabei, dass das Verbrechen in einem der am Gerichtshof – der kein Tribunal der Vereinten Nationen, sondern der Vertragsstaaten ist – teilnehmenden Länder begangen worden sein, muss.

Menschenrechtsorganisationen werten das In-Kraft-Treten des Römer Vertrags als Meilenstein. ... Der Internationale Strafgerichtshof hat wichtige Vorläufer: Die Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges und der Nazi-Zeit wurden während der Nürnberger Strafprozesse aufgerollt – beziehungsweise auf japanischer Seite auch in Tokio. Im Gegensatz zu diesen beiden Tribunalen schließt aber das Statut des neuen Gerichtshofes die Todesstrafe ausdrücklich aus.

(aus: DT/kgm Nr.45/13.04.2002)

Die Aufnahme des Gottesbezugs in die europäische Verfassung

Lehmann und Kock fordern Rolle der Religion zu würdigen

Die Kirchen in Deutschland haben die Aufnahme eines Gottesbezuges und eines Bekenntnisses zu den religiösen Wurzeln in die künftige europäische Verfassung gefordert. Zugleich verlangten sie in einem 28. Juni in Bonn und Hannover veröffentlichten Brief die Verankerung der Grundrechte-Charta in den neuen Verfassungstext. Das Schreiben des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, und des Vorsitzenden des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Präses Manfred Kock, richtet sich an die deutschen Mitglieder des europäischen Konvents. Lehmann und Kock unterstreichen, die Grundrechte-

Charta trage im Grundsatz dem christlichen Menschenbild Rechnung.

Zudem müsse die Verfassung eine Verpflichtung der Mitgliedsstaaten enthalten, den Status der Kirchen und religiöser Vereinigungen nach den nationalen Rechtsvorschriften zu achten und nicht zu beeinträchtigen. Das Selbstbestimmungsrecht der Kirchen müsse auch auf europäischer Ebene gewährleistet werden, heißt es weiter in dem Schreiben. Im Verfassungstext soll nach dem Willen der Kirchen ausdrücklich die „besondere Rolle und positive Bedeutung von Kirche und Religion für die Integration Europas“ gewürdigt werden. Schließlich leisteten die Kirchen einen wichtigen Beitrag zur Integration auch für die zukünftigen Mitgliedsstaaten. Darüber hinaus sprachen sich Lehmann und Kock für

die Entwicklung einer sozialen Identität der Europäischen Union aus. Eigenverantwortung und Solidarität müssten dabei „gerecht austariert“ werden.

Europapolitiker von Union und SPD begrüßten die Stellungnahme der Kirchen, warnten aber zugleich vor zu großen Erwartungen.

EU-Konvent will eigenständige Staat-Kirchen-Regelungen

Der Vertreter der Bundesregierung im Konvent zur Reform der Europäischen Union (EU), Peter Glotz, sieht allerdings keine Chancen für die Aufnahme eines Gottesbezugs in die geplante EU-Verfassung. Nach

seiner Einschätzung ist sich das Gremium jedoch darin einig, dass die EU nicht in die kirchenrechtlichen Regelungen der einzelnen Mitgliedsstaaten eingreifen darf, wie Glotz am 23. Juli in Berlin in einem Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) sagte. Im Grundgesetz und in Verfassungen anderer europäischer Länder wird ausdrücklich auf Gott Bezug genommen. Dies haben die Kirchen auch für die EU-Verfassung gefordert.

Glotz sagte, der Konvent wolle die bereits verabschiedete Grundrechte-Charta nicht wieder auf die Tagesordnung setzen. In der Charta wird nur an das spirituelle und religiöse Erbe Europas erinnert. Ihre Wie-

dervorlage würde jedoch „nur in unfruchtbare Diskussionen“ führen, erklärte Glotz. In Polen und Italien sei die Anrufung Gottes in der Verfassung zwar etwas Verständliches, Franzosen würde dies wegen der strikten Trennung von Kirche und Staat „nie akzeptieren“. Glotz erklärte zugleich, er werde sich für einen Erhalt von Rechten der Kirchen zu eigenständigen Regelungen einsetzen. Europa dürfe „da nicht hineinfuschen“. Darauf müsse bei der endgültigen Formulierung des Verfassungsvertrags genau geachtet werden. Die 105 Delegierten des Konvents wollen bis Mitte 2003 Vorschläge zur Reform der EU vorlegen. (PS/KNA)

FREIDENKER-VEREINIGUNGEN

Humanisten-Verband: Günstige Prognose

Mehr als zehn Jahre nach der „Wende“ von 1989 haben sich nicht nur die Hoffnungen der Kirchen auf ein Wiederaufblühen im Osten Deutschlands zerschlagen. Auch die traditionellen „kirchenkritischen Organisationen“ konnten nach Erkenntnissen der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) davon kaum profitieren, obwohl sich die Mehrheit der Bevölkerung in den neuen Bundesländern als atheistisch versteht. Eine Ausnahme macht der Humanistische Verband Deutschlands (HVD), wie aus einer Studie des EZW-Mitarbeiters Andreas Fincke hervorgeht.

Die zumeist vor einem Jahrhundert gegründeten und bis zur Verfolgung im Dritten Reich öffentlich durchaus beachteten Freidenker-Organisationen sind „politisch einflusslos“ geworden, so die Bilanz Finckes. Die bis zu 60 Gruppierungen zählten häufig nur wenige hundert Mitglieder, seien überaltert und untereinander zerstritten. Alle kirchenkritischen Organisationen zusammen verzeichneten derzeit nur noch weniger als 100.000 Anhänger. In der Weimarer Zeit seien es dagegen rund 600.000 gewesen. Die Ursache des Niedergangs sieht Fincke darin, dass die traditionellen Freidenker-Vereinigungen weitgehend in antikirchlicher Polemik verharrten. Damit seien die „praktischen Atheisten“ in Ostdeutschland kaum ansprechbar. Sie hätten oft bereits seit mehreren Generationen keinerlei – also auch keine schlechten – Kontakte zu und Er-

fahrungen mit den Kirchen, schreibt Fincke in seiner Broschüre „Freidenker – Freigeister – Freireligiöse“, die bei der EZW in Berlin (www.ezw-berlin.de) erschienen ist.

Zu einer anderen Prognose kommt Fincke, der auch Pfarrer und Sektenbeauftragter der evangelischen Kirchenprovinz Sachsen ist, für den 1993 von Mitgliedern von Freidenker-Verbänden in mehreren Bundesländern gegründeten Humanistischen Verband Deutschland (HVD). Dieser Dachverband habe nach eigenen Angaben derzeit zwar bundesweit nur 10.000 Mitglieder. Durch seine sozialen Angebote könnte er sich jedoch zu einem „ernst zu nehmenden Konkurrenten“ für die Kirchen entwickeln, prognostiziert Fincke. Bei weitgehendem Verzicht auf plumpe Verunglimpfung von Religionen strebe der HVD den Aufbau einer kirchenähnlichen Struktur mit

öffentlich geförderten sozialen Angeboten an. So ist der HVD in Berlin Träger von bald elf Kindertagesstätten und „Jugendfeiern“ in der Tradition der „Jugendweihe“. Zudem bietet er in den Schulen einen Lebenskundeunterricht, an dem derzeit rund 30.000 Jugendliche teilnehmen. Ähnliches strebt der HVD auch in Brandenburg an. Der Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts wurde dem Berliner HVD-Landesverband mit Verweis auf die nach Auffassung des Verwaltungsgerichts zu geringe Mitgliederzahl von derzeit 1.400 bislang aber verweigert.

Bei einer Fortführung seines Kurses könnte der Humanistische Verband nach Einschätzung Finckes wie ähnliche Organisationen in den Niederlanden zu einem „bedeuten den weltanschaulichen Faktor“ werden. Dort seien humanistische Berater gleichberechtigt neben kirchlichen Seelsorgern in Krankenhäusern, Gefängnissen und beim Militär tätig. Der HVD habe vor allem dann Chancen, das von ihm erhoffte „Sammelbecken aller weltlich-humanistischen Kräfte“ zu werden, wenn er den überwiegend kirchenfern sozialisierten Akademikern in den neuen Bundesländern eine neue geistige Heimat bieten könne.

(KNA - ID Nr. 14 / 03.04.02)

POLEN:

Kritische Sowjetarmee-Ausstellung

JOACHIM GEORG GÖRLICH

Obwohl Polen Verbündeter der UdSSR war, benahm sich die Sowjetarmee in Polen nicht selten genau so schlimm, wie nach der Besetzung Deutschlands. Zu dieser Feststellung kommt in Polen eine geplante Ausstellung, die sich mit der Sowjetarmee in Polen ab 1944 befasst. „Mögen dich die Deutschen besetzen und die Russen dich danach befreien“, wünschte man in den Jahren 1944-45 seinen ärgsten Feinden“, schreibt dazu das postkommunistische Magazin „Wprost“, das von einer „Befreiungsbesatzung“ spricht. Die Sowjetarmee habe hinter sich eine Spur von „Gewalt, Mord, Raub und Volksangst“ hinterlassen. Sie habe auch an der physischen Liquidierung nationalpolnischer Einheiten der „Heimarmee“ (AK) mitgewirkt. Ja, es seien auch Juden erschossen worden, die gerade sich aus ihren Verstecken wagten, in denen sie die NS-Ära überlebt hatten.

Ganze Stadtteile seien von der sowjetischen Soldateska niedergebrannt worden, wie im schlesischen Liegnitz das kulturhistorische Zentrum, im oberschlesischen Oppeln der kulturhistorische Ring (Markt) usw. Es gab organisierte und nicht organisierte Horden. Wie in Deutsch-

land, so habe man in Polen Jagd auf Uhren und Pretiosen gemacht. Es wurden Brücken, ganze Eisenbahnstrecken, Fabriken und E-Werke demontiert, in die Sowjetunion abtransportiert. Den polnischen Menschen Fahrräder konfisziert, ebenso Kunstwerke und komplette Wohnungseinrichtungen.

Schon der exilpolnische Schriftsteller Roman Orwid-Bulicz hatte in seinem Buch „Wenn morgen der Krieg beginnt“ (London, 1960) den Sowjets vorgehalten, dass von ihnen reihenweise polnische Mädchen und Frauen vergewaltigt wurden. „Wprost“ bestätigt dies heute und schreibt, dass es in Lodz wegen der Vergewaltigung und Ermordung einer Studentin zu Demonstrationen der polnischen Bevölkerung gegen die neuen Besatzer kam.

Sehr arg war es mit der Hygiene in der Sowjetarmee bestellt gewesen. In der Regel wusste ein einfacher Rotarmist nicht, was er mit einem Spülklo anfangen sollte. Und wegen der Vergewaltigungen stieg die Zahl der Syphiliserkrankungen unter den Polen nach 1946 rapide. Die Sowjetarmee zahlte keinen Rubel für Transporte auf den polnischen Staatsbahnen. Sie besaß eigene Staatsdomä-

nen, deren vorherige deutschen oder polnischen Besitzer enteignet worden waren. Ein Großteil der polnischen Lebensmittelindustrie sorgte gratis nur für die Versorgung der Sowjetarmee und einige Lodzer Textilfabriken stellten zum Nulltarif Uniformen für diese her. Die Kommunen waren gehalten Gas, Strom und Wasser gratis zu liefern.

Wie es heißt, wird in der Ausstellung auch darauf hingewiesen werden, dass zum Kriegsende Hunderte von Sowjets mit ihren Familien zu Polen umgeschult wurden, die man später zynisch als „Popen“ bezeichnete. Sie atheisierten und sowjetisierten dann als polnische Offiziere, Generale und Admirale Polens Streitkräfte. Oder sie sorgten in der Militärjustiz dafür, dass nichtkommunistisch Offiziere gesäubert, ja sogar physisch liquidiert wurden.

Als dann zu Beginn der 90-er Jahre die Sowjetarmee abzog, ließ sie einen Schuldenberg, ganze Landstriche verseuchter Erde und marode Geisterstädte oder nur Stadtteile zurück. So habe sich kaum eine fremde Armee in Polen benommen, vor allen Dingen nicht eine verbündete.

Fazit: Nur auf Bajonetten konnte der atheistische Kommunismus nebst Kirchenkampf Jahrzehnte bestritten werden. □

Polens Postkommunisten prangern Diskriminierung von Katholiken in Russland an

JOACHIM GEORG GÖRLICH

Für Polens Postkommunisten ist die Diskriminierung der katholischen Kirche in Russland unerträglich. „Der Konflikt ist zwar nicht neu, jetzt zieht aber die Orthodoxe Kirche den russischen Staat mit hinein“, kritisiert ihr Flaggschiff „Polityka“, und fügt hinzu, dass eine „neue Phase der Schikanen gegen die katholische Geistlichkeit begonnen hat.“ So sei dem Geistlichen Stefano Caprio die Einreise verweigert worden und der Bischof von Irkutsk,

Jerzy Mezur, wurde sozusagen nach Polen ausgewiesen. Hier seien „antwestliche Parlamentskräfte“ der russischen Orthodoxie zur Hilfe geeilt, um neue Strukturen zu schaffen. Die ansonsten für eine russlandfreundliche Politik plädierende Illustrierte brandmarkt, dass in Russland gegenüber den Katholiken die „alte Platte von der Kolonisierung durch den Westen und seine V. Kolonne, der römisch-katholischen Kirche, abgespielt wird,“ gegen die man sich

wehren müsste. Und dieses „Wehren“ sehe denn so aus: „Visumkonfiszierung und Annullierung von Aufenthaltsgenehmigungen, was katholische Priester anbelangt, Stopp des Kirchenbaus, Organisation ständiger antikatholischer Demos, Illegalisierung von vier katholischen Bistümern, und am besten alle Tätigkeit der Kirche untersagen. Den das ist das Rezept für eine Visionskatastrophe des neuen Russlands in der Welt“. Das kenne man nur von den chinesischen Kommunisten. „Warum schweigt dazu der Kreml? Regiert das neue Russland bereits der Veteran der UdSSR, Patriarch Alexy III.?“

Für unerträglich hält diesen Zustand auch das zweite Flaggschiff

„Wprost“ (Chefredakteur und Herausgeber ist der letzte Vize-KP-Chef Polens, Marek Król). Die Illustrierte fragt, ob die Orthodoxie in Russland wieder Staatsreligion werden soll und brandmarkt die permanenten (organisierten) Demos vor der Päpstlichen Nuntiatur in Moskau. Gleichzeitig kritisiert „Wprost“ das „Finanzimperium“ der orthodoxen Kirche in Russland, deren Vertreter sie als „Oligarchie in der Soutanne“ bezeichnet. Die neueste Parole in Russland laute: „Der Katholik, Dein Feind!“ □

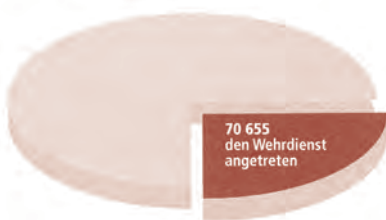
PERSONALIA

MAG. JOACHIM GEORG GÖRLICH, Haan bei Düsseldorf, hat die Würde eines Ehrenbürgers der heute polnischen Stadt Oberglogau/Glogów sowie die Medaille „für besondere Verdienste um die Stadt und Großgemeinde Glogów“ erhalten. Görlich, der als Publizist und Komponist arbeitet, ist in Oberglogau geboren. Er wurde 1959 wegen „staatsfeindlicher

Umtriebe“ mit seiner NS-geschädigten Ehefrau aus Oberschlesien nach Deutschland ausgebürgert. Die EVP-Parteien im Europa-Parlament haben ihn wegen „besonderer Verdienste um die Einigung Europas, insbesondere wegen seiner Verdienste um die deutsch-polnischen Beziehungen“, mit der Europamedaille ausgezeichnet.

(aus: GKP-Informationen VII/VIII 2002)

Schwund beim Bund
von insgesamt 303 765 wehrdienstfähigen
Männern des Jahrgangs 1980 haben



Grafiken und Schaubilder wie dieses (DER SPIEGEL) wurden in letzter Zeit mehrfach in den Medien gezeigt. Sie suggerieren ein Bild der „Wehrungerechtigkeit“. Die Tatsachen (Ausschöpfung eines Geburtsjahrgangs) sprechen eine andere Sprache.

Die Legende von der Wehrungerechtigkeit

In der neuerlichen Debatte um die Frage Wehrpflicht oder Freiwilligenarmee stützen sich die Vertreter einer Freiwilligenarmee im Wesentlichen auf zwei Hauptargumente:

Zum ersten wird auf die Auslandseinsätze der Bundeswehr verwiesen, die zur Hauptaufgabe geworden seien und für die Wehrpflichtigen nicht herangezogen werden können. Fazit: wir brauchen eine Freiwilligenarmee.

Zum zweiten wird behauptet, dass mittlerweile nur noch etwa 20 Prozent der Wehrpflichtigen eines Geburtsjahrganges zum Wehrdienst herangezogen werden. Dies zeige, dass Wehrpflichtige eigentlich kaum mehr gebraucht werden. Noch wichtiger: Das damit erreichte Ausmaß „Wehrungerechtigkeit“ verstoße eklatant gegen das im Grundgesetz verankerte Gleichheitsgebot, das auch vom Bundesverfassungsgericht als Verpflichtung und Messlatte betont wurde.

Auch in einem Teil der Medien wird mit dieser angeblichen „Wehrungerechtigkeit“ zu Gunsten der Abschaffung der Wehrpflicht argumentiert.

Ein Beispiel ist die Grafik aus dem SPIEGEL 15/2002, die zeigt, dass von 303.765 wehrdienstfähigen Männern des Geburtsjahrgangs 1980 „nur“ 70.655 zum Wehrdienst herangezogen werden. Das sind etwa 23 Prozent, auf den ersten Blick ein in der Tat erschreckend geringer Anteil.

Ähnliche grafische Darstellungen sind in letzter Zeit auch im Fernsehen aufgetaucht. Die genannten Zahlen sind zwar nicht falsch, sie stellen aber nur eine Teilwahrheit dar. Eine genauere Darstellung der Zahlen für die einzelnen Verwendungen eines Geburtsjahrganges führt zu einem völlig anderen Bild.

Modelljahrgang 420.000

Die durchschnittliche Jahrgangsstärke der Geburtsjahrgänge 1983 bis 1985, die derzeit zur Bundeswehr eingezogen werden, liegt bei 420.000 jungen Männern.

Die Grafik zeigt (nach den Zahlen des BMVg) – die Schichtung und Ausschöpfung dieses Modelljahrgangs.

Die Zahlen zeigen, dass vom Modelljahrgang 420.000 nur 117.800

Wehrpflichtige (= 28 %) für die Bundeswehr und den Grundwehrdienst verfügbar sind. Diese 117.800 sind der eigentliche und einzige richtige Maßstab für die Frage der Wehrgerechtigkeit. Da der Bedarf der Bundeswehr (Grundwehrdienstleistende und für freiwillig zusätzlichen Wehrdienstleistende) 101.500 Wehrpflichtige beträgt, werden von diesen 117.800 – nach Adam Riese – nur etwa 13 Prozent nicht benötigt. Der Grad der „Wehrgerechtigkeit“ liegt damit bei 87 Prozent.

Nun ist bei diesem Modell (BMVg) die Zahl der Kriegsdienstverweigerer nur mit 159.600 (38 Prozent) angesetzt. Diese Zahl ist aber – auch im Schnitt über mehrere Jahre längst überschritten. Sie lag 2001 erstmals über 180.000 (182.400, s. Grafik IAP 04/02).

Legt man bei der Modellberechnung 180.000 Kriegsdienstverweigerer zu Grunde, so ergibt sich, dass der Bedarf der Bundeswehr schon nicht mehr zu decken ist. Damit ist das Bild der „Wehrungerechtigkeit“, mit dem in der laufenden Debatte operiert wird, endgültig ad absurdum geführt.

Bedarfsdeckung bei 180.000 KDV

- Bedarf Bundeswehr ca. 101.500
- Für den Grundwehrdienst verfügbar ca. 97.400

„Dienstgerechtigkeit“?

Die Zahlen für den Modelljahrgang 420.000 zeigen auch, dass die weit wichtigere Frage, die nach der Dienstgerechtigkeit ist. Hier zeigt sich, dass von den 420.000 Angehörigen eines Geburtsjahrganges folgende Dienste geleistet werden:

- 126.000 Bundeswehr
- 12.600 Polizei, BGS und Entwicklungshilfe
- ca. 143.000 Ersatzdienst

Insgesamt leisten somit ca. 293.000 junge Männer (69 Prozent) eines Geburtsjahrganges einen der angeführten Dienste. Diese Zahlen sind als Maßstab für die Beurteilung der „Dienstgerechtigkeit“ heranzuziehen.

Anders ausgedrückt, es leisten:

- 126.500 (31 Prozent) junge Männer Dienst bei der Bundeswehr,
- 139.100 (33 Prozent) der jungen Männer Dienst bei der Bundeswehr, der Polizei, dem BGS oder bei der Entwicklungshilfe.
- 298.700 (71 Prozent) leisten Dienst bei den genannten Institutionen plus beim Ersatzdienst.

Keinen Dienst leisten – aus vielerlei Gründen – ca. 161.000 Angehörige eines Geburtsjahrganges (29 Prozent).

Die „Gerechtigkeitsdebatte“ muss daher bei der Dienstgerechtigkeit allgemein und beim Ausmaß der Nichtdienstleister ansetzen.

Die entscheidende Frage dabei ist, warum von rund 180.000 Kriegsdienstverweigerern derzeit nur rund 143.000 Ersatzdienst leisten, obwohl 188.000 Ersatzdienstplätze zur Verfügung stehen.

Hohe „Wehrgerechtigkeit“ dank KDV

Zu betonen ist allerdings auch, dass sich der heute sehr hohe Grad an Wehrgerechtigkeit, ebenso wie der Grad der Dienstgerechtigkeit vor allem aus der hohen Zahl der Kriegsdienstverweigerer ergibt. Auch wenn es vom Grundsatz her bedenklich ist und die Wehrpflicht als Grundpflicht (gegenüber dem Ersatzdienst als Ausnahme) längst in Frage steht, die Politik kann zufrieden sein. Sie hat einen hohen Grad an „Wehrgerechtigkeit“ und den für unverzichtbar gehaltenen Ersatzdienst als Faktor der Kostendämmung im Sozial- und Gesundheitswesen. Und um die „Dienstgerechtigkeit“ insgesamt ist es so bestellt, dass sie bislang niemand zum Problem erklärt.

Problem bei stärkeren Geburtsjahrgängen?

In der Argumentation gegen die Wehrpflicht wird auch darauf verwiesen, dass bei den stärkeren Geburtsjahrgängen, die ab 2005 zum Dienst anstehen (s. Grafik) die Schere zwischen Jahrgangsstärke und Bedarf der Bundeswehr sich noch weiter öffnet und die Lage damit – angeblich – vollends untragbar wird.

Auch hier ist eine genauere Betrachtung erforderlich. Der Bedarf der Bundeswehr wird nicht ansteigen. Wohl aber wird in etwa entsprechend der bisherigen

Prozentsätze – die Zahl der Nichtwehrdienstfähigen sowie der Wehrdienstausnahmen ansteigen. Bei den Kriegsdienstverweigerern ist davon auszugehen, dass sich der prozentuale Anteil und damit die absolute Zahl pro Jahrgang weiter erhöhen. So muss beim zahlenmäßig stärksten Jahrgang, dem Geburtsjahrgang 1988 mit einer Stärke von 453.800, mit mindestens 200.000 Kriegsdienstverweigerern gerechnet werden. Dies muss den Blick auch der Politik – vor allem auf die Frage der Dienstgerechtigkeit bei den Kriegsdienstverweigerern und damit auf Aufgabenstellung, Organisation und zahlenmäßigen Umfang des Ersatzdienstes lenken.

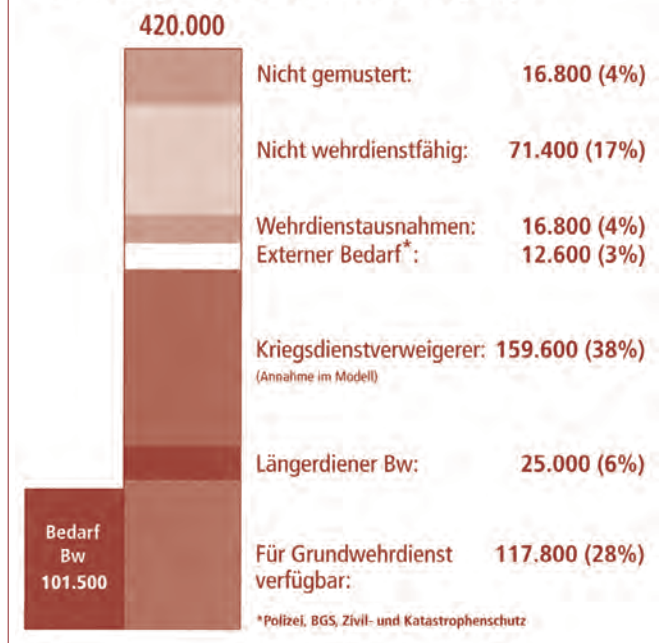
Für die „Wehrgerechtigkeit“ entsteht auch bei dieser hohen Jahrgangsstärke kein Problem. Im Gegenteil: der Bedarf von ca. 90.000 bis 100.000 kann bei rund 102.000 verbliebenen verfügbaren Wehrpflichtigen gerade noch gedeckt werden.

Der Anstieg der Jahrgangsstärken ist aber ohnehin nur eine Zwischenphase. Ab 2008 sinken die Jahrgangsstärken deutlich. Ab 2010 – in nur acht Jahren – wird sich die Frage stellen, ob und wie bei gleicher oder höherer Quote der Kriegsdienstverweigerung der Bedarf der Bundeswehr noch gedeckt werden kann.

Unterstellt man, dass die Bundeswehr nicht verringert wird, die Anteile der nicht Gemusterten und nicht Wehrdienstfähigen sowie der externe Bedarf in der absoluten Zahl etwa gleich bleiben und der Anteil der KDV moderat auf etwa 42 Prozent steigt, so ergibt sich, dass beim Geburtsjahrgang 1994 für die Einberufung in 2012 nur noch knapp 84.000 Wehrpflichtige zur Verfügung stehen.

Schon in der nächsten Legislaturperiode wird dies vorbedacht werden müssen. Spätestens in der übernächsten Legislaturperiode können konkrete Maßnahmen zur personellen Bedarfssicherung der Bundeswehr erforderlich werden.

Alles in allem ergibt sich: Man mag manche Gründe für den Verzicht auf die Wehrpflicht und den Übergang zur Freiwilligenarmee diskutieren, die behauptete „Wehrgerechtigkeit“ kann als Grund nicht herangezogen werden. (aus: IAP 5/02)

Ausschöpfung eines Geburtsjahrganges

Wenig über Werte

KNA-Analyse der Wahlprogramme der Parteien

Grundwerte sind out. Diesen Eindruck gewinnt zumindest, wer nach solchen in den Wahlprogrammen der Parteien sucht. Aus drückliche Passagen, gar ganze Kapitel über das, was die Parteien für grundsätzlich gesellschaftlich erstrebenswert halten, gibt es nicht. Das Interesse scheint gering, Rechenschaft über die Orientierungsmaßstäbe des konkreten politischen Handelns und Entscheidens abzulegen. Wer obendrein Visionen erwartet, befindet sich im falschen Zeitalter. So bleibt dem Wähler nur, Werte und Normen zwischen den Zeilen zu suchen.

Bei der **SPD** ist der praktische Nutzen Programm: Die Kanzler-Partei lädt alle Gesellschaftskräfte ein, „mit uns an der Verwirklichung unserer pragmatischen Vision für ein modernes und gerechtes Deutschland mitzuwirken“. Es gehe um „sozialen Zusammenhalt“ und eine „humane Gesellschaft“. Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind Begriffe, die sich im bewusst unideologisch und nüchtern gehaltenen „Regierungsprogramm“ der SPD wiederholen. Traditionell sozialdemokratische Ideen bleiben außen vor. Eine Option für eine bestimmte Gesellschaftsschicht vermeidet das Programm. Als hohen Wert bezeichnet die SPD-Schrift stabilen Wohlstand als Garant für soziale Sicherheit.

Die **Bündnisgrünen** verwenden in ihrem Wahlprogramm an wenigen Stellen das Wort „Grundwert“: Der Begriff gilt zuallererst der Ökologie, realisiert nach dem entwicklungspolitischen Leitbild der „Nachhaltigkeit“. Grundwert Nummer zwei sind Gerechtigkeit und Solidarität, wobei der kleine Koalitionspartner vor allem für „sozial Schwache“ Partei ergreifen will. Gerechtheit soll es zwischen Jung und Alt, Männern und Frauen sowie auf der internationalen Globalisierungsbühne zugehen. Ein weiterer Wert findet sich im Programm der ehemals pazifistischen Partei verschämt am Schluss: „Frieden fördern bleibt Kern der Politik“, heißt es nach vier Jahren Regierung und mehreren Beschlüssen zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr.

„Deutschland braucht jetzt eine Regierung, die Werte verkörpert“, schreiben **CDU und CSU** am An-

fang ihres „Regierungsprogramms“ - Werte als Thema zur Abgrenzung von Rot-Grün. Dazu zähle „das christliche Menschenbild“ und – in einem Atemzug – „die Liebe zu unserem Land“. Denn Heimat gebe Halt, menschliche Bindungen und Zusammengehörigkeitsgefühl.

Die Union setzt in ihrem Programm stärker als alle anderen auf Gefühl und Wärme. Der Einzelne dürfe in der Massengesellschaft nicht verloren gehen, sein Glück hänge von Werten „jenseits des Euro“ ab. Scheu vor dem Begriff „Leistung“ haben die Christdemokraten dabei nicht. Dieser wird als Wert gehandelt und taucht beim Thema Soziales – gerne gepaart mit dem Wort „Pflicht“ – auf.

Die **FDP** bleibt sich treu. Ihr oberster Wert lautet Freiheit. Die wird im „Bürgerprogramm 2002“ erläutert wie eh und je: Der Staat sei nicht „Vormund“, sondern „Wächter“ über die Fairness mündiger Bürger. Entsprechend wollen die vor einigen Jahren als Besserverdiener-Partei getauften Liberalen Ort für alle sein, die sich für ihre Gemeinde, ihr Land, ihr Volk einsetzen, „statt immer gleich nach dem Staat zu rufen“. Die FDP wünscht sich Menschen mit „mehr Selbstverantwortung, mehr Veränderungsbereitschaft, mehr Mut“. Unter der Kategorie „Tugend“ firmiert hier die „klassische soziale Marktwirtschaft“, die durch den „marktlichen Preismechanismus“ verwirklicht werden soll. Im Zusammenhang mit der liberalen Tradition der Freiheitsrechte werden „Toleranz und Weltoffenheit“ beschworen.

Die Partei des Ostens definiert

sich ex negativo: Keine der übrigen Parteien stehe so sehr für Politikwechsel wie die **PDS**. Sie opponiert gegen Krieg, gesellschaftliche Erstarrung und soziale Kälte. Im Umkehrschluss heißen die obersten Werte Frieden, Gerechtigkeit, Arbeit. Als Partner im Kampf gegen „Neoliberalismus“ und „Vorherrschaft des Großkapitals“ fassen die demokratischen Sozialisten die „Betroffenen“ auf – in Gewerkschaften, Kirchen, Verbänden und Initiativen. Wünschenswert sei eine „Gesellschaft, in der die freie Entwicklung des Einzelnen zur Bedingung der freien Entwicklung aller wird“.

Prüfstein Gentechnik:

SPD und FDP lassen sich ausführlich über die notwendige Förderung dieser „Schlüsseltechnologie“ aus. Ethische Aspekte tauchen bei der **FDP** gar nicht auf, bei den Sozialdemokraten heißt es am Schluss knapp: „Forschung im Dienste der Menschen beachtet die moralische und ethische Grenze.“ Eine ethische Debatte sei daher begrüßenswert. **Union, Bündnisgrüne und PDS** warnen dagegen ausführlich vor den ethischen Gefahren der Biotechnik. Sie verweisen auf Lebensschutz, Menschenwürde, das Recht auf Selbstbestimmung der Frau, auf moralische Grundwerte.

Familie und Lebenspartnerschaften

In einem sind sich alle Parteien auffallend einig: Die **Familie** und das, was bei der **FDP** „andere Verantwortungsgemeinschaften“ heißt, seien für den gesellschaftlichen Zusammenhalt entscheidend. Strittig bleibt dabei, welche Lebensform welchen Rechtsstatus haben soll. Einhelligkeit auch beim Ehrenamt. Bürgerschaftliches Engagement erheben alle Parteien zum hohen Wert. Übereinstimmung ebenso beim Thema Bildung und Erziehung: Es gehe nicht nur um Wissen, sondern auch um die Vermittlung „unserer Werte“ an die Jugend, heißt es so oder so ähnlich in dem Wahlpapieren.

(KNA - ID Nr. 29 / 17. Juli 2002)

Erklärung zur Bundestagswahl

Umfassender Katalog zu Fragen der Weltordnung, der Rechte, der Werte

Vor der Bundespressekonferenz in Berlin haben der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Prof. Dr. Hans Joachim Meyer und die ZdK-Sprecherin für Politische Grundfragen, Karin Kortmann MdB, am 28. Juni die politische Erklärung des ZdK aus Anlass der Wahlen zum 15. Deutschen Bundestag vorgestellt.

Neuer gesellschaftlicher Konsens

Nachdrücklich warnt das ZdK in dieser Erklärung vor überzogener Kritik und Erwartungshaltung an Politik und staatlichem Handeln. Politik werde durch die Vorstellung, alle Probleme ließen sich lösen, wenn nur die „richtige“ Politik gemacht werde, unmöglich. Geboten sei vielmehr eine realistische Einschätzung der Möglichkeiten und Grenzen politischen Handelns. Deshalb plädiert das Zentralkomitee für einen neuen gesellschaftlichen Konsens, in dem die Aufgabenverteilung zwischen Staat, Markt, Zivilgesellschaft und der je eigenen Verantwortung für die Lebensgestaltung klar geregelt wird.

Wettstreit und Kompromiss

Darüber hinaus sieht das ZdK in Deutschland zur Zeit einen Mangel an politischem Streit um die richtigen Ideen und eine Dominanz partikularer Interessen. Wo der demokratische Streit fehle, werde das Gemeinwesen beschädigt, der notwendige Ideenwettbewerb finde nicht statt und folglich bliebe politische Innovation aus. Zudem hält das ZdK fest, dass die Werteordnung des Grundgesetzes einen festen Bezugspunkt für die notwendige Findung von Kompromissen darstelle.

Nachhaltigkeit als ethisches Kriterium

Durchgehendes ethisches Prinzip für das politische Handeln muss nach Auffassung des ZdK das Prinzip der Nachhaltigkeit sein. Nachhaltige Politik suche eine Balance des Ganzen und habe bei Entscheidungen die langfristigen Folgen im Blick. Nachhaltige Politik müsse Gerechtigkeit innerhalb der jetzt lebenden Genera-

tionen weltweit sowie zwischen der jetzigen und den nachfolgenden Generationen anstreben. Die Herausforderung bestehe darin, zu klären, wie unter den heutigen Bedingungen ein friedliches, gerechtes, leistungsfähiges und menschliches Zusammenleben organisiert werden könne, ohne dass dadurch kommenden Generationen Lasten aufgebürdet würden.

An einigen Politikfeldern führt die ZdK-Erklärung die Grundforderungen aus.

Friedenspolitik

Für die Friedens-, Sicherheits- und Außenpolitik fordert das ZdK eine Politikkonzeption, die einem gerechten Frieden dient. Ein gerechter Friede entstehe, wo die tiefgreifenden Ursachen des Krieges angegangen würden. Das Gebot der Stunde sei Gewaltvorbeugung verbunden mit mehr Zugangs- und Verteilungsgerechtigkeit. So fordert das ZdK konkret die Einhaltung der Selbstverpflichtung der Industrienationen, 0,7 % des jährlichen Bruttosozialproduktes für Entwicklungszusammenarbeit aufzubringen und die Realisierung des Ziels, die Armut in der Welt bis zum Jahr 2015 zu halbieren, sowie die Einführung eines internationalen Insolvenzverfahrens.

Darüber hinaus setzt sich das ZdK für eine wirksame Kontrolle der Kleinwaffenproduktion und des -exportes ein.

Europapolitik

In der Europapolitik bekennt sich das ZdK zur EU-Erweiterung als einer moralischen und politischen Verpflichtung. Hierzu bedarf es nach seiner Auffassung einer Neubestimmung des der Integration zugrundeliegenden Gesamtkonzeptes. Die Eu-

ropäische Union, so betont das ZdK, sei nicht nur eine Wirtschafts-, sondern vor allem eine Wertegemeinschaft. Besonders fordert das ZdK eine eigenständige europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Neben dem Schuldenabbau und einer Reform des Gesundheitswesens bleibt die Arbeitsmarktpolitik für die nächsten Jahre die zentrale Herausforderung. Besonders weist die Erklärung auf das Problem der Langzeitarbeitslosen hin. Hier wird mehr Gestaltungsspielraum für die Kommunen gefordert.

Bildung und Erziehung

Gute Schule hängt nach Überzeugung des ZdK vor allem von Menschen ab. „Wenn Deutschland die Defizite im Bildungsbereich ausgleichen will, braucht es dafür mehr Personal, mehr Aufwand für qualifizierte Aus- und Fortbildung sowie mehr Mittel für die Modernisierung von Schule und Hochschule“, heißt es dazu wörtlich in der Erklärung.

Familienpolitik

Zentrale Forderungen an die Familienpolitik richten sich insbesondere auf „spürbare Umverteilungen der Lasten zu Gunsten von Eltern – insbesondere in der Altersversorgung ...“ und eine Neuregelung des Familienlastenausgleichs, „damit die Erziehung von mehreren Kindern nicht zu einem Armutsrisiko wird“. Darüber hinaus erinnert das ZdK an seine Forderung nach Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen für das gleichberechtigte Miteinander der Eheleute als Voraussetzung und Teil einer ganzheitlichen Familienpolitik. Konsequenterweise lehnt es daher alle Überlegungen ab „ehebezogene“ Leistungen zu Gunsten „familienbezogener“ zurückzufahren.

Zuwanderung, Integration

Im Bereich der Zuwanderung und Integration lenkt die ZdK-Erklärung den Blick in besonderer Weise

auf die Problematik der illegal in Deutschland lebenden Ausländer. Auch ohne Aufenthaltsrecht oder Duldung müssten Menschen, die in der Illegalität leben, die ihnen zur Sicherung eines sozialen Mindeststandards zustehenden Rechte wahrnehmen können. Das betreffe insbesondere den Schulbesuch der Kinder, den Zugang zu medizinischer Versorgung und die Durchsetzung von Lohnansprüchen.

Lebensschutz

Besondere Herausforderungen sieht das ZdK beim Schutz des menschlichen Lebens angesichts der Fortschritte in der biomedizinischen Forschung. Wo solche Forschung in die Rechte Dritter oder gar in das

Lebensrecht Dritter eingreift, ist sie nach Auffassung des ZdK ethisch nicht zu rechtfertigen. Daher spricht es sich in seiner Erklärung gegen sogenannte verbrauchende Embryonenforschung und gegen Klonierung menschlicher Embryonen aus. Es fordert die Erarbeitung eines Fortpflanzungsmedizingesetzes, welches den neuen Entwicklungen Rechnung trägt und nicht hinter das Schutzniveau des geltenden Embryonenschutzgesetzes zurückfällt. Darüber hinaus lehnt das ZdK wegen der Gefahr der Selektion die Zulassung der Präimplantationsdiagnostik in Deutschland ab.

Nicht zuletzt fordert es dringend politische Initiativen zur Vermeidung sogenannter Spätabtreibungen.

Abschließend ruft der Text zur Wahlbeteiligung auf. Der Text fasst zentrale Anliegen und Forderungen der gesellschaftspolitischen Arbeit des ZdK aus der zurückliegenden Zeit zusammen. Er bietet für die Katholiken in Deutschland eine Vergewisserung, nach welchen ethischen Kriterien und nach welchen inhaltlichen Gesichtspunkten die zur Wahl stehenden Kandidaten in der Vorwahlzeit befragt und die persönlichen Wahlentscheidungen getroffen werden können. Der Wortlaut der Erklärung ist auf der Homepage des ZdK unter www.zdk.de/Erklärungen einzusehen.

(ZENIT.org 02070209)

UN-BERICHT:

Demokratie in Entwicklungsländern stärker fördern

Die Demokratie ist weltweit auf dem Vormarsch. Das geht aus dem am 23. Juli 2002 in Bonn vorgestellten UN-Bericht über die menschliche Entwicklung 2002 hervor. Mittlerweile würden in 140 der weltweit knapp 200 Länder Wahlen mit mehreren Parteien durchgeführt, heißt es in der Studie. Davon seien allerdings nur 82 Staaten wirklich demokratisch. In 106 Ländern werden laut UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) nach wie vor bürgerliche und politische Freiheiten eingeschränkt. Dabei sei die Demokratie für die Entwicklung eines Landes genauso wichtig wie Gesundheit, Bildung und Einkommen.

Eine größere Teilnahme der Bevölkerung an politischen Entscheidungsprozessen wie in der weltweit größten Demokratie Indien kann dem Bericht zufolge Hungersnöte verhindern. Darum müsse die Förderung von „democratic governance“ zentrales Anliegen von Entwicklungspolitik werden. Laut Studie kommt Nichtregierungsorganisationen (NRO) eine Schlüsselrolle in der Demokratieförderung in Dritt-Welt-Ländern zu. So gab es im Jahr 2000 rund 37.000 NRO auf der Welt, die Entwicklungshilfe im Umfang von ungerech-

net knapp sieben Milliarden Euro leisteten.

In den Demokratien der Industrieländer engagieren sich die Menschen laut UNDP politisch mittlerweile lieber in NRO als in Parteien. So hätten die etablierten politischen Parteien in Frankreich, Norwegen, Italien und den USA nur noch halb so viele Mitglieder wie vor 20 Jahren.

Um die Entwicklungsziele vom New Yorker Millenniumsgipfel zu erreichen, muss laut UNDP die staatliche Entwicklungshilfe von durchschnittlich 0,25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der jeweiligen Industrieländer verdoppelt werden. Im Jahr 2000 hatten 146 Staaten beschlossen, die Zahl der weltweit 800 Millionen Hungernden bis 2015 zu halbieren. Beim derzeitigen Tempo wäre der Hunger auf der Welt erst in 130 Jahren besiegt, heißt es im Entwicklungsbericht. Darin wird gefordert, den armen Ländern freien Marktzugang zu gewähren und ihnen ihre Schulden zu erlassen.

Sierra Leone ärmstes Land

Spitzenreiter in der UN-Welt-rangliste für menschliche Entwicklung (HDI) ist wie auch im vergangenen Jahr Norwegen, gefolgt von

Schweden, Kanada und Belgien. Der Index erfasst die Lebenserwartung, Einschulungs-, Alphabetisierungs- und Einkommensrate von in diesem Jahr 173 Ländern. Die USA und Deutschland behielten mit Platz 6 und Platz 17 ihre Einstufungen vom Vorjahr. Alle 24 Länder, die im Bericht am schlechtesten abschneiden, liegen in Afrika südlich der Sahara. Den letzten Platz belegt wie 2001 Sierra Leone.

Die Studie verzeichnet für die 90-er Jahre einen Anstieg der Zahl der Bürgerkriege im Vergleich zu Kriegen zwischen Staaten. 220.000 Menschen starben bei zwischenstaatlichen Konflikten im Vergleich zu 3,6 Millionen bei innerstaatlichen Unruhen. Zudem wuchs die Zahl der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen um die Hälfte. UNDP kritisiert, dass immer öfter nationale Streitkräfte in innerstaatliche Konflikte eingriffen. Die Organisation fordert eine strikte Trennung von Polizei und Militär, damit Zivilpersonen Menschenrechtsverletzungen durch Regierungen ahnden könnten. Den Angaben zufolge töteten im Verlauf des 20. Jahrhunderts Regierungen 170 Millionen ihrer Bürger. Das seien weit mehr, als bei Kriegen zwischen Staaten gestorben seien. (KNA)

„Geht zu allen Völkern“ – Der Auftrag der Kirche in der globalisierten Welt“

Jubiläumskongress „Kirche in Not/Ostpriesterhilfe“

HEINRICH DORNDORF

Vor 50 Jahren hatte Pater Werenfried van Straaten, bekannt unter dem Namen „Speckpater“, zum ersten Mal einen Kongress veranstaltet, um mit Vertretern aus vielen Ländern die Lage der verfolgten Kirche in Osteuropa zu beraten. Es ging vor allem darum, wie dieses katholische Hilfswerk, das 1947 von ihm gegründet worden war und heute in 16 Ländern mit nationalen Sekretariaten vertreten ist, weiter wirken kann. Am diesjährigen Jubiläumskongress vom 28. bis 30. Juni nahmen für die Gemeinschaft Katholischer Soldaten der Bundesvorsitzende Oberst Karl-Jürgen Klein und Hptm a.D. Heinrich Dorndorf teil.

„Geht zu allen Völkern“ – Der Auftrag der Kirche in der globalisierten Welt“, so lautete das Thema dieses Kongresses, ausgehend vom Pfingstthema. In den Grussworten – u.a. von Kardinal Karl Ratzinger, Kardinal Karl Lehmann und dem hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch – kam immer wieder zum Ausdruck, dass dieses Hilfswerk heute wie damals notwendig sei.

Der Eichstätter Diözesanbischof und Militärbischof Dr. Walter Mixa hielt einen beachtenswerten Eröffnungsvortrag zum Thema: „Salz der Erde – die Kirche in der globali-

sierten Welt“. „Wie können wir heute Salz der Erde sein, in unserer Kirche, wo doch der Anteil der Katholiken in Deutschland nur noch 34% beträgt?“, war seine Frage. Multi-religiös und multi-kulturell als kleinster gemeinsamer Nenner? – Nur an ein höheres Wesen zu glauben sei zu wenig, denn dies wäre Selbsttäuschung und Verleugnung unseres Glaubens. So empfiehlt der Bischof (besonders jungen Leuten) das Lukas Evangelium zu lesen. Hier fänden wir das Fundament unseres Lebens. Das christliche Menschenbild sei in der Genesis Lesung zu finden: Gott schuf den Menschen als Mann und Frau, als sein Ebenbild. Diese Aussage stehe im Gegensatz zu anderen Kulturen.

Spannungen zwischen Islam und Christentum

Die Rede von Bischof Mixa zog sich wie ein roter Faden durch den gesamten Kongress. Immer wieder wurden die Differenzen gerade zwischen Christentum und Islam deutlich. Der Dialog mit dem Islam müsse ehrlich sein und zur Wahrhaftigkeit führen. Voraussetzung allerdings nach Prof. Dr. Andreas Laun, Weihbischof von Salzburg: „Ich möchte Fragen stellen und ehrliche Antworten haben.

Wenn es möglich ist in Rom eine Moschee zu bauen, sollte es möglich sein eine Kirche in Mekka zu bauen“.

Ein besonderes Problem ist das der Christen im Heiligen Land. Sie leiden besonders im Konflikt zwischen Palästinensern und Juden. Der Berater des Päpstlichen Rates für den Interreligiösen Dialog Prof. Dr. Ghaleb Bader – in Jordanien geboren, Priester des Lateinischen Patriarchats von Jerusalem, lehrt heute Rechtswissenschaften an der Universität Bethlehem – fand keine Antwort, wie der Konflikt zu lösen sei. Nur der Friede sei dazu in der Lage, aber wie?. Lebten im 19.Jh. noch 65.000 Christen in Jerusalem, so seien es heute nur noch 5.000-6.000 bei abnehmender Tendenz. Da Christen keine Zukunft sähen, wanderten sie aus.

In der weiteren Diskussion wurde deutlich, dass es sehr unterschiedliche Auffassungen, im Hinblick auf Demokratie in islamischen Staaten gibt, denn eigentlich sei der Islam mit der Demokratie nicht vereinbar. 50 % des islamischen Volkes (Frauen) seien von der Mitwirkung ausgeschlossen. „So ist auch nach Auffassung des Islams Gott der Einzige, der Herr der Schöpfung, der Gesetzgeber und Richter“, so der Benediktinerpater Anselm Günthör. Werde z.B. in Saudi-Arabien für Christen keine Religionsfreiheit gewährt, so gebe es in Jordanien drei Christen mit Ministerposten in der Regierung und im Parlament neun christliche von 81 Abgeordneten.

„Kirche in Not“ ist in erster Linie pastoral tätig, gibt aber auch praktische Hilfen. So gibt es finanzielle Unterstützung für koptische



Der Vorsitzende der deutsche Sektion des internationalen katholischen Hilfswerks Kirche in Not/Ostpriesterhilfe, Hans Graf Huyn im Gespräch mit dem Bundesvorsitzenden der GKS, Oberst Karl-Jürgen Klein (r.) und dem Verfasser des Beitrags, Hptm a.D. Heinrich Dorndorf (l.). (Foto Th. Pinzka)

Der Gründer des Hilfswerkes, der niederländische Prämonstratenserpater Werenfried van Straaten, und Hans-Peter Röthling, Präsident des internat. kath. Hilfswerks KINOPH.

(Foto H. Dorndorf)

Christen in Ägypten, Nahrungsmittel und Medikamente für Kriegsflüchtlinge im Sudan. Mit Unterstützung von „Kirche in Not“ hat Pater Hans Stapel OFM ein Projekt für Drogenabhängige in Brasilien aufgebaut, Jazenda da Esperança“ (Bauernhöfe der Hoffnung). Auf diesen Bauernhöfen leben ca. 800 Jugendliche, die dort praktische Lebenshilfe erhalten, um später ein Leben ohne Drogen, ohne Alkohol meistens zu können. Wichtig dabei ist Zusammenarbeit mit den Eltern. Die Erfolgsquote ist hoch, denn ca. 87 % schaffen den Ausstieg. Das Projekt macht Schule. Es liegen Anfragen aus Russland und den Philippinen vor. – In Deutschland wurde 1998 die Fazenda Gut Neuhoof als Pilotprojekt anerkannt. In Markee bei Nauen ist das Zentrum für Jungen und junge Männer, in Riewend zwischen Nauen und Brandenburg liegt das Zentrum für Mädchen und junge Frauen.

Weltweite Verfolgung von Christen

Die weltweite Verfolgung von Christen war ein weiterer Punkt der Tagung. Der Vorsitzende der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, Karl Hafen, berichtete über Verfolgung, Bedrängung bis hin zur Hinrichtung von Konvertiten in Saudi-Arabien, die sogar von Familienmitgliedern vorgenommen wurden. Er wies auch auf die Radikalisierung der Weltreligionen hin, es sei z.B. auf den Molukken geplant „christenfreie Zonen“ zu schaffen.

Der polnische China-Experte, Prof. Roman Malek, betonte, dass die Verfolgung in China in den letzten 30 Jahren zwar abgenommen, jedoch in den letzten 5-6 Jahren wieder zugenommen habe. Als Folge der Einkindfamilie lebten ca. 100 Millionen Menschen in China, ohne registriert zu sein. Kinder würden ausgesetzt, Frauen vom Süden zum Norden entführt, dies sei die weitaus größere Verfolgung. Die katholische Kirche habe in China eine gewisse Eigen-



dynamik entwickelt. Priester würden, von Ausnahmen abgesehen, kaum verfolgt, und wenn, mit dem Ziel sie zur „offiziellen staatlichen Kirche“ zu zwingen, z.B. mit Hilfe von Prostituierten, die in die Gefängnisse eingeschleust würden, um einen Priester zu verführen, und ihn dann zu diskreditieren, wenn er ihr „Angebot“ ablehne.

Bischof Joseph Werth SJ, Bischof von Novosibirsk, berichtete von den Problemen der katholischen Kirche mit der Orthodoxie. Nach elf Jahren der Freiheit setze eine neue Welle der Verfolgung ein. Der Staat unterstütze die Orthodoxie gegen die katholische Kirche, wenn auch das Volk, die Basis, anders reagiere. Nach der Erklärung der Administrationen Novosibirsk und Irkutsk zu Diözesen durch den Vatikan, kam es zu

Protesten gegen die Katholiken, so auch die Ausweisung des Bischofs von Irkutsk, Jerzy Mazur; dies bedeute, dass Ostsibirien faktisch ohne Bischof ist. Sollte es keine Änderung, bzw. eine weitere Verschlechterung seitens der Orthodoxie geben, so erwarte Deutschland eine neue Ausreisewelle.

Der Kongress wurde mit der Eucharistiefeier beendet, an der auch der erkrankte Gründer des Hilfswerks, Pater Werenfried van Straaten, als Konzelebrant mitwirkte. Mit seinem alten „Sammlerhut“ führte er am Schluss des Gottesdienstes die Kollekte durch. Mit einem Wort von Pater Werenfried soll dieser Bericht enden: „Die Geschichte von Kirche in Not/Ostpriesterhilfe beweist, dass der Glaube auch heute noch Berge versetzen kann“.

Großer Spendenzuwachs bei „Kirche in Not/Ostpriesterhilfe“

„Kⁱ hat im Jahr 2001 das höchste Spendenaufkommen in seiner Geschichte erzielt. Das hatte die deutsche Sektion des Werkes im April 2002 mitgeteilt. Mit 79,15 Millionen Euro lag der Spendeneingang demnach um etwa 18,8 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Auch in Deutschland konnte das Hilfswerk den Angaben zufolge eine um 6,2 Prozent auf jetzt fast 12,7 Millionen Euro gestiegene Spendensumme verbuchen. Zu diesem Ergebnis hätten etwa 65.000 Spender beigetragen, gab der Ge-

schäftsführer der deutschen Sektion des Werkes, Klaus Wundelechner, bekannt.

Das Werk päpstlichen Rechts unterstützt die katholische Kirche nach eigenen Angaben in mehr als 130 Ländern bei der Erfüllung ihrer seelsorgerischen Aufgaben. Schwerpunkte der Hilfe sind die Länder, in denen die Kirche bedroht oder verfolgt wird, außerdem die Staaten Osteuropas, in denen die kirchliche Infrastruktur nach der Wende neu aufgebaut werden muss.

(KINOPH)

Situation der Religionsfreiheit in der Welt etwas verbessert

„Kirche in Not“ liefert die Daten

In Allgemeinen ist weltweit eine Verbesserung im Dialog und der Sensibilität für die Achtung und Toleranz der Religion festzustellen. Dennoch gibt es Länder, in denen die Intoleranz vorherrscht. Das geht aus dem Bericht 2002 von „Kirche in Not“ hervor, der Ende Juni 2002 in Rom eingereicht worden ist.

In Ländern wie dem Sudan oder Jemen kann der Übertritt zum Katholizismus das Leben kosten. In Ländern wie China und Vietnam wird die Missionstätigkeit der Kirche streng kontrolliert und im Falle der Gesetzesmissachtung mit harten Strafen geahndet. In Indien und Indonesien verhindern islamistische Terrororganisationen das Bekenntnis des eigenen Glaubens, und in Russland und der Ukraine wird in administrativer Hinsicht nichtorthodoxen christlichen Konfessionen das Leben erheblich erschwert. Auch zu Beginn des dritten Jahrtausends ist die Religionsfreiheit in der Welt immer noch mit vielen Fragezeichen und Schattenseiten behaftet: Verfolgungen, Massaker und Unterdrückung sind leider immer noch an der Tagesordnung und widersetzen sich diesem Grundrecht des Menschen. Der Bericht führt fünf Kategorien der Länder mit Einschränkung der Religionsfreiheit an, in denen in unterschiedlicher Form und Intensität die religiöse Freiheit eingeschränkt wird.

Islamischer Bereich

Extremfälle wie der Sudan, Jemen und Saudi-Arabien sind unverändert geblieben, wo außer dem Islam jegliches andere Bekenntnis und nichtislamischer Kult strengstens verboten sind. Wer nicht dazu gehört, (die nichtislamischen Gastarbeiter) ist ein Mensch zweiter Klasse und darf nicht einmal auf islamischem Territorium (dort) bestattet werden. Proselytismus ist strengstens untersagt, selbst den angesehenen nichtislamischen Religionsgemeinschaften im Iran. Aber selbst in Ägypten, wo offiziell keine Einschränkungen auferlegt werden, ist

es praktisch unmöglich, neue Kirchen zu bauen.

„Kommunistischer“ Bereich

In China, Vietnam, Nordkorea und angeblich auch in Kuba, den letzten schal gewordenen Bollwerken des Kommunismus, wird der Kult unter strengsten Kontrollen vom Staat toleriert, der dennoch nicht selten in sehr prekären Entscheidungsangelegenheiten interveniert wie zum Beispiel bei Ernennung von Bischöfen oder bezüglich der Aufnahmen von Seminaristen. Diskriminiert werden hier in politischer und sozialer Hinsicht durch die alles beherrschende kommunistische Partei alle, die sich zu einer nicht vom Staat kontrollierten Religion bekennen wie zum Beispiel zur katholischen Kirche.

Buddhistisch-Hinduistischer Bereich

Die Ausbreitung religiösen Fanatismus in Ländern wie Indien, Sri Lanka und Nepal erschwert den religiösen Minderheiten das gesellschaftliche Zusammenleben. Gewalt-

akte von Extremisten auf Minderheiten nehmen zu und der öffentliche Kult wird mehr und mehr eingeschränkt.

Bereich Örtlicher Konflikte

Bürgerkrieg in Ländern wie Kolumbien, Sudan oder Ruanda heißt nicht selten auch Anschläge auf Missionare oder gar Massaker an Mitgliedern verschiedener Religionsgemeinschaften.

Bereich der politisch-sozialen Einschränkungen

Freie Kultausbübung wird in etlichen Ländern der Erde nicht selten durch administrative Einschränkung behindert, wobei hier oft die traditionellen Großreligionen oder Konfessionen des jeweiligen Landes am Werke sind und Druck auf die Regierungen ausüben wie in Russland, der Ukraine oder ehemaligen islamischen Sowjetrepubliken, aber auch in sogenannten „laizistischen“ islamischen Nationen wie der Türkei und dem Irak. Insgesamt jedoch lässt sich eine geringfügige Verbesserung der Lage feststellen. Prof. Luca Diotallevi von der Universität Rom wies auf vier positive Anzeichen hin: Zunahme der Länder, in denen Gesetze zum Schutz der religiösen Vielfalt eingeführt werden, Zunahme der Bekehrungen, größerer Pluralismus innerhalb der Religionen und höhere Sensibilität und mehr Beziehungen der Religionen für- und untereinander. (ZENIT.org)

LESERBRIEF:

...
Im Urlaub denke ich an Sie und den AUFTRAG! Die Nr. 247 habe ich dabei. Ich freue mich über jede neue Nr. des AUFTRAG. Sie machen Ihre Sache großartig wie ein Profi! AUFTRAG schafft und hält im Grunde die einzige Verbindung zu Bundeswehr und Militärseelsorge! Ich möchte AUFTRAG nicht missen und sage Ihnen Dank für die Zusendung. Ihnen weiterhin Erfolg und Freude bei der Redaktion von AUFTRAG.

Alles Gute und freundliche Grüße

P. Reinhold Porten,
Oblatenkloster
Maria Engelport,
56251 Treis-Karden

UKRAINE:

Christ, Politik und Staatsgewalt

„Die Würde der Person in Uniform“ hatte sich eine Konferenz zum Thema gestellt, die vom 5. – 7. Juni 2002 in Lviv/Ukraine (ehem. Lemberg) stattfand. Es war die vierte innerhalb einer Reihe von internationalen Konferenzen zur Themenreihe „Christ und Politik“, die im Liver Institut für Innere Angelegenheiten und in den Räumen der Lviver Theologischen Akademie stattfand. Teilnehmer waren Offiziere der ukrainischen Streitkräfte und der Polizei, Professoren, Dozenten und Studenten staatlicher Akademien, Abgeordnete des Obersten Rates, Kirchenvertreter und Mitglieder der Internationalen Katholischen Männerbewegung UNUM OMNES, an ihrer Spitze der Präsident Heinz-Josef Nüchel, der zugleich Präsident der Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands ist.

Nachdem in den vorausgegangenen Jahren das Verhältnis bzw. die Beziehungen der Kirche (vorwiegend der Ukrainisch Griechisch-Katholischen Kirche) zur Gesellschaft (1999), zu den politischen Parteien (2000) und zu staatlichen Organen (2002) untersucht worden waren, stand diesmal das Verhältnis der Kirche zu den Uniformträgern (Polizei und Militär) im Mittelpunkt.

Über UNUM OMNES hatten die ukrainischen Organi-

satoren aus Deutschland eingeladen

- den ehemaligen Leitenden Polizeiseelsorger, Prälat Siegfried Schindele, Augsburg
- als Vertreter der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, Oberstleutnant i.G. Reinhard Kloss, Vorsitzender des Internat. Sachausschusses (IS).

Zum Abschluss der Beratungen wurde in einer Resolution die Notwendigkeit festgestellt, die Kirche an der Lösung folgender Fragen zu beteiligen:

- Fragen zum Bild, zum Selbstverständnis und zur Würde der Soldaten und Polizisten, zur Erfüllung ihrer Dienspflichten und über ihren Status in der ukrainischen Gesellschaft;
- Fragen zur seelsorglichen Betreuung von Militär und Polizei;
- Vorbereitung eines Gesetzes zur Einführung einer Militär- und Polizeiseelsorge.

Die diesjährige Konferenz wird, wie es im Protokoll heißt, „als erster Schritt auf dem Weg einer Wiedergeburt der christlichen Tradition für die ukrainische Armee im neuen demokratischen Staat unter Berücksichtigung der aktuellen Bedingungen und der Erfahrungen der ausländischen Gäste“ betrachtet. GKS-Mitglied Reinhard Kloss gibt im Folgenden seine Eindrücke wieder. (PS)

Die neue Ukraine

Das Laienapostolat als Transformator zur Wiederbelebung christlicher Traditionen in Armee und Gesellschaft

REINHARD KLOSS

Das Land im Südwesten Osteuropas, mit über 50 Millionen Einwohnern, erklärte sich 1991 unabhängig und wurde Gründungsmitglied der GUS. In der Realität befindet sich das Land immer noch auf dem Weg in die demokratische Unabhängigkeit. Dieser Weg ist gekennzeichnet durch den Konflikt zwischen der neuen Demokratiebewegung und der alten Nomenklatura, die teilweise immer noch Schlüsselstellen des Staates besetzt und dessen Entwicklung damit maßgeblich mit beeinflusst.

Die Bevölkerung, die zu ca. 72 % aus Ukrainern und 21 % aus Russen besteht, lebt derzeit im Spannungsfeld der Kulturen, welche den Osten und den Westen teilt und ist geprägt von der Jahrzehnte dauernden Sowjetherrschaft.

In diesem Spannungsfeld bewegend, hat sich der „St. Wolodymyr Fonds“, eine griechisch-katholische Laienorganisation, zum Ziel gesetzt, mit Unterstützung der Kirche, den Transformationsprozess in eine demokratische Zukunft zu forcieren.

Der St. Wolodymyr Fonds ist eine Einrichtung, die Impulse für den Dialog zwischen Kirche und Staat geben will. Neben Aufgaben der Familienförderung veranstaltete der Fonds so bereits zum 4. Mal seine internationale Konferenz „Christ und Politik“.

Bereits die ersten drei Veranstaltungen „Christ und gesellschaftliche Organisationen“, „Christ und politische Parteien“ und „Christ und Staatsorgane“ fanden große Resonanz bei höchsten Würdenträgern und der Presse. So war es keine Überra-

schung, dass auch beim diesjährigen Thema, „Die Würde des Menschen in Uniform“ der Andrang groß war.

In Zusammenarbeit mit der Lemberger theologischen Akademie, dem Innenministerium und dem Militärgymnasium erstreckten sich themenbezogene Veranstaltungen über acht Monate. Sie beinhalteten Vorlesungen an Schulen und Universitäten und endeten mit einer 3-tägigen Konferenz in Lviv (Lemberg), die unter Beteiligung von Vertretern aus den USA, Österreich, Kroatien und der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt wurde.

Die Arbeit im Verlauf der Konferenz zeichnete sich durch eine große Offenheit aus, in der über alles gesprochen wurde. Bereits in seinem Grußwort stellte der ukrainische Militärbischof, Bischof von Ssokal, Mychajil Koltun, die derzeit im Lande herrschenden Probleme deutlich heraus.

Obwohl ein Militärseelsorgevertrag existiert, wird er in der Praxis ignoriert. Ein Problem zwischen Theo-

rie und Praxis, welches sich auch in anderen Bereichen durch den gesamten Alltag des Staates hinzieht.

Die Vergangenheit ist noch zu präsent. Der Bürger merkt es daran, dass z.B. noch häufig, für neue Demokratien zu häufig, die russische Sprache gesprochen wird und bewusst auf die eigene Sprache, das Ukrainisch, verzichtet wird.

Der Militäregeistliche merkt es daran, dass es ihm nicht gelingt, den Soldaten als einen Menschen zu vermitteln, der seine Pflicht ausübt. Der Soldat wird immer noch als Instrument eines Machtapparates gesehen, der als Staat im Staate neben der Bevölkerung steht und dem deshalb, aus Sicht der Bevölkerung, auch heute nicht alle Rechte, die der „Normalbürger“ besitzt, zugestanden werden müssen.

Die Kirche, die gerne Vermittler zwischen Staat, Bevölkerung und Militär wäre, kämpft jedoch auch um Anerkennung innerhalb des Militärs. Ein Verständnis für die Notwendigkeit der Militärseelsorge und der Kirche, wie es in der Bundeswehr insbesondere nach Beginn der Einsätze gewachsen ist, existiert in der Ukraine derzeit noch nicht. Das Recht auf Religionsausübung ist zwar verbrieft, wird jedoch noch nicht überall anerkannt.

Wenn überhaupt, so gehen Initiativen von der Westukraine aus und der russisch-orthodoxe Ostteil des Landes zieht nur langsam nach.

Der Militärbischof der Ukraine sprach für alle, als er abschließend

die Hoffnung äußerte, dass diese Konferenz für seine Arbeit Zeichen setzen würde. Die erstellten Dokumente und Vorträge würden die Hierarchien durchwandern und die Notwendigkeit der Militärseelsorge untermauern.

Sein Ziel, den Staat zu stärken und sich wieder der europäischen Kultur zu nähern, um die Zusammenarbeit mit anderen Ländern zu ermöglichen, erscheint nur dann realisierbar, wenn es gelingt, im Soldaten den Mensch in Uniform zu sehen, der mit gleichen Rechten und Pflichten auszustatten ist. Der Uniformträger ist in die Gesellschaft zu integrieren.

Diese vom Militärbischof dargestellten Probleme und Hoffnungen zogen sich im Verlauf der Konferenz durch die Beiträge aller Dozenten, die das Thema aus theologischer, politischer oder aus Sicht des Organisationskomitees beleuchteten.

Der Staat befindet sich noch in einer Periode der Selbstfindung, in einer Phase des Übergangs in der die Kirche helfen kann und helfen will. Das Problem liegt jedoch häufig nicht in der Institutionalisierung bestimmter Strukturen, sondern in der Akzeptanz dieser Gegebenheiten und bedarf daher der ständigen, immer wiederkehrenden Beeinflussung der Bevölkerung und der Nomenklatura.

Unter diesen Rahmenbedingungen war das Interesse an den Vorträgen der deutschen Delegation, die aus Heinz Josef Nüchel (Präsident von Unum Omnes), Prälat Siegfried Schindele (ehemaliger Polizeiseel-

sorger) und Oberstleutnant i.G. Reinhard Kloss (Vorsitzender des Internationalen Sachausschusses der GKS) sehr groß.

So berichtete Prälat Schindele von seiner Arbeit als Polizeiseelsorger und der Stellung des deutschen Polizisten in der Gesellschaft. Insbesondere der uns allen bekannte Slogan „Die Polizei dein Freund und Helfer“ wurde als wünschenswertes Zukunftsziel einer demokratisch legitimierten ukrainischen Polizei aufgenommen. Der Weg dahin erscheint jedoch noch weit, da die heutige Polizei der Ukraine, schlecht bezahlt, häufig auf „Alternativfinanzierung“ angewiesen, als ehemaliges Machtinstrument des Staates in den Augen des Bürgers immer noch einen Sonderstatus innehat und diesen häufig auch noch ausübt.

Ebenso aufmerksam wurden die beiden Vorträge des deutschen Offiziers zu den Themen „Staatsbürger in Uniform – Die Integration des Soldaten in die demokratische Gesellschaft“ und „Die Lehre der katholischen Kirche über den Dienst des Soldaten“ verfolgt und ausgewertet.

So fanden sich in fast allen, im Rahmen einer Pressekonferenz vorgetragenen Abschlussstatements, Aussagen aus den Vorträgen wieder, die aufgenommen wurden und deren Ideen sich bereits im ausgesprochenen Gedankengut wiederfanden.

Insbesondere die Situation des deutschen Soldaten, der heute in Deutschland ein Staatsbürger in Uniform ist, der sich in die soziale Ordnung der Gesellschaft ohne Sonderrechte eingeordnet hat, dort akzeptiert wird und dabei unter Wahrung der Menschenwürde die Werte erlebt, die er unter Einsatz seines Lebens verteidigen soll, wurde als Ziel akzeptiert, welches es zu erreichen gilt.

Für die deutschen Teilnehmer der Konferenz tat sich im Verlauf des 8-tägigen Aufenthaltes eine Welt auf, die in ihrer Entwicklung vergleichsweise weit zurück ist, jedoch zumin-



Bischof Julian Woronowsky mit seinem Generalvikar, dem Militärpfarrer, Dolmetschern, Ihor Matuschewski, Vorsitzender des St. Wolodymyr Fonds, und der deutschen Delegation in einer gerade renovierten Militärkirche in Drohobytch, die zur sowjetischen Zeit als Offizierscasino genutzt wurde

dest in ihren westlichen Regionen bemüht ist, den Anschluss an Europa zu finden.

Neben einer, heute bei uns nicht mehr bekannten Gastfreundschaft erlebten die deutschen Teilnehmer der Konferenz aber auch eine für Westeuropäer fremde Welt. So wurden Geschichtsbücher lebendig und Berichte von Betroffenen prägten sich in die Herzen ein.

Einzelne Schicksale, wie das der 99-jährigen Deutschen, Frau Rott, die 1945 letztmalig einem deutschen Staatsbürger begegnete und bei unserem Besuch, mit Tränen in den Augen, Prälat Schindele (s. Foto u.) das „Vater unser“ der damaligen Zeit auf Deutsch vorbetete, öffneten den Blick in eine Vergangenheit, die man nur aus Büchern kennt. Trotz vieler Schicksalsschläge, die sie auch nach Sibirien führten, hat diese Frau den Glauben an Gott nicht verloren und ist dank dessen daran nicht zerbrochen.

Gerade der Glaube, der lange Zeit nur im Untergrund praktiziert werden konnte, ist heute häufig die Antriebsfeder auf dem Weg in eine demokratische Zukunft geworden.

Mutige Männer, wie Bischof Woronowsky der Diözese Sambir-Drohobysch, der jahrelang nur im Untergrund agieren konnte, tagsüber, als werktätiger Hilfsarbeiter getarnt, am Band arbeiten musste und nur wenigen Eingeweihten als Bischof

bekannt war, leisten Großes auf dem Weg in die Zukunft. Sie reißen mit, finden Verbündete in allen Berufen, die den Mut haben mit der Vergangenheit zu brechen und dies auch offen zu bekennen. So betonte der Kommandeur der Kadettenakademie in seinem Schlusswort den Wunsch und die Notwendigkeit für sein Land so handeln zu können, wie die Bundesrepublik Deutschland nach der Wiedervereinigung. Er griff dabei eine Antwort auf, die im Verlauf der Tagung auf eine Frage gegeben wurde, in der OTL i.G. Kloss den Weg in die Armee der Einheit beschrieb und dabei deutlich machte, dass die hohen Dienstgrade der NVA entlassen und durch Offiziere der Bundeswehr ersetzt wurden. Er forderte Gleiches für sein Land, für die Staatsorgane, die noch, von der alten Nomenklatura durchsetzt, die falschen Männer in Schlüsselfunktionen halten. Ein mutiges Wort, welches von der Presse aufgegriffen wurde und auf dessen Wirkung noch gewartet werden kann.

Der Willen zur Rückkehr in den europäischen Kulturkreis, zu christlich abendländischen Werten ist erkennbar, mutige, anpackende Männer und Frauen, die dieses forcieren, hat das Land.

Wir können Sie nur dazu ermutigen, ihnen Glück auf diesem steinigen Weg wünschen und sie wo immer möglich durch Information und Kommunikation unterstützen. □



GENTECHNIK:

Katholische Männer beklagen männliche Dominanz

Die dominierende Stellung von Männern in der Gentechnik hat die Gemeinschaft der Katholischen Männer Deutschlands (GKMD) kritisiert. Die eher sach-, ziel- und lösungsorientierte Struktur von Männern habe in Wissenschaft und Medizin bei allen Erfolgen zu einer funktionalen und zweckhaften Betrachtung von Mensch und Natur geführt, heißt es in einem von der GKMD am 8. Mai 2002 in Fulda vorgelegten Positionspapier zur Bioethik (Wortlaut s.S. 92). Eine solche Sichtweise könne aber das Wesen des Menschen nicht angemessen erfassen. Männer sollten Frauen die Federführung bei der Bewertung von Gentechnik und Fortpflanzungsmedizin überlassen, so die GKMD, weil Frauen die besondere Last der angewandten Verfahren am eigenen Leib zu tragen hätten.

Die GKMD warnt davor, das geltende Embryonenschutzgesetz zu unterhöhlen, und lehnt eine Forschung an embryonalen Stammzellen strikt ab. Ethisch nicht zu rechtfertigen ist für die GKMD die Präimplantationsdiagnostik (PID). Sie verändere die Einstellung zu chronisch kranken und behinderten Menschen und führe faktisch in die Selektion. Ausdrücklich wird in dem Positionspapier ein „Gen-Diagnostik-Schutzgesetz“ verlangt. Ein solches Gesetz solle möglichen Missbrauch verhindern. Die GKMD legte das Papier zum Abschluss ihrer diesjährigen Haupttagung vor. Die Tagung hatte das Thema „Ethik im Zeitalter der Biotechnik – Eine Herausforderung für die katholische Männerarbeit“.

(KNA)

Prälat Siegfried Schindele im Gespräch mit der 99-jährigen Deutschen Rott

Was darf der Mensch?

Positionspapier der Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands (GKMD) zur Gentechnik und Bioethik

Nach Auffassung der GKMD wirft die aktuelle Entwicklung in der Gentechnologie und Biomedizin fundamentale ethische Fragen auf, die das Grundverständnis von Leben und Würde des Menschen berühren.

Wir sind der grundsätzlichen Auffassung, dass Leben immer von Gott geschenkt und uns Menschen anvertraut ist. Diese Verantwortung schließt alle Mitgeschöpfe ein und bezieht sich in besonderer Weise auf den Menschen, der als Ebenbild Gottes unverfügbar ist.

Die dem Menschen verliehene Freiheit und Mitverantwortung für die Schöpfung findet ihren Ausdruck auch in wissenschaftlicher Forschung und ihrer praktischen Anwendung. Beiden sind jedoch Grenzen gesetzt, insbesondere die Anerkennung der Würde des Menschen in allen seinen Lebensphasen.

Diese Grenzen gelten aktuell genau so in der Gentechnik, Gendiagnostik und Fortpflanzungsmedizin und für deren Möglichkeiten, gezielt in menschliches Leben – besonders auch in das ungeborene – einzugreifen.

1. Im Hinblick auf die dominierende Stellung der Männer in Wissenschaft und Technik stellen wir fest:

- Die eher sach-, ziel- und lösungsorientierte Struktur von Männern hat in Wissenschaft und Medizin – bei allen Erfolgen – zu einer überwiegend funktionalen und zweckhaften Betrachtung von Mensch und Natur geführt. Diese eindimensionale, distanzierte Sichtweise kann das Wesen des Menschen nicht angemessen erfassen.
- Das Bewusstsein für die Endlichkeit des Lebens und die Grenzen der Machbarkeit werden oft verdrängt durch eine nahezu bedingungslose Fortschrittsgläubigkeit.
- In der Bewertung von Gentechnik und Fortpflanzungsmedizin sollten Männer den Frauen die Federführung überlassen, weil diese die besondere Last der angewandten Verfahren am eigenen Leib zu tragen haben.
- Männer werden im Zusammenhang der Fortpflanzungsmedizin leicht auf Samenspender reduziert und damit instrumentalisiert. Wir fordern dazu auf, die Sexualität von Mann und Frau ganzheitlich zu sehen.

2. Zu Gentechnik und Bioethik vertreten wir darüber hinaus folgende Standpunkte:

- Das in Deutschland geltende Embryonenschutzgesetz, das jegliches Experiment mit dem Keim ab Verschmelzung von Ei und Samenzelle untersagt, darf nicht unterhöhlt werden.
- Das Klonen von Menschen – sollte es machbar sein – führt dazu, dass die eine Generation der nachfolgenden diktiert, wer und wie sie zu sein hat. Daher muss es ausnahmslos verboten bleiben.
- Dringend erforderlich ist ein Gen-Diagnostik-Schutzgesetz, das einen möglichen Missbrauch verhindert. Die Anwendung von Gentests muss immer auf freiwilliger Basis erfolgen. Das Recht auf Nichtwissen muss gewährt und gewahrt werden.
- Die Präimplantationsdiagnostik (PID) bewertet den Menschen nach Gesundheit, Funktionstüchtigkeit und Zweck. Sie führt faktisch in die Selektion und verändert die Einstellung zu chronisch kranken und behinderten Menschen. Deshalb ist sie ethisch nicht zu rechtfertigen.
- Die Forschung an adulten Stammzellen ist ethisch unbedenklich. Forschung an embryonalen Stammzellen lehnen wir aber als Verstoß gegen den unbedingten Schutz des Lebens strikt ab.

Fulda, den 8. Mai 2002

BEREICH AUSLAND: EL PASO, TX, USA



Es war noch recht kühl, als die Familien, der in El Paso stationierten Soldaten, sich zur Auferstehungsfeier in der Wüste, östlich von El Paso trafen. Da, wo sonst Kojoten, Klapperschlangen, Skorpione, Wüstenhasen und Roadrunner sich immer noch heimisch fühlen, hatten der kath. Militärseelsorger Norbert Achcenich und der ev. Militärfarrer Dr. Günter Riedner, zur Osterfeier eingeladen. 1997 fand die bis dahin traditionelle Auferstehungsfeier letztmals dort statt, und man war allseits neugierig auf die Eindrücke der wieder aufgenommenen Feier.

Die erste Überraschung erlebten die beiden Militärfarrer, als sie feststellten, dass in ganz El Paso keine Osterkerze aufzutreiben war. Gott sei gedankt, hatte man im Standort Holloman Air Force Base, deren deutsche Soldaten auch von den Militärseelsorgern aus El Paso be-

Lumen Christi in der Wüste

Die am geweihten Feuer entzündete Osterkerze hielt der katholische Militärfarrer des Standortes El Paso Norbert Achcenich zum „Lumen Christi“ dem Himmel in der Morgendämmerung der Osternacht entgegen; neben ihm der evangelische Amtsbruder Dr. Günter Riedner.

treut werden, eine Ersatzkerze zur Verfügung. Pfarrer Achcenich, der am Vorabend, in der 90 Meilen von El Paso entfernten Air Force Base, die Osterfeier mit den deutschen Familien zelebrierte, brachte die Kerze mit. Damit retteten die Kameraden aus Alamogordo, New Mexico, die Osterfeier unter dem sternklaren Wüstenhimmel von Texas.

Morgens um fünf war die Welt auch in El Paso an diesem Ostermorgen noch in Ordnung. Es war ein Morgen mit einem von Sternen übersäten Himmel. Als hätte der Schöpfer die Kulisse zu der Feier besonders dafür geschaffen. Die Anwesenden rückten dicht an das Osterfeuer heran, denn zu dieser frühen Stunde ist es in der Wüstenlandschaft, wo am Tage 25 Grad zu erwarten sind, noch empfindlich kalt. Das „Lumen Christi“ und „Deo gratias“ erklang zur Kerzenweihe. Als zum „Alleluja“ die Sonne mit ihren prächtigen Farben über den Hueco Mountains aufging und die Landschaft erhellte, bot sich den Gläubigen ein überwältigendes Stimmungsbild. Das Evangelium von der Auferstehung, das Dr. Riedner

vortrug, wurde zur textlichen Gestaltung einer optischen Darstellung, die jedem renommierten Filmemacher alles abverlangt hätte, diese Szene in einem Film festzuhalten. Mit der Auferstehung setzte sich auch der katholische Militärggeistliche in seiner Predigt auseinander. Er sagte, „nach dem Motto, jeder Tropfen höhlt den Stein“, müsse jede Auferstehungsfeier immer wieder deutlicher machen, dass mit dem Tod nicht alles aus sei.

Vorbei soll es nun auch nicht mit den wieder aufgelebten traditionellen Auferstehungsfeiern in der Wüste sein. Die Militärgemeinden wollen keine vier Jahre mehr darauf verzichten, das Taufwasser, wie an diesem Ostermorgen, in der Wüste zu weihen. – Übrigens, Johannes der Täufer hatte in der Nähe des 30. Breitengrades mit dem Wasser des Jordans unter ähnlichen klimatischen Bedingungen wie in der Wüste bei El Paso Menschen getauft. El Paso liegt am Rio Grande und zufällig nahe am selben Breitengrad, nur auf der anderen Seite der Erdkugel.

Weißer Sonntag in Fort Bliss

Bis auf den letzten Platz war die Chapel 5 in Fort Bliss, anlässlich einer Erstkommunionfeier besetzt. Die Kirche wurde von den Amerikanern 1964 der katholischen und der evangelischen Militärseelsorge zur Verfügung gestellt. In den vergangenen Jahren empfing eine große Anzahl Kinder des deutschen Soldatenkontingents in diesem Gotteshaus die Erstkommunion. Für Pfarrer Norbert Achcenich, dem für Fort Bliss zuständigen katholischen Militärggeistlichen, war es erstmals nach seinem Dienstantritt, dass er Kindern am Standort El Paso die Erstkommunion spendete.

Fünf Monate bereitete er die beiden 9-jährigen, auf den großen Augenblick ihres neuen christlichen Lebensabschnittes vor. Am ersten Sonntag nach Ostern, war endlich der Tag gekommen. – Aufregend war die erste Beichte für Bianca Grove und Alexander Zink, die beide Schüler der deutschen Schule in Fort Bliss sind. – Mit klaren Kinderstimmen,



Zur gemeinsamen Feier der Osterliturgie hatten sich die Familien der evangelischen und der katholischen deutschen Militärgemeinden in der Wüste östlich von El Paso versammelt, um in der Morgendämmerung die Auferstehung Christi zu feiern.

(Foto T. Bucher)

„Wir glauben“ – „Ja, das wollen wir“, antworteten Bianca und Alexander, auf die Fragen, die Militärpfarrer Norbert Achcenich den Erstkommunionkindern bei der Erneuerung ihres Taufversprechens stellte. Hatten doch bei der Taufe die Paten diese Fragen stellvertretend für die Täuflinge beantwortet. An diesem Erstkommunionstag bekannten sie sich nun selbst mit fester Stimme zu ihrem „Taufbund“.

beantworteten sie bei der Erstkommunionfeier die Fragen des Priesters zur Festigkeit ihres Glaubens. Der Herzschlag der jungen Menschen, lag beachtlich über der normalen Frequenz, als sie zum ersten Mal die Hostie aus der Hand des Priesters empfangen durften.

Man sah in strahlende Kindergesichter, als im Anschluss an die Messe, die Gratulationen zur Erstkommunion erfolgten. Sichtlich stolz waren auch die Eltern, OStabsArzt Dr. Andreas und Heide Grove sowie Dipl.-Ing. Axel und Angelika Zink bei der Entgegennahme der Glückwünsche, die Verwandte, Freunde und die vielen an der Feier teilnehmenden Gläubigen überbrachten.



(Text u. Fotos Engelbert Morawietz)

KLMD KIEL – (EHEMALS WB I):

Neuer Rekord bei der Kieler Woche

Mit einer noch nie dagewesenen Anzahl von Besuchern konnte der Katholische Leitende Militärdekan Kiel, Prälat Peter Rafter, am ersten „Kieler-Woche“-Sonn-



tag im Juni 2002 einen internationalen Schiffsgottesdienst feiern. Der Kommandant der polnischen Fregatte „General Kazimierz Pulaski“, hatte sein Schiff hierfür zur Verfügung gestellt. Mehr als 200 Besucher waren der Einladung zum Gottesdienst gefolgt. Darunter viele Freunde der Katholischen Militärseelsorge aus Kiel, Soldaten aus Polen, Litauen, Kroatien und natürlich aus Deutschland. Die Landeshauptstadt Kiel war durch die stellvertretende Stadtpräsidentin Vernea Schattke sowie durch Vertreter der SPD- und SUK-Fraktionen vertreten. Als Konzelebranten wirkten P. Dr. Arian Wygra (Polen), Pfr. Roland sowie Militärpfarrer Georg Kaufmann aus Plön und Diakon Kamp aus Tarp mit.

In seiner Predigt ging der Leitende Militärdekan auf den kommenden Festtag des Hl. Johannes des Täufers ein. Er zog eine Parallele zur Geburt Jesu, die vor einem halben Jahr gefeiert wurde. Kurz vorher fand die Wintersonnenwende statt. Mit der Geburt Jesu werden die Tage länger, er führt uns

Fortsetzung auf Seite 95

Das obere Foto zeigt die Gottesdienstteilnehmer unter einem auf dem Schiffsdeck gespannten Sonnensegel.

Die Zelebranten des internationalen Militärgottesdienstes (mittleres Foto v.r.) Militärpfarrer Georg Kaufmann aus Plön, Diakon Kamp aus Tarp, der KLMD Kiel Prälat Peter Rafter und der polnische Militärpfarrer Dr. Arian Wygra.

An den Gottesdienst schloss sich noch ein Empfang an, zu dem der Kommandant des Schiffes und Prälat Rafter eingeladen hatten. Umrahmt und mitgestaltet wurde dieser Gottesdienst von den Fahrtdorfern Shantysängern (mittleres Foto im Hintergrund) und von der Bläsergruppe des Marinemusikkorps Ostsee.

Prälat Rafter bedankt sich beim Kommandanten der polnischen Fregatte „General Kazimierz Pulaski“ und überreicht das Große Kreuz der Militärseelsorge für das Schiff. (Text u. Fotos Franz-Josef Hosse)

BEREICHSKONFERENZ DER GKS NIEDERSACHSEN/BREMEN – (ehemals WB II)

Führungswechsel – Landeskunde – Palmsonntag

Bei der Wehrbereichskonferenz in der Kolpingbildungsstätte „Weberhaus“ in Nieheim (22.–24. März) übergab Hptm Peter Muermans den Vorsitzend der GKS im Bereich Niedersachsen/Bremen an seinen Nachfolger Hptm Volker Engelmann. Hptm Muermans wird an die Führungsakademie nach Hamburg versetzt. Als stellvertretender Vorsitzender rückte OstFw a.D. Hans Jürgen Lang nach und zum weiteren stellvertretenden Vorsitzenden wurde HptFw Andreas Lohe gewählt. Doch bevor Peter Muermans sein Amt an Volker Engelmann übergeben konnte, war er noch für den Ablauf der Frühjahrskonferenz verantwortlich.

Im „Arbeitsteil“ berichtete Muermans und der stellv. Bundesvorsitzende OstFw a.D. Hans-Jürgen Matthias über die Bundesvorstandssitzung der GKS. Die Delegierten trugen aus ihren Kreisen vor und die Damen berichteten über das Frauenwochenende in Goslar. Es wurden Erfahrungen ausgetauscht und Termine für gemeinsame Veranstaltungen für das Jahr 2003 festgelegt.

Der Sonnabendvormittag stand unter dem Thema: „Die Bedeutung des Islams für Einsätze der Bundeswehr“. Zu diesem Thema referierte Major d.R. Joachim Engel aus seinen praktischen Einsatzerfahrungen. Engel ist Dozent am Zentrum für Innere Führung und war mehrfach bei der „Landeskundlichen Beratergruppe“ im Kosovo beim Stab der Multination

Vorstand der GKS im Bereich Niedersachsen/Bremen (v.l.):

Hptm a.D. Lothar Fischer (GeschFhr),
Hptm Volker Engelmann (neuer Vors.),
Hptm Peter Muermans (alter Vors.), Militärpfarrer Otto Gäng (Geistl. Beirat der GKS), OstFw a.D. Hans Jürgen Lang (stellv. Vors.).



alen Brigade Süd eingesetzt. Er zeigte das Spannungsfeld zwischen den Religionen, Traditionen, Kulturen, der Politik und der geschichtlichen Entwicklung der Ethnien auf. Anhand von Erlebnissen schilderte er, wie sensibel der Umgang mit den Ethnien sein kann und wie schnell sie sich übervorteilt sehen. Er sagte, die Familie im Kosovo seien wie ein kleines Unternehmen zu betrachten. Die Familie könne ein ganzes Dorf umfassen. So verdiene nicht der Einzelne das Geld für sich, sondern immer für die ganze Familie oder das Dorf. Wir Zuhörer erkannten wie wichtig eine „Landeskundliche Beratergruppe“ ist, damit den Soldaten vor Ort beim Umgang mit den Menschen nicht ungewollt Fehler unterlaufen, die die Volksgruppen als Erniedrigung, Benachteiligung oder dergleichen auffassen könnten.

In bewährter Weise bastelte Frau Gisela Fischer mit den Damen Ostergestecke. Die Kinder bereiteten traditionelle Palmstöcke für den Palmsonntagsgottesdienst vor.

Der Samstagnachmittag wurde nach eigenem Ermessen gestaltet. Die meisten Familien nutzten die Nähe Paderborns für einen Ausflug

in die Bischofsstadt. Abends fand man sich zum geselligen Beisammensein zusammen. In gemütlicher Runde bedankte sich Peter Muermans bei OstFw a.D. Matthias für das jahrelange Engagement als der „2. Mann“ der GKS im Wehrbereich II. Hans Jürgen Matthias ist ein passionierter Freizeitfahrradfahrer, und so überreichte ihm der scheidende Vorsitzende zum Dank für seine Arbeit, einen Satz Radwanderkarten.

Den Sonntag gestaltete unser Geistlicher Beirat, Militärpfarrer Otto Gäng. Mit einer Palmprozession zogen wir in die Kappelle ein. Die Heilige Messe wurde wegen der vielen Kinder von Militärpfarrer Otto Gäng kindgerecht gestaltet. Seine Predigt stand unter dem Thema: Es gibt keinen Weg zurück. Die Kollekte wurde dem Jahresprojekt „Nachbarschaftshilfe“ zur Verfügung gestellt.

In der Kolpingbildungsstätte „Weberhaus“ waren wir gut untergebracht und der Küche des Hauses kann man nur ein ganz großes Lob aussprechen. Mit dem Mittagessen am Sonntag endete die Frühjahrskonferenz. (Hans Jürgen Lang)



Fortsetzung von Seite 94

zum Licht. Dass mit der Geburt Johannes des Täufers die Tage kürzer und das Licht weniger werden soll nicht bedeuten, dass Johannes uns ins Dunkel führt. Er sagt von sich selber, dass er nicht der Messias sei;

er ist nicht das Licht, sondern der Wegbereiter. Er lebte als Asket in der Wüste und mit der kommenden Sonnenwende würden wir wieder das Licht erfahren: Jesus Christus, so der Grundgedanke der Predigt.

„Nur gemeinsam geht es weiter“

Arbeitskonferenz I/2002 des Katholischen Leitenden Militärdekan Köln-Wahn:
Diskussionen über neue Strukturplanungen Schwerpunkt der Beratungen

Es war eine äußerst befriedigende Arbeitskonferenz. Ich brauche Ihre Mitarbeit, Ihre Meinungen, Ihren Einsatz und Ihr motiviertes Engagement, denn nur gemeinsam können wir die Katholische Militärseelsorge in unserem Bereich lebendig und aktiv halten.“ Mit diesen Worten verabschiedete sich der Katholische Leitende Militärdekan Köln-Wahn, Monsignore Rainer Schadt von den angereisten Delegierten aus den Seelsorgebezirksräten (SBR) und der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS). Vorausgegangen war eine Arbeitskonferenz des ehemaligen Wehrbereich III, die als Familienwochenende im Heinrich-Lübke-Haus der Katholischen Arbeiterbewegung in Möhnesee-Günne durchgeführt worden war.

Nach der Begrüßung und einem ersten Meinungsaustausch am Abend des Anreisetages wurde der Samstag mit einem gemeinsamen Gottesdienst eröffnet, bevor die Delegierten in ihre Arbeit einstiegen. Die Kinder und die mit angereisten Ehefrauen wurden derweil durch das Team um den Kölner Pfarrhelfer Heinz-Willi Jung ausgezeichnet betreut. Basteln, Malen und Spielen standen ebenso auf dem Programm wie ein Ausflug zu einem „Schaf-Hof“, um die Aufzucht und den Weg der Wolle vom Tier bis zum Endprodukt hautnah zu erleben. Darüber hinaus fand ein „Shopping-Ausflug“ in das benachbarte Städtchen Soest vor allem bei den Damen viel Anklang.

In seinem Bericht richtete der Moderator der Arbeitskonferenz, Hptm Peter Lorber (Köln-Wahn) mitunter einen kritischen Blick auf die Stellung, die Qualität, den Sinn und den Standpunkt der Laienarbeit im Bereich der Katholischen Militärseelsorge. „Wir sind bereit, zu arbeiten und unsere Aufgaben zu erfüllen.“ Allerdings, so der Moderator, entstände oft der Eindruck, dass die Laienarbeit und die Gremien durch die militärischen Vorgesetzten und durch das Katholische Militärbischöfamt nicht immer im erforderlichen Maß „ernst genommen wird“.

Nach einer ausführlichen Diskussion dieser Thematik, in der Militärdekan Schadt dieser Meinung aus Sicht der Militärseelsorge energisch entgegentrat, erstattete der Vorsitzende der GKS in Nordrhein-Westfalen, OstFw Johann-A. Schacherl (Köln) seinen Bericht. Auch an der GKS wäre die Einnahme der neuen Strukturen nicht spurlos vorbeigegangen, sei es durch Standortauflösungen oder -reduzierungen bedingt oder durch Versetzungen von Vorsitzenden und besonders aktiven Mitarbeitern aus den GKS-Kreisen. Im Weiteren gab er die wichtigsten Termine der kommenden Wochen und Monate auf der Ebene Nordrhein-Westfalens bekannt. So ist die Konferenz der GKS NRW vom 5.-7. Juli in Mülheim und jeweils eine Familienwerkwoche in Herbst diesen Jahres in Roding-Strahlfeld und eine im Frühjahr 2003 in Weißenstadt ge-

plant. Vom 8. bis 10. November 2002 soll ein Seminar auf Bundesebene von neu gewählten Funktionsträgern in GKS-Kreise in Köln durchgeführt werden.

Es folgte der ausführliche Bericht des Leitenden Militärdekans zur Lage der Militärseelsorge. Dabei ging Monsignore Rainer Schadt besonders auf die personelle Situation der ihm zur Verfügung stehenden Militärpfarrer und Pfarrhelfer in seinem Bereich ein. In dieser Hinsicht sei derzeit ein „raues Fahrwasser“ zu befahren. „Wir kommen an fundamentale Grenzen und müssen unsere Arbeit in allen ihren Facetten qualitativ massiv beschränken, wenn noch mehr Auslandseinsätze auf unseren Bereich zukommen. Es ist zwar noch Saft auf der Maschine, aber wir müssen den mitunter stotternden Motor durch erhöhten Einsatz und unverdrossener Weiterarbeit – hier vor allem auch durch die Einbindung der Laien in den Standorten – am Laufen halten.“ Ein von ihm „geschnürtes Personalpaket“ zur Deckung von schon feststehenden Vakanzen über längere Zeiträume nach Ausscheiden von Militärpfarrern durch Ablauf der Verpflichtungszeit und bei geplanten, mehrmonatigen Auslandseinsätzen liege dem Katholischen Militärbischöfamt zur Entscheidung vor.

Nachdem das Vorstandsmitglied der Zentralen Versammlung, Hptm Hermann Webels (Köln-Wahn), aus seiner Arbeit berichtet und das geplante Programm der Zentralen Versammlung während der kommenden „Woche der Begegnung“ vom 15. bis 20. September 2002 in Rolduc/Niederlande erläutert hatte (OstFw Schacherl tat dies auch für die Bun-



Das Leitungsteam der gemeinsamen Arbeitskonferenz beim KLMD Köln-Wahn und der Bereichskonferenz der GKS in NRW (v.l.) OstFw Johann-A. Schacherl, LKMDMsgr. Rainer Schadt und Moderator der AK, Hptm Peter Lorber

deskonferenz der GKS) folgte die Wahl der Delegierten und Ersatzkandidaten für die Teilnahme an der „Woche der Begegnung“.

Am Nachmittag der Arbeitskonferenz bildete die Umsetzung der Strukturreform der Katholischen Militärseelsorge – und hier speziell im Bereich des ehemaligen Wehrbereich III – das Schwerpunktthema. Militärdekan Schadt trug den derzeitigen Planungsstand im Hinblick auf die organisatorischen Veränderungen, die Schwerpunkte und die konkreten pastoralen Inhalte vor. Konkret erläuterte er, dass es vorgesehen sei, die Katholische Militärseelsorge in sieben Dekanaten nahezu analog zu den früheren Wehrbereichen aufzuteilen, an deren Spitze jeweils ein Leitender Militärdekan stehe. Die Dekanate würden wiederum in kleine (S), große (L) und extra große (XL) Seelsorgebezirke (SB) in unterschiedlicher Anzahl aufgegliedert.

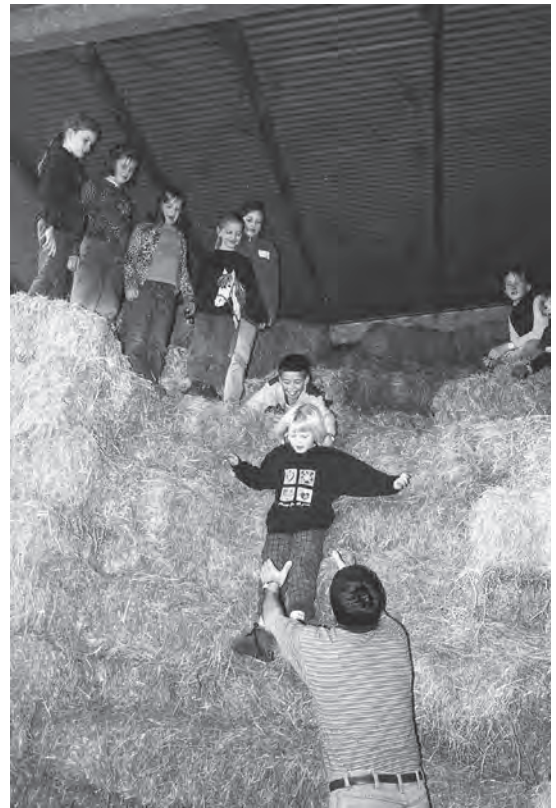
Für das „Dekanat West“ (ehem. Wehrbereich III) bedeute dies, dass ein SB S (ausgestattet mit einem Militärpfarrer), zwei SB L (zwei Militärpfarrer oder je ein Militärpfarrer/ein Pastoralreferent) und zwei SB XL (3 Militärpfarrer oder zwei Militärpfarrer/ein Pastoralreferent) eingerichtet würden. Hinzu komme ein weiterer SB L im Zusammenwirken mit dem Dekanat Nordwest (ehemals Wehrbereich II). Die Personaldecke würde somit 13 Dienstposten, aufgeteilt auf elf

Militärpfarrer und zwei Pastoralreferenten, umfassen. Diese sollen nach wie vor von einer ganzen Reihe von Standortpfarrern im Nebenamt unterstützt werden.

Diese Planungen wurden von den Delegierten intensiv beleuchtet, hinterfragt sowie durchaus kontrovers und kritisch diskutiert. In diesem Zusammenhang wurde erneut ausgiebig über den Wert und die Anerkennung der Laienarbeit gesprochen, besonders unter dem Aspekt, dass künftig auch die Berufsbilder des „Ständigen Diakons“ und des/der „Gemeindefreferenten/in“ in der Katholischen Militärseelsorge eingerichtet werden könnten.

Zum Abschluss dieses Themenkomplexes richtete Militärdekan Schadt die Bitte an die Delegierten, sich in den Laiengremien zu diesen Planungen auszutauschen und bat um konkrete Rückäußerungen. Hierzu bot er an, an einer Sitzung in jedem Seelsorgebezirksrat teilzunehmen, um diese Pläne auch an der „Basis“ vorzutragen, zu diskutieren und die Meinungen der gewählten Räte mit in den Entscheidungsprozess über Festlegung der künftigen Strukturen der Katholischen Militärseelsorge mit einfließen zu lassen.

Nach einem Familiengottesdienst am Sonntag in der Hauskapelle, in den Dekan Schadt besonders die sehr zahlreich anwesenden Kin-



Mutprobe und zugleich ein toller Spaß für Stadtkinder, Toben im Heuschaber eines Bauernhofes

der mit einbezog, standen abschließend die Berichte aus den Standorten und den GKS-Kreisen auf dem Programm, in denen die bunte Vielfalt der Aktivitäten, Projekte, Aktionen und vieles andere mehr aus den Standorten zur Sprache kamen.

(Text und Fotos Wilfried Puth)

„Wir arbeiten guten Mutes weiter“

Konferenz der GKS NRW ein toller Erfolg – Auch künftig viel zu tun

„Ich möchte Ihnen Mut machen für die vor uns liegenden Aufgaben in der GKS Nordrhein-Westfalen. Diese Arbeit birgt viel Freude, Zuversicht und Zufriedenheit in sich, vor allem dann, wenn junge Menschen zur Mitarbeit in dieser unverzichtbaren Gemeinschaft gewonnen werden können. Deshalb arbeiten wir unverdrossen weiter an unseren Zielen.“ Mit diesen Worten eröffnete der Vorsitzende der GKS NRW, OstFw Johann-A. Schacherl, die Jahreskonferenz dieses Bereiches vom 5.–7. Juli 2002 in Mühlheim/Ruhr. Er machte aber auch deutlich,

dass alle Verantwortlichen ihren Teil dazu beitragen müssten, um die GKS in den „Köpfen und Herzen der Soldat(inn)en und ihren Familien präsent zu halten

Aus fast allen GKS-Kreisen in NRW (dem früheren Wehrbereich III) waren die Delegierten mit ihren Familien zur „Wolfsburg“, der Katholischen Akademie der Diözese Essen, nach Mülheim gekommen. Neben ihnen konnte der Bereichsvorsitzende den Katholischen Leitenden Militärdekan (KLMD) Köln-Wahn, Monsignore Rainer Schadt, den Bundesvorsitzenden der GKS, Oberst Karl-Jür-

gen Klein sowie den neuen Bundesgeschäftsführer der GKS, Oberst a.D. Dr. Klaus Achmann, willkommen heißen.

Nach dem traditionellen Entzünden einer Kerze und dem gemeinsam gesprochenen Gebet der GKS, einer kurzen Vorstellungsrunde und der Bekanntgabe der Tagesordnung gratulierten alle Anwesenden zunächst Christa Schacherl, der Ehefrau des Vorsitzenden, zu ihrem Geburtstag. Oberstleutnant Artur Ernst überreichte ihr stellvertretend für alle Teilnehmer einen Blumenstrauß und drückte dabei den Dank an sie und in diesem Sinne auch an alle Ehefrauen und Familien aus, die oft auf ihre Ehemänner und Väter während deren Arbeit für die GKS verzichten mussten.

Der nächste Morgen begann nach dem Frühstück mit dem Morgenlob in der Hauskapelle. Danach verabschiedeten sich die Nicht-Delegierten (Ehefrauen und Kinder) aus der Runde, um den Tag unter der Leitung von Gerd Kleineickenscheid und Stephanie Schacherl im Zoo in Duisburg zu verbringen.

In seinem Rechenschaftsbericht ging Schacherl zunächst auf die Situation in seinem Zuständigkeitsbereich ein. *„Es ist nicht zu verkennen, dass nicht an allen Standorten etwas in Richtung GKS läuft. Das liegt nicht allein in der Neuausrichtung der Streitkräfte und der Umstrukturierung der Truppe begründet, sondern auch die zunehmend mangelnde Bereitschaft zur Übernahme von Ehrenämtern vor allem bei jüngeren Kameraden ist deutlich spürbar. Es ist daher ernsthaft zu überlegen, ob nicht Abhilfe geschaffen werden kann, wenn noch mehr Mitglieder aus dem Kreis der Reservisten oder Soldaten „außer Dienst“ zur Mitarbeit gewonnen werden könnten“*, so der Vorsitzende, der auch mitteilte, dass in NRW derzeit 11 GKS-Kreise, 6 Ansprechpartner und 1 Einzelmitglied aktiv in den Standorten für die GKS ehrenamtlich tätig seien. Er informierte weiterhin über die Schwerpunkte der Vorstandsarbeit im zurückliegenden Jahr, die jährlich stattfindenden Familienwerkwochen und kündigte an, dass vom 8. bis 10. November 2002 ein Seminar für neue Funktionsträger in der GKS in Köln stattfinden werde,

das vom Bereich NRW organisierte werde.

Nach einer kurzen Vorstellung der „Wolfsburg“ durch deren Geschäftsführer Carsten Ossig folgte eine „Power-Point-Präsentation“ des Geschäftsführers der GKS NRW, OStFw Hubert Berners (in Personalunion auch Schatzmeister der FGKS). Hierin stellte er eine neue Software als Hilfe zur Bearbeitung von Abrechnungen von GKS-Veranstaltungen ebenso anschaulich wie übersichtlich dar und ging besonders auf die einzureichenden Teilnehmerlisten und weitere Formulare des Handbuches ein. Die Software ist ab sofort bei ihm abrufbar.

In diesem Zusammenhang machte der Bundesgeschäftsführer der GKS, Oberst a. D. Dr. Klaus Achmann, deutlich, dass es ohnehin geplant sei, das Handbuch der GKS in einer überarbeiteten, gestrafften Form elektronisch zu erfassen und möglicherweise schon Ende Jahres als CD-ROM zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig warb er um Mitarbeit bei diesem großen und wichtigen Projekt. *„Wir können durch diese Maßnahme jährlich mehr als 10.000 Euro sparen, Geld das für andere Aufgaben der GKS sinnvoll verwendet werden kann“*, so Dr. Achmann, der auch über seine gewonnenen Erfahrungen aus der persönlichen Präsenz der GKS beim KMBA (seit Anfang Mai betreibt die GKS ein Büro bei der Kurie) berichtete. Dabei machte er deutlich, dass die GKS im Hinblick auf eine die katholischen

Soldaten betreffende Meinungsbildung in der Bundeshauptstadt Berlin aktiv mitwirken und somit die Öffentlichkeit auf die Arbeit und die Ziele der GKS aufmerksam machen könne.

In einem kurzen Statement zur Lage der GKS auf Bundesebene betonte Bundesvorsitzender Oberst Karl-Jürgen Klein, dass vor allem durch persönliches Ansprechen von geeignet erscheinenden Soldaten/innen neue Mitarbeiter/innen für die GKS gewonnen werden könnten. Er setzte sich auch weiterhin dafür ein, dass mindestens die Hälfte der finanziellen Mittel der GKS den Intensivformen der Glaubensvermittlung, wie etwa Familienwochenenden und -werkwochen zur Verfügung stehen müssen. Daher unterstütze er auch weiterhin zentrale und standortübergreifende Veranstaltungen auf den Ebenen der Bereiche.

Am Nachmittag gab Militärdekan Rainer Schadt einen aktuellen Überblick zum Sachstand der Diskussionen zur Umstrukturierung der Katholischen Militärseelsorge. Er legte Wert darauf, dass es sich derzeit noch um Planungen handle und endgültige Entscheidungen noch nicht in allen Bereichen getroffen worden seien. Er stellte weiterhin heraus, dass die Schwerpunkte der Arbeit vor allem in der Einsatzbegleitung, der Familienpastoral an den Standorten sowie im Lebenskundlichen Unterricht zu sehen seien. Er dankte bei dieser Gelegenheit allen ehrenamtlichen Mitarbeitern der GKS, ohne die „das Schiff Gemeinde nicht zu steuern sei.“ Es schlossen sich die Berichte aus den Standorten und den GKS-Kreisen in NRW an, in denen neben verschiedenen personellen Veränderungen vorwiegend

Fortsetzung auf Seite 99 u.



Delegierte, ihre Familien und die Gäste der Bereichskonferenz NRW präsentieren sich zum Erinnerungsfoto auf der Jugendstiel-Treppe der Wolfsburg: Bildmitte zwischen den Kindern sitzend der KLMD Msgr. Rainer Schadt, links hinter ihm hockend der GKS-Vorsitzende NRW Johann-A. Schacherl, vor der Terrassentür in der Bildmitte der Bundesvorsitzende Oberst Karl-Jürgen Klein und vor dem Fenster links von der Tür der Bundesgeschäftsführer Oberst a.D. Dr. Klaus Achmann.

GKS-KREIS UNNA: Glaube – Sitz im Leben

Eine Veranstaltungsreihe unter dem Thema „Glaube – Sitz im Leben“ begann im Rahmen eines Familienwochenendes des GKS-Kreises Unna. Den Auftakt begleiteten Militärpfarrer Rainer Brouwers und Kreisvorsitzender Hauptfeldwebel Ralf Eisenhardt unter dem Thema „Die Entwicklung der Religiosität – religiöse Kindeserziehung“. Die Teilnehmer eines Familienwochenendes vom 3. bis 5. Mai 2002 machten die Erfahrung, dass religiöse Lebensläufe zeitlich oftmals parallel verlaufen. Rückschlüsse zogen sie daraus auf das Interesse an Glaube und Kirche in der Bundeswehr als auch in den Familien. „Wir haben eindeutig erkannt, dass ganz junge Soldaten in der Bundeswehr durch die Militärseelsorge wieder einen Weg zur Kirche finden können,“ so Pfarrer Brouwers. Das Interesse an Kirche nimmt in der Jugend etwas ab, dadurch geht der Glaube aber nicht verloren. Elterlicher Zwang nutzt nicht und zerstört zudem die familiäre Atmosphäre unnötig, ist eine weitere wichtige Erkenntnis der Intensivmaßnahme. Die Militärseelsorge und Familiengründung sind

Fortsetzung von Seite 98

die Aktivitäten und durchgeführten Maßnahmen dargestellt und besprochen wurden.

Mit einem Familiengottesdienst in der Hauskapelle erlebte die Konferenz einen weiteren Höhepunkt. Die Kollekte wird dem von der GKS unterstützten Projekt der RENOVABIS-Nachbarschaftshilfe zur Verfügung gestellt. Nach einer abschließenden Gesprächsrunde mit der Klärung noch offener Fragen, fuhren die Delegierten und ihre Familien nach einem gemeinsamen Mittagessen gestärkt an Leib und Seele in ihre Standorte zurück. „Es war eine gute Konferenz mit greifbaren, vernünftigen und durchführbaren Ergebnissen. Wir sind in der GKS in Nordrhein-Westfalen weiterhin auf einem guten Weg. Dafür sei allen, die daran aktiv mitgearbeitet haben und künftig mitarbeiten auf das Herzlichste gedankt,“ so schloss Bereichsvorsitzender Schacherl. (Wilfried Puth)

ganz wesentliche Motive, die Gemeinschaft im Glauben in der Kirche erneut aufzunehmen. Mit der kleinen Medaille der GKS wurde der stellv. Vorsitzende des GKS-Kreises Unna, Oberstabsfeldwebel Franz-Josef Johland vom Vorsitzenden der GKS in Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet. Eisenhardt, der stellvertretend die Ehrung vornahm betonte den besonderen Verdienst Johlands für die Gründung und den Aufbau des GKS-Kreises und das unermüdliche praktische Engagement.

(Ralf Eisenhardt)

Hauptfeldwebel Ralf Eisenhardt bei der Moderation von Partnerinterviews der Teilnehmer am Familienwochenende, im Hintergrund Militärpfarrer Rainer Brouwers. (Foto F.-J. Johland)



KLMD KOBLENZ

Ehemalige zeigten Solidarität mit der Militärseelsorge

Ihre Verbundenheit mit der Militärseelsorge zeigten die ehemaligen Militargeistlichen und Pfarrhelfer aus dem Zuständigkeitsbereich des Katholischen Leitenden Militärdekan Koblenz, (ehemals Wehrbereich IV), die der Einladung von Militärdekan Msgr. Carl Ursprung in den Erbacher Hof nach Mainz gefolgt waren. Ganz besonders freute man sich darüber, dass Weihbischof Gerhard Pieschl, Bistum Limburg, ehemals Katholischer Standortpfarrer Diez/Lahn, sich für diesen Tag in seinem engen Terminkalender Zeit nahm, um mit ihnen diesen Tag zu begehen. Militärdekan Joachim Simon, Katholischer Standortpfarrer München, kam auf Einladung von Militärdekan Ursprung und referierte über seine Begleitung während des Einsatzes deutscher Soldaten in Afghanistan. In sehr anschaulicher Weise wurden die Teilnehmer über die Situation in Afghanistan unterrichtet. Besonders betonte Militärdekan Simon, der auch schon die Soldaten im ehemaligen Jugoslawien begleitet hatte, dass die Soldaten in solchen Einsätzen ein regelrechtes Bedürfnis nach Seelsorge haben. Auch legte er dar wie die Vorbereitung der

Militärseelsorger zum Einsatz geschieht. Mit großem Interesse und in einer sich an den Vortrag anschließenden Diskussion brachten sich die ehemaligen Militärseelsorger mit ihren Anfragen ein.

Die Mittagszeit wurde für einen kleinen Stadtbummel durch die Mainzer Altstadt und einen Besuch im altherwürdigen Mainzer Dom genutzt. Nachmittags setzte man sich noch mal zusammen um über die Neustrukturierung der Bundeswehr und Militärseelsorge durch Militärdekan Ursprung zu erfahren. Den Abschluss des Tages bildete eine sehr lebhaft und kontroverse Diskussion über Bundeswehreinsätze im Allgemeinen. Hierbei kam zum Ausdruck, dass sich die Anwesenden in voller Solidarität mit der Militärseelsorge und den aktiven Militärseelsorgern befinden. Gleichzeitig äußerten sie jedoch auch ihre Sorge über politische Entwicklungen, hier habe die Militärseelsorge auch den Auftrag sich gesellschaftspolitisch einzubringen. Für die meisten der Teilnehmer stand beim Abschied fest, dass sie sich den Termin zum Ehemaligentreffen 2003 wieder freihalten werden. (Jürgen Strohe)

Wünschenswerter Aufbruch – möglicher Neubeginn

Vom 26. bis 28. April fand in Lorscheid (Nähe Trier) in der Familienferienstätte „Friedrich Spee“ die Konferenz der GKS als Familienwochenende des ehemaligen Wehrbereichs (WB) IV statt. Musste eine ähnliche Veranstaltung im Dezember 2001 mangels Masse abgesagt werden, so war dieses Wochenende komplett ausgebucht. In einem herrlichen Tal gelegen waren die Familien im Haupt- und Nebengebäude sowie in Einzelhäusern untergebracht. Hervorzuheben ist dass der Anteil der aktiven Soldaten gegenüber den Pensionären deutlich überwog.

Schon am Vorabend traf sich der Vorstand, um über die Lage im ehemaligen WB IV zu sprechen, zumal der 1. Vorsitzende Hptm Günter Neuroth über eine lange Zeit seiner dienstlich bedingten Abwesenheit diese Funktion nicht wahrnehmen konnte.

Der Freitagabend war durch eine lange Vorstellungsrunde geprägt, da sich viele Familien nicht kannten.

Am Samstagvormittag wurde das zwischen Fell und Thomm gelegene Besucherbergwerk „Barbara-Hoffnung“ besichtigt. Es besteht aus zwei übereinander liegenden Dachschieferbergwerken aus der Wende vom 19. zum 20. Jh. Lebensgroße Figuren vermittelten die gefährvolle Arbeit der Schieferbergleute. Ein fachkundiger Führer erklärte die Technik des Schieferabbaus und die Weiterverarbeitung zu Dachschieferplatten.

Nach dem Mittagessen berichtete ein Streetworker vom Caritasverband West-Eifel über seine Arbeit. Hierbei handelt es sich um Projekt der „aufsuchenden Jugendsozialarbeit“ im Kreis Bitburg-Prüm. Zielgruppe sind Jugendliche, die nicht von der „normalen“ Jugendarbeit der Kirchen oder Sportverbände erreicht werden. Es sind vor allem Jugendliche, die Konsumente von illegalen und legalen Drogen sind, Obdachlose oder von Wohnungslosigkeit bedrohte und arbeitslose Jugendliche. Aufgabe der Streetworker ist es, mit diesen Jugendlichen Kontakt aufzunehmen, sie an ihren Bezugsplätzen auf-



Die Teilnehmer des Familienwochenendes anlässlich der GKS-Bereichskonferenz in bergmännischer Bekleidung nach dem Besuch eines Dachschieferbergwerkes (Foto H. Dorndorf)

zusuchen, mit ihnen zu reden, zu spielen, um sie so letztendlich wieder in die Gesellschaft zu integrieren.

Der Nachmittag und der Abend diente der eigentliche Wehrbereichskonferenz. Da seit Bestehen des Vorstands (1995) keine Neuwahlen stattfanden, sollte dieses Mal gewählt werden. Der bisherige 1. Vorsitzende stellte sich nicht mehr zur Wahl und auch der 2. stellvertretende Vorsitzende, StFw Hans-Joachim Oster (Dienstzeitende 31.05.2002) stellte sein Amt ebenfalls zur Verfügung. Nach einer längeren Diskussion unter Einschaltung des stellvertr. Bundesvorsitzenden, OSF a.D. Hans-Jürgen Mathias, der dann als Wahlvorstand zur Verfügung stand, stellte sich der bisherige stellvertretende Vorsitzende, HBtsm Joachim Riederle, der Wahl zum Vorsitzenden. Da für die Positionen der beiden Stellvertreter keine Vorschläge eingingen, erklärten sich Hptm Neuroth und StFw Oster bereit, bis zur Herbstkonferenz (06.-08.12.2002 in Maria Engelport) als Stellvertreter zur Verfügung zu stehen.

Das Ergebnis der Wahl und damit Vorstand der GKS im Breich Rheinland-Pfalz/Hessen/Saarland:

- Vorsitzender
HBtsm Joachim Riederle,
- Stellvertreter
Hptm Günter Neuroth und
StFw Hans-Joachim Oster.
- Geschäftsführer
Hptm a.D. Heinrich Dorndorf.

Der neue Vorsitzende wird dem Katholischen Leitenden Militärdekan Koblenz, Msgr. Carl Ursprung, über die Veränderungen im Vorstand der GKS berichten und versuchen bis zum Herbst neue Stellvertreter zu finden.

Da an der Konferenz kein Militärpfarrer als Geistlicher Beirat teilnahm, besuchten die Konferenzteilnehmer am Sonntag den Gemeindegottesdienst in Farschweiler.

Ein Wort des stellvertretenden Bundesvorsitzenden und eine Reflexion über die vergangenen Tage beendeten eine Konferenz, die trotz des schlechten Wetters in angenehmer Atmosphäre einen guten Verlauf nahm. Kinder tauschten Adressen aus und auch die Erwachsenen hofften auf ein Wiedersehen. – Vielleicht wird nun ein neuer Aufbruch im Bereich der GKS Rheinland-Pfalz/Hessen/Saarland möglich.

(Heinrich Dorndorf)

Walter Schäffer, neuer Vorsitzender

Zur Jahreshauptversammlung des GKS-Kreises Bad Neuenahr-Ahrweiler, am 9. April konnte der Vorsitzende Joachim Oster eine große Anzahl von Mitgliedern begrüßen.

In einem Rückblick ließ er das vergangene Jahr Revue passieren: Zahlreiche Veranstaltungen wurden durchgeführt, darunter die Wallfahrt nach Rom, Gesprächsrunden und nicht zuletzt die Feste an der Lourdeskapelle im Bachemer Tal. Im Januar 2002 wurde Dechant Molzberger als Militärfarrer im Nebenamt im Materialamt des Heeres (MatAH) feierlich verabschiedet. Er fehlt demnächst dem GKS-Kreis, da er in den Ruhestand tritt.

Da auch Joachim Oster im Mai aus dem aktiven Dienst in den wohlverdienten Ruhestand versetzt wird, musste ein neuer 1. Vorsitzender gewählt werden. Vor der Wahl bedankte sich Oster für die Mitarbeit aller in den vergangenen Jahren. Ganz besonders dankte er Aloys Mutter, Hans Thiele und dem Ehepaar Koch und überreichte kleine Präsente.

Der 2. Vorsitzende Michael Wilke dankte Joachim Oster für die vielen Jahre im Dienst des 1. Vorsit-



Verabschiedung – Dank – Führungswechsel bei der Jahresversammlung der GKS Bad Neuenahr-Ahrweiler (v.l.): Ehepaar Oster, Hans Thiele, Ehepaar Koch, Aloys Mutter und der neuen Vorsitzende des GKS-Kreises Walter Schäffer.

zenden und erinnerte an die vielen Aktivitäten, die durch ihn veranlasst und durchgeführt worden sind. Auch Ehefrau Margit wurde mit einbezogen, viele Veranstaltungen wurden von ihr unterstützt und mitgetragen. Zum Dank gab es Blumen und ein Präsent.

Die Neuwahl wurde von Herrn Groß geleitet. Zum neuen 1. Vorsitzenden wählte die Versammlung einstimmig Walter Schäffer. Er nahm die guten Wünsche aller für seine neue Tätigkeit entgegen. – Joachim Oster bleibt dem Vorstand als Beisitzer erhalten. *(Michael Wilke)*

„Wir müssen beständig neue Wege gehen“

Familienwochenende der GKS im Kloster Engelpfort war ein toller Erfolg

Zu einem zweitägigen Familienwochenende der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) kamen in dem von den „Oblaten der Makellosen Jungfrau Maria“ geführten Kloster Engelpfort im Flaumbachtal insgesamt 34 Frauen, Männer und Kinder im Alter von 2 bis 16 Jahren zusammen. Die Gruppe setzte sich größtenteils aus Familien des GKS-Kreises Bad Neuenahr/Ahrweiler zusammen und wurde durch Einzelmitglieder der GKS und deren Familien aus den Standorten Büchel, Daun und Koblenz ergänzt. Die Organisation dieser Veranstaltung lag bei Hauptmann Matthias Völkel, Ansprechpartner der GKS der Standorte

Cochem und Büchel, in bewährten Händen.

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde am Samstagvormittag entzündeten die GKS-Mitglieder zunächst eine von der Internationalen Soldatenwallfahrt aus Lourdes mitgebrachte und gesegnete Kerze an der Marien-Grotte in unmittelbarer Nachbarschaft des Klosters (s. Foto). Am Nachmittag teilte sich die Gruppe. Die meisten Kinder und einige erwachsene Begleiter machten sich auf nach Senheim, um von dort mit der „PINADO 33“ einem Boot des Jagdbombengeschwaders 33, die Mosel zu befahren. Die restlichen Frauen, Männer und Kinder unternahmen

bei nahezu idealen äußeren Bedingungen einen rund 90-minütigen, teilweise recht anstrengenden Spaziergang nach Beilstein, um von dort ebenfalls mit der „PINADO 33“ zu fahren. Dieser außergewöhnliche Ausflug machte besonders den Kindern viel Spaß.

Während die Kinder am Abend spielten, sangen oder bastelten, schauten sich die Erwachsenen einen Videofilm zur Lage der Laienarbeit in der katholischen Kirche im französischen Burgund an. Dieser Film war die Grundlage für einen anschließenden Gesprächskreis unter der Leitung des ehemaligen Katholischen Militärfarrers Cochem/Daun, Norbert Reichel (jetzt verantwortlicher Pfarrer einer Seelsorgeeinheit im Hunsrück). In diesem Gespräch wurde insbesondere die immer stär-

ker auftretende Problematik durch den stetig wachsenden Priestermangel auch in Deutschland deutlich gemacht. Unter anderen wurde festgestellt, dass die „Institution Kirche“ auch hierzulande künftig andere, neue Wege gehen müsse, um „glaubhaft und lebendig“ zu bleiben. Die Laienarbeit müsse noch mehr Aufwertung erfahren, ohne jedoch zu verkennen, dass es ohne Priester auf Dauer nicht gehe. Mehr und mehr würden daher engagierte und motivierte Christen gefordert sein, sich als Laien in die Arbeit der Seelsorge mit einzubringen.

Am Sonntagmorgen konnten die

Erwachsenen unter der sehr fachkundigen Führung von Bruder Josef dessen angelegten Kräutergarten besichtigen und erhielten zudem einen äußerst lehrreichen Exkurs in Sachen Naturheilkunde. Die Kinder beschäftigten sich derweil überwiegend mit Gesellschaftsspielen und die Kleinsten durften auf den kloster-eigenen Eselinnen Trixi und Bini reiten.

Nach dem Mittagessen stellte ein Familiengottesdienst einen weiteren Höhepunkt des Wochenendprogramms dar. Pfarrer Norbert Reichel bezog dabei die gesamte anwesende kleine GKS-Gemeinde in die Gestal-

tung der Heiligen Messe mit ein. In einem Predigtgespräch beschäftigte sich die Gruppe mit dem Evangelientext (Mt 9,9-13) und einem Bild der Künstlerin Beate Heinen. Gemeinsam kamen sie zu dem Ergebnis, dass im Leben stets neue Wege beschritten und neue Anfänge im Glauben geschaffen werden müssten. Die Kollekte des Gottesdienstes, der von dem Obergefreiten Sebastian Völkel sowie den Geschwistern Barbara und Marie-Therese Puth mit ihren Gitarren musikalisch umrahmt wurde, wird der Soldatentumorhilfe beim Bundeswehrzentral Krankenhaus Koblenz zur Verfügung gestellt. Am Ende des Gottesdienstes hatte Hptm Matthias Völkel noch eine Überraschung parat. Er überreichte jeder Familie und auch Pfarrer Reichel eine kleine Flasche mit gesegnetem Lourdes-Wasser, das er von der diesjährigen Soldatenwallfahrt mitgebracht hatte.

Nach Kaffee und Kuchen machten sich die Familien wieder auf den Weg nach Hause und waren sich einig, ein gleichermaßen erholsames, lehrreiches, nachdenkliches und erlebnisreiches Wochenende in entspannter Atmosphäre bei hervorragender Unterbringung und köstlicher Verpflegung verbracht zu haben. Sie bedankten sich bei der Familie Völkel mit einem kleinen Präsent für die gelungene Organisation.

(Text u. Foto Wilfried Puth)



Militärbischof Mixa beim Wehrbeauftragten des Bundestages



Einen Besuch stattete der Katholische Militärbischof und Eichstättener Oberhirte Dr. Walter Mixa am 2. Juli 2002 dem Wehrbeauftragten Dr. Wilfried Penner in seinem Berliner Amtssitz ab.

Im Mittelpunkt des ausführlichen Gedankenaustausches standen Fragen der Familienbetreuung und -seelsorge, die Lage der Soldatenfamilien und Partnerschaften im Zusammenhang der Auslandseinsätze und ethisch-relevante Rechtsgrundlagen für das soldatische Handeln. Auch Fragen der Verwirklichung von Religionsfreiheit und freier Religionsausübung angesichts einer wachsenden Anzahl nicht konfessionell gebundener Soldaten kamen zu Sprache. Dazu gehört auch die Ausstattung der „Feldlager“ mit Kapellen bzw. „Räumen der Stille“. Der Wehrbeauftragte begrüßte das Engagement des Militärbischofs gegenüber der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS), die sich in diesen Feldlagern durch die Einrichtung von „Oasen“ an der Betreuung der dort stationierten Soldaten wirksam beteiligt. (M. Beyel, KMBA)

STANDORT LAUPHEIM

„Schrecklich ist die Einsamkeit am Abend und am Wochenende“

Werkwoche in Immenstadt für Soldatenfamilien im
Bereich des Katholischen Leitenden Militärdekan (KLMD) Sigmaringen

„Schrecklich ist die Einsamkeit am Abend und am Wochenende.“ Dieser Satz fasst die Erfahrungen einer Frau zusammen, deren Mann seit Jahren für die Bundeswehr an Auslandseinsätzen teilnimmt. In der Woche nach Ostern nahmen Soldaten vom Heeresfliegerregiment 25 aus Laupheim an einer Familienwerkwoche des Katholischen Leitenden Militärdekan Sigmaringen in Immenstadt teil. Im Rahmen dieser Veranstaltung fand am Donnerstag ein Vortrag und eine Diskussion mit Vertretern des Zentralinstituts für Familie und Ehe der katholischen Universität Eichstätt statt.

Nach einem Referat zum Thema „Krisen in der Familie“ durch den Diplomtheologen Peter Wendl aus Eichstätt berichteten die anwesenden Frauen und Soldaten über ihre Erfahrungen mit der Bewältigung von Krisen, die durch Auslandseinsätze der Bundeswehr hervorgerufen wurden. Seit Jahren nehmen die Heeresflieger aus Laupheim an Einsätzen der UNO und der NATO teil. Überwachungsflüge im Irak wurden ebenso durchgeführt wie Einsätze im Kosovo und Mazedonien. Diese dauernde Abwesenheit hat in den Familien Spuren hinterlassen, die zum größten Teil nur durch die enge Verbindung der Frauen untereinander gemildert werden konnten. Auch zum jetzigen Zeitpunkt befinden sich Soldaten im Ausland oder sind auf dem Weg zum Einsatzgebiet in Afghanistan. Nach einer kurzen Bedenkzeit berichteten die Soldatenfrauen über ihre Sorgen und Probleme und über die gefundenen Lösungswege.

Bei der Diskussion wurde deutlich, dass es Berührungängste zur der Militärseelsorge gibt. Eine stärkere Präsenz des Seelsorgers in den Kasernen wäre daher wünschenswert. Die Werbung für Veranstaltungen durch die Dienststelle des Militärpfarrers kann aber nicht die Mundpropaganda unter den Soldaten ersetzen, die für eine Verankerung der Präsenz der Militärseelsorge von



Die Familienwerkwoche leitete der KLMD Sigmaringen, Militärdekan P. Johann Müller SAC, in der Bildmontage mit dem jüngsten zur Militärseelsorge gehörenden Teilnehmer.

großer Bedeutung ist. Ebenso helfen aber auch private Bindungen zwischen einzelnen Soldatenfamilien, die Probleme der Familien zu lindern. Dabei sind es besonders auch private Initiativen der Einsatzsoldaten, die helfen, die Kommunikation zwischen den Soldaten und den Angehörigen zu verbessern. Die Führsorgepflicht des Dienstherrn für seine Soldaten stehe dabei in einer deutlichen Wechselbeziehung zu dessen Erwartung, dass die Soldaten ihre Dienstpflichten bestmöglich erfüllen.

Auch das Zentralinstitut für Ehe und Familie an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt hat

es sich zum Ziel gesetzt, die von Auslandseinsätzen betroffenen Familien bei der konkreten Bewältigung der entstandenen Situation zu unterstützen. Die Teilnehmer(innen) an der Werkwoche waren sich einig, dass bereits im Vorfeld eines Auslandseinsatzes alle Möglichkeiten genutzt werden müssten, um entstehende Probleme so weit wie möglich zu vermeiden oder darauf angemessen reagieren zu können. Auch die militärischen Verantwortlichen könnten durch die Erleichterung der familiären Situation dafür sorgen, dass die an sich schon schwierigen Auslandsaufenthalte nicht unnötig erschwert werden.

(Edgar Schuler/KLMD Sigmaringen)

GKS KÖLN:

Flagge zeigen!

Spitze der Fahnenabordnungen in der Kölner Fronleichnamsprozession 2002



Fahnenabordnungen der GKS in NRW und des Militärseelsorgebezirks Köln nahmen in diesem Jahr zum zweiten Mal an der Fronleichnamsprozession mit Joachim Kardinal Meisner um den Kölner Dom teil. Vielleicht sind nach Schaffung des neuen Seelsorgezentrums Köln – Köln/Wahn – Bonn im kommenden Jahr mehr Teilnehmer, als die acht in diesem Jahr, vor Ort. (Artur Ernst)

Erste Internetkonferenz unter dem Dach des Militärbischofamt

Zur konstituierenden Sitzung einer Arbeitskonferenz Ausland hatte der Leitende Bereichsdekan Ausland MD Prälat Walter Theis vom 25.-26. Januar 2002 nach Rolduc/NL eingeladen. Gleichzeitig wurde am Rande dieser Sitzung erste Vorbereitungen und Absprachen für die 42. Woche der Begegnung mit den Verantwortlichen des Tagungszentrums in Rolduc getroffen.

Die Konstituierung einer Arbeitskonferenz war von Vertretern aus dem Bereich Ausland während der 41. Woche der Begegnung angeregt worden. Trotz vieler Bedenken und Unkenrufen, eine solche Veranstaltung sei allein schon aus Gründen der weiten Entfernungen nicht möglich, hat eine kleine Gruppe von Soldaten und zivilen Angehörigen des Mitarbeiterkreises in Brunssum diese Konferenz zielstrebig vorbereitet und in enger Zusammenarbeit mit dem zuständigen Fachreferat im Katholischen Militärbischofamt durchgeführt. Hier gilt unser Dank besonders unserem Militärdekan Theis und seinen Mitarbeitern, sowie Dipl.-Theol. Manfred Heinz vom Referat IV. Stellvertretend für den Mitarbeiterkreis Brunssum ein Dank an Herrn HptFw Scherer, der in vielen Vorbereitungstreffen und während der Veranstaltung mit seinem Team wesentlich zum Erfolg beigetragen hat.

Die größte Problematik bei der Planung bestand darin, den gesamten Bereich Ausland an einer Konferenz zu beteiligen, da eine Anreise von Teilnehmern aus den USA und Südeuropa aus Gründen der weiten Entfernungen und der damit verbundenen hohen Reisekosten nicht in Betracht kam. In enger Zusammenarbeit mit dem KMBA haben wir versucht, neue Wege in der Kommunikation und Kooperation zu beschreiten und haben eine Internetkonferenz als zentrales Element dieser Sitzung geplant. Dazu musste zunächst eine Internetseite geschaffen werden, die als gemeinsame Informationsplattform gedacht war. Für die Sitzung wurde ein Chatraum eingerichtet, der die gleichzeitige Kommuni-



Tagungszentrum Rolduc/NL:
Ansicht des Hauptgebäudes

kation mit Teilnehmern aus Holloman/USA und Neapel/Italien ermöglichte. Auch wenn eine Einbeziehung der Internetteilnehmer in eine lebendige Diskussion sich als äußerst schwierig erwies, konnten die Chatteilnehmer zu zentralen Fragen Stellung nehmen und abstimmen. Der Chat trug auch zur Erheiterung der Anwesenden bei, insbesondere hat ein uns lieb gewonnener Teilnehmer mit dem Pseudonym „Licola“ dazu beigetragen. Wurde er zuerst irrtümlich als „Störer“ und „unerwünschte Person“ vom Chat-Master beinahe aus dem Chatraum vertrieben, hat er neben vielen Sachbeiträgen auch immer wieder für Lacher gesorgt. Hier eine kurze, zusammengestellte Kostprobe aus dem Chatprotokoll

(Auszug s. Kasten nächste Seite):

Ein Teilnehmer mit dem Namen „Arschdries“ betrat den Chat und störte die Konferenz erheblich durch verhöhnende und beleidigende Kommentare. Der Chat-Master veranlasste daraufhin, das alle Online-Teilnehmer den Chat verlassen sollten, um sich kurz danach wieder einloggen. Kurz darauf tritt „Licola“ den Chat.

Am Ende haben sich die Anwesenden sich darauf verständigt eine Arbeitskonferenz Ausland einzurich-

ten. Nach der Konstituierung wurde der Moderator der Arbeitskonferenz gewählt. Zur Wahl standen Andreas Rostek aus SHAPE und Hans-Dieter Scherer aus Brunssum. In geheimer Wahl wurde Herr Scherer mit 3 Stimmen als Moderator und Herr Rostek mit 2 Stimmen als Vertreter gewählt. Beide nahmen die Wahl an. MD Theis der bis dahin durch die Sitzung geführt hatte, übergab den Vorsitz an H.-D. Scherer. Es wurden als Tagesordnungspunkte neben dem Bericht des Leitenden Bereichsdekan, die Berichte aus den Seelsorgebezirken im Bereich Ausland vorgelesen. Als letzter Tagesordnungspunkt wurde der Termin der nächsten Arbeitskonferenz Ausland für die 11. Kalenderwoche 2003 vorgeordnet. MD Theis hob in seinen Schlussworten heraus, dass er sich sehr darüber gefreut hat über die Einrichtung einer Arbeitskonferenz, auch wenn er im Nachgang der 41. Woche der Begegnung nicht so recht daran geglaubt hatte.

Wir Ausländer wollen nun auch die mittlere Ebene des Laienapostolates mit Leben füllen und damit als wirkungsvolles Beratungsgremium unseren Bereichsdekan in seinen Aufgaben unterstützen. Der Zentralen Versammlung wollen wir die Besonderheiten der Militärseelsorge an unseren Auslandsstandorten aufzeigen. Insgesamt ist diese Internetkonferenz als Grundstein für weitere Vorhaben zu sehen und konnte daher auch als Erfolg für die Beteiligten gewertet werden. (Andreas Koppers)

Teilnehmer der 1. Arbeitskonferenz
Bereich Ausland



BUCHBESPRECHUNG

Das politische Buch

Jürgen Hogrefe: Gerhard Schröder. Ein Porträt. Siedler Verlag, Berlin 2002, 224 S.

Reinhard Urschel: Gerhard Schröder – Eine Biographie. DVA, Stuttgart 2002, 400 S.

Gerhard Schröder: Instinkte statt Visionen

Kein Zweifel: Gerhard Schröder ist ein pragmatischer Politiker. Er hat ausgeprägte politische Instinkte, keine Visionen. Sein Politikstil ist näher bei Helmut Schmidt als bei Willy Brandt, und genau wie bei Schmidt ist das Verhältnis zur eigenen Partei auch manchmal eher distanziert. Der Beobachter kann das gerade jetzt, auf dem Höhepunkt des Bundestagswahlkampfes, wieder sehen. Bisher haben ihn seine gut funktionierenden Instinkte von Sieg zu Sieg bis ins Kanzleramt getragen. Reicht das weiterhin? Wer ist dieser Gerhard Schröder, der so geschmeidig mit den Medien umgeht?

Ein Porträt, keine Biografie, hat der „Spiegel“-Journalist Jürgen Hogrefe geschrieben. Er kennt Schröder seit 20 Jahren, auch aus der Nähe. Seine Fähigkeit zur guten „Schreibe“ und die Nähe zur Person verdichtet Hogrefe zu einem geschliffen geschriebenen Bild des derzeitigen Bundeskanzlers. Manchmal verliert dabei der Inhalt gegen den bekannten Schreibstil des „Spiegel“.

Auch Hogrefe sieht Schröder als Politiker, der weniger durch Visionen als vielmehr durch einen funktionierenden Machtinstinkt getrieben wird: „Der so ganz und gar anders gewirkte feinsinnige Alt-Genosse Erhard Eppler hat ihn deswegen mit Bewunderung als ‘political animal’ charakterisiert. Dieser Begriff meint auch den lauernden Instinkt dessen, der ständig auf der Suche nach dem richtigen Zeitpunkt ist, um Beute zu machen, und die ständig lauernde Bereitschaft, sie vor den begierigen Konkurrenten abzusichern. ‘Instinkt’, sagt Schröder selbst, ‘ist mindestens so wichtig wie der Verstand. Das kann man nicht lernen, das ist ja was Animalisches.’“ Die Stärke Hogrefes ist, dass er der Person Schröder nahe kommt. Die hohe Bedeutung der Wirtschaftspolitik in Schröders politischem Konzept hat der Autor erkannt und herausgearbeitet. In seiner Zeit als niedersächsischer Ministerpräsident avancierte er gar zum „bestaunten Liebling der Wirtschaft“. Und die Wirtschaft faszinierte Schröder: „Hier sah er eine Machtfülle konzentriert, gegen die sich seine politische Macht im Lande Niedersachsen gelegentlich sehr bescheiden ausnahm. Hier wirkte eine Magie der Macht, wie er sie auf seinem politischen Weg nach oben noch nicht kennen gelernt hatte. Hier wartete eine neue Herausforderung auf Gerhard Schröder.“

Auszug aus dem Chat-Protokoll

- [16:38:28] Licola: Hallöchen
[16:38:30] Koppers: verlassen Sie bitte den Chatraum....
[16:38:45] Licola: was, erst soll ich kommen, jetzt soll ich gehen, was als naechstes ???
[16:38:28] MKS_Brunsum: Licola wollen Sie auch nur stören.
Bitte verlassen Sie den Chat. Dies ist eine geschlossene Gesellschaft.
[16:38:28] Licola: Ich bins doch....
[16:39:58] Koppers: ... wer ist ich?
[16:39:58] Licola: Bin ich nicht erwünscht?
Herr Junge-Bornholt, Pfarrhelfer aus Neapel gibt den entscheidenden Hinweis das „Licola“ der Militärpfarrer Lückertz aus Neapel ist.
[16:40:27] MKS_Brunsum: Nein. Sie sind natürlich erwünscht. Bedauerliches versehen. Entschuldigung
[16:40:43] Koppers: Herzlich Willkommen zur Konferenz!
[16:41:14] Licola: Ok, alles klar. Komme gerade aus Rom zurück.
[16:41:36] Koppers: Es wird gerade durch Herrn Heinz vom KMBA die Ordnung der Arbeitskonferenz vorgestellt
[16:42:13] Licola: Dann seien alle herzlich von mir begrüßt. Besonders auch Manfred Heinz.
[16:42:38] Licola: Buona sera, Hubert...
[16:43:09] Licola: Übrigens, ich bin der MilPf von Neapel.
[16:43:39] Muenchmeyer: Waren fast schon draufgekommen!
[16:45:42] Licola: Hubert, ist Hermann auch an der Taste?
[16:46:09] Licola: Darf ich mal fragen, wer Koppers sein könnte?
[16:46:30] Muenchmeyer: Sollen wir auch rausgehen!
[16:46:42] MKS_Brunsum: Leider nein. Das Kennwort die die Abkuerzung der Kurie in Berlin kleingeschrieben. Das Passwort ein sehr bekannter Wallfahrtsort auch kleingeschrieben
[16:47:01] Licola: Ach so, das weiss ich ja....
[16:47:35] MKS_Brunsum: Bitte alle im Chat bleiben. Koppers ist Mitglied des Mitarbeiterkreises Brunsum
Wir haben hier zwei Maschinen und bedienen damit den Chat
[16:47:36] Licola: Die Laufzeit ist etwas lahm, oder ...?
[16:47:50] Licola: Ach so.
[16:47:54] Koppers: Heinz: Aufgaben AK Bereich Ausland: (4 Vertreter), Beratung des WB Dekans, Foerderung des Laienapostolat, Info und Erfahrungsaustausch untereinander; spirituelle und fachliche Weiterbildung
Man nennt das auch geistigen Diebstahl
[16:49:51] Licola: Das sind gute Voraussetzungen für unser weiteres Vorgehen.
Ich bitte Rechtschreibfehler zu entschuldigen.
Wir schreiben mit 2 Finger Suchsystem. Danke
[16:50:46] Licola: Hier findet das „Adler-Such-System“ statt...
[16:50:50] MKS_Brunsum: PS Alle Anwesenden lesen Beiträge online über Beamer mit.
[16:51:06] Licola: Ups, dann muß ich mich ja benehmen... scusi!
[16:51:43] Koppers: Heinz: Teilnehmer (Punkt 3 i.d. Ordnung) Seelsorgebezirksrat ersetzte den ehem. Pfarrgemeinderat Wahlberechtigte:
[16:54:06] Licola: Amerika verläßt den Raum; Europa ist mal wieder unter sich.
[16:54:33] Licola: Wae schon jemand von SHAPE hier oder Madrid?

Hogrefe vermerkt auch, dass im Regierungsalltag schnell – nicht erst seit dem 11. September 2001 – die Außenpolitik die meiste Zeit im Kalender des Kanzlers beansprucht.

Ein anderes Buch hat Reinhard Urschel geschrieben: eine Biografie, die den Lebensweg Gerhard Schröders ausleuchtet und dabei immer auch einen Einblick in die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie in den letzten zwanzig Jahren gibt. Den Weg ins Kanzleramt beschreibt der Berliner Korrespondent der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung kenntnis- und anekdotenreich. Die Kämpfe der Troika Schröder, Lafontaine, Scharping werden von ihm anschaulich geschildert. So sehr Urschel die innerpartei-

liche Entwicklung der SPD in den neunziger Jahren nachvollziehbar macht, wird er doch immer dünner, je näher er der Gegenwart kommt. Der Kanzler Schröder kommt bei ihm zu kurz und damit auch die außen- und sicherheitspolitischen Umbrüche der letzten Jahre, die ja erheblichen Einfluss auf Schröders Politik hatten und haben.

Im Vergleich der beiden Bücher lässt sich festhalten: Reinhard Urschel hat bei allen Verkürzungen einen brauchbaren „Schröder für Anfänger“ geschrieben, während Jürgen Hogrefe einiges an Politikwissen voraussetzt und eine amüsante gehobene Plauderei über Gerhard Schröder, also einen „Schröder für Fortgeschrittene“ anbietet.

(Eckhard Stuff)

Ökumenischen Gottesdienst zur Vorbereitung auf das feierliche Gelöbnis am 20. Juli 2002 im Bendlerblock in Berlin

Rund 500 Rekruten der 5. und 6. Kompanie, sowie der Sicherungskompanie des Wachbataillons beim Bundesministerium der Verteidigung aus der

Julius-Leber-Kaserne in Berlin-Wedding sprachen am Samstag, den 20. Juli 2002 ihr feierliches Gelöbnis in Berlin, Bendlerblock.

Aus diesem Anlass luden der Katholische Leitende Militärdekan Hartmut Gremler, Erfurt, und der evangelische Militärpfarrer Michael Weeke, Berlin, vormittags zu einem ökumenischen Standortgottesdienst in die Julius-Leber-Kaserne ein. Musikalisch untermalt wurde der Gottesdienst vom Musikkorps der Bundeswehr aus Siegburg.

In seiner Predigt zeigte Militärdekan Gremler auf der Grundlage der alttestamentlichen Textstelle (Sir 15,15 – 20) die Kausalität zwischen „Wollen und Können“, gerade im ethischen Bereich, auf. „Wollen und Können hängen sehr eng zusammen“, sagte Gremler in seiner Textauslegung. In unserer Zeit werde viel darüber gesprochen, dass wir neue Werte brauchten. Besonders immer

dann, wenn neue Skandale aufgedeckt würden, Skandale in der Lebensmittelindustrie, in der Umwelt, in der Wirtschaft, in der Politik. „Jeder von uns ist angesprochen“, so der Militärseelsorger. „Wenn du willst, kannst du es“, z.B. miteinander im Frieden leben, höflich und rücksichtsvoll sein, in den Beziehungen die Treue halten, sich jeder Zeit miteinander versöhnen und die Wahrheit sagen. „Wenn du willst, kannst du es“. Wer sich an die Worte Jesu halte und die Gebote befolge, der komme auch besser mit den Widrigkeiten des Lebens zurecht, betonte Gremler. Gott wolle uns nicht seinen Willen aufzwingen, sondern Gott möchte, dass wir seine Gebote freiwillig halten mit ganzem Herzen und mit ganzem Willen. „Ich bin gekommen um Gesetz und Propheten zu erfüllen“, sagt Jesus (Mt 5,17). „Ich bin gekommen, um ganz und gar danach zu leben“. Gott selber ist es, der unser Leben und das Gelingen unseres Lebens will, ermunterte Gremler die Wehrpflichtigen. Das Ziel heiße: „Wirkliches, erfülltes Leben, Glück, Frieden und Gerechtigkeit“. (M. Beyel, KMBA)

Ökumenischer Gottesdienst mit dem KLMD Erfurt, Hartmut Gremler (r.), und dem evangelischen Militärpfarrer Michael Weeke, Berlin (r) im Gespräch mit Rekruten.

AUS DEM BUNDESVORSTAND DER GKS

Neubenennung der Mittleren Ebene der GKS

Der Bundesvorstand hat auf seiner Sitzung in Dornstadt am 15. Juni beschlossen, die seit 1971 gültige Wehrbereichs-Bezeichnung ihrer mittleren Ebene aufzugeben. Damit reagiert der Verband auf die Neuordnung der territorialen Organisation der Bundeswehr (vier Wehrbereiche statt bisher sieben) sowie die Änderung der Zuständigkeitsbereiche und damit einhergehend die Umbenennung der dienstaufsichtsführenden Leitenden Militärdekane. Zunächst gilt die folgende Regelung:

Bisherige Bezeichnung	Neue Bezeichnung	Zuordnung zum KLMD
GKS im WB I / See	GKS Nord / Küste	KLMD Kiel
GKS im WB II	GKS Niedersachsen / Bremen	KLMD Hannover
GKS im WB III	GKS Nordrhein-Westfalen	KLMD Köln-Wahn
GKS im WB IV	GKS Rh-Pfalz/Hessen/Saarland	KLMD Koblenz
GKS im WB V	GKS Baden-Württemberg	KLMD Sigmaringen
GKS im WB VI	GKS Bayern	KLMD München
GKS im WB VII	GKS Bereich Ost	KLMD Erfurt
GKS Bereich Ausland	GKS Bereich Ausland	KLMD Ausland

GKS-Handbuch auf CD

Nach der Absicht des Bundesvorstandes soll bis Jahresende 2002 das Handbuch überarbeitet und als CD-ROM herausgegeben werden. Zur Vorbereitung fordert der Bundesgeschäftsführer die Bereiche, Kreise, Ansprechpartner und Funktionäre der GKS zur Stellungnahme auf. Es soll geprüft werden, welche Teile beibehalten, welche verändert und welche gestrichen werden sollen. Ziel ist es, das Handbuch der Praxis anzupassen und möglichst von Ballast zu befreien. Vorschläge bitte umgehend an die Bundesgeschäftsstelle Berlin senden

- Fax (03020619991) oder
- Email: GKS.Berlin@t-online.de

Vom Rhein an die Spree

Berliner GKS-Büro im KMBA am 3. Juli eingeweiht

Nun hat auch die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) ihren Sitz in der Bundeshauptstadt Berlin genommen. Aus diesem Grund fand am 3. Juli 2002 die feierliche Einweihung der neuen GKS-Bundesgeschäftsstelle im Gebäude des Katholischen Militärbischofsamtes statt.

In einem gemeinsamen Gottesdienst hob Militärgeneralvikar Walter Wakenhut die Wichtigkeit der Zusammenarbeit zwischen Priester und Laien sowie die Bedeutung des Laienapostolates für die Militärseelsorge hervor: „Sie machen Kirche unter den Soldaten erfahrbar – sie zeigen, was es heißt, gemeinsam Kirche zu sein.“ Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten ermögliche es den Laien an verantwortlicher Stelle in der Kirche unter den Soldaten mitzuwirken, sich einzubringen und so selbst ein lebendiger Stein im Bau dieser Kirche zu sein. Soldaten seien es gewöhnt, Verantwortung zu übernehmen und es zeichne die Militärseelsorge aus, dass sie Mitarbeiter habe, für die das Ehrenamt nicht Beliebigkeit bedeute, sondern Verpflichtung. Die Präsenz der Gemeinschaft Katholischer Soldaten im Haus der Kurie des Katholischen Militärbischofs sei dafür ein deutliches Zeichen, unterstrich der Generalvikar.

Beim anschließenden Empfang dankte der Bundesvorsitzende der GKS, Oberst Karl-Jürgen Klein, Militärgeneralvikar Wakenhut, dem Geistlichen Beirat der GKS, Militärdekan Georg Kestel und dem Vorstand der Katholischen Soldatenseelsorge, Detlef Warwas, für die Unterstützung bei der Einrichtung des GKS-Büros im Gebäude des Katholischen Militärbischofsamtes: „Wir konnten hier im Amt einen geeigneten Raum finden, der uns die Möglichkeit bietet, unsere Arbeit sinnvoll und effektiv zu gestalten und durchzuführen“. Die GKS unterstütze die amtliche Militärseelsorge. Trotz der räumlichen Nähe zum Militärbischofsamt und zur Kurie des Militärbischofs sei die GKS aber ein selbständiger und unabhängiger Verband. Oberst Klein bot den Referatsleitern und den Mitarbeiter(inne)n des Katholischen Militärbischofsamtes eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der GKS und ihrer Mitarbeiter an, und bat seinerseits für die Zukunft um Unterstützung für das ehrenamtliche Engagement.

Im Rahmen der Feier wurde Oberst a.D. Dr. Klaus Achmann als neuer Bundesgeschäftsführer der GKS vorgestellt. Er hat diese Tätigkeit von Oberst a.D. Jürgen Bringmann übernommen, der über mehrere Jahre als Referent des Bundesvorstands GKS diese Aufgabe wahrgenommen hatte. Oberst a.D. Dr. Klaus Achmann dankte für die guten Worte und für die Segenswünsche. Er freue sich auf seine neue Arbeit in Berlin, versicherte Achmann, und hoffe zum Wohle aller wirken zu können. (PS/KMBA)



Militärdekan Georg Kestel als Geistlicher Beirat der GKS spendet den Räumlichkeiten der GKS-Bundesgeschäftsstelle im Beisein zahlreicher Gäste aus dem KMBA den kirchlichen Segen (Foto r.u.l.)

Oben r.: noch ist der Schreibtisch des Bundesgeschäftsführers übersichtlich, was sich sicher bald ändern wird.

Mitte: Blick aus dem Fenster der Geschäftsstelle, über den Innenhof des Amtes hinweg. Im Hintergrund die Baustelle „Museumsinsel“ vor dem Berliner Fernsehturm. (Fotos PS)



GKS-AKADEMIE OBERST HELMUT KORN

Die GKS führt in Zusammenarbeit mit dem Bonifatiushaus Fulda und dem Zentralinstitut „Ehe und Familie in der Gesellschaft“ (ZFG) der Katholischen Universität Eichstätt das 9. Seminar der „GKS-Akademie Oberst Helmut Korn“ durch.

Thema: „Soldat – Ehe – Familie – Partnerschaft“

Zeitraum: 28. April bis 2. Mai 2002

Ort: Bonifatiushaus Fulda

Mit dem gewählten Thema stellt sich die GKS Fragen, die sich vor allem aus den Einsatzaufträgen der Bundeswehr im Ausland und den dadurch bedingten mehrmonatigen und wiederholten Abwesenheiten für die Soldaten, ihre Familien und die Partnerschaften in Ehe und Freundschaften ergeben. Das Seminar soll vor allem Trends aufzeigen und nur in zweiter Linie praktische Verhaltensregeln für die Überwindung von Krisen geben. Allerdings sollen auch Hinweise erfolgen auf konkrete Hilfen, die vom Dienstherrn, von der Militärseelsorge und anderen Organisationen angeboten werden. Bestehende Regelungen sollen hinterfragt und ggf. neue Anregungen erarbeitet werden.

Eingebunden in das Seminar ist die Feier eines Friedensgottesdienstes mit dem Katholischen Militärbischof und Truppenteilen aus dem Umfeld von Fulda.

Die Akademie Oberst Helmut Korn ist eine 1987 gegründete Einrichtung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS). Sie findet alle zwei Jahre statt. Ab dem Jahr 2003 wird der Durchführungszeit von der Woche um den Allerheiligen-Tag (1. November) auf die Woche um den 1. Mai verlegt. Ziel der GKS-Akademie ist es, vor allem Offizieren und Unteroffizieren Wege durch das Spannungsfeld zwischen Beruf und Politik, Führungsverantwortung und Individualisierung aufzuzeigen.

Die Akademie ist nach dem Mitbegründer und geistigen Vater der GKS, Oberst Dr. Helmut Korn (†1983), benannt. Sie wird vom Ehrenbundesvorsitzenden der GKS, Oberstleutnant a.D. Paul Schulz, geleitet.

Im Bonifatiushaus, dem Haus der Weiterbildung der Diözese Fulda, hat die GKS einen in Deutschland zentral gelegenen Ort der Begegnung gefunden, der durch die vom „Apostel der Deutschen“ begründete christliche Tradition und die damit verbundene geistig-geistliche Aufgeschlossenheit bestimmt ist.

Karl-Heinz Lather
Generalmajor

Schirmherr der GKS-Akademie

Dr. Antonius Gescher
Direktor Bonifatiushaus
Wissenschaftlicher Begleiter
der GKS-Akademie

9. Seminar 2003: »Soldat, Ehe, Familie, Partnerschaft«

Programm

(Stand Juli 2002)

Montag, 28. April

- bis 14.00 Anreise, Kaffee
- 14.30 Begrüßung
- 14.40 „Wertekonsens – Wertedifferenz in der deutschen Gesellschaft“, Vortrag und Aussprache: Prof. Dr. Paul M. Zulehner, Wien
- 17.20 Einführung in das Seminar, Grußworte: Schirmherr, Bundesvorsitzender GKS, Direktor Bonifatiushaus
- 18.30 Abendessen
- anschl. gesellige Runde zum Kennenlernen

Dienstag, 29. April

- 08.00 Morgenlob
- 09.00 „Pluralität der Lebensformen: Ist das Bewährte und Verbindliche am Ende?“, Vortrag und Aussprache: Prof. Dr. Friedrich Udo Schmelzle, Münster
- 15.00 „Was tut die Politik für die Familie?“, Vortrag mit Aussprache: Prof. Dr. André Habisch, ZFG Eichstätt
- 16.00-17.30 Arbeitsgruppen zu verschiedenen Aspekten des Nachmittagsthemas, Moderation der AG: Habisch ZFG, Mitarbeiter ZFG, Kuhn AGE, Kestel KMBA, Ursprung KLMD Koblenz
- 19.30 „Thesen zur Seelsorge an Soldatenfamilien“, Vortrag von Militärbischof Dr. Walter Mixa

Zielgruppe für die Teilnahme an einem Seminar der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn

- Offiziere und Offizieranwärter
- Unteroffiziere und Unteroffizieranwärter

Anmeldung

- ab Oktober 2002 bis spätestens 1. März 2003
- über den Katholischen Standortpfarrer oder den Vorsitzenden des örtlichen GKS-Kreises/Ansprechpartner der GKS oder unmittelbar beim Bundesgeschäftsführer der GKS
Am Weidendamm 2, 10117 Berlin
Postfach 64 02 32, 10048 Berlin
Tel: 030-2061999-0, Fax: -1
eMail: GKS.Berlin@t-online.de

Mittwoch, 30. April

- 07.30 Morgenlob
- 09.00 Empfang durch den Oberbürgermeister der Stadt Fulda, Dr. Alois Riehl, im barocken Stadtschloss
- 10.30 Pontifikalamt mit dem Militärbischof im Fuldaer Dom für den Weltfrieden
- 12.30-14.30 Empfang im Bonifatiushaus für die Teilnehmer am Friedensgottesdienst
- 16.00 Fahrt zum Kreuzberg, Besichtigung der Klosterkirche, Imbiss

Donnerstag, 01. Mai

- 07.30 Gottesdienst mit dem Militärbischof in der Kapelle des Bonifatiushauses
- 09.00 „Soldat – Ehe – Familie – Partnerschaft: Die Position des Dienstherrn“, Vortrag mit Aussprache: Brigadegeneral Winfried Gräber, StAL Fü S I, BMVg Bonn
- 10.30 Arbeitsgruppen zum Thema
- 15.00 Vortrag der Arbeitsergebnisse der Arbeitsgruppen mit Stellungnahmen dazu durch StAL Fü S I, Vertreter Militärseelsorge, Fachfrau Familienbetreuung
- 18.30 Abendessen
- 19.30 Fortsetzung Vorträge der Arbeitsergebnisse mit Stellungnahmen

Freitag, 02. Mai

- 08.00 Gottesdienst zum Ausklang der Akademie
- anschl. Frühstück,
- Ende des Seminars und Abreise

- soll folgende Angaben enthalten:
Name, Vorname, Geburtsdatum, Dienstgrad, Truppenteil/Dienststelle mit Anschrift, Privatanschrift, Tel/Fax.
- wird entsprechend ihres Eingangs und der Zugehörigkeit zur Zielgruppe berücksichtigt. Kann eine Anmeldung z.B. aus Platzgründen nicht angenommen werden, erfolgt unverzüglich eine Benachrichtigung durch die Bundesgeschäftsstelle.

Kostenbeitrag:

Eine Teilnehmergebühr wird nicht erhoben. Für Unterkunft und Verpflegung wird der für Veranstaltungen der Militärseelsorge übliche, gestaffelte Tagessatz für 4 Tage erhoben:

– Wehrsoldempfänger	4 x 5,00 =	EUR	20,00
– bis Bes.Grp A8	4 x 7,00 =	EUR	28,00
– Bes.Grp A9-A12	4 x 11,00 =	EUR	44,00
– Bes.Grp A13-A15	4 x 13,00 =	EUR	52,00
– ab Bes.Grp A16	4 x 17,00 =	EUR	68,00

Der Eigenanteil ist beim Eintreffen am Seminarort zu entrichten. Sollten Sie Ihre Anmeldung kurzfristig - d.h. nach dem 01.04.2003 - zurückziehen, muss der Veranstalter eine Ausfallgebühr in Höhe des Eigenanteils in Rechnung stellen. Diese kann durch Teilnahme einer von Ihnen benannten Ersatzperson vermieden werden.

Hinweis auf Urlaubsregelung:

Das Seminar ist eine Veranstaltung der Katholischen Militärseelsorge. Soldaten können Sonderurlaub gem. Ausführungsbestimmungen der Soldatenurlaubsverordnung (SUV - ZDv 14/5, F511, Nr. 78 u. 79 Abs. 1 beantragen.

An- und Abreise:

Die Anreise soll mit der Deutschen Bahn erfolgen. Für diese Veranstaltung der Militärseelsorge stellt die zuständige Truppenverwaltung eine Militärdienststrückfahrkarte 2. Klasse aus, ggf. mit IC-Zuschlägen.

Bei Benutzung von Privat-Pkw werden Fahrtkosten in Höhe einer Militärdienstfahrkarte 2. Klasse und ggf. Mitnahmeentschädigung erstattet. Die Benutzung des Privat-Pkw erfolgt auf eigene Gefahr.

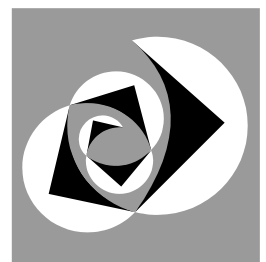
Das Bonifatiushaus erreicht man ab Busbahnhof mit der Linie 1A und 2 (Richtung Haimbach/Maberzell) bis Haltestelle Andreasberg. Zum Busbahnhof können Sie mit den Linien 3 und 4 fahren.

Bekleidung während des Seminars:

Dienstanzug „Grundform“ der jeweiligen TSK; zum Pontifikalamt und Empfang am Mittwoch Ausgehanzug mit Jacke.

BONIFATIUS HAUS

Haus der Weiterbildung
der Diözese Fulda



Betreuung der Soldaten und ihrer Familien

Mitgliederversammlung der KAS in Berlin –
Militärpfarrer Simon berichtet über ISAF-Einsatz in Kabul

Die Betreuung der Soldaten bei Friedenseinsätzen im Ausland und die ihrer Familien in der Heimat stand im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS), die am Mittwoch, dem 28. Mai 2002, im Katholischen Militärbischofsamt in Berlin stattfand.

In seinem Rechenschaftsbericht hob der Vorsitzende, Generalmajor a.D. Winfried Weick, hervor, dass die KAS vor allem Maßnahmen und Veranstaltungen zur religiösen, geistigen, sittlichen, geselligen, kulturellen und sportlichen Betreuung der Soldaten in ihrer Freizeit fördere. „Betreuung ist Dienst am Leben und Ausdruck christlicher Weltverantwortung. Als KAS unterstützen wir den seelsorglichen Auftrag des Militärbischofs und ergänzen die Fürsorgemaßnahmen des Dienstherren“, sagte Weick und betonte noch einmal den überkonfessionellen Charakter des Betreuungsangebotes sowie die enge ökumenische Zusammenarbeit der KAS mit der evangelischen Militärseelsorge und vor allem mit der Schwesterorganisation, der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (EAS).

Einen besonderen Raum nahm der Erfahrungsbericht des katholischen Militärpfarrers ein, der als erster den Einsatz deutscher Soldaten in Kabul/Afghanistan begleitet hatte. Militärdekan Joachim Simon (42), Militärpfarrer in München, betreute von Januar bis März 2002 das ISAF-Kontingent als Seelsorger. Anhand eindrucksvoller Lichtbilder zeigte er auf, unter welchen extremen Bedingungen deutsche Soldaten in Kabul Dienst leisten und dort ihren Friedenssicherungsauftrag erfüllen müssen. Den Mitgliedern der KAS – Vertreter verschiedener katholischer Verbände sowie aus Politik, Kirche und Bundeswehr – wurde damit deutlich, welchen Belastungen die Soldaten im Einsatzland, aber auch

Das „Handy“ macht's möglich: MD Joachim Simon telefoniert während seines Erfahrungsberichts mit seinem Nachfolger als Einsatzpfarrer in Kabul Georg Pütz; links im Bild der Vorsitzende der KAS, Generalleutnant a.D. Winfried Weick.



ihre Familien in der Heimat ausgesetzt sind.

Auch unter diesem Eindruck stimmte die Mitgliederversammlung einhellig einer Satzungsergänzung zu, die nun die Betreuung der Familien von Soldatinnen und Soldaten ausdrücklich als Vereinszweck vorsieht.

Rainer Krotz (32) – bis 2001 Zeitoffizier und Hauptmann, seit 1. November 2001 Geschäftsführer der KAS mit Sitz in Bonn – wies darauf hin, dass die KAS in Anpassung an die Reformmaßnahmen der Bundeswehr sich umstrukturiere. So würden den Mitarbeitern, die für die eigentli-

che Betreuung zuständig seien, bestimmte Handlungsfelder wie Bildung und Familie, Großmaßnahmen und Wettbewerbe, Neuplanungen und Öffentlichkeitsarbeit zugeteilt. Unter dem Motto „Kein Tag wie jeder andere“ solle die Betreuung vor Ort ideenreich, basisnah und subsidiär unterstützt werden. (Text und Fotos PS)

PERSONALIA:

Hans-Georg Marohl (79), Oberst a.D., einer der Väter der 1956 gegründeten Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS e.V.) Bonn, wurde nach 25-jähriger Vorstandsarbeit – davon sechs Jahre als stellvertretender Vorsitzender – bei der Mitgliederversammlung in Berlin am 29. Mai zum Ehrenmitglied der KAS ernannt. Der Vorsitzende, Generalmajor Winfried Weick, betonte dabei, dass es Marohl bei der Betreuung von Soldaten in ihrer Freizeit immer um den Menschen auf allen Ebenen – konkret um den Soldaten, seine Familie und Angehörigen – ging, unabhängig von Dienstgrad, Funktion und Dienststellung. Schwerpunkt von Marohls Vorstandstätigkeit, die er nun altersbedingt aufgibt, war der Aufbau von Betreuungsmöglichkeiten und -strukturen in den neuen Bundesländern, nachdem die deutsche Einheit erreicht war. (PS)



Bw-Fachinformation, Reihe 26 - 2/02 „Innere Führung“

Herausgegeben vom Streitkräfteamt / Abteilung III / Fachinformationszentrum der Bundeswehr

IntranetBw: <http://160.3.10.109/>

WW 6672

GKS sorgt sich um die Innere Führung: Bundeskonferenz verabschiedet Positionspapier „Innere Führung der Bundeswehr heute und morgen – Herausforderung und Chancen“

Auftrag, 41, (2001), 244, S. 39-44

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) hat auf ihrer Bundeskonferenz im Mai 2001 ein Positionspapier zur Inneren Führung in der Bundeswehr vorgelegt. Vor dem Hintergrund der Streitkräftereform und der neuen Aufgaben der Bundeswehr weist sie auf Problemfelder der Inneren Führung und auf Schwachstellen im Alltag der Soldaten hin. Die Ethik des Soldatenberufes in Deutschland und das Selbstverständnis der Bundeswehrsoldaten müssten auch im multinationalen Einsatz in Krisengebieten unverrückbare Säulen der Inneren Führung bleiben.

Als dynamische Konzeption sei sie so angelegt, dass sie auf den gesellschaftlichen Wandel ebenso reagieren könne wie auf neue Erkenntnisse und Herausforderungen. Sie mache die Bundeswehr zu einer menschlichen, demokratiefreundlichen, sozial verträglichen und international geachteten Armee.

WW 7038

Beyel, M.

Militärgeneralvikar Wakenhut besucht Militärpfarrer im SFOR-Einsatz

Auftrag, 41, (2001), 245, S. 68-69: III.

Die Autorin berichtet über die Praxis der Militärseelsorge und den Alltag der Militärpfarrer im SFOR-Einsatz. Der Militärgeneralvikar Wakenhut besucht Militärpfarrer vor Ort, denn das persönliche Gespräch mit den Seelsorgern sei sehr wichtig.

WW 7037

Bös, Werner

Was ich noch sagen wollte ...: Militärseelsorge auf dem Evangelischen Kirchentag

Auftrag, 41, (2001), 245, S. 6: III.

Der Autor des Artikels ist der Vorsitzende der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten (KMBA) Oberst i.G. Werner Bös. Er begrüßt die zahlreiche Teilnahme katholischer Christen, katholischer Soldaten und Mitarbeiter der katholische Militärseelsorge am 29sten Evangelischen Kirchentag 2001 in Frankfurt sowie das Forum „Kurs Ökumene“ in dem führende Vertreter beider Kirchen den weiteren Weg ökumenischer Verständigung aufzeigten.

WW 7034

Wiesmann, Helmut

Der Nato-Einsatz „Essential Harvest“ in MAZ : Bewertung einer deutschen Beteiligung unter friedensethischen Gesichtspunkten

Auftrag, 41, (2001), 245, S. 16-19

Die Operation „Essential Harvest“ war die dritte Intervention von NATO-Truppen in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens. Sie hatte zum Ziel, die Milizen der albanischen Bevölkerungsgruppe zu entwaffnen und damit die Bedingung für eine Verfassungsreform in Mazedonien zu erfüllen. Kern dieser Verfassungsreform soll die politische und soziale Besserstellung der albanischen Minderheit sein. Die Intervention der NATO wird aus Sicht der

katholischen Kirche in Deutschland unter friedensethischen Aspekten bewertet.

WW 6673

Mixa, Walter; Beyel, Marlene

„Die Waffen segnen?“ – Legitimation militärischer Einsätze der Streitkräfte und Militärseelsorge“: Moral und Ethik dürfen in der Stunde militärischen Handelns nicht von der Bühne abtreten

Auftrag, 41, (2001), 244, S. 45-50

Der Katholische Militärbischof Walter Mixa umreißt in einem Vortrag an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg die Aufgaben, Chancen und Grenzen der Militärseelsorge mit Blick auf die friedensethische Gewissensbildung der Soldaten. Er definiert die Rolle, die die Militärggeistlichen vor allem im Zusammenhang mit den aktuellen Auslandseinsätzen der Bundeswehr zu übernehmen hätten. Die ethische Legitimation solcher Einsätze müsse im gesamtgesellschaftlichen Konsens gefunden werden, wenn die Kirchen den Streitkräfteeinsatz mit tragen sollten. Im Rahmen moralischer und friedensethischer Fragestellungen könnten die Militärggeistlichen dann dazu beitragen, das Problembewusstsein der Soldaten während eines Einsatzes zu schärfen.

WW 6670

Landl, Kurt

Christliche Soldaten als Friedensstifter: eine ethische Herausforderung

Auftrag, 41, (2001), 244, S. 19-21: III.

Österreichische Soldaten gehören seit 1960 Kontingenten der UN-Friedenstruppen an. Der Verfasser, im Bundesministerium für Landesverteidigung in Wien zuständig für Auslandseinsätze des Bundesheeres, äußert sich als Soldat und Christ in diesem Kontext zu Fragen der Ethik und Moral sowie zum Selbstverständnis des Soldaten im internationalen Friedenseinsatz. Militärisches Handeln unter UN-Mandat sei politisch und rechtlich abgesichert. Es gelte aber, diese Einsätze auch ethisch zu legitimieren. Dies sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu deren Bewältigung auch Impulse der Katholischen Kirche und der Militärseelsorge in Österreich nötig und willkommen seien.

WW 6671

Theis, Walter

„Der katholische Soldat am Beginn des dritten Jahrtausends“: geistlicher Beirat des AMI-Generalsekretariats zur AMI-Position

Auftrag, 41, (2001), 244, S. 38-39

Der Verfasser äußert sich als katholischer Militärdekan zur Ethik des Soldatenberufes. Er sieht den Soldaten der Bundeswehr als bewussten und demokratisch gefestigten Staatsbürger, der seinen Dienst in der Gewissheit leistet, auf dem Fundament der kirchlichen Friedenslehre zu stehen. Die kirchliche Friedenslehre stellt den Soldaten in den Kontext einer positiven Lebensbewältigung, die sich an der Friedensbewahrung und Friedensgestaltung orientiert. In der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) und über die Militärggeistlichen werden diese ethischen Normen und Forderungen den Soldaten nahe gebracht.

Militärgeneralvikar a.D. Protonotar Dr. Martin Gritz



Martin Gritz, Dr. theol., Militärgeneralvikar und Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes Bonn in den Jahren von 1962 bis 1981, ist am 21. Juni 2002 im Alter von 85 Jahren in München gestorben.

Martin Gritz wurde am 23. September 1916 in Namslau/Schlesien geboren und empfing am 28. Juli 1940 in Breslau durch Erzbischof Adolf Kardinal Bertram die Priesterweihe. Nach Kaplansjahren in

Jauernig/Ostsudetenland und Neisse/Oberschlesien wurde ihm 1942 die Pfarrei Sörigsdorf im Ostsudetenland übertragen. Nach der Ausweisung 1946 fand er als Seelsorger der Heimatvertriebenen Aufnahme im Bistum Rottenburg. Ab 1947 arbeitete er zusätzlich als Repetent am Tübinger Wilhelmsstift und von 1953 an als Wissenschaftlicher Assistent an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Tübingen, die ihn 1955 zum Dr. theol. promovierte.

1958 begann Martin Gritz seinen Dienst in der Militärseelsorge als Dozent an der damaligen Schule der Bundeswehr für Innere Führung in Koblenz. An der Gründung des Königsteiner Offizierkreises (KOK) im Jahr 1961 und seiner Öffnung zur Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) im Jahr 1971 hatte er entscheidenden Anteil. Außerhalb der Militärseelsorge wirkte er im Amt des Geistlichen Beirats des Heliand-Bundes Katholischer Frauen Deutschlands von 1961-1993; später, bis zu seinem Tod, als dessen Ehrenbeirat.

Militärbischof Dr. Franz Hengsbach bestellte Martin Gritz 1962 zu

seinem Generalvikar in Bonn, sein Nachfolger als Militärbischof, Erzbischof Dr. Elmar Maria Kredel, bestätigte ihn 1978 in diesem Amt. Nach Erreichen der Altersgrenze schied er 1981 aus der Militärseelsorge aus. Danach erhielt er einen Lehrauftrag für Soziologie an der Julius-Maximilians-Universität in Würzburg. Seinen Ruhestand verbrachte Martin Gritz seit 1990 im Kreszentastift in München.

Papst Paul VI. ernannte den Ritter vom Heiligen Grab zu Jerusalem 1964 zu seinem Hausprälaten und 1971 zum Apostolischen Protonotar. Bundespräsident Carl Carstens verlieh ihm 1976 des Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland. Er war Träger des Ehrenkreuzes der Bundeswehr in Gold und der „Médaille de Saint-Louis du Vicariat aux Armées Françaises“. Der Breslauer Kardinal Henryk Gulbinowicz zeichnete ihn anlässlich seines diamantenen Priesterjubiläums mit dem Ehrenkreuz des Metropolitankapitels am Breslauer Dom aus.

(Helmut Fettweis)



Mit Trauer und Verehrung nehmen
die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten (ZV)
und die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) Abschied vom



Apostolischen Protonotar Dr. theol. Martin Gritz

* 23. September 1916 in Namslau/Schlesien † 21. Juni 2002 in München
Katholischer Militärgeneralvikar von 1962 bis 1981,
Ritter vom Heiligen Grab zu Jerusalem,
Träger des Großen Verdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland,
des Ehrenkreuzes der Bundeswehr in Gold und
der Médaille de Saint Louis du Vicariat aux Armées Françaises.

Bereits als Militäroberpfarrer hatte Dr. Martin Gritz 1958 die geistigen Grundlagen für ein Laienengagement in der Katholischen Militärseelsorge der Bundeswehr gelegt. Den Apostolatsgedanken förderte er besonders dadurch, dass er katholische Offiziere ermunterte, „höchstpersönliche Verantwortung“ als Katholiken in Bundeswehr, Staat und Gesellschaft und als Soldaten in der Kirche zu übernehmen. Aus dieser Idee heraus gründete sich 1961 der Königsteiner Offizierkreis (KOK) als eine Gemeinschaft gleichen Wollens und Handelns.

Der Militärgeneralvikar Dr. Gritz erschloss dann die geistlichen Grundlagen und die erforderlichen materiellen Quellen, so dass der KOK sich 1971 zur GKS als einer Gemeinschaft entfalten konnte, die offen ist für alle Soldaten – unabhängig von Dienstgrad, Rang und Stellung.

Wir danken Dr. Martin Gritz für seine charismatische Wegbegleitung und für seinen priesterlichen Dienst. Die ZV und die GKS werden ihm im Gebet ein ehrendes Andenken bewahren.

Berlin, 26. Juni 2002

Franz-Josef Pütz
Oberst
Vorsitzender der ZV

Karl-Jürgen Klein
Oberst Dipl.-Ing.
Bundesvorsitzender der GKS

Militärdekan a.D. Prälat Werner Köster

Im Alter von 71 Jahren ist am 25. Juni 2002 Militärdekan a.D. Prälat Werner Köster in Würzburg gestorben. Am gleichen Tag wie für seinen ehemaligen Chef, Militärgeneralvikar a.D. Dr. Martin Gritz, fand seine Beisetzung am 28. Juni in seiner „Ruhestandsgemeinde“ in Theilheim bei Würzburg statt.

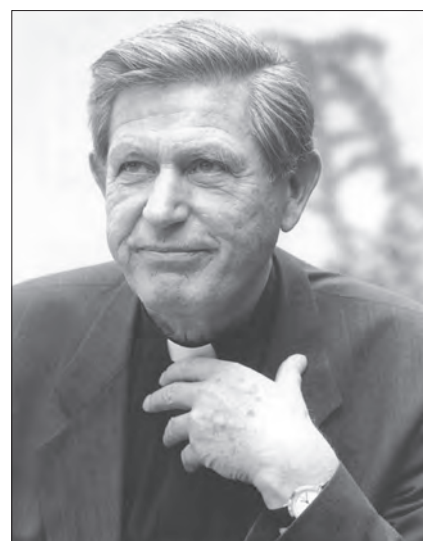
Werner Köster wurde am 13. August 1930 in Dortmund geboren und empfing am 22. Juli 1956 in Würzburg die Priesterweihe durch Bischof Julius Döpfner. Nach Kaplansjahren in Johannesberg und Aschaffenburg wurde er 1958 Präfekt am Studienseminar Ferdinandum in Königshofen. Im folgenden Jahr übernahm er in Königshofen die Aufgaben eines Pfarrverwesers und Religionslehrers.

Mit seinem Eintritt in die Militärseelsorge 1965 wurde Werner Köster zunächst Katholischer Standortpfarrer Hammelburg, bevor er 1968 in das Amt des Deutschen Katholischen Militärgeistlichen Washington D.C. in den USA wechselte. 1972 kehrte er nach Deutschland zurück und arbeitete im Katholischen Militärbischofsamt in Bonn zunächst

als Hilfsreferent im Referat „Kirche und Gemeinde“, dessen Leitung ihm 1974 übertrage wurde. 1980 übernahm er im Katholischen Militärbischofsamt die Aufgabe des Personalreferenten.

1993 wurde Werner Köster aus der Militärseelsorge in den Ruhestand verabschiedet und übernahm als hauptamtlicher Pfarrverweser mit dem Titel Pfarrer die Gemeinde St. Johannes der Täufer in Theilheim bei Würzburg, die er bis zu seinem Tod betreute. – Die Teilnehmer an der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn 1999 hatten im Rahmen ihrer Exkursion „Blick über den Zaun“ am 3. November den früheren Geistlichen Beirat der GKS in seiner Pfarrei besucht und einen erlebnisreichen fränkischen Abend mit ihm und Gemeindemitgliedern im Pfarrheim verbracht (s.a. AUFTRAG 238, S. 60 f.).

Werner Köster wurde 1982 von Papst Johannes Paul II. zum Päpstlichen Ehrenprälaten ernannt. Für seine Verdienste um die Neustrukturierung der Laienarbeit der Katholischen Militärseelsorge nach der Gemeinsamen Synode der Bistümer der



Bundesrepublik Deutschland und die Personalgewinnung und Personalführung innerhalb der Militärseelsorge angesichts des herrschenden Priestermangels zeichnete ihn Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1989 mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland aus. 1993 ehrte ihn sein Heimatbistum Würzburg mit der Liborius-Wagner-Plakette. (PS/Scherzer, KMBA)



Die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten (ZV) und die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) nehmen Abschied von ihrem ehemaligen Geistlichen Beirat für die Laienarbeit in der Katholischen Militärseelsorge der Bundeswehr



Militärdekan a.D. Prälat Werner Köster

* 18. August 1930 in Dortmund † 25. Juni 2002 in Würzburg
Katholischer Militärgeistlicher von 1965 bis 1972 in Hammelburg und in Washington D.C./USA, als Leiter des Referates „Kirche und Gemeinde“ im Katholischen Militärbischofsamt von 1974 bis 1980 Beauftragter des Militärbischofs für die Laiengremien in der Katholischen Militärseelsorge, Personalreferent im Katholischen Militärbischofsamt und Stellvertreter des Militärgeneralvikars von 1980 bis zu seiner Zuruhesetzung 1993, Pfarrverweser der Gemeinde St. Johannes der Täufer in Teilheim bei Würzburg von 1993 bis zu seinem Tode, Träger des Verdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland und der Liborius-Wagner-Plakette des Bistum Würzburg.

Werner Köster hatte sich als Militärdekan in der Kurie des Katholischen Militärbischofs besondere Verdienste um die Neustrukturierung des organisierten Laienapostolats in Räten und Verband nach der Gemeinsamen Synode der Bistümer der Bundesrepublik Deutschland erworben. Als Personalreferent galt sein Augenmerk der Problemlösung, wie der gesetzlich garantierte Anspruch der Soldaten auf Seelsorge trotz herrschenden Priestermangels erfüllt werden konnte.

Die in ZV und GKS organisierten katholischen Soldaten danken Prälat Werner Köster für seine unermüdliche Fürsorge, geduldige Beratung und mutmachende Begleitung. Sie werden ihm im Gebet ein ehrendes Andenken bewahren.

Berlin, 26. Juni 2002

Franz-Josef Pütz
Oberst
Vorsitzender der ZV

Karl-Jürgen Klein
Oberst Dipl.-Ing.
Bundesvorsitzender der GKS

„Militärseelsorger der ersten Stunde“ Prälat Michael Seitz ✝



Im Alter von 84 Jahren ist am 23. April 2002 der ehemalige Wehrbereichsdekan VI, Prälat Michael Seitz, gestorben. Nach seinem Eintritt in die Militärseelsorge 1956 war er zu-

nächst Katholischer Standortpfarrer Fürstenfeldbruck. Von 1964 bis 1981 wirkte er als Wehrbereichsdekan in München.

Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut bezeichnete am 26. April in seiner Predigt zur Beisetzung Prälat Seitz als einen „Mann der ersten Stunde, des Aufbaus und der neuen Ideen.“ Nach den Erfahrungen des Dritten Reiches habe er sich zutiefst den Idealen einer neuen Militärseelsorge verbunden gefühlt, die den Menschen ernst nimmt mit seiner Würde und seinen Rechten, darunter den Anspruch auf die freie Ausübung seines Glaubens.

Es sei ihm ein Herzensanliegen gewesen, so der Militärgeneralvikar,

die Pfarrer, die in den Dienst der Militärseelsorge traten und häufig als Ungediente vom soldatischen Leben und Auftrag wenig oder keine Ahnung hatten, mit dieser neuen Situation vertraut zu machen. Auch wollte er diese befähigen, Kirche in der Kaserne zu repräsentieren, Kirche lebendig zu machen und die jungen Menschen für die Sache Gottes und seiner Kirche zu begeistern. Soldatenexerzitien, Familienwochenenden, Wallfahrten wie alle anderen Intensivveranstaltungen seien von ihm gefördert worden, und so fügte Prälat Wakenhut wehmütig hinzu, „er erreichte in seiner Zeit Zahlen von Teilnehmern, die wir heute nur noch erträumen können.“ (PS)

Herausforderung und Freude über einen „Heimkehrer“

Militärdekan Hartmut Gremler als KLMD Erfurt eingeführt

Militärbischof Dr. Walter Mixa, Bischof von Eichstätt, hat am Mittwoch, den 24. April 2002 Hartmut Gremler (50) als Katholischen Leitenden Militärdekan Erfurt eingeführt.

Während eines feierlichen Pontifikalamtes in der St. Severi-Kirche in Erfurt, das durch das Heeresmusikcorps 13 musikalisch untermalt wurde, überreichte Militärbischof Mixa dem neu ernannten Leitenden Militärdekan die kirchliche Ernennungs-urkunde. Mixa bezeichnete Gremler sozusagen als „Mann der ersten

Stunde“, der die Situation der katholischen Kirche in der ehemaligen DDR kennen gelernt habe, aber auch die Probleme, die sich für Menschen mit der politischen Wende ergeben hätten. Gremler, der Priester des Bistums Erfurt ist, kehrt somit wieder in seine Heimat zurück und betritt kein Neuland. Generalmajor Josef Priller, Befehlshaber Wehrbereichskommando III, bezeichnete beim anschließenden Empfang die heimatlichen Wurzeln des neu ernannten Leitenden Dekans als große Chance, seine seelsorglichen Aufgaben erfolgreich anzugehen. Eine 40 Jahre lange völlig andere Geisteshaltung und Erziehung, gerade auch gegenüber den Fragen der Religion und der Zugehörigkeit zu Glaubensgemeinschaften, ließe sich nicht so ohne weiteres verändern, sagte der General.

Die Zusammenarbeit und das gemeinsame Verkünden der frohen Botschaft Jesu Christi, stellte Superintendent Werner Krätschell, Bevollmächtigter für die evangelische Seelsorge in der Bundeswehr in den neuen Bundesländern als zentrales Anliegen der beiden Zweige der Militärseelsorge in seinem Grußwort heraus. Krätschell begrüßte sehr, dass

Gremler die Menschen im Osten von ihrer Lebens- und Glaubenserfahrung her kenne und so „Christus ganz anders als in den gewohnten Formen in sehr eigene Lebensläufe von Menschen“ bringen könne.

In seinen Dankesworten zog Militärdekan Gremler einen humorvollen Vergleich. Die Einbahnstraßen und Sackgassen der Stadt Erfurt erinnerten ihn immer wieder an seine Aufgaben als Seelsorger, nämlich Menschen aus Sackgassen in Einbahnstraßen zu führen. Für ihn als „Heimkehrer“ sei seine neue Aufgabe eine Herausforderung, aber auch eine Freude. (M. Beyel/KMBA)



BUCHBESPRECHUNG:

Jean-Marie Kardinal Lustiger im Gespräch mit Jean-Louis Missika u. Dominique Wolton: Gotteswahl. Jüdische Herkunft, Übertritt zum Katholizismus, Zukunft von Kirche und Gesellschaft. St. Ulrich Verlag, Augsburg 2002; 472 S., geb.

Der ungewöhnliche Lebensweg eines Sohnes nach Frankreich eingewandelter polnischer Juden, der heute Kardinal der römischen Kirche und Erzbischof von Paris ist, wird in diesem Buch nachgezeichnet. Als Stilform wurde das Interview gewählt. Im Dialog mit einem der bedeutendsten Kirchenführer Eu-

Seppl Gerster – Urgestein der GKS im Wehrbereich IV

Am Pfingstsonntag 2002 starb nach kurzer, aber schwerer Erkrankung Stabsfeldwebel Franz-Josef Gerster 64-jährig an seinem Wohnort Mayen, wo er am 27. Mai zu Grabe getragen wurde. Seppl Gerster – wie er im engen Kameradenkreis genannt wurde – war Soldat von 1960 bis 1991, wurde bereits 1966 Mitglied im Beratenden Ausschuss beim katholischen StO-Pfarrer Fritzlar und wurde 1977 Mitglied der GKS. 1978 gründete er den GKS-Kreis Mayen und gehörte ab 1979 als stellvertretender Vorsitzender der GKS im Wehrbereich IV für fast 12 Jahre dem Bundesvorstand der Gemeinschaft an. Das nebenstehende Foto zeigt ihn bei einem der geselligen Abende bei einer Bundeskonferenz, wie wir Seppl Gerster immer erlebt haben: lustig, kameradschaftlich, spontan, den Schalk im Nacken und oft einen deftig spritzigen Witz auf den Lippen. Über die GKS hinaus engagierte er sich im Vorstand der Zentralen Versammlung (ZV) in den Sachausschüssen „Gemeinde“ und „Pastorale Grundsatzfragen“. Seit 1987 war er Delegierter der GKS in der Mitgliederversammlung der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS). Bei der Beerdigung würdigte Oberst a.D. Jürgen Bringmann, der den Bundesvorstand der GKS vertrat, den Verstorbenen:



„... im Namen der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) und ihres Bundesvorstandes sowie, beauftragt vom amtierenden Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes, im Namen der Katholischen Militärseelsorge spreche ich Ihnen heute unser Mitgefühl und unsere tiefe Anteilnahme am so frühen Tode von Franz-Josef Gerster aus. Wie Sie müssen auch wir heute Abschied nehmen von unserem Kameraden und Freund Stabsfeldwebel Franz-Josef Gerster, der an Pfingsten verstarb, am Tag der Geistsendung, sicher ein bei aller Trauer Hoffnung gebender Tag.

Franz-Josef Gerster war als Soldat dem Frieden verpflichtet, wie es das zweite vatikanische Konzil gesagt hat: *„Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit*

der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei“. In seinem Tätigkeitsbereich als Sanitäter bei den Heeresfliegern hat er diesem Auftrag gedient. Und er hat sich für diesen Friedensauftrag des Soldaten in der Gemeinschaft Katholischer Soldaten und in der katholischen Militärseelsorge engagiert.

Schon in Fritzlar, dann in Mendig und Mayen galt sein Engagement der Laienarbeit in der Gemeinschaft Katholischer Soldaten und in der katholischen Militärseelsorge – und das zusammen mit seiner Frau Erika. Von 1979 bis 1991 war er als stellvertretender Wehrbereichsvorsitzender der GKS im Wehrbereich IV mitverantwortlich für die Laienarbeit in diesem Bereich. Außerdem war er lange Jahre Vertreter des Bun-

desvorstandes der GKS in der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung, die unsere Soldatenheime führt und heute auch Betreuungseinrichtungen für unsere im Ausland eingesetzten Soldaten betreibt. Nicht zuletzt hat er sich um die Verbindung zu unseren österreichischen Kameraden in der AKS (Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten) bemüht, die dieses in einem ausführlichen Kondolenzschreiben an Frau Gerster gewürdigt hat.

Für dieses Engagement, ehrenamtlich und unentgeltlich, mit großen Opfern an Zeit und auch an materiellem Aufwand, danke ich Franz-Josef Gerster heute im Namen der Gemeinschaft Katholischer Soldaten und im Namen der Katholischen Militärseelsorge.

Wir werden Stabsfeldwebel Franz-Josef Gerster in Erinnerung behalten – als einen engagierten Soldaten und Christen, einen geselligen, humorvollen Mann, der auch seine Ecken und Kannten hatte, der nie sein offenes Wort zurück hielt, einen Mann, der seine Meinung bis zuletzt vertrat und der sich auch nicht scheute, um der Sache willen seine Freunde zu kritisieren – eine gute Charaktereigenschaft, die aber leider heute in Kirche, Politik und Gesellschaft immer mehr in Verruf zu geraten droht.

Wir werden unseren Kameraden und Freund, Stabsfeldwebel Franz-Josef Gerster, nicht vergessen, und wir werden ihn in unser Gebet einschließen.“ (PS, Foto F. Brockmeier)

ropas stehen zwei aufgeklärte Wissenschaftler, die stellvertretend für eine säkularisierte Gesellschaft dem Bischof kritische Fragen zu Kirche und Glauben stellen. Neben der Lebensgeschichte eines ungewöhnlichen Mannes stehen in dieser Publikation Fragen nach dem Platz der Religionen in der heutigen Gesellschaft, nach dem Verhältnis von Kirche und Gesellschaft, Christsein heute im Mittelpunkt. Aber sie haben auch den Universalitätsanspruch der Kirche wie das Verhältnis von Weltgeschichte und Heilsgeschichte im Blick.

Jean-Marie Lustiger wurde 1926 in Paris geboren. Mit 14 Jahren wird er Katholik und lässt sich taufen. Von 1944 an studiert er an der Sorbonne in Paris und

schließt sein Studium der Philosophie und Theologie am Institut catholique de Paris ab. Nach Absolvierung des Militärdienstes, der Lustiger 1950 als Besatzungsoffizier nach Berlin bringt, wird er 1954 zum Priester geweiht. Nach Jahren als Studenten- und Gemeindepfarrer in Paris ernannt Papst Johannes Paul II. ihn 1979 zum Bischof von Orléans, 1981 zum Erzbischof von Paris und 1983 zum Kardinal. 1995 wird Lustiger in die Académie française aufgenommen. 20 Bücher sind von ihm erschienen. Für die französische Ausgabe von „Gotteswahl – Le choix de Dieu (1987) erhielt Kardinal Lustiger den Rousseau-Literaturpreis. (PS)

Bonner Katholischer Standortpfarrer auf der Hardthöhe verabschiedet

Militärdekan Dr. Wolfgang Fey (43) verließ nach sechsjähriger Tätigkeit die Militärseelsorge, um eine neue Aufgabe in seinem Heimatbistum Köln zu übernehmen. Aus diesem Anlass lud der Katholische Leitende Militärdekan Köln-Wahn, Monsignore Rainer Schadt, am 11. Juli 2002 zu einem Gottesdienst und zu einem anschließenden Sommerfest im Geistlichen Forum auf der Hardthöhe in Bonn ein.

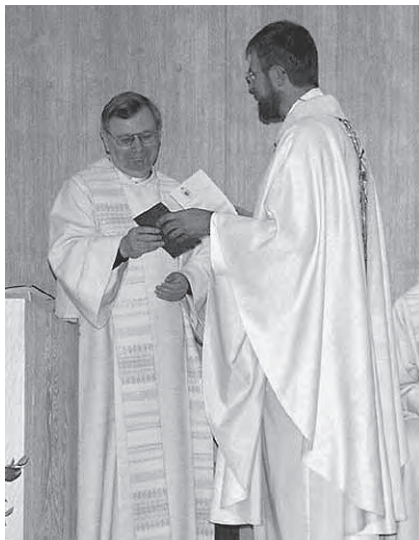
Ministerialrätin Alice Greyer-Wieninger, Unterabteilungsleiterin R I im BMVg, lobte das Gespür des scheidenden Militärdekans, die Anliegen der Soldaten im Ministerium wahrzunehmen und anzugehen. Brigadegeneral Joachim Behne, Amtschef des Logistikkamtes der Bundeswehr, St. Augustin, bat um Nachsicht für die manchmal „schleppende“ Teilnahme der Soldaten an Veranstaltungen der Militärseelsorge. Oberst a.D. Rolf Gotzmann, ehemals Pfarrgemeinderatsvorsitzender im Standort Köln, dankte Fey für seine Kooperation und für seine tatkräftige



seelsorgliche Betreuung der katholischen Soldaten (*Foto*). Der Vorsitzende des Seelsorgebezirksrates in Bonn, Oberstleutnant Ralf Richard, gab sein Bedauern über den Abschied von Dekan Fey zum Ausdruck. Er hoffe, so Richard, dass die Militärseelsorge für die Soldaten in Bonn, Düren, Euskirchen, Königswinter, Mechernich, Rheinbach, St. Augustin, Siegburg und Waldbröl weiter geführt werde. Der Katholische Leitende Militärdekan Rainer Schadt dankte Fey für die überaus

Eberhard Gambietz (58), Priester der Diözese Würzburg, wurde zum 1. Mai 2002 zum Katholischen Standortpfarrer Koblenz III ernannt. Dort ist er zuständig für die seelsorgliche Betreuung der Kranken am Bundeswehrzentral Krankenhaus.

Pfarrer Gambietz, der nach seiner Schulzeit zunächst eine Ausbil-



dung als Bergmann machte, holte das Abitur nach und begann 1965 mit dem Studium der Theologie, 1968 mit dem der Psychologie. Sein Diplom in Theologie erwarb er 1972 und ein Jahr später das Diplom in Psychologie. Daran schloss sich die Weiterbildung zum Psychoanalytiker an. Am 29. Juni 1974 wurde Eberhard Gambietz in Würzburg zum Priester geweiht. Darauf folgten Kaplansjahre in Marktheidenfeld, in St. Josef in Würzburg und in Hainbach. Im Sommer 1980 wurde er zum Pfarrer von Eitleben ernannt und zugleich Kuratus von Garstadt. Im Herbst 1991 ließ sich Pfarrer Gambietz für die Seelsorge deutschsprachiger Katholiken im Ausland freistellen. Indien, Niederlande, Portugal und zum Schluss Venezuela waren seine Stationen, bis Pfarrer Gambietz im Sommer 2001 in seine Diözese Würzburg zurückkehrte, wo er bis zu seiner Einstellung in die Militärseelsorge tätig war.

(*Texte u. Fotos KMBA*)

kompetente Arbeit, die er geleistet habe und für das freundschaftliche Miteinander.

Militärdekan Wolfgang Fey hat inzwischen die Pfarreien St. Pankratius in Köln-Junkersdorf und St. Vitalis in Köln-Müngersdorf übernommen.

Pfarrer Rudolf Laumann (54), Priester der Diözese Würzburg, wurde zum 1. Juni 2002 zum katholischen Pfarrer bei der Marinetechnikschule in Parow bei Stralsund ernannt. Laumann studierte Theologie und Philosophie in Fulda und in Würzburg. 1973 erwarb er sein Diplom und 1975 empfing er die Diakonatsweihe. 1976 wurde Rudolf Laumann in Würzburg zum Priester geweiht.

Seine Verwendungen als Diakon, Kaplan und Pfarrer waren: von 1975 bis 1980 Seelsorger in der Justizvollzugsanstalt in Ebrach, anschließend ein Jahr Kaplan in Ebelsbach/Kreis Haßberge, von 1981 bis 1990 Pfarrer in Trossenfurt. In den kommenden 9 Jahren übte er seine seelsorgliche Aufgabe wiederum in der Justizvollzugsanstalt aus, zunächst in Neuburg und dann in Würzburg. Bevor Pfarrer Laumann in die Katholische Militärseelsorge eintrat, hatte er noch eine Stelle als Pfarrer in der Pfarrei St. Albert in Würzburg inne.

Michael Berning (35), Priester der Erzdiözese Köln, wurde zum 1. Juli 2002 als Katholischer Standortpfarrer Emmerich eingestellt. Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut überreichte dem neuen Militärpfarrer die Ernennungsurkunden im Rahmen eines Gottesdienstes im Katholischen Militärbischofsamt. (*Foto PS*)



Familie

Martine und Jürgen Liminski: Abenteuer Familie – Erfolgreich erziehen: Liebe und was sonst noch nötig ist. – Sankt Ulrich Verlag GmbH, Augsburg 2002, 216 Seiten.

Das vorliegende Buch ist der Erfahrungsschatz eines glücklichen Elternpaares aus der Erziehungsarbeit auf christlicher Grundlage an zehn Kindern im Alter zwischen 10 und 29 Jahren. Die Autoren geben in diesem Werk die Erfahrungen und Erlebnisse aus ihrem „mittelständischen Unternehmen“ weiter ohne dabei Patentrezepte vorlegen zu wollen.

Martine Liminski, Jahrgang 1951, stammt aus der Bretagne und war Direktorin einer Grund- und Kindergartenschule in Straßburg. In ihrem Beruf Mutter und Hausfrau versteht sie es auch die Tätigkeiten als Vorstandsmitglied beim Institut für Elternbildung sowie als Mitarbeiterin am Europäischen Institut zur Aufwertung der Erziehungsarbeit einzufügen. Außerdem veröffentlichte sie viele Beiträge zu den Themen Frau, Familie und Kindererziehung. Ihr Mann Jürgen Liminski, Jahrgang 1950 und Allgäuer, ist Redakteur beim Deutschlandfunk. Der diplomierte Informationswissenschaftler und Politologe (Universitäten Navarra und Straßburg) ist und war außerdem Mitarbeiter u.a. bei Die Tagespost, der Tageszeitung Die Welt und beim Rheinischen Merkur. Seine Schwerpunkte beschäftigen sich mit der Familien- und Gesellschaftspolitik, der Medienethik sowie der Entwicklungs- und Außenpolitik in den hispanischen und francophonen Staaten.

Die beiden Autoren erläutern in einer leicht verständlichen und humorvollen Sprache Beispiele aus ihrem Familienalltag aus Sicht der Eltern aber auch der Kinder – also dem familiären Beziehungsgeflecht. Diese Mischung aus Schilderungen von Erlebnissen, persönlichen Äußerungen, dem Vermitteln christlicher Werte, den Analysen der Erziehungsarbeit sowie der teilweisen wissenschaftlichen Betrachtung moderner Erziehungsarbeit machen das Buch so fesselnd und anregend. Viele Aussagen dürften auch andere Eltern zum Überdenken ihrer eigenen Positionen in der Erziehung bewegen. Aber auch die Politiker aller Parteien können aus dem Buch auf Grundlage der beschriebenen Erfahrungen Anregungen zur Verbesserung der gesellschaftlichen Situation der Familien gewinnen.

„Wer das Glück sucht, findet die Familie. Glück bedeutet Anstrengung, Zuwendung und Begegnung, Gemeinschaft und Geborgenheit, Zugehörigkeit und Zusammenhalt, Sicherheit und Anerkennung in gemeinsamen Werten, vor allem aber Zukunft in den eigenen Kindern.“, schreibt Paul Kirchhof, Bundesverfassungsrichter a.D., in seinem Vorwort zu diesem Band. Er zeichnet dann die Wechselbeziehungen in der Familie zwischen Mutter, Vater und Kindern bei der Produktion des „Humanvermögens“ auf. Das Buch sei auch eine Kampfschrift gegen ökonomische Enge, ein Plädoyer für die Wiederentdeckung von Humanität, Menschenwürde und einer Kultur der Freiheit.

Kirchhof nimmt dann kritisch Stellung zum Verhalten von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat gegenüber den Familien mit Kindern. Dabei betont er, dass das „Abenteuer Familie“ die Augen öffne für die Bedrohung unserer Gegenwart, für Fehlleistungen der Politik, für existenzgefährdende Gleichgültigkeit allgemeiner Erwerbsfaszination.

Im Teil I behandeln die Autoren das Familienmanagement. Zunächst werden die Kinder in ihrer Person und mit der Aufgabenverteilung in der Familie vorgestellt. Dann wird dargestellt, wie über die Erziehung mit Liebe im „Unternehmen Familie“ u.a. über das Erziehungsziel, die elterliche Präsenz, den Familienrat, die Idee des Erziehungslohns mit einem erfolgreichen Familien-Management das Humankapital bzw. Humanvermögen gebildet werden kann. Das II. Kapitel beschäftigt sich mit den Werten, Festen und Beziehungen. Über die Voraussetzungen guter Freundschaften gelangt der Leser zum Kapitel „Betriebssystem Liebe“ mit seinen Vorbedingungen und Zielen der religiösen Erziehung. Es geht dann weiter über Weihnachten und andere große Feste zur Schule, dem Schlachtfeld menschlicher Beziehungen. Dabei zeigt der Blick zurück in die eigene Schulzeit nach Ansicht des Autorenehepaars, dass bereits damals das Leben eingeübt wurde. Der III. Teil nimmt Stellung zum Thema Geld und Gesellschaft. Es wird angesprochen wie man mit Geld umgeht, das man nicht hat und wie man gegen die Konsumgesellschaft erziehen kann unter der Überschrift „Wir sind das Zeitalter“. Mit einem Hinweis auf „1984“ von George Orwell wird das Kapitel der Umgang mit den Medien und ihre Wirkung betrachtet. Wobei auch das Problem der elektromagnetischen Strahlung zur Sprache kommt. In dem folgenden Kapitel „Alle oder keiner und jedem das Seine“ werden drei Forderungen an die Politik erhoben:

1. Füllt endlich und wirklich die Gerechtigkeitslücke zwischen Familien mit Kindern und den Kinderlosen.
2. Nicht nur Familie und Beruf vereinbaren, sondern auch Familie als Beruf anerkennen. Und entsprechend honorieren. Modelle dafür liegen bereits auf

dem Tisch.

3. Schluss mit den historischen Vorbehalten und Komplexen. Familienpolitik darf und muss auch geburtenfördernd sein.

Im IV. Teil, dem Ausblick, wird der Mythos Familienglück mit der Familie als Ort der Freundschaft und des Friedens erläutert auch unter dem Aspekt Familie gegen Ich-Gesellschaft.

Hervorzuheben ist, dass im Text des Buches häufig auf zutreffende Zitate der katholischen Kirche, von Pädagogen und Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland verwiesen wird. Abschließend muss festgestellt werden: „Abenteuer Familie“ ist für jeden ein spannendes, lesens- und nachdenkenswertes Buch. (bt)

Kirche

P. Eligius Heinzmann: Die hl. Messe feiern und verstehen. – Langwaden, Bernardus-Verlag 2001, 124 S., zahlr. Abb.

Selbst wer regelmäßig die Sonntagsmesse besucht, ist sich über das Geschehen am Altar häufig im Unklaren. Das Gewohnte und „Allsonntägliche“ ist nicht unbedingt auch im Wortsinne „selbst-verständlich“. Wie soll man sich ein Gespür für die heilige Handlungen und das „Geheimnis des Glaubens“ bewahren? Was kann man als Eltern seinen Kinder oder als Katechet und Katechetin in der Kommunion- und Firmvorbereitung den Jugendlichen erklären und weitergeben?

Das Buch des Zisterzienserpaters Eligius Heinzmann ist da eine hervorragende Hilfe. Seine allgemein verständlichen Erläuterungen machen zunächst mit dem Aufbau der Messfeier vertraut und erläutern dann jedes Element in allen Einzelheiten. Einfache, piktogrammähnliche schwarz-weiß Grafiken heben noch einmal das Wesentliche hervor. Das Buch ist für Geistliche wie Laien, zum Selbststudium oder für die Weiterbildung in Gruppen bestens geeignet. Leider fehlt dem Buch ein Inhalts- oder auch Stichwortverzeichnis, welches das schnelle Auffinden gesuchter Stelle erleichtern würde. (PS)

Das politische Buch

Henry Kissinger: Die Herausforderung Amerikas. Weltpolitik im 21. Jh.. Propyläen Verlag, München 2002, 384 S.

Henry Kissingers Ratschläge für die amerikanische Außenpolitik

Idealismus und Realismus sind die beiden Traditionslinien amerikanischer Außenpolitik. Ihre Verschmelzung fordert Henry Kissinger in seinem neuen Buch „Die Herausforderung Amerikas. Weltpolitik im 21. Jahrhundert.“. Der Altmeister amerikanischer Außenpolitik sieht in der Debatte um die richtige Außenpolitik der Vereinigten Staaten nur zwei Haltungen: „diejenige missionarischer Rechtschaffenheit einerseits und jene andere, die besagt, dass sich mit der geballten Macht, über die Amerika verfügt, jede weitere Diskussion erübrigt.“ Dahinter stehen die zwei Schulen amerika-

nischer Außenpolitik, Idealismus und Realismus bzw. die Frage, ob ich Außenpolitik nach Werten oder Interessen ausrichte. Dazu Kissinger: „Die wahre Herausforderung besteht darin, beides zu verschmelzen; kein ernsthafter amerikanischer Außenpolitiker kann den traditionellen Glauben an die Einzigartigkeit der amerikanischen Demokratie außer Acht lassen. Aber ebenso wenig darf ein Politiker die Umstände ignorieren, unter denen amerikanisches Demokratieverständnis implementiert werden soll.“

Der frühere amerikanische Außenminister und Sicherheitsberater sieht die derzeitigen Ursachen im internationalen System als „Signale eines unvermeidlichen Wandels der internationalen Ordnung, der aus Veränderungen in der internen Struktur vieler ihrer Hauptakteure sowie aus der Demokratisierung der Politik, der Globalisierung der Wirtschaft und der Beschleunigung der Kommunikation resultiert.“ Da spricht der

Termine • Termine • Termine

26.08.	Sitzung EA in Bonn, Albertinum	09.12.	Sitzung SA InFü in Bonn, Albertinum
28.08.	Weltfriedenstag in Mühlhausen	22.-23.11.	Herbst-VV ZdK in Bonn mit Delegierten-treffen AGKOD am 21.11.
05.09.	Weltfriedenstag in Berlin	06.- 08.12.	BK Rheinland-Pfalz/Hessen/Saarland in Engelpfort
09.09.	Sitzung SA InFü in Bonn, Albertinum		
15.-20.09.	42. WdB in Rolduc bei Sterkrade (NL)		
	14.-16.09. Vorkonferenz		
	16.-18.09. ZV		
	18.-20.09. BuKonf GKS		
	FGKS-Mitgliedervers. während BuKonf		
27.-29.09.	AK KLMD Sigmaringen und BK Baden-Württemberg in Leutkirch/Allgäu		
10.-12.10.	AK KLMD Erfurt und BK Ost in Berlin		
11.-13.10.	AK KLMD Glücksburg/Kiel und BK Nord/Küste in Travemünde		
11.-12.10.	AGKOD-Mitgliederversammlung in Bad Honnef		
11.-17.10.	BK Bayern in Johannistal		
21.-25.10.	47. Gesamtkonferenz der Militärgeistlichen und Pastoralreferenten auf Schloss Hirschberg bei Eichstätt		
23.-27.10.	Seminar 3. Lebensphase in Nürnberg		
25.-26.10.	Konstituierung AK Bereich Ausland in Rolduc/NL		
25.-27.10.	AK KLMD Köln-Wahn in Günne Möhnesee		
28.10.	Sitzung SA S+F in Bonn, Albertinum		
08.-10.11.	Seminar für Funktionsträger der GKS in Köln		
22.-24.11.	AK KLMD Hannover und BK Niedersachsen/Bremen in Worphausen		
		2003	
		05.-07.02.	BK Nordrhein-Westfalen in Mühlheim/Ruhr
		07.02.	Neujahrsempfang im KMBA Berlin
		14.-16.03.	BV GKS Berlin
		19.-23.03.	Seminar 3. Lebensphase in Nürnberg
		21.-22.03.	BK Baden-Württemberg in Roggenburg/Ulm
		28.-30.03.	BK Bayern auf Schloss Hirschberg/Beilngries
		11.-13.04.	AK KLMD Hannover und BK Niedersachsen/Bremen
		28.04.-02.05.	9.GKS-Akademie Oberst Helmut Korn im Bonifatiushaus Fulda
		28.05.-01.06.	Ökumenischer Kirchentag Berlin „Ihr sollt ein Segen sein“
		06.-09.06.	Bereichs-Familien-Werkwochenende in Hübungen/Ww
		25.-29.06.	Seminar 3. Lebensphase in Cloppenburg
		11.-13.07.	BK Nordrhein-Westfalen in Mühlheim/Ruhr
		15.-20.09.	43. WdB Schloss Hirschberg/Beilngries
		10.-12.10.	BK Baden-Württemberg in Rottenburg
		15.-19.10.	Seminar 3. Lebensphase in Nürnberg
		26.-28.11.	Seminar für Funktionsträger der GKS
		05.-07.12.	BK mit Familien in Bendorf / Rhein

VERWENDETE ABKÜRZUNGEN: **AGKOD** – Arbeitsgemeinschaft Katholischer Organisationen Deutschlands, **AK KLMD** – Arbeitskonferenz beim Katholischen Leitenden Militärdekan in ..., **AMI** – Apostolat Militaire International, **BK** – Konferenz der GKS im Bereich ..., **BuKonf** – Bundeskonferenz, **BV GKS** – Bundesvorstand der GKS, **EA** – Exekutivausschuss, **GKMD** – Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands, **IS** – Internationaler Sachausschuss, **MGV** – Militärgeneralvikar, **SA InFü** – Sachausschuss „Innere Führung“, **SA S+F** – Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“, **SA KI** – Sachausschuss „Konzeption und Information“, **WB** – Wehrbereich, **WdB** – Woche der Begegnung, **ZV** – Zentrale Versammlung, **VV ZdK** – Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Buchbesprechungen

Weltpolitiker, größer und leider auch allgemeiner geht es kaum. Aber Kissinger wird dann doch konkret, zum Beispiel wenn es um die Zukunft des Atlantischen Bündnisses geht. Für ihn ist die Frage, ob die Allianz weiterhin als Schicksalsgemeinschaft angesehen wird oder ob sie sich „in ein Sicherheitsnetz für im Wesentlichen nationale oder regionale politische Wege und Ziele verwandelt“, die wichtigste Herausforderung für die Regierungen auf beiden Seiten des Atlantiks. Die Entwicklung der NATO in den neunziger Jahren jedenfalls erfüllt Kissinger mit Sorge: immer mehr seien dem ehemals festen Bündnis Strukturen eines Systems kollektiver Sicherheit hinzu gefügt worden und so die einstmals vorhandene Übereinstimmung in der Zielsetzung aufgeweicht worden: „Zahlreiche neue Institutionen wurden geschaffen, welche die NATO in eine Art Mini-UNO umzuwandeln versprechen.“ Mit dieser Sicht steht Kissinger nicht alleine da. Die Stimmen im Westen mehren sich, die Angst um die Zukunft des Atlantischen Bündnisses haben. Was ist Ziel

und Zweck der NATO? Kann vielfaches und weltweites Engagement überhaupt mit der NATO ausgeübt werden? Ist sie das geeignete Instrument?

In einem Punkt schafft Kissinger dann Klarheit: Die NATO wird weiterhin gebraucht, um bei einer Reimperialisierung Russlands geschützt zu sein. Russland soll nach Kissinger allerdings eine wichtige Rolle beim Aufbau einer neuen internationalen Ordnung spielen. Es soll eingebunden werden, allerdings sei darauf zu achten, dass die Neuordnung von Westen nach Osten gehehe und nicht umgekehrt.

Im weiteren Verlauf des Buches nimmt sich Kissinger auch der anderen Teile der Erde an: Asien – und hier insbesondere die Beziehungen zu China -. Der Nahe Osten und Afrika werden aus amerikanischer Perspektive beleuchtet. Schließlich kommt er zu den Traditionslinien amerikanischer Außenpolitik zurück und untersucht alten und neuen Interventionismus. Dabei entwickelt Kissinger vier Grundsätze für humanitäre Inter-

vention: „Um humanitäre Interventionen als eine oberste Priorität sinnvoll in ein Konzept amerikanischer Außenpolitik einbetten zu können, müssen vier Bedingungen erfüllt werden: Das dem humanitären Eingreifen zu Grunde liegende Prinzip muss erstens universal anwendbar sein; es darf zweitens nur zu Aktionen führen, die gegenüber der öffentlichen Meinung in Amerika vertreten werden können; es muss drittens Resonanz in der internationalen Gemeinschaft finden; und es muss viertens eine Beziehung zum historischen Kontext haben.“

Mit diesen Grundsätzen soll verhindert werden, dass die USA sich in einen „permanenten Sumpf“ begeben. Offensichtlich hat Kissinger aus Vietnam gelernt. Abschließend übernimmt Henry Kissinger die Formulierung des australischen Gelehrten Coral Bell zur Beschreibung der Herausforderung Amerikas: „sich seiner herausragenden Stellung bewusst zu sein, seine Politik aber so zu betreiben, als lebte es immer noch in einer Welt mit vielen Machtzentren.“ (Ekhard Stuff)

Altendorf, Prof. Dr. Wolfgang

Publizist, Gründer der Altendorfstiftung in Freudenstadt/Schwarzwald, gelegentliche Beiträge im AUFTRAG.

Arnold, Gerhard

evangelischer Pfarrer und Philologe an einer Gesamtschule in Kitzingen bei Würzburg

Böhler, Volker W.

Oberst a.D., bis 1999 Mitglied im Vorstand der Zentralen Versammlung. Von 1992-95 Leiter eines Militärattaché-Stabes für die Länder Syrien, den Libanon und Jordanien.

Hermans, Dr. Baldur

Brücker, Dr. Vera

Klönne, Prof. Dr. Arno

Nagel, Prof. Dr. Dr. Ernst Josef

Die Beiträge über die „Wiederbewaffnungsdebatte in der Adenauer-Ära“ sind Ergebnis einer historischen Fachtagung in der „Wolfsburg“. Dokumentiert in „Berichte und Beiträge“ des Dezernats für gesellschaftliche und weltkirchliche Aufgaben Bischöfliches Generalvikariat Essen, Heft 38/1999.

Dorndorf, Heinrich

Hauptmann a.D., Geschäftsführer der GKS Rhld-Pfalz/Hessen/Saarland, ehem. stellvertretender Vorsitzender der GKS im Wehrbereich IV.

Eißner, Dr. Thomas R.

Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Theologie und Frieden in Barsbüttel. Dieser Artikel entstand im Anschluss an eine Feldstudie in Jerusalem im Mai 2001 im Zusammenhang mit der Bundesakademie für Sicherheit.

Fink, Erich Maria

seit 1986 Priester der Diözese Augsburg, nach viereinhalb Jahren als Pfarrer dreier Landgemeinden zum Beginn des Jahres 2000 für den Dienst in Russland freigestellt, nun Pfarrer der Gemeinde „Königin des Friedens“ in Beresniki/Ural.

Fischer, Mattias G.

geboren 1971 in Göttingen, war wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Göttingen und absolviert zz. ein Rechtsreferendariat.

Der Beitrag wurde mit freundlicher Genehmigung der Konrad-Adenauer-Stiftung der Publikation „Die Politische Meinung Nr. 390/Mai 2002/47. Jg, S. 51-55, entnommen.

Görlich, Joachim Georg

Magister, freier Journalist, Schwerpunkt mittel- u. osteuropäische Gesellschaften. Publiziert u.a. in „Die Tagespost“ und im AUFTRAG.

Kilian, Dieter

Oberst a.D., in den 80-er Jahren Verwendung als Militärattaché an der Deutschen Botschaft in Islamabad/Pakistan; Einsatz bei IFOR und SFOR

Kestel, Msgr. Georg

Militärdekan, Leiter Referat IV „Seelsorge“ im KMBA, Bischöflicher Beauftragter für die Zentrale Versammlung und Geistlicher Beirat der GKS auf Bundesebene.

Kloss, Reinhard

Oberstleutnant i.G. im BMVg, Vorsitzender des Internationalen Sachausschusses der GKS.

Liebetanz, Klaus

Major a.D., Berater für humanitäre Hilfe im Ausland, Dörverden/Aller.

Stuff, Eckhard

Journalist; am Sender Freies Berlin zuständig für die Aus- und Weiterbildung des Nachwuchses und der Mitarbeiter. Veröffentlichungen im AUFTRAG.

Theis, Prälat Walter

Militärdekan, als Leiter Referat V im KMBA zuständig für Planung und Organisation der seelsorglichen Begleitung der Bundeswehr bei Auslandseinsätzen, zgl. LKMD Ausland; langjähriger Geistlicher Beirat der GKS; Geistlicher Beirat für das Generalsekretariat des Apostolat Militaire International (AMI).

Ihre kostenlose Leseprobe!



Die Tagespost

richtet mit einem **klaren katholischen Profil** den Blick auf wesentliche Entwicklungen in Politik, Kirche und Gesellschaft ...

dient Ihnen als **zuverlässige und seriöse Informationsquelle**, die in einer Zeit der flüchtigen Meinungen und aufgebauchten Sensationen stets klare Orientierung bietet ... bietet Ihnen **exklusiv recherchierte Beiträge**, fundierte Hintergrundberichte und Kommentare mit hohem Informationsgehalt ...

dokumentiert schneller als jedes andere katholische Printmedium Texte des kirchlichen Lehramts, der Bischöfe und kirchlicher Gruppierungen zu wichtigen gesellschaftlichen und ethischen Fragen.

Jede Woche recherchieren und produzieren wir für Sie ...

8 Seiten **Kirche aktuell** mit umfassenden Informationen und Dokumentationen zum kirchlichen Geschehen im deutschsprachigen Raum, weltweit und in Rom ...

9 Seiten **Politik und Zeitgeschehen** mit Nachrichten, Hintergründen, Kommentaren ...

14 Seiten **Fuilleton** mit Kultur, Medien, Literatur, Wissenschaft und Reise ...

6 Seiten **Wirtschaft** und Berichte aus aller Welt ...

und 3 Seiten Aussprache im **Leserforum** ...

40 Seiten, die sich lohnen!

Wir sind Ihr Informationsteam vor Ort.

Lernen Sie uns kennen.

Stellen Sie uns auf die Probe – 6 kostenlose Ausgaben lang!

Infoline Leserservice:

09 31/3 08 63-32

Die Tagespost

Katholische Zeitung für Politik, Gesellschaft und Kultur

Verlag Johann Wilhelm Naumann

Juliuspromenade 64

D-97070 Würzburg

Telefon 09 31/3 08 63-32

Telefax 09 31/3 08 63-33

www.die-tagespost.de

Profitieren auch Sie vom Informationsvorsprung der **einzigsten katholischen Tageszeitung** im deutschsprachigen Raum.

Fordern Sie noch heute Ihre **kostenlose Leseprobe der Tagespost** an. Sie können dabei nur gewinnen!

Ja, ich möchte die Tagespost kennen lernen.

Bitte senden Sie mir **kostenlos und unverbindlich** eine zweiwöchige Leseprobe (= 6 Ausgaben) an nachfolgende Adresse:

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Mein Wunschtermin für den Start der Leseprobe:

Anz_02 41



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierskreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 40 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal jährlich.

Hrsg.: GKS, Breite Straße 25, 53111 Bonn
www.katholische-soldaten.de

Redaktion: verantwortl. Redakteur Paul Schulz (PS), Oberstleutnant a.D., Satz und Layout; Klaus Brandt (bt), Oberstleutnant a.D., Redakteur; Helmut Fettweis (HF), Oberst a.D., Redakteur; Hauptmann Marco Schauff (MS), Redakteur

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG
c/o Paul Schulz, Postfach 3768,
51537 Waldbröl, Tel/Fax: 02291–900461
oder 02295–1044 (bt),
e-Mail: GKS.Redaktion@t-online.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH,
Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn.
Überweisungen und Spenden an: Förderkreis der GKS e.V., Pax Bank eG Aachen,
BLZ: 391 601 91, Konto-Nr.: 1009439010.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von DM 10,- an den ausliefernden Köllen Verlag.